

Abschlussbericht des Modellprojektes

## **Kommunalwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Kontext**

Eine vergleichende Analyse der neuen und alten Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung des Landes Brandenburg

### **Wissenschaftliche Leitung**

Prof. Dr. Thomas Edeling

Prof. Dr. Christoph Reichard

M.A. soz. Peter Richter

Dipl.-Soz. Steven Brandt



Stanislava Cholakova

Tina Hoffmann

Tilman Peters

Kristina Grimmer

Till Jansen

Philipp Schägner

Franziska Hartmann

Michael Kreutzer

Kaspar Scholemann

Florian Mersmann

Initiiert durch das Verbundnetz für kommunale Energie

Unterstützt durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, das Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg und die VNG – Verbundnetz Gas AG

*„Ich bin die Mark durchzogen und habe sie reicher gefunden, als ich zu hoffen gewagt hatte.“*

(Theodor Fontane: Wanderungen durch die Mark Brandenburg)

# Inhaltsverzeichnis

<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>III</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>VI</b>
<b>1. EINLEITUNG. FORSCHUNGSFELD UND ZIELSTELLUNG .....</b>	<b>1</b>
1.1 Der Übergang zum Gewährleistungsstaat.....	1
1.2 Institutionenwandel der öffentlichen Wirtschaft .....	2
1.3 Die Datenlage im Untersuchungsfeld Kommunalwirtschaft.....	4
1.4 Zielstellung der Studie .....	6
1.5 Das Kommunalwissenschaftliche Institut und seine Kooperationspartner .....	6
<b>2. METHODIK DER UNTERSUCHUNG.....</b>	<b>8</b>
2.1 Fragestellung .....	8
2.2 Zur Datenlage .....	8
2.3 Allgemeines Untersuchungsdesign .....	10
2.4 Ausdifferenzierung des Untersuchungsdesigns. Die drei Pfade der Studie.....	13
2.5 Eigene Erhebung .....	25
2.6 Zusammenfassung des Designs .....	28
2.7 Replizierbarkeit und Wiederholbarkeit der Berechnungen .....	28
<b>3. KOMMUNALE WIRTSCHAFT IN BRANDENBURG .....</b>	<b>30</b>
3.1 Bedeutung der kommunalen Wirtschaft.....	32
3.2 Branchenüberblick Brandenburg .....	34
3.3 Erfolgsbeurteilung kommunaler Beteiligungen .....	38
3.4 Kommunale Unternehmen vor Ort.....	39
3.5 Zusammenfassung .....	41
<b>4. KOMMUNALE WIRTSCHAFT IM REGIONALEN VERGLEICH .....</b>	<b>42</b>
4.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein.....	42
4.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern.....	49
4.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Sachsen-Anhalt vs. Bayern .....	52
4.4 Zusammenfassung .....	56
<b>5. KOMMUNALWIRTSCHAFT IM SEKTORALEN VERGLEICH.....</b>	<b>57</b>
5.1 Wasser- und Abwasserwirtschaft .....	57
5.2 Energie- und Wasserversorgung .....	81
5.3 Öffentlicher Personennahverkehr .....	90
5.4 Abfallwirtschaft.....	108
5.5 Krankenhauswesen .....	119
5.6 Wohnungswesen .....	133
<b>6. RESÜMEE. FUNKTIONEN KOMMUNALER WIRTSCHAFT .....</b>	<b>149</b>
6.1 Fragestellung .....	152
6.2 Methodik.....	153
6.3 Die kommunale Wirtschaft in Brandenburg .....	154
6.4 Die Bedeutung kommunaler Unternehmen im Ost-West-Vergleich .....	159
6.5 Empirische Befunde der untersuchten Branchen im Überblick .....	163
6.6 Zu Ursachen der beobachteten Unterschiede.....	169
6.7 Ausblick.....	176

<b>7. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>180</b>
<b>ANHANG.....</b>	<b>I</b>
A.1 Fragebogen.....	II
A.2 Zusammenfassung Fachserie "Krankenhaus".....	XVII
A.3 Verwendete Variablen der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Unternehmen.....	XVIII
A.4 Syntax zur Aufarbeitung des Datensatzes.....	XIX
A.5 Syntax der Auswertungen „Amtliche Statistik“.....	XXIII
A.6 Normierungstabellen.....	XXVII
A.7 Berechnung der Industriedichte.....	XLI

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Rücklauf insgesamt und nach Bundesländern .....	26
Abbildung 2:	Größenklassen in Grundgesamtheit und Rücklauf .....	26
Abbildung 3:	Brandenburg. Bedeutung der Kommunalwirtschaft – Kennzahlenvergleich .....	32
Abbildung 4:	Brandenburg. Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Vergleich mit Durchschnitt der Flächenländer .....	33
Abbildung 5:	Brandenburg. Eignerstatus nach Branchen .....	34
Abbildung 6:	Brandenburg. Rechtsformen kommunaler Beteiligungen .....	35
Abbildung 7:	Brandenburg. Branchenüberblick nach Kennzahlen .....	36
Abbildung 8:	Brandenburg. Einschätzung Erfolge der Kommunalwirtschaft .....	38
Abbildung 9:	Brandenburg. Größte Arbeitgeber .....	39
Abbildung 10:	Brandenburg. Größte Wirtschaftsunternehmen und Sponsoren .....	40
Abbildung 11:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Rechtsformen kommunaler Unternehmen .....	43
Abbildung 12:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Arbeitnehmer und Personalaufwand kommunaler Wirtschaft .....	44
Abbildung 13:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Umsätze in der kommunalen Wirtschaft normiert am BIP .....	44
Abbildung 14:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Anteil Nettoinvestitionen und Zugang an Sachanlagen an Gesamtinvestitionen .....	45
Abbildung 15:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Einschätzung der Erfolge der Kommunalwirtschaft .....	46
Abbildung 16:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Größte Arbeitgeber .....	47
Abbildung 17:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Größte Sponsoren .....	47
Abbildung 18:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Vollständig oder mehrheitlich kommunale Unternehmen als Sponsor, Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeber .....	48
Abbildung 19:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Zusammenfassung von Strukturdaten kommunaler Unternehmen .....	48
Abbildung 20:	Alte vs. neue Bundesländer. Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft .....	49
Abbildung 21:	Alte vs. neue Bundesländer. Anteil des Personalaufwandes kommunaler Wirtschaft an Bruttolöhnen/-gehältern in Gesamtwirtschaft .....	50
Abbildung 22:	Alte vs. neue Bundesländer. Gewicht Umsatz kommunaler Wirtschaft am BIP .....	50
Abbildung 23:	Alte vs. neue Bundesländer. Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunaler Wirtschaft an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft .....	51
Abbildung 24:	Alte vs. neue Bundesländer. Bedeutung im Vergleich mit Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten) .....	51
Abbildung 25:	ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Ost- und Westdeutschland .....	52
Abbildung 26:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft .....	53
Abbildung 27:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Anteil des Personalaufwandes kommunaler Wirtschaft an Bruttolöhnen/-gehältern in Gesamtwirtschaft .....	53
Abbildung 28:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Gewicht Umsatz kommunaler Wirtschaft am BIP .....	54
Abbildung 29:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Gewicht Nettoinvestitionen kommunaler Wirtschaft an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft .....	54
Abbildung 30:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Investitionen als Zugang an Sachanlagen .....	55
Abbildung 31:	Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten) .....	55
Abbildung 32:	Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	61
Abbildung 33:	Abwasser. Umsatz der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	62
Abbildung 34:	Abwasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	62
Abbildung 35:	Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	63
Abbildung 36:	Abwasser. Wettbewerbsstruktur der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg .....	64
Abbildung 37:	Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	65
Abbildung 38:	Abwasser. Umsatz der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	65

Abbildung 39:	Abwasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	66
Abbildung 40:	Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in Bayern und Sachsen-Anhalt.....	66
Abbildung 41:	Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in den neuen und alten Bundesländern.....	67
Abbildung 42:	Abwasser. Umsatz in der kommunalen Abwasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern ....	68
Abbildung 43:	Abwasser. Zugang an Sachanlagen der Abwasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern ..	68
Abbildung 44:	Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in den neuen und den alten Bundesländern ...	69
Abbildung 45:	Wasser. Rechtsformen der kommunalen Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg.....	70
Abbildung 46:	Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein.....	71
Abbildung 47:	Wasser. Zugang Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	71
Abbildung 48:	Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	72
Abbildung 49:	Wasser. Rechtsform der Unternehmen in der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt.....	73
Abbildung 50:	Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	73
Abbildung 51:	Wasser. Zugang Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	74
Abbildung 52:	Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in Bayern und Sachsen-Anhalt.....	75
Abbildung 53:	Wasser. Rechtsformen der Unternehmen der kommunalen Wasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern.....	75
Abbildung 54:	Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in den alten und den neuen Bundesländern.....	76
Abbildung 55:	Wasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in den alten und neuen Bundesländern .....	76
Abbildung 56:	Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in den alten und den neuen Bundesländern.....	77
Abbildung 57:	Wasser. Gewicht kommunaler Wasserwirtschaft an Versorgungswirtschaft in den alten und den neuen Bundesländern .....	78
Abbildung 58:	Energie- und Wasserversorgung. Schleswig-Holstein und Brandenburg .....	86
Abbildung 59:	Energie- und Wasserversorgung. Bayern und Sachsen-Anhalt.....	87
Abbildung 60:	Energie- und Wasserversorgung. Ost-West-Vergleich.....	88
Abbildung 61:	Energie- und Wasserversorgung. Anteil der kommunalen Unternehmen an Gesamtbranche .....	88
Abbildung 62:	ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte und Einnahmen im Straßenpersonenverkehr nach Eignertypen in Deutschland (Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004) .....	96
Abbildung 63:	ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	98
Abbildung 64:	ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Schleswig-Holstein und Brandenburg.....	99
Abbildung 65:	ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Brandenburg.....	100
Abbildung 66:	ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Ost- und Westdeutschland.....	101
Abbildung 67:	ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Ost- und Westdeutschland .....	102
Abbildung 68:	ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Ost- und Westdeutschland .....	103
Abbildung 69:	ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt und Bayern.....	104
Abbildung 70:	ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt und Bayern.....	105
Abbildung 71:	ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	106
Abbildung 72:	Abfallentsorgung. Regulierung nach KrW-/AbfG.....	109
Abbildung 73:	Abfallentsorgung. Eigner öffentlicher Abfallunternehmen .....	111
Abbildung 74:	Abfallentsorgung. Rechtsform kommunaler Abfallunternehmen .....	112
Abbildung 75:	Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten in Schleswig-Holstein und Brandenburg.....	113

Abbildung 76:	Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen in Schleswig-Holstein und Brandenburg.....	113
Abbildung 77:	Abfallentsorgung. Wettbewerbssituation der kommunalen Abfallunternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	114
Abbildung 78:	Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten in Ost und West .....	115
Abbildung 79:	Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen in Ost und West .....	115
Abbildung 80:	Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten im Vergleich nach Industriedichte .....	116
Abbildung 81:	Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen im Vergleich nach Industriedichte.....	117
Abbildung 82:	Krankenhaus. Bedeutung als Arbeitgeber.....	124
Abbildung 83:	Krankenhaus. Vergleich des Umsatzes des kommunalen Krankenhauswesens.....	125
Abbildung 84:	Krankenhaus. Bedeutung bei der Investitionstätigkeit .....	126
Abbildung 85:	Krankenhaus. Anzahl der Krankenhausbetten nach Trägern .....	127
Abbildung 86:	Krankenhaus. Bedeutung als Einkommensquelle.....	129
Abbildung 87:	Wohnungswesen. Rechtsformen im regionalen Vergleich.....	138
Abbildung 88:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Arbeitgeber.....	139
Abbildung 89:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Investor .....	140
Abbildung 90:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein.....	141
Abbildung 91:	Wohnungswesen. Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.....	142
Abbildung 92:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Lohnzahler .....	143
Abbildung 93:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern .....	144
Abbildung 94:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Wertschöpfer.....	145
Abbildung 95:	Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in Bayern und Sachsen-Anhalt .....	146
Abbildung 96:	Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg – Kennzahlenvergleich .....	155
Abbildung 97:	Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg im Vergleich mit Bundesdurchschnitt.....	155
Abbildung 98:	Eignerstatus nach Branchen .....	156
Abbildung 99:	Branchenüberblick Brandenburg nach Kennzahlen .....	158
Abbildung 100:	Größte Arbeitgeber in Brandenburg .....	159
Abbildung 101:	Anteil der kommunalwirtschaftlichen Arbeitnehmer an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick.....	161
Abbildung 102:	Anteil der kommunalwirtschaftlichen Personalkosten an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick.....	161
Abbildung 103:	Anteil der kommunalwirtschaftlichen Umsätze an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick.....	162
Abbildung 104:	Anteil der kommunalwirtschaftlichen Investitionen an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick.....	162
Abbildung 105:	Energie- und Wasserversorgung. Überblick nach Ost-West.....	163
Abbildung 106:	Energie- und Wasserversorgung. Anteil der kommunalen Unternehmen an Gesamtbranche .....	164
Abbildung 107:	Erklärende Faktoren der Unterschiede der kommunalwirtschaftlichen Bedeutung.....	173

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Abkürzungen zur Bezeichnung von Datenquellen in Tabellen und Abbildungen .....	12
Tabelle 2:	Ergebnisse der Recherche Verbände .....	14
Tabelle 3:	Maße zur Kontrolle gesamtwirtschaftlicher Strukturunterschiede .....	23
Tabelle 4:	Brandenburg. Kommunalwirtschaft in absoluten Zahlen .....	30
Tabelle 5:	Brandenburg. Verteilung der Unternehmen in den nicht vertiefend betrachteten Wirtschaftsbereichen .....	31
Tabelle 6:	Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Vergleich der Kommunalwirtschaft in absoluten Zahlen .....	42
Tabelle 7:	Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	141
Tabelle 8:	Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in den neuen und alten Bundesländern .....	144
Tabelle 9:	Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in Brandenburg und Schleswig-Holstein .....	146
Tabelle 10:	Kommunalwirtschaft Brandenburgs in absoluten Zahlen (Quelle: JöU) .....	154
Tabelle 11:	Beteiligungsformen kommunaler Unternehmen in Brandenburg (ohne Landkreise) in Prozent .....	157
Tabelle 12:	Bedeutung der kommunalen Wirtschaft .....	160
Tabelle 13:	Wasser, Abwasser. Überblick .....	165
Tabelle 14:	ÖPNV. Überblick .....	166
Tabelle 15:	Abfallentsorgung. Überblick .....	167
Tabelle 16:	Krankenhauswesen. Überblick .....	168
Tabelle 17:	Wohnungswesen. Überblick .....	169
Tabelle 18:	Reduktion des Merkmalsraumes (Quelle: eigene Berechnungen) .....	171
Tabelle 19:	Einflussfaktoren auf Gesamtvariable Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz, Investitionen .....	172
Tabelle 20:	Verhältnis von Industriedichte und Ost-West (eigene Berechnungen) .....	173
Tabelle 21:	Krankenhauswesen. Zusammenfassung Fachserie .....	XVII
Tabelle 22:	Gewicht der kommunalen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern .....	XXVIII
Tabelle 23:	Abwasser. Gewicht der kommunalen Abwasserwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern .....	XXIX
Tabelle 24:	Wasser. Gewicht der kommunalen Wasserwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern .....	XXX
Tabelle 25:	Energie- und Wasserversorgung. Gewicht der kommunalen Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1) .....	XXXI
Tabelle 26:	Energie- und Wasserversorgung. Gewicht der kommunalen Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2) .....	XXXII
Tabelle 27:	ÖPNV. Gewicht der kommunalen Verkehrswirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1) .....	XXXIII
Tabelle 28:	ÖPNV. Gewicht der kommunalen Verkehrswirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2) .....	XXXIV
Tabelle 29:	Abfallentsorgung. Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1) .....	XXXV
Tabelle 30:	Abfallentsorgung. Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2) .....	XXXVI
Tabelle 31:	Krankenhaus. Gewicht des kommunalen Krankenhauswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1) .....	XXXVII
Tabelle 32:	Krankenhaus. Gewicht des kommunalen Krankenhauswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2) .....	XXXVIII
Tabelle 33:	Wohnungswesen. Gewicht des kommunalen Wohnungswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1) .....	XXXIX
Tabelle 34:	Wohnungswesen. Gewicht des kommunalen Wohnungswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2) .....	XL
Tabelle 35:	Tabelle zur Berechnung der Länderauswahl nach Industriedichte .....	XLI

# 1. Einleitung. Forschungsfeld und Zielstellung

Trotz zunehmender Privatisierungen und entgegen manchen Verlautbarungen der letzten zehn Jahre stellt die öffentliche Wirtschaft nach wie vor im Bereich der Versorgung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser, in der Entsorgung und im Wohnungswesen einen unübersehbaren Wirtschafts- und Standortfaktor in Deutschland dar. Das gilt ganz besonders für den Teil der öffentlichen Wirtschaft, der auf der Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden als kommunale Wirtschaft angesiedelt ist. Gerade in diesen Feldern übernehmen kommunale Unternehmen klassische Aufgaben der Daseinsvorsorge, die auch in der Gegenwart als „Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ ihre Bedeutung behalten.

Gewandelt haben sich allerdings die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommunalen Wirtschaftens und die Organisations- und Rechtsformen, in denen kommunale Unternehmen auftreten. Beide Seiten dieses Wandels hängen eng miteinander zusammen und lassen sich auf der politischen Ebene als Übergang zum „Gewährleistungsstaat“, auf der Ebene der Kommunalwirtschaft als Institutionenwandel der öffentlichen Wirtschaft beschreiben.

## 1.1 Der Übergang zum Gewährleistungsstaat

Staatsbilder – alte wie neue – bergen Nutzen und Gefahren: Sie geben zum einen eine Orientierung für Modernisierungsprozesse und liefern Leitbilder für die Zielbestimmung, Bewertung und Legitimation von Veränderungen im öffentlichen Sektor, zum anderen enthalten sie als Leitbilder im Prozess ihrer Durchsetzung meist nicht explizierte Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Bürger, Politik und Wirtschaft, Gruppeninteressen und Gemeinwohl und damit ideologische Momente. Staatsbilder als „übergreifende Ordnungsideen“ sind „weder falsifizierbar, noch lässt sich ihnen ohne weiteres ein konkretes Gebot entnehmen“, das den Umbau staatlicher Strukturen im Einzelnen vorgeben könnte (Vosskuhle 2001, S. 506 ff). Staatsbilder als Leitbilder für Reformen gelten weder unumstritten, noch sind sie in ihrer Anwendung auf konkrete Veränderungen frei von konkurrierenden Interpretationen oder konfligierenden Interessen. Welche Leitbilder sich im Wandel des öffentlichen Sektors durchsetzen, ist keine Frage ihrer „Wahrheit“ oder „Falschheit“, sondern abhängig von wissenschaftlich nicht entscheidbaren Werturteilen und dem Einfluss von Interessengruppen, die ihre Partikularinteressen unter

Berufung auf bestimmte Staatsbilder legitimieren und sie für die Durchsetzung je eigener Interessen instrumentalisieren<sup>1</sup>.

Diese prinzipiellen Vorbemerkungen zum Leitbild des Gewährleistungsstaats gelten auch für die Beurteilung der Kommunen und ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Die Konsequenzen, die aus einer Darstellung des Umfangs, der Felder oder der Rechts- und Organisationsformen kommunalen Wirtschaftens gezogen werden können, erwachsen deshalb nicht unmittelbar aus der wissenschaftlichen Analyse, sondern bleiben Gegenstand *politischer* Diskussion und *politischer* Entscheidung.

## 1.2 Institutionenwandel der öffentlichen Wirtschaft

Der Übergang zum Gewährleistungsstaat zeigt sich auf der kommunalen Ebene in einer wachsenden Zahl von Ausgliederungen aus der Kernverwaltung, der Zunahme privatrechtlicher Organisationsformen in der Kommunalwirtschaft, der Aufnahme privater Kapitalbeteiligungen im Zuge der Vermögensprivatisierung wie in der Übertragung staatlicher Aufgaben auf privatwirtschaftliche Unternehmen.

Obwohl die Europäische Union sich gegenüber der Entscheidung zwischen öffentlichem und privatem Kapital neutral verhalte, „erzeugt de facto aber das Europäische Gemeinschaftsrecht durch das dominierende Wettbewerbsprinzip in Verbindung mit den Budgetrestriktionen der öffentlichen Hände einen impliziten Sachzwang zur Privatisierung“ (Cox 2001, S. 35). Gestützt auf das Leitbild des „Gewährleistungsstaates“ und angestoßen durch die Liberalisierung der europäischen Versorgungsmärkte wie durch die Haushaltslage der Kommunen, ist im Feld der kommunalen Wirtschaft ein Institutionenwandel in Gang gekommen, der die Eigentümerstrukturen, Rechts- und Organisationsformen der Kommunalwirtschaft ebenso verändert wie die Legitimationsgrundlagen öffentlichen Wirtschaftens.

Eine gemeinsam von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) und dem Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam zum Stichtag 31.12.2001 vorgenommene Erhebung zu den kommunalen Beteiligungen der deutschen Städte über 50.000 Einwohner verdeutlicht diesen Wandel schon in einigen wenigen Zahlen (Edeling/ Reichard 2003):

---

<sup>1</sup> Zur Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen im internationalen Vergleich siehe Schneider/ Tenbücken 2004.

### **Ausgliederungen aus der Kernverwaltung**

Der Anteil der Beschäftigten in ausgegliederten wirtschaftlichen Beteiligungen an den Gesamtbeschäftigtenzahlen der Städte erreicht mit 46% nahezu denselben Anteil der Beschäftigten, die noch zur Kernverwaltung zählen (54%).

### **Rechts- und Organisationsformen**

Kommunale Beteiligungen werden nur in 9% aller Fälle als Eigenbetriebe oder eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt, denen gegenüber die privaten Rechtsformen GmbH und AG mit 73% bzw. 5% der Beteiligungsunternehmen klar dominieren. Der verbleibende Rest (13%) verteilt sich auf öffentlich-rechtliche Organisationsformen, Stiftungen u.ä.

### **Öffentliche und gemischtwirtschaftliche Beteiligungen**

Die Gesamtheit der wirtschaftlichen Beteiligungen der Städte gliedert sich in rein öffentliche Beteiligungen jeweils einzelner Kommunen (45%), gemischt-öffentliche Beteiligungen mehrerer Kommunen (16%) und gemischt öffentlich-private Beteiligungen (39%). Erfasst wurden dabei nur die direkten Beteiligungen ersten Grades; unter Einbeziehung der „Töchter der Töchter“ würde sich dieses Bild weiter verändern.

Neben diesem sofort ins Auge fallenden institutionellen Wandel der Kommunalwirtschaft in ihren äußeren Strukturen erfasst der Institutionenwandel der öffentlichen Wirtschaft auch die legitimatorische Leitidee öffentlichen Wirtschaftens in Gestalt von „Bedarfwirtschaft“ und „öffentlichem Interesse“. Binden die Gemeindeordnungen der Bundesländer die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bis heute an die Verfolgung öffentlicher Zwecke unter der sehr restriktiven Voraussetzung, dass diese Zwecke nicht ebenso gut durch einen anderen erfüllt werden können, stellt sich unter den neuen Bedingungen von Markt und Wettbewerb, privaten Kapitalbeteiligungen und gemeindeübergreifenden Kooperationen und Zusammenschlüssen die Frage, ob und wie weit diese Restriktionen der Gegenwart noch angemessen sind. Die Forderung, den in den Gemeindeordnungen verankerten „öffentlichen Zweck“ weiter zu fassen und den Städten und Gemeinden wirtschaftlich auch den Handlungsspielraum einzuräumen, der es ihnen erlaubt, sich im Wettbewerb mit privaten Unternehmen zu behaupten, steht zumindest im Raum (vgl. Schöneich 2001) und ruft nach einer politischen Entscheidung.

### **1.3 Die Datenlage im Untersuchungsfeld Kommunalwirtschaft**

Es ist praktisch unmöglich, ein umfassendes und zugleich genaues Bild des Umfangs und der Formen kommunalen Wirtschaftens zu zeichnen. Die Gründe dafür liegen in der Vielfältigkeit der Strukturen kommunalen Wirtschaftens:

#### **Vielfalt der Organisationsformen**

Kommunales Wirtschaften beginnt bereits in der Kernverwaltung und umfasst dort Aufgabenbereiche, die z.T. ausgegliedert und „verselbständigt“ wurden (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) ebenso wie nicht verselbständigte Aufgaben im Bereich der Verwaltung. Als „wirtschaftliche Beteiligungen“ der Städte und Gemeinden kommen dieselben Aufgabenfelder erst ins Bild, soweit sie in öffentlicher oder privater Rechtsform existieren. Tourismusdienstleistungen, Stadtmarketing oder Wirtschaftsförderung z.B. finden sich den meisten größeren Städten, sind aber zum einen Teil Aufgabe der Kernverwaltung, zum anderen Teil als GmbH mit oder ohne privatwirtschaftliche Beteiligung organisiert (Edeling/ Reichard 2003, S. 107 ff).

#### **Vielfalt der Beteiligungsverhältnisse**

Kommunale Unternehmen erscheinen als reine Beteiligungen der Kommunen, als Mehrheitsbeteiligungen und als Minderheitsbeteiligungen. Diese Beteiligungen unterscheiden sich noch einmal sowohl in der Mischung öffentlicher und privater Kapitalanteile, vor allem aber auch nach dem Grad der Beteiligung der Kommunen (direkte und indirekte Beteiligungen ersten, zweiten, dritten, ... Grades). Eine vollständige Erfassung aller Beteiligungen ist über Einzelfallstudien hinaus statistisch mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

#### **Vielfalt der Branchen**

Kommunales Wirtschaften erstreckt sich mit steigender Tendenz auf sehr unterschiedliche Geschäftsfelder. Die Datenerfassung in der öffentlichen Statistik des Bundes und der Länder einerseits, der Branchen- und Wirtschaftsverbände andererseits, geht von jeweils eigenen Zwecken und Zuordnungskriterien aus, ohne dass sich etwa aus der Zusammenführung dieser Statistiken ein einheitliches Bild gewinnen lässt. In den Fällen, in denen Betriebe mehrerer Branchen zu einem Verbundunternehmen zusammengeschlossen sind, ist das Gewicht jeder einzelnen Branche kommunalen Wirtschaftens für den einzelnen Wirtschaftssektor nicht mehr exakt zu ermitteln.

Eine neuere Analyse zum Umfang der Kommunalwirtschaft in Deutschland stellt fest, „dass die Umsatz- und Beschäftigungsanteile von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im

Vergleich zum übrigen Staatssektor bzw. zum privaten Unternehmenssektor in Deutschland relativ gering erscheinen“, relativiert aber zugleich diese Aussage, weil bestimmte Formen der kommunalen Wirtschaft, z.B. Eigen- und Regiebetriebe, in den Statistiken vernachlässigt würden (Haug 2003, S. 366).

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist am ehesten dort manifest, wo sie in öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierten Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung auftritt. Sie „versteckt“ sich statistisch meist dann, wenn die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden entweder in der Kernverwaltung organisiert ist oder in Gestalt von Minderheitsbeteiligungen bei mehrheitlich privatwirtschaftlichen Unternehmen erfolgt. In beiden Fällen läuft der Beobachter Gefahr, die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft zu unterschätzen, wie er andererseits versucht ist, den Umfang kommunalen Wirtschaftens zu überschätzen, wenn private Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Unternehmen umstandslos der öffentlichen Wirtschaft zugerechnet werden.

Die vorliegende Studie beansprucht nicht, einen „Königsweg“ zur statistischen Erfassung und Darstellung der kommunalen Wirtschaft gefunden zu haben. Sowohl die öffentliche Statistik des Bundes und der Länder, die Datenerfassung der Wirtschafts- und Branchenverbände als auch unsere eigenen hier vorgenommenen Erhebungen können Umfang und Bedeutung der kommunalen Wirtschaft nur eingeschränkt, nämlich nach den jeweils verfügbaren Daten widerspiegeln. Immerhin aber soll versucht werden, aus der Kombination der verschiedenen Quellen ein facettenreicheres Bild über die kommunale Wirtschaft zu zeichnen, als es sich aus der Nutzung jeder einzelnen Quelle für sich ergeben würde.

Als Datenquellen gehen in die Analyse ein:

- Daten der öffentlichen Statistik des Bundes und der Länder,
- Daten einzelner Branchen- und Wirtschaftsverbände,
- Daten einer eigenen Erhebung zur Kommunalwirtschaft in den Ländern Brandenburg und Schleswig-Holstein.

Die Eigenheiten der unterschiedlichen Datenquellen werden im Kapitel 2 des Berichts dargelegt und sollten bei der Interpretation der Befunde unbedingt beachtet werden.

## 1.4 Zielstellung der Studie

Die Studie will die Bedeutung und Rolle kommunaler Unternehmen im Land Brandenburg als Wirtschafts- und Versorgungsfaktor im Vergleich zum privaten Wirtschaftssektor sowie im Vergleich zur Kommunalwirtschaft in den alten Bundesländern herausarbeiten. Die Analyse umfasst dabei die folgenden Teilziele:

1. Exploration der in der öffentlichen Statistik des Bundes und der Länder vorhandenen Daten und Prüfung ihrer Eignung, den Stellenwert der öffentlichen Wirtschaft in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern und im Vergleich zur Privatwirtschaft abzubilden;
2. Auswertung der in der öffentlichen Statistik abrufbaren Daten unter den Aspekten:
  - a. Rolle der Kommunalwirtschaft im Land Brandenburg,
  - b. Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern (Ost-West-Vergleich);
  - c. Einfluss der Industriedichte auf den Stellenwert der Kommunalwirtschaft in den einzelnen Bundesländern;
3. Exploration und Auswertung von Daten zur Kommunalwirtschaft aus Wirtschafts- und Branchenverbänden;
4. Durchführung einer eigenen Erhebung zu Umfang und Bedeutung der Kommunalwirtschaft bei Städten und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern in Brandenburg und Schleswig-Holstein;
5. Gewinnung von methodischen Ansätzen und Verfahren, die eine Standardisierung der Datenerhebung für künftige Untersuchungen in Brandenburg und anderen Bundesländern erlauben.

## 1.5 Das Kommunalwissenschaftliche Institut und seine Kooperationspartner

Das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam (KWI) wurde 1993 gegründet. Es vereinigt Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und widmet sich neben Forschung und Beratung der Lehre, der Aus- und Weiterbildung im Feld der Kommunalwissenschaften mit dem Schwerpunkt „neue Bundesländer“.

Die hier vorgelegte Studie zur Kommunalwirtschaft in Brandenburg wurde durch das Verbundnetz für kommunale Energie (VfKE) angeregt, in allen Stufen ihrer Erarbeitung durch das VfKE beratend begleitet sowie gemeinsam durch die VNG – Verbundnetz Gas AG, das

Ministerium des Innern und das Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg finanziell unterstützt. Organisatorische Hilfe bei der Datenbeschaffung bzw. bei der Durchführung der statistischen Erhebungen gaben der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg, der Städte- und Gemeindebund Brandenburg und (für den Ländervergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein) der Städteverband Schleswig-Holstein und der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag.

Die Verantwortung für die wissenschaftliche Qualität der Studie trägt das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam, das die Erhebung, Analyse und Auswertung der Daten in Gestalt eines Lehrforschungsprojekts unter Federführung der Professoren Thomas Edeling und Christoph Reichard und unter der Leitung von M.A. Peter Richter als Projektverantwortlichem vorgenommen hat. Nicht zuletzt die Organisation der Forschung als Lehrforschungsprojekt hat es erlaubt, den beträchtlichen Erhebungs- und Auswertungsaufwand über die Erschließung studentischer Forschungskapazität zu bewältigen und dabei universitäre Ausbildung und praktische, angewandte Forschung für beide Seiten sinnvoll zu verbinden.

## **2. Methodik der Untersuchung**

### **2.1 Fragestellung**

Dem Projekt liegen zwei fundamentale Fragen zu Grunde: Zunächst soll empirisch die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft im Vergleich zur Privatwirtschaft untersucht werden. Diese Bedeutungsdimension wird dann auf der Ebene der Bundesländer (genereller Ost/West) verglichen. Die zweite Fragestellung des Modellprojektes ist eher formaler Art und entwickelt ein für die Komplexität der inhaltlichen Fragestellung angemessenes Analysedesign. Untersucht wird einerseits, welche vorhandenen statistischen Erhebungen im Sinne der Fragestellung nutzbar gemacht werden können, andererseits wurde ein Befragungsinstrument entwickelt und eingesetzt, welches die Defizite und Einseitigkeiten der vorhandenen Datenquellen komplementär ergänzen soll. Im Verlauf des Projektes waren also inhaltliche Analysen zur Bedeutung der kommunalen Wirtschaft mit der Entwicklung eines wiederholt einsetzbaren methodischen Instrumentariums zu verknüpfen.

### **2.2 Zur Datenlage**

Statistische, innerhalb Deutschlands regional vergleichende Untersuchungen zur Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Allgemeinen (ohne Branchendifferenzierung) liegen unserer Kenntnis nach nicht vor. Diesen Befund berichtet ebenso Haug (2003, S. 362): „Trotz anhaltender politischer und wissenschaftlicher Diskussionen über Berechtigung und Umfang kommunaler Wirtschaftstätigkeit weisen weder die amtliche Statistik, noch Erhebungen von Verbänden oder Forschungsinstitutionen konkrete Zahlen zur Bedeutung der Kommunalwirtschaft aus.“

Das Jahrbuch des European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest (CEEP) untersucht die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmen (CEEP 2000a; Braun/ Leetz 2001). Ein regionaler Vergleich wird in dieser Analyse nicht vollzogen. Bemerkenswert ist aber, dass hier ein Untersuchungsdesign Verwendung findet, das in seiner Analyselogik dem des Projektbereiches „Amtliche Statistik“ entspricht.

Haug (2003) untersucht Umsatz- und Beschäftigtenanteile kommunaler Großunternehmen in Deutschland. Eine regionale Differenzierung wird auch hier nicht vollzogen. Der Befund lässt sich für die Untersuchung von Emmerich (2006) wiederholen, dieser untersucht auf der Basis der öffentlichen Statistik öffentliche Unternehmen in ihrer Struktur (Rechtsformen) und Bedeutung (Beschäftigte und ausgewählte Finanzdaten). Unterschieden wird hier allerdings

nach Aufgabenbereichen, nicht explizit analysiert werden kommunale Unternehmen im regionalen Vergleich.

Empirische Analysen der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit thematisieren zwar regionale Unterschiede im Bundesländervergleich, letztlich liegen den Analysen aber thematisch andere Interessen zu Grunde: Untersucht wird die Tendenz zur Verselbständigung kommunaler Unternehmen durch verschiedene Formen der Aufgabenausgliederung aus der Verwaltung und die Folgen dieses Wandels für die Steuerung kommunaler Beteiligungen (Killian/ Richter/ Trapp 2006a, Edeling/ Reichard/ Richter/ Brandt 2004).

Darüber hinaus existieren empirische Arbeiten, die sich mit spezifischen Aspekten der öffentlichen Wirtschaft beschäftigen, besonders hingewiesen sei hier auf die Untersuchung zur Investitionstätigkeit kommunaler Unternehmen (Reidenbach 2006). Diese Untersuchung thematisiert auf der Basis der öffentlichen Statistik die Verteilung der kommunalen Investitionstätigkeit auf kommunale Kämmereihaushalte und kommunale Unternehmen. Gezeigt werden kann hier, dass im Jahre 2002 nahezu 50% der kommunalen Investitionen durch Unternehmen getragen wurden. Unterschieden wird in dieser Untersuchung nach neuen und alten Bundesländern und verschiedenen Tätigkeitsbereichen, Entwicklungen werden im Zeitverlauf analysiert.

Innerhalb der amtlichen Statistik werden zwar große Mengen relevanter Daten erhoben, ein regional vergleichender Bericht wird aber nicht erstellt.

Die Übersicht der Datenlage zeigt:

- Belastbare statistische Untersuchungen zum regionalen Vergleich der Bedeutung der Kommunalwirtschaft liegen nicht vor.
- Es existieren allerdings qualitativ hochwertige Daten im Bereich der amtlichen Statistik. Insbesondere die Erhebung der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen hat sich in mehreren empirischen Untersuchungen (Emmerich 2006, Reidenbach 2006) als geeignete Datenquelle für kommunalwirtschaftliche Untersuchungen erwiesen. Komplementiert wird diese wohl bedeutendste Datenquelle durch andere amtlich-statistische Erhebungen, bspw. Finanzstatistiken (Haug 2003).
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kommunalwirtschaft lässt sich durch die „Bemessung“ der Kommunalwirtschaft an der Gesamtwirtschaft operationalisieren (CEEP 2000a).

Das im Modellprojekt „Kommunalwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Eine vergleichende Analyse der neuen und alten Bundesländer unter besonderer

Berücksichtigung des Landes Brandenburg“ verfolgte, im Folgenden detailliert zu erörternde methodische Vorgehen lässt sich in Anbetracht der Übersicht der relevanten empirischen Untersuchungen als valide und angemessen beurteilen. Die grundsätzliche Logik der Erfassung und die Datenquellen selbst können somit als gesichert und angemessen beurteilt werden.

## 2.3 Allgemeines Untersuchungsdesign

Als dem Modellprojekt zu Grunde liegende Variablen lassen sich benennen:

- I. Bedeutungskategorien
  - Anzahl der Arbeitnehmer
  - Personalaufwendungen
  - Jahresumsatz
  - Umfang der Investitionen
- II. Eigentümer
  - Öffentlich, kommunal, privat etc.
- III. Branchen
  - Kommunale Wirtschaft insgesamt
  - Öffentlicher Personennahverkehr
  - Wasser, Abwasser
  - Abfallwirtschaft
  - Energie- und Wasserversorgung
  - Wohnungswesen
  - Krankenhäuser
- IV. Regionale Unterscheidungen
  - Bundesländer
  - Neue vs. alte Bundesländer
  - Nach Industriedichte typisches neues vs. nach Industriedichte typisches altes Bundesland

Das allgemeine methodische Vorgehen bestand darin, verschiedene Bedeutungsmaße regional vergleichend zu analysieren. Dazu wurden verschiedene regionale Vergleichsebenen definiert, für die dann jeweils die Kommunalwirtschaft im Allgemeinen sowie im Speziellen verschiedene Branchen gesondert betrachtet wurden. Dieses zunächst noch unspezifische Untersuchungsdesign wurde in der Folge in drei verschiedenen Pfaden der empirischen Analyse auf je verschiedene Weise ausgefüllt und spezifiziert. Die drei Pfade der Untersuchung basieren letztlich auf der Unterscheidung verschiedener Datenzugangsmöglichkeiten:

- Amtliche Statistik
- Statistik der Verbände
- Eigene Erhebung mittels Fragebogen

In Bezug auf die basale Kategorie „Bedeutung der kommunalen Wirtschaft“ soll festgehalten werden, dass es sich um eine aus theoretischer Sicht recht unbestimmte Kategorie handelt. Daher ging das Projekt pragmatisch von einem Bündel an eher betriebswirtschaftlichen Bedeutungskategorien aus. Diese Grundlegung diente vor allem der Fundierung der diversen Rechercheaktivitäten. Im Verlauf des Projektes wurden in der Folge diese Bedeutungskategorien spezifiziert, erweitert und ausdifferenziert. Spezifiziert wurden die grundlegenden Bedeutungskategorien insofern, als bspw. auf Nettoinvestitionen abgestellt wurde, da diese Größe sich innerhalb der amtlichen Statistik der öffentlichen Unternehmen leicht produzieren ließ. Ausschlaggebend für derartige Spezifikationen war also in der Regel die Verfügbarkeit von Bedeutungsdaten innerhalb des durch die Ausgangskriterien vordefinierten Rahmens. Weitere Bedeutungsdimensionen wurden definiert, z.B. der Bereich Sponsoring mit erheblicher regionaler Bedeutung. Darüber hinaus sind weitere Bedeutungskategorien generiert worden, die aber weniger allgemein, als vielmehr branchenspezifisch von Bedeutung sind, bspw. Streckenkilometer im Bereich Verkehr oder Anzahl der Betten im Bereich Krankenhäuser.

Ähnliche Spezifizierungen waren auch in Bezug auf das Eigentümerkriterium nötig, da bspw. die verbal gleiche Unterscheidung verschiedener Eigentumstypen je nach verwendeter Statistik eben Anderes bezeichnet. Innerhalb der Erhebung der Jahresabschlüsse der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen bspw. werden als öffentliche Unternehmen solche mit einem Eigentumsanteil der öffentlichen Hände von über 50% betrachtet. Innerhalb der Fachserie Verkehr des Statistischen Bundesamtes hingegen werden kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen innerhalb einer Eigentümerkategorie behandelt. Dabei werden selbst innerhalb des Berichtskreises Verkehr verschiedene Zuweisungsregeln angewendet<sup>2</sup>. Im Bereich der Verbändestatistik hingegen bspw. in der Statistik des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) werden solche Unternehmen als kommunale betrachtet, die Mitglieder eben jenes Verbandes sind. Mitglieder des VKU müssen im Moment des Eintritts mehrheitlich kommunal geprägt sein, auch hier gilt also grundsätzlich die 50+ Regel. Allerdings verliert ein Unternehmen nach Auskunft des VKU die Mitgliedschaft nicht, wenn sich die Eigentumsverhältnisse ändern. So ist in Berlin z.B. die GASAG immer noch Mitglied, wird also hier als kommunales Unternehmen erfasst.

Diese kategoriale Mehrdeutigkeit der Betrachtungsdimensionen muss hier grundsätzlich Beachtung finden, innerhalb des Abschlussberichtes dieses Projektes wird dem dadurch

---

<sup>2</sup> Als kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen werden betrachtet „Verkehrsunternehmen ohne Eisenbahn-Schienenverkehr, an deren Grund- oder Stammkapital oder vergleichbaren Kapitalausstattungen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit mehr als 50% beteiligt sind. Unternehmen mit Stadtbahn-, Straßenbahn- oder Obusverkehr gelten auch dann als „gemischtwirtschaftlich“, wenn der Anteil der öffentlichen Hand weniger als 50% beträgt“ (Statistisches Bundesamt 2004).

Rechnung getragen, dass durch nähere Anmerkungen einerseits die genaue Quelle der berichteten Daten offen gelegt wird, andererseits relevante Besonderheiten der jeweils zu Grunde liegenden Definitionen expliziert werden. Zum Zwecke der Nachvollziehbarkeit der verschiedenen Datenquellen sind Abkürzungen definiert worden.

Abkürzung	Kurzbezeichnung	Datenquelle
EE		Eigene Erhebung
JöU	Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen	Erhebung der Jahresabschlüsse der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen
VGR		Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VKU		Jahresstatistik des Verbandes Kommunaler Unternehmen
VDV		Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
FV	Fachserie Verkehr	Fachserie 8 / Reihe 3 Verkehr
FKH	Fachserie Krankenhaus	Fachserie 12 / Reihe 6.1.1 Gesundheitswesen. Grunddaten der Krankenhäuser
StJB		Statistisches Jahrbuch

Tabelle 1: Abkürzungen zur Bezeichnung von Datenquellen in Tabellen und Abbildungen

Die Auswertungen in den einzelnen Bereichen des Projektes wurden mit dem Statistikprogramm SPSS gerechnet. Die Labelungs-, Umkodierungs- sowie Auswertungssyntaxen für den besonders relevanten Bereich der amtlichen Statistik (JöU) finden sich im Anhang dieses Berichtes. Die folgend auf der Basis dieser SPSS-Auswertungen errechneten Übersichtstabellen (siehe Anhang) wurden mittels eines gängigen Tabellenkalkulationsprogramms erstellt.

### 2.3.1 Regionale Vergleichsebenen

Grundsätzlich analysieren alle Bereiche des Projektes die Bedeutung der Kommunalwirtschaft auf der Ebene der Bundesländer. Für die inhaltliche Analyse werden im Folgenden verschiedene Gegensatzpaare gebildet. Der Auswahl der Gegensatzpaare liegen letztlich drei Variablen zu Grunde:

- Ost/ West (alte vs. neue Bundesländer)
- Industriedichte (als Anteil an Bruttowertschöpfung und Beschäftigung des produzierenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft)
- Ein Bündel anderer wirtschaftsstruktureller und geografischer Faktoren

Die Ost-West-Unterscheidung wurde einerseits direkt als Vergleichspaar verwendet, wobei anzumerken ist, dass die Stadtstaaten generell nicht in die Analyse einbezogen wurden, um deren wirtschaftsstruktureller Besonderheit Rechnung zu tragen. Andererseits liegt die Ost/West-Unterscheidung auch den anderen beiden Gegensatzpaaren zu Grunde, allerdings wurde jeweils eine andere Variable variiert bzw. stabil gehalten.

Das zweite Vergleichspaar bilden Brandenburg und Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein wurde ausgewählt, um ein für Brandenburg (als zentrales Bundesland im Projekt) wirtschafts- und siedlungsstrukturell möglichst ähnliches Vergleichsland zu analysieren.<sup>3</sup> Empirisch vorfindbare Unterschiede zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein sind dann eben nicht durch die stabil gehaltenen Strukturvariablen bedingt.

Das dritte Vergleichspaar wurde ebenso auf der Grundlage der Ost-West-Unterscheidung unter Kontrolle der Industriedichte<sup>4</sup> gebildet. Die Strategie besteht darin, ein in Bezug auf die Variable Industriedichte typisches, d.h. in Bezug auf den Mittelwert Ost bzw. West typisches Bundesland auszuwählen. Bayern bildet so den Durchschnitt West am besten ab, Sachsen-Anhalt den Durchschnitt Ost. Im Vergleichspaar Bayern vs. Sachsen-Anhalt wird also sowohl der Einfluss der Industriedichte, als auch der der Ost-West-Unterscheidung geprüft. Hinter dieser Vergleichsstrategie verbirgt sich die Hypothese, dass der Stellenwert der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern deshalb vergleichsweise hoch ist, weil hier die Industrie und damit finanzstarke Unternehmen im Vergleich zu den alten Bundesländern eine wesentlich geringere Bedeutung innehaben.

## **2.4 Ausdifferenzierung des Untersuchungsdesigns. Die drei Pfade der Studie**

### **2.4.1 Statistiken der Verbände**

Eine Vielzahl von Verbänden oder verbandsähnlichen Organisationen erhebt eigene Daten. Im Verlauf des Projektes wurden zunächst verschiedene Veröffentlichungen der Verbände gesichtet. In der Folge wurden die wesentlichen Verbände kontaktiert, um relevante Daten zu generieren. Die Grundidee dabei war, möglichst Daten aufzufinden und dann für die Fragestellung des Projektes zu nutzen, die unabhängig vom Projekt selbst regelmäßig produziert werden. Ziel dieser Strategie war es, die Methodik des Modellprojektes mit möglichst geringem Aufwand für ähnliche Fragestellungen oder ggf. Zeitreihenuntersuchungen anwendbar zu gestalten.

---

<sup>3</sup> Es handelt sich dabei um ein so genanntes Most-Similar-Case-Design.

<sup>4</sup> Die Berechnungstabelle findet sich im Anhang dieses Berichtes.

Kontaktiert wurden spezifisch kommunale Wirtschaftsverbände, Branchenverbände und eher regional organisierte Verbände (IHK) bis hin zu Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften.

<b>Verbandstyp/ -bereich</b>	<b>Verband</b>	<b>Ergebnis</b>
Gewerkschaft	Verdi Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft	Keine relevanten Daten
	DGB Deutscher Gewerkschaftsbund	Keine relevanten Daten
Arbeitgeber	KAV Kommunalen Arbeitgeberverband	Keine relevanten Daten
IHK	IHK Brandenburg	Keine relevanten Daten
Wohnungswirtschaft	Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.	Daten erhalten
	GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen	Keine relevanten Daten
ÖPNV	VDV Verband Deutscher Verkehrsunternehmen	Daten erhalten
	BDO im Bund und in Brandenburg	Keine relevanten Daten
	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg	Keine Daten geliefert
Abfall	BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft	Keine relevanten Daten
	DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall	Keine relevanten Daten
Wasser	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. Landesgruppe Berlin/Brandenburg	Keine relevanten Daten
Energie	VDEW Verband der Elektrizitätswirtschaft	Keine relevanten Daten
	VRE Verband der Verbundunternehmen und Regionalen Energieversorger	Keine eigene Statistik
Versorgung	VKU Verband kommunaler Unternehmen	Daten erhalten
	VKU Brandenburg	Daten erhalten
	Vedewa Kommunale Vereinigung für Wasser-, Abfall- und Energiewirtschaft	Keine relevanten Daten
	Berufsgenossenschaft der Gas-, Fernwärme- und Wasserwirtschaft	Keine relevanten Daten

Tabelle 2: Ergebnisse der Recherche Verbände

Die Recherche deckte die wichtigsten Verbände der verschiedenen Typen ab. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Verbände in den seltensten Fällen über eigene, hinreichend aktuelle statistische Daten verfügen. Die Mehrzahl der von uns befragten Verbände erhebt keine eigenen Mitgliederdaten, einige Mitgliederdaten sind aufgrund der für wissenschaftliche Zwecke nicht hinreichenden Pflege der Datenbestände nicht verwendbar

(IHK). Für unsere Fragestellung relevante Daten konnten beim Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) und beim Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) beschafft werden. Dem von Haug (2003) berichteten Befund, dass die Verbandsstatistik keine Daten zur Bedeutung der Kommunalwirtschaft ausweist, kann also zunächst modifizierend dergestalt widersprochen werden, dass zumindest für die Bereiche Versorgung und Verkehr detaillierte Mitgliedsdaten zur Verfügung stehen, die ggf. für Fragestellungen nach der Bedeutung der Kommunalwirtschaft fruchtbar gemacht werden können. Es muss hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass dies nur um den Preis methodischer Schwierigkeiten zu gewährleisten ist:

- Das zentrale Kriterium der Eigentümerschaft, genauer der Modus der Zuordnung eines Unternehmens zu den kommunalen Unternehmen, unterscheidet sich erheblich von dem in der amtlichen Statistik vorfindbaren. Zwar wird ein Unternehmen erst dann als kommunales eingestuft, wenn der kommunale Anteil mindestens 50% beträgt, jedoch verliert ein Unternehmen die Mitgliedschaft im VKU und damit die Zuordnung zum kommunalen Sektor nicht, wenn sich die Eigentumsverhältnisse ändern. Im Effekt weist die VKU-Statistik erheblich höhere Unternehmenszahlen für bestimmte Versorgungsbereiche aus als die amtliche Statistik. Eine mögliche Erklärung für diese Abweichung liegt dann darin, dass Unternehmen, in denen sich die Eigentumsverhältnisse infolge verschiedener Formen der Privatisierung geändert haben, dennoch als kommunale ausgewiesen werden.
- Eine zweite, methodisch schwerwiegendere Schwierigkeit der Verbandsstatistik besteht im Organisationsgrad der Verbände. Man muss – ohne dass dazu explizite Daten vorliegen – davon ausgehen, dass der Grad der Mitgliedschaft kommunaler Unternehmen und damit der Grad der verbandlichen Abdeckung der kommunalen Wirtschaft von Bundesland zu Bundesland variiert. Unterschiede in der Bedeutung der Kommunalwirtschaft, die auf der Basis der Verbandsstatistik ermittelt werden, können immer auch durch einen variierenden Organisationsgrad des Verbandes verursacht sein. Ermittelt man einen Wert von  $x$  als Anteil der kommunalen Wirtschaft an den Beschäftigten im Versorgungsbereich in den neuen Bundesländern und einen davon abweichenden Wert  $y$  als Anteil der kommunalen Wirtschaft an den Beschäftigten im Versorgungsbereich in den alten Bundesländern, so kann die Differenz von  $x$  und  $y$  nicht sicher als Unterschied der Bedeutung zwischen neuen und alten Bundesländern interpretiert werden, da dieser Unterschied auch lediglich dadurch verursacht werden kann, dass der VKU in einer Region relational weniger kommunale Mitgliedsunternehmen vertritt. Ein gemessener Ost-West-Unterschied könnte also durch den variierenden Organisationsgrad verursacht sein. Denkbar ist aber auch, dass

der gezeigte Unterschied größer, kleiner oder auch in seiner Richtung verändert wird.<sup>5</sup> Dieses Problem lässt sich aber methodisch nicht befriedigend lösen, da belastbare Informationen zu den Organisationsgraden in den Bundesländern nicht vorliegen.

Das Problem des variierenden, empirisch aber nicht zu kontrollierenden Organisationsgrades der Verbände hat sich als außerordentlich schwerwiegend erwiesen und könnte durchaus derart generalisiert werden, dass die Verbändestatistik, solange sie nicht belastbare Daten zum Organisationsgrad des Verbandes ausweist, nicht für die hier verfolgte Fragestellung relevant und verwendbar ist.

Da wir hier aber im Sinne der zweiten Fragestellung weiterhin prüfen wollen, welche vorhandenen Daten sich für die empirische Fragestellung nach der Bedeutung der Kommunalwirtschaft fruchtbar machen lassen, werden hier die Ergebnisse der Verbandsrecherche dennoch berichtet, verbunden mit der Hoffnung, dass das Problem „Organisationsgrad“ in zukünftigen Analysen lösbar wird.

Eine besondere Stärke der Statistik der Fachverbände könnte darin bestehen, dass sie sowohl den kommunalen als auch den privatwirtschaftlichen Sektor binden und somit in der Lage sein könnten, eine „Schwäche“ der amtlichen Statistik auszugleichen, nämlich den direkten (nicht über den methodischen Zugang der Gesamtwirtschaft durchgeführten) Vergleich der Kommunalwirtschaft mit der Privatwirtschaft. Für die in diesem Projekt erhobenen Daten des Fachverbandes VDV konnte diese Erwartung allerdings nur bedingt eingelöst werden, da die Fallzahlen (Mitgliedsunternehmen) in den einzelnen Bundesländern doch eher gering und für statistische Zwecke, die ja dann auch immer das zufällige Zustandekommen von Unterschieden verneinen sollen, als nur bedingt geeignet erschienen.

#### **2.4.2 Amtliche Statistiken**

Als wesentliche und qualitativ hochwertigste Quelle für das Forschungsprojekt hat sich der gesamte Bereich der öffentlichen Statistik erwiesen. Das Statistische Bundesamt und die Landesämter für Statistik (inzwischen auch Landesbetriebe für Statistik) erheben eine Vielzahl von Wirtschaftsdaten, die auch in einer kaum zu überblickenden Fülle von regelmäßigen Übersichtswerken (Statistisches Jahrbuch), verschiedenen Fach- und so genannten Qualitätsberichten und darüber hinaus in Form von Artikeln in den diversen Publikationen des amtlichen Bereiches Verwendung finden.

---

<sup>5</sup> In der Sprache der Statistik sind damit Drittvariableneinflüsse (Suppressor- und Distorter-Variablen) verschiedener Wirkung beschrieben.

Für dieses Projekt haben sich folgende Quellen als relevant erwiesen:

- Erhebung der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (JöU),
- die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes, der Länder und für bestimmte Wirtschaftsbereiche (VGR),
- Fachserien für die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Krankenhaus.

Darüber hinaus hat sich eine weitere, möglicherweise relevante Datenquelle eröffnet, die zu prüfen für zukünftige Untersuchungen durchaus lohnenswert erscheint: die Personalstandserfassung rechtlich selbständiger Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Diese Erhebung weist über die hier berichteten Bedeutungskriterien hinaus Ausbildungsverhältnisse aus. Da diese Erhebung aber nicht in einer Form (als Bericht, Teil eines Berichtes oder als Datensatz, der dann aber mit anderen Datensätzen verknüpft werden müsste, um die Erhebung branchenspezifisch aufbereiten zu können) zur Verfügung steht, die für wissenschaftliche Analysezwecke verwendbar ist, wurde im Rahmen des Projektes davon Abstand genommen, diesen Pfad zu verfolgen.

Die verwendeten Daten sind für weitere kommunalwirtschaftliche Untersuchungen fruchtbar, bspw. könnten die Branchenuntersuchungen differenziert werden in Bezug auf den Stellenwert kommunaler Unternehmen für die Erzeugung und Verteilung im Versorgungsbereich.

Die verwendeten amtlichen Quellen müssen im Hinblick auf ihre Besonderheiten ausführlich beschrieben werden.

### **Erhebung der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (JöU)**

Die im Folgenden kurz Jahresabschlussstatistik öffentlicher Unternehmen (JöU) genannte Erhebung ist die zentrale statistische Quelle dieses Projektes. Es handelt sich dabei um eine alljährlich durchgeführte Vollbefragung aller öffentlichen Unternehmen (Kommunen, Land, Bund), sofern diese Unternehmen einen kritischen Eigentumsanteil der öffentlichen Hände von insgesamt 50% überschreiten. Es werden in der Hauptsache die Daten des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) erhoben, dazu werden zu jedem Unternehmen weitere Merkmale ausgewiesen: Eigentumsverhältnisse, Wirtschaftszweig, Rechtsform sowie die Anzahl der Beschäftigten.

Die Erhebung wird bundeseinheitlich durchgeführt, jedoch werden die Einzeldatensätze der Bundesländer nicht zusammengeführt, ebenso nicht in einem Bericht vereinigt, der die

administrative Ebene des einzelnen Bundeslandes übersteigt. Die einzelnen Bundesländer verwenden diese Erhebung in uneinheitlicher Form innerhalb ihres Veröffentlichungsprogramms. In Brandenburg werden entsprechend dem bundesweiten Veröffentlichungsprogramm aus den umfangreichen Datenbeständen drei Übersichtstabellen erstellt. Eine systematische Nutzung und Interpretation dieser Quelle für kommunal- oder wirtschaftswissenschaftliche Fragen findet unserer Kenntnis nach nicht statt.

Für die hier präsentierten Auswertungen griffen wir auf die Daten des Jahres 2002 zurück, da für dieses Bezugsjahr mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden konnte, dass die Datenerfassung in allen Bundesländern abgeschlossen und der Datensatz somit für alle Bundesländer<sup>6</sup> zusammenführbar war. Der Datensatz<sup>7</sup> wurde, vertraglich fundiert, für unsere Zwecke zusammengestellt und umfasst alle öffentlichen Unternehmen der Bundesländer (exklusive Stadtstaaten), die nicht der Haushaltssystematik staatlich zugeordnet werden. Auf dieser ersten Ebene wurden also die Unternehmen des Bundes aus dem Datensatz eliminiert. Die Verortung der Unternehmen wurde, um die Prüfung der Reanonymisierungsmöglichkeiten jeder einzelnen Auswertung zu vereinfachen, lediglich auf der Ebene der Bundesländer (also Bundesland, in dem Unternehmen Sitz hat) abgerufen.

Die Datenbeschaffung der JöU ist aufgrund der dezentralen Verantwortlichkeit außerordentlich langwierig und der Stand der Datenaufbereitung in den einzelnen Ländern nur schwer abschätzbar. Zwar wurde in der Form des bundesweiten Modellprojektes „Forschungsdatenzentrum (FDZ)“ der statistischen Landesämter eine systematische Verbindungsstelle u.a. zur Wissenschaft geschaffen, die uns die Datensuche und -beschaffung sehr erleichtert hat<sup>8</sup>, doch sind auch hier die Zugänge der Wissenschaft zu den amtlichen Daten stark reglementiert und in langwierige Prozeduren verwoben. Für die Zukunft wäre wünschenswert, die Beschaffungsprozeduren, die Datennutzungsbedingungen und die doch recht umständlichen Prozeduren der Kontrolle der wissenschaftlichen Analysen zu vereinfachen. Auch erscheint aus der Erfahrung dieses Projektes eine autonomere Stellung der FDZ innerhalb der Strukturen der Landesämter für Statistik sowie eine qualitativ angemessene Personalausstattung der FDZ wünschenswert, um die Grenze zur wissenschaftlichen Nutzung gerade sonst wenig verwendeter Erhebungen zu erleichtern.

Sämtliche Auswertungen der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen sind unter Datenschutzgesichtspunkten geprüft worden. In Fällen, in denen geheim zu haltende Daten zu anonymisieren waren, wurde dies über eine Summierung mit anderen Fällen

---

<sup>6</sup> Exklusive der Stadtstaaten, die aufgrund Ihrer volkswirtschaftlichen Besonderheit nicht betrachtet wurden.

<sup>7</sup> Eine ausführliche Merkmalsliste des Datensatzes findet sich im Anhang dieses Berichtes.

<sup>8</sup> Wir sind insbesondere Frau Dr. Heide Wilsdorf-Köhler am Regionalen Standort Potsdam des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter zu besonderem Dank verpflichtet, die immer wieder in bewundernswerter, fachlich außerordentlich kompetenter Weise unsere Arbeit unterstützt und begleitet hat.

(Bundesländern) erreicht. So werden beispielsweise im Bereich Abfallbeseitigung die saarländischen Arbeitnehmer- und Personalaufwanddaten summiert mit denen aus Nordrhein-Westfalen berichtet. Derartige Aggregierungen sind aber nur in wenigen Fällen jeweils für die Bedeutungsmaße Arbeitnehmer und Personalaufwand nötig geworden (Abfall: NRW + Saarland; ÖPNV: NRW + Saarland). Für Anschlussuntersuchungen bleibt festzuhalten, dass aus Datenschutzperspektive gelegentlich die Bedeutungsdimensionen Anzahl der Arbeitnehmer und Personalaufwand prekär sind, andere eher fiskalische Kennzahlen (Umsatz, Investitionen) sind diesbezüglich unbedenklich. Um die datenschutzrelevanten Fälle zu begrenzen, wurde im Rahmen unserer Analysen auf die Landesebene als kleinste administrative Ebene abgestellt. Für Anschlussuntersuchungen, die hier weiter ins Detail gehend tiefere administrative Ebenen erschließen wollen, steht eine exponentielle Zunahme der datenschutzrelevanten Fälle zu befürchten. In solchen Fällen sollte die Analyse auf die unkritischen Maße (Umsatz, Investitionen) beschränkt werden. Eine weitere Schwierigkeit tieferer administrativer Ebenen besteht darin, dass für diese kleineren Gebietskörperschaften und Regionen gesamtwirtschaftliche Daten nicht zur Verfügung stehen, somit eine Normierung der Absolutdaten der kommunalen Wirtschaft, wie sie im hier vorgestellten Untersuchungsdesign zentral ist, nicht möglich erscheint.

Die Spezifik der Daten und ihrer Aufbereitung muss zur Interpretation der Befunde und für die Erklärung von divergierenden empirischen Befunden aus verschiedenen Bereichen des Projektes herangezogen werden. Dies lässt sich anhand der Definitionen des Untersuchungsbereichs „kommunale Unternehmen“ in verschiedenen statistischen Quellen gut verdeutlichen. Im Ergebnis divergieren dann natürlich auch die auf dieser Basis berechneten Beschäftigten-, Umsatz- und Investitionszahlen, insbesondere wenn lediglich die absoluten Werte betrachtet werden. Vergleicht man die betreffenden Absolutwerte bspw. für Brandenburg in der VKU-Statistik mit denen der JöU, so ergeben sich erhebliche Differenzen. In der Betrachtung von Divergenzen muss also in jedem Fall die Quelle der Daten und damit das spezifische Vorverständnis des Gegenstandsbereiches Beachtung finden.

Die Erhebung JöU in Verbindung mit der durch uns durchgeführten Transformation der Daten ist im Hinblick auf ihre Besonderheiten genauer zu beschreiben:

- Den Gegenstandsbereich bilden alle öffentlichen Unternehmen, die einen Mindesteigentumsanteil der öffentlichen Hände von 50% übersteigen.
- Für unsere Zwecke des regionalen Vergleichs der Bedeutung der Kommunalwirtschaft wurde für die Berechnung der Bedeutungskategorien (Arbeitnehmer, Personalkosten, Umsatz, Investitionen) eine weitere Spezifikation notwendig, die dazu dient, andere als kommunale öffentliche Unternehmen aus dem

Gegenstandsbereich zu eliminieren. Dazu wurden nur noch diejenigen Fälle weiter betrachtet, die als ersten Eigentümer eine Kommune (Kreisfreie Stadt, Kreisangehörige Gemeinde, Verbandsgemeinde, Verbandsangehörige Gemeinde, Landkreis, Bezirksverbände und Zweckverbände) aufweisen.

- Jedes Unternehmen wird einem wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich zugeordnet. Sofern ein Unternehmen in mehreren Wirtschaftsbereichen tätig ist, wird es nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit zugewiesen. Dies bedeutet dann, dass relativ betrachtet kleinere Bereiche wirtschaftlicher Betätigung dem dominanten Wirtschaftsbereich zugeordnet werden, was insbesondere im Falle von Verbundunternehmen relevant ist. Aus diesem Grund wurden die Branchen Gas, Strom, Fernwärme und Wasser – als typische Branchen kommunaler Verbundunternehmen – unter der Bezeichnung „Energie- und Wasserversorgung“ zusammengefasst. Die Kategorie Energie- und Wasserversorgung hat darüber hinaus den Vorzug, dass für diesen Sektor im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) landesspezifisch gesamtwirtschaftliche Daten bereit stehen, die es dann erlauben, den sektorinternen Anteil der Kommunalwirtschaft abzuschätzen.<sup>9</sup> Für die Zukunft bleibt abzuwarten, inwiefern die Entkopplungsvorschriften<sup>10</sup> (Unbundling) einen Niederschlag in der statistischen Erfassung öffentlicher Wirtschaftstätigkeit finden und es somit erlauben, bis dato nicht detailliert betrachtbare Branchen (Gas, Strom, Fernwärme) genauer zu analysieren. Auch infolge dieser Besonderheit ergeben sich in den branchenspezifischen Betrachtungen dieses Berichtes möglicherweise Abweichungen gegenüber anderen statistischen Quellen, die die Kennzahlen auf andere Weise (wohl angemessener) den Wirtschaftsbereichen zuweisen. Für den regionalen Vergleich der gesamten Kommunalwirtschaft fällt dieses Zuweisungsproblem nicht ins Gewicht.

---

<sup>9</sup> Dieser Vorteil wird durch die implizit doppelte Betrachtung des Bereiches Wasser erkauft.

<sup>10</sup> Siehe Kapitel 5.2.1 (Bracheneinführung Energieversorgung).

Das Ergebnis der Auswertungen dieser statistischen Quelle liegt dann im Wesentlichen in Übersichten (siehe Anhang), die einerseits branchenspezifisch andererseits für die Kommunalwirtschaft insgesamt für jedes Bundesland folgende Bedeutungskriterien ausweisen:

- Anzahl der Arbeitnehmer,
- Höhe der Personalkosten,
- Umsatz,
- Umfang der Investitionen (als Nettoinvestitionen und Zugang an Sachanlagen)<sup>11</sup>.

Die absoluten Daten wurden nun mit geeigneten Maßen normiert, mit dem Ziel, die doch beträchtlichen Unterschiede der bundeslandspezifischen Gesamtwirtschaften zu kontrollieren. Dazu wurden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer herangezogen. Diese Normierung mit gesamtwirtschaftlichen Strukturgrößen dient zugleich als Strategie den grundsätzlichen Mangel an privatwirtschaftlichen Vergleichsdaten zu kompensieren. Grundsätzlich lässt sich als Ergebnis der Datenrecherche festhalten, dass korrespondierende Wirtschaftsdaten zum privaten und öffentlichen Sektor lediglich für die Bereiche ÖPNV und Krankenhaus vorliegen.

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)**

„Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar“ (Statistische Ämter der Länder 2005, Vorwort).<sup>12</sup> Die VGR dient grundlegend dazu, ein quantitatives Gesamtbild der Entwicklung des wirtschaftlichen Geschehens zu zeichnen. Betrachtet wird zunächst die Gesamtwirtschaft auf der Ebene der Bundesrepublik, weiter differenzierend die Ebene der einzelnen Bundesländer, schließlich werden verschiedene Wirtschaftsbereiche unterschieden. Die nach Bundesländern differenzierte VGR ist damit die für die Zwecke dieses Projektes geeignete Quelle, um quantitative Unterschiede der Wirtschaftsstärke der Bundesländer zu kontrollieren. Die Grundidee dieser Auswertung besteht darin, die Absolutkennzahlen der Kommunalwirtschaft durch geeignete Normierungen, mit deren Hilfe die wirtschaftsstrukturellen Unterschiede der Bundesländer kontrolliert werden, vergleichbar zu machen. Im Idealfall können dann Aussagen der Art gemacht werden, dass bspw. in Brandenburg der Anteil der Kommunalwirtschaft an der Gesamterwerbstätigkeit x%

---

<sup>11</sup> Wir empfehlen für künftige Untersuchungen den Zugang an Sachanlagen als Maß der Investitionstätigkeit, da dieses Maß den Vorzug aufweist, nur positive absolute Werte auszuweisen.

<sup>12</sup> Zu Erläuterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Bundesebene vgl. Statistisches Bundesamt (2006b), zu den VGR der Länder vgl. Statistische Ämter der Länder (2005).

gegenüber  $y\%$  in Schleswig-Holstein beträgt. So lassen sich sinnvoll Unterschiede im Stellenwert der Kommunalwirtschaft an der Bundesland-Gesamtwirtschaft operationalisieren. Jedoch ist zu beachten, dass diese klare Interpretierbarkeit der relativen Werte nicht in jedem Fall gegeben ist. So lassen sich Umsatzvolumina kommunaler Betriebe nicht einfach als Teil des Bruttoinlandsproduktes verstehen. Die systematische Ursache dieser Schwierigkeit liegt darin begründet, dass die Daten der JöU und der VGR kategorial nicht vollständig kompatibel sind. Im Bereich der JöU werden u.a. Nettoinvestitionen berechnet, während in der VGR Bruttoanlageinvestitionen ausgewiesen werden. Dieser kategoriale Unterschied führt dann dazu, dass sich die einzelnen relativen Werte nicht in jedem Falle sinnvoll als Anteile der Kommunalwirtschaft an einem gesamtwirtschaftlichen „Kuchen“ (bspw. Investitionen) interpretieren lassen, sondern lediglich die Verhältnisse der relativen Werte im Bundesland-Vergleich derart interpretiert werden können, dass sie Unterschiede zwischen den Bundesländern sichtbar machen. Interpretiert werden kann in der Regel nicht die Höhe der Prozentwerte, sondern die Relationen zwischen verschiedenen Ländern. Diese interpretative Schwierigkeit betrifft alle Normierungen außer die im Bereich Arbeitnehmer.

Das beschriebene methodische Vorgehen lässt sich trotz der zum Teil nur bedingt gegebenen Interpretierbarkeit der errechneten „Anteilswerte“ dennoch dadurch aufrecht erhalten und rechtfertigen, dass die Normierungen alle dem Zweck dienen, wirtschaftsstrukturelle Unterschiede zu kontrollieren. Dazu lassen sich verschiedene Maße verwenden (BIP, Bruttoanlageinvestitionen, Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige, AN etc.). Im Ergebnis zeigen aber alle gerechneten Normierungsvarianten einen sowohl in Richtung, als auch Stärke relativ stabilen Effekt. Für das empirische Ergebnis der Normierung ist also gar nicht so sehr von Belang, welche spezifische Normierung gewählt wird, da diese, so lässt sich plausibel annehmen, untereinander stark korrelieren, also letztlich ein und dieselbe Variable (Wirtschaftskraft des Bundeslandes) abbilden.

Folgende gesamtwirtschaftliche Maße wurden nach Bundesländern differenziert zu Normierungszwecken herangezogen:

JöU	VGR nach Bundesland	VGR branchenspezifisch nach Bundesland
Anzahl der Arbeitnehmer	Erwerbstätige <sup>13</sup> Arbeitnehmer <sup>14</sup>	Arbeitnehmer (Energie- und Wasserversorgung)
Personalaufwand	Bruttoinlandsprodukt <sup>15</sup> ; Bruttolöhne und -gehälter <sup>16</sup> ; Erwerbstätige	Bruttolöhne (Energie- und Wasserversorgung)
Umsatz	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung <sup>17</sup> (Energie- und Wasserversorgung)
Nettoinvestitionen Zugang an Sachanlagen	Bruttoanlageinvestitionen <sup>18</sup>	Bruttowertschöpfung (Energie- und Wasserversorgung)

Tabelle 3: Maße zur Kontrolle gesamtwirtschaftlicher Strukturunterschiede

Zusätzlich zu den Normierungen der kommunalwirtschaftlichen, aggregierten Daten mittels verschiedener Maße der Wirtschaftskraft der Bundesländer wurden branchenspezifisch weitere, genauere Normierungen gerechnet. Diese können dazu dienen, den sektorspezifischen Anteil der Kommunalwirtschaft trotz des systematischen Mangels privatwirtschaftlicher Komplementärdaten abzuschätzen. Die in unseren Auswertungen verwendeten branchenspezifischen Normierungsdaten unterscheiden sich – je nach Verfügbarkeit kompatibler Vergleichswerte in den VGRn der Länder – stark. Soweit in der VGR branchenspezifisch Werte berichtet wurden, die der hier verwendeten Branchensystematik hinreichend nah kamen, wurden diese vorrangig verwendet. Für die Branchen, in denen diese kompatiblen Daten nicht zur Verfügung stehen, wurden andere

<sup>13</sup> Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

<sup>14</sup> „Bei den Arbeitnehmern handelt es sich um Erwerbstätige, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen und für ihre Tätigkeit von diesem bezahlt werden.“ (Statistische Ämter der Länder 2005, S. 18)

<sup>15</sup> „Das Bruttoinlandsprodukt umfasst die innerhalb eines Wirtschaftsgebietes erbrachte wirtschaftliche Leistung, also alle während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche, allerdings ohne die unterstellte Bankgebühr und einschließlich des Saldos Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.“ (Statistische Ämter der Länder 2005, S. 14)

<sup>16</sup> „Die Bruttolöhne und -gehälter (...) enthalten neben den Grundlöhnen und -gehältern noch eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile, wie zum Beispiel Zuschläge für Überstunden, Gewinnbeteiligungen, Provisionen, Trinkgelder, Fahrkostenzuschüsse u.a.“ (Statistische Ämter der Länder 2005, S. 18)

<sup>17</sup> „Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.“ (Statistische Ämter der Länder 2005, S. 16) Berechnet wird die Bruttowertschöpfung als Differenz der Produktionswerte und der Vorleistungen.

<sup>18</sup> „Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen.“ (Statistische Ämter der Länder 2005, S. 20)

branchenspezifische Normierungsmaße verwendet, die, wiederum nach Bundesländern unterschieden, anderen amtlichen Erhebungen und Berichten entnommen wurden.

- Abfall: Abfallmenge (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002a: Fachserie 19. Reihe 1),
- Krankenhaus: Anzahl der Krankenhäuser, Anzahl der Betten, Personal (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002b: Fachserie 12. Reihe 6.1),
- Wohnungswesen: Anzahl der Wohnungen (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002c: Fachserie 5. Reihe 3).

Für den Bereich „Abwasser“ wurden keine branchenspezifischen Normierungen gerechnet.

In allen Normierungen der beschriebenen Varianten wurden Daten für das Bezugsjahr 2002 herangezogen. Damit sind alle Auswertungen des Projektbereiches „Amtliche Statistik“ einheitlich auf das Jahr 2002 bezogen.<sup>19</sup>

### **Fachserien**

Aus dem Berichtswesen des Statistischen Bundesamtes wurden zwei branchenspezifische Fachberichte recherchiert, die differenziert nach Bundesländern und Eigentumsarten Wirtschaftsdaten ausweisen. Zu beachten ist jeweils, welche Kategorien und Verständnisse von Eigentumsformen Verwendung finden. Der Vorzug dieser Fachserien-Daten besteht darin, dass hier für spezifische Branchen (Verkehr und Krankenhaus) auch die der kommunalen Aufgabenerledigung komplementären Formen der Aufgabenerledigung anderer Eigentümer berichtet werden. Mittels der Fachserie kann dann für die genannten Branchen der Vergleich von kommunaler und Privatwirtschaft vollzogen werden. Darin besteht für die hier interessierende Fragestellung der besondere Vorteil der berichteten Fachserien.

Die Fachserien ermöglichen durch ihre Branchenfokussierung darüber hinaus die Erweiterung des engen Korsetts der betriebswirtschaftlichen Kennziffern zur Bedeutung der Kommunalwirtschaft. In den mit Hilfe der Fachserien vertiefend analysierten Branchen Krankenhaus und Verkehr kann die Bedeutung der Kommunalwirtschaft dann weitergehend anhand z.B. ÖPNV-spezifischer Kennzahlen analysiert werden.

---

<sup>19</sup> Die VGR für das Jahr 2002 wurde nach dem Berechnungsstand Herbst 2004 verwendet.

## 2.5 Eigene Erhebung

Das Modellprojekt „Kommunalwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Eine vergleichende Analyse der neuen und alten Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung des Landes Brandenburg“ verfolgte von Beginn an die methodische Strategie, die „blinden Flecke“ der Auswertungen vorhandener Statistiken im Bereich amtliche und Verbändestatistik durch eine eigene Erhebung zu kompensieren. Die grundsätzliche Schwierigkeit bestand nun darin, die Ausfüllung dieser Ausgleichsfunktion zeitlich parallel mit der Exploration der anderen Quellen konzipieren zu müssen.

Im Rahmen des Modellprojektes wurde ein Befragungsinstrument entwickelt, mit dem von Oktober 2005 bis Ende Februar 2006 insgesamt 124 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern in den Bundesländern Brandenburg und Schleswig-Holstein befragt wurden. Zur Verbesserung der Beteiligung konnten wir die Unterstützung kommunaler Spitzenverbände in Brandenburg<sup>20</sup> und Schleswig-Holstein in Anspruch nehmen. Die Befragung wurde in zwei Wellen durchgeführt:

- 1. Welle bis 10. Dezember 2005
- 2. Welle bis 20. Februar 2006

Die zweite Welle der Befragung war notwendig geworden, weil die Rücklaufquote zum ersten Stichtag zu gering war, nämlich einen kritischen minimalen Wert von etwa 60% nicht erreicht hatte. Die Erhebung hat nach der zweiten Befragungswelle eine Rücklaufquote von 68% erreicht. Insgesamt haben also 84 von 124 Gemeinden den Fragebogen beantwortet. Betrachtet man die Bundesländer getrennt, so ergibt sich für Brandenburg eine Rücklaufquote von 73%, für Schleswig-Holstein von 60%. Der Rücklauf ist damit insgesamt sowie in den Einzelländern als gut zu bewerten.

---

<sup>20</sup> Wir danken insbesondere Karl-Ludwig Böttcher vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg.

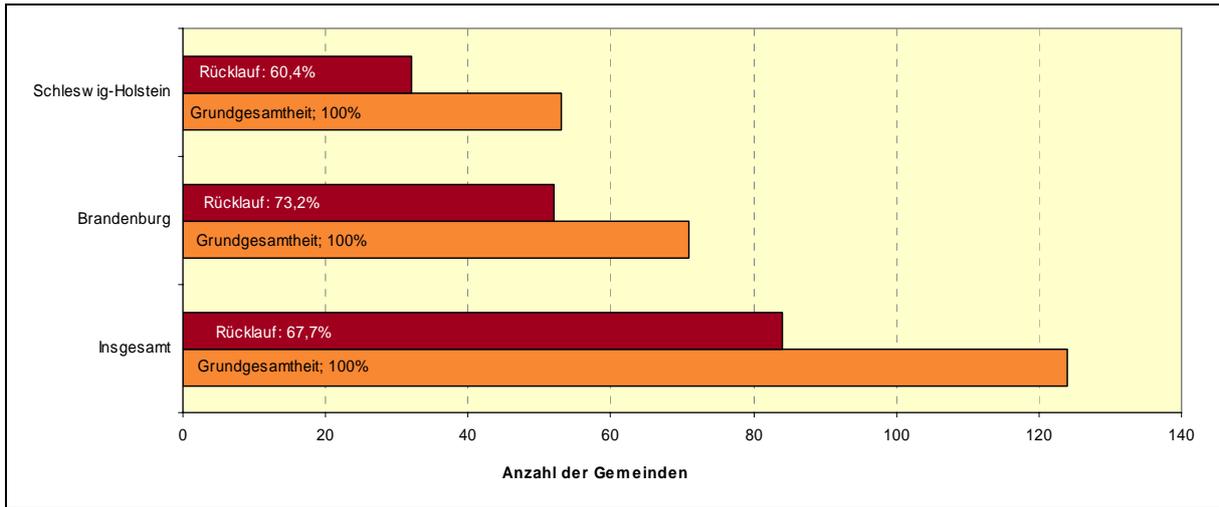


Abbildung 1: Rücklauf insgesamt und nach Bundesländern

In einem zweiten Schritt soll nun geprüft werden, ob die Erhebung die zu Grunde liegende Grundgesamtheit auch im Hinblick auf die Größenverhältnisse der Gemeinden (nach Einwohnern) hinreichend abbildet. Dazu wurden vier Größenklassen definiert. Der Rücklauf der Erhebung bildet die Struktur der Größenklassen, welche in der Grundgesamtheit anzutreffen ist, gut ab.

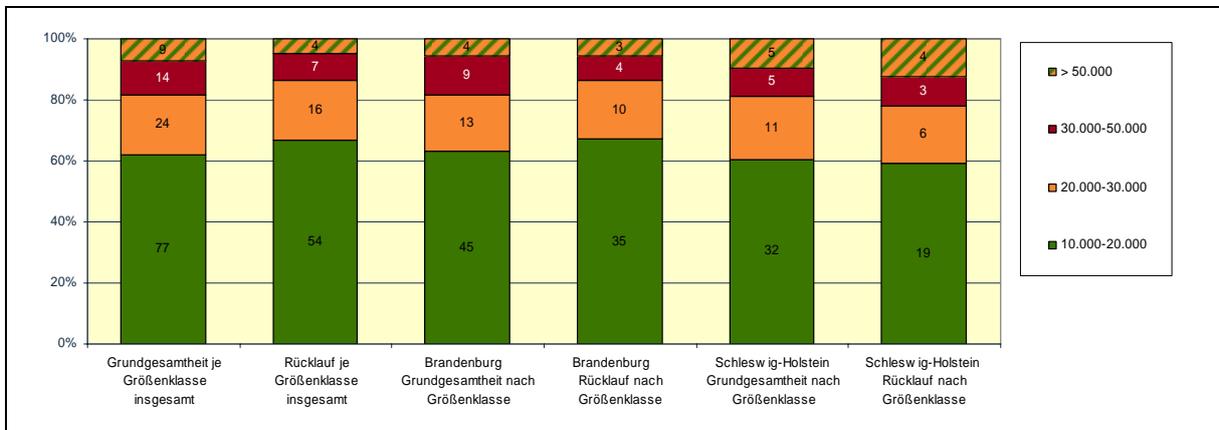


Abbildung 2: Größenklassen in Grundgesamtheit und Rücklauf

Folgende Kategorien wurden abgefragt (Fragebogen im Anhang):

- Einwohnerzahl der Gemeinde,
- Rechtsform und Beteiligungsverhältnisse der Unternehmen in den Branchen Gas, Strom, Wärme, Wasser, Abwasser, Abfall, ÖPNV, Wohnung, Krankenhäuser,
- Verbundunternehmen (Beteiligungsverhältnisse, Branchen, Wirtschaftsdaten),

- Wirtschaftsdaten<sup>21</sup> kommunaler Mehrheitsbeteiligungen außerhalb von Verbundunternehmen in den genannten Branchen,
- Größte Arbeitgeber in der Gemeinde,
- Größte Wirtschaftsunternehmen in der Gemeinde,
- Größte Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe in der Gemeinde,
- Größte Sponsoren in der Gemeinde,
- Wettbewerbssituation in den genannten Branchen,
- Erfolgskriterien politischer Steuerung.

Der Stichtag der standardisierten Befragung war der 31. Dezember 2004. Alle erhobenen Daten des Fragebogens beziehen sich also auf den gemeindlichen Stand des Jahres 2004.

Der im Modellprojekt gewählte Zugang zur Fragestellung über drei Datenquellen wird zu einer Herausforderung für die Forschenden im Hinblick auf die Darstellung und Interpretation der empirischen Befunde. Insbesondere dann, wenn sich in der Folge der Nutzung verschiedener Datenquellen divergierende Befunde ergeben. Abweichungen müssen deutlich erklärt und parallel im Hinblick auf die Spezifik der Datenquelle und der Auswertung interpretiert werden. Andererseits ergibt sich die Möglichkeit, durch verschiedene Datenquellen empirische Forschungsergebnisse wechselseitig zu validieren (Triangulation), die dann als besonders gesichert gelten können.

Die Heterogenität der empirischen Zugänge ist eine positive Strategie, den Blick zu öffnen und so Engführungen der empirischen Analyse zu vermeiden. Insofern ermöglicht die hier verfolgte Forschungsstrategie einen weiteren Blick auf die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft, der freilich mit einem exponentiell erhöhten Aufwand der Abstimmung innerhalb der Forschungspraxis sowie einem erhöhten Interpretationsaufwand in der Darstellung der Ergebnisse bezahlt werden muss.

Abschließend soll noch erwähnt werden, dass die hier beschriebene Operationalisierung der Fragestellung des Projektes eine mögliche Umsetzung darstellt. Insofern sind immer auch andere methodische Wege denkbar. Eine andere wichtige Folgerung ergibt sich für die Interpretation der Forschungsergebnisse. Die folgend berichteten Ergebnisse sind dann immer notwendig selektiv im Hinblick auf die verwendeten Datenquellen und

---

<sup>21</sup> Die auf einzelne Unternehmen bezogenen Wirtschaftsdaten liegen im Ergebnis der Befragung derart unvollständig vor, dass in der Auswertung darauf nur in Ausnahmefällen zugegriffen werden kann.

Auswertungsmethoden und nicht zuletzt im Hinblick auf die gewählten Darstellungsmittel und -abfolgen.

## **2.6 Zusammenfassung des Designs**

Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft Brandenburgs wird im regionalen Vergleich im Wesentlichen anhand zweier Datenquellen analysiert. Die eigene Befragung untersucht insbesondere Aspekte, die in der amtlichen Statistik vernachlässigt werden und zwar im regionalen Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein. Die Auswertungen der amtlichen Statistik stützen sich auf die Erhebungen der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen (JöU) sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder. Dabei wird die Bedeutung der Kommunalwirtschaft in verschiedenen regionalen Vergleichen im Hinblick auf betriebswirtschaftliche Bedeutungskategorien untersucht. Da die Datenrecherche einen systematischen Mangel an privatwirtschaftlichen Vergleichszahlen ergeben hat, wird die landes- bzw. regionenspezifische Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft verglichen.

Ergänzend zu diesen beiden Hauptquellen der Analyse werden punktuell andere Quellen (Verbandsdaten, Fachserien) hinzugezogen.

Im Ergebnis dieses mehrstufigen Designs kann die Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Allgemeinen und branchenspezifisch hinreichend komplex abgebildet und den zentralen regionalen Vergleichen zugeführt werden. Die Heterogenität der Datenquellen, der grundlegenden Definitionen als auch der Auswertungsprozesse selbst erfordert einen erhöhten Interpretations- und Darstellungsaufwand. Die im Folgenden berichteten empirischen Befunde können immer erst dann sinnvoll interpretiert werden, wenn die Spezifika der verschiedenen Datenquellen hinreichend beachtet werden.

## **2.7 Replizierbarkeit und Wiederholbarkeit der Berechnungen**

Das ausführlich beschriebene methodische Vorgehen des Projektes war immer auch darauf ausgelegt, die Wiederholbarkeit der empirischen Analyse zu gewährleisten und möglichst zu vereinfachen. Alle wesentlichen Quellen aus dem Bereich der amtlichen Statistik werden zumindest jährlich erhoben und z.T. veröffentlicht (Fachserien, VGR). Bis auf die zentrale Quelle JöU sind alle anderen Quellen frei zugänglich und kostenfrei verfügbar. Der Datensatz der JöU wurde auf Antrag über das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter für die Zwecke des Projektes erstellt. Der gleiche Datensatz ließe sich also für spätere Replikationen oder Folgeprojekte erstellen und grundsätzlich in der gleichen Weise auswerten. Die hierzu notwendigen Variablenumkodierungen, Labelungen und

Auswertungsschritte sind als Syntaxen für das Statistikprogramm SPSS im Anhang dieses Berichtes zusammengestellt.

Die zweite wichtige Datenquelle, der Fragebogen, ist ebenso im Anhang dieses Berichtes zu finden. Dieser sollte ohne größeren Aufwand für Befragungen möglicherweise anderer Länder umzuarbeiten sein. Der Versuch, über einen eigenen Fragebogen betriebswirtschaftliche Daten zu erfassen, hat sich allerdings nicht bewährt, da diese Daten kommunal nur begrenzt abrufbar sind und deshalb in einem Maße zu fehlenden Antworten führen, die repräsentative Ergebnisse nicht mehr gewährleisten. Auf die Zusammenstellung der Auswertungssyntaxen des Fragebogens haben wir aufgrund der Einfachheit der Auswertungen verzichtet, zumal deren Berichterung erst dann sinnvoll wäre, wenn die Struktur des Datensatzes aufwändig mit berichtet würde.

### 3. Kommunale Wirtschaft in Brandenburg

In diesem Kapitel soll eine erste Einschätzung der allgemeinen Situation der Kommunalwirtschaft in Brandenburg sowie ein knapper Branchenüberblick gegeben und auf Kriterien der Erfolgsbeurteilung der brandenburgischen Kommunalwirtschaft eingegangen werden. Mehr als 30.000 Menschen sind in Brandenburg Arbeitnehmer in kommunalen Unternehmen und erwirtschaften knapp drei Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Die 543 kommunalen Unternehmen in Brandenburg verfügen über ein Anlagevermögen von über 13 Milliarden Euro. Auf die in diesem Projekt vertiefend betrachteten Branchen entfallen davon 347 Unternehmen mit 22.741 Arbeitnehmern, ein Anlagevermögen von ca. 12,22 Mrd. Euro und Umsätze von 2,66 Mrd. Euro.

	Anzahl Betriebe <sup>22</sup>	Zahl der Arbeitnehmer	Personal-aufwand in €	Umsatz-erlöse in €	Investitionen <sup>23</sup> in €
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	76	2586	100.956.941	522.396.982	104.060.565
<b>Verkehr</b>	19	2.219	74.872.432	109.004.583	22.982.203
<b>Wohnungen</b>	136	2.333	96.808.534	833.587.847	244.872.163
<b>Krankenhäuser</b>	22	14.213	540.318.255	801.645.659	195.107.495
<b>Abwasser</b>	84	986	38.676.038	335.034.840	213.636.711
<b>Abfall</b>	10	404	12.324.331	61.734.267	8.251.548
<b>betrachtete Branchen insgesamt</b>	347	22.741	863.956.531	2.663.404.178	788.910.685
<b>Kommunalwirtschaft insgesamt</b>	543	31.058	1.095.867.581	2.999.375.503	863.135.487

Tabelle 4: Brandenburg. Kommunalwirtschaft in absoluten Zahlen  
(Quelle: JöU)

Die in diesem Projekt vertiefend betrachteten Tätigkeitsbereiche decken damit zwar lediglich 64% der kommunalen Betriebe in Brandenburg ab. Wenn man aber den Anteil des Personalaufwandes prüft, das in den vertiefend analysierten Bereichen tätig ist, erhöht sich der Grad der Abdeckung auf 79%. Die analysierten Bereiche erwirtschaften darüber hinaus

<sup>22</sup> Die in dieser Spalte in bestimmten Wirtschaftsbereichen niedrigen Unternehmensanzahlen resultieren aus der Zuordnung eines Unternehmens zu je einem Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit. Verbundunternehmen werden dann dem nach Bruttowertschöpfung bemessen größten Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit zugeordnet. Dies fällt insbesondere im Fall der Versorgungsbranchen (Strom, Gas, Wärme) ins Gewicht. Diese problematische Zuordnungslogik der amtlichen Statistik wird dadurch bearbeitet, dass die Branchen Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung nicht einzeln betrachtet werden, sondern lediglich der gesamte Versorgungssektor als Energie- und Wasserversorgung.

<sup>23</sup> Als Zugang an Sachanlagen.

89% der Umsätze brandenburgischer kommunaler Unternehmen, 91% der Gesamtinvestitionen werden hier erbracht. Damit deckt der Projektfokus die wesentlichen Bereiche kommunaler Wirtschaftstätigkeit ab. In den nicht näher betrachteten Bereichen ist eine Fülle weiterer Unternehmen tätig, deren wirtschaftliches Gewicht aber eher gering ausfällt.

<b>Wirtschaftszweig</b>	<b>Anzahl der Betriebe</b>
Dienstleistungen für Unternehmen (Architektur- und Ingenieurbüros, Beteiligungsgesellschaften, Verwaltung und Führung von Unternehmen, Unternehmensberatung, Ausstellung/Messe/Markt, P-R-Beratung; Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen)	42
Kultur, Sport, Unterhaltung	33
Gesundheits- und Sozialwesen	30
Wirtschaftsförderung	28
Bau	11
Erziehung, Unterricht	10
Gartenbau, Landwirtschaft	10
Gastgewerbe (Campingplätze, Kantinen)	9
Gelegenheitsflugverkehr	6

Tabelle 5: Brandenburg. Verteilung der Unternehmen in den nicht vertiefend betrachteten Wirtschaftsbereichen  
(Quelle: JöU)

Außerhalb der untersuchten Branchen ist ein Schwerpunkt der kommunalen Tätigkeit in solchen Wirtschaftsbereichen auffällig, in denen andere Unternehmen als Adressaten fungieren, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen also durch die Erbringung wirtschaftsnaher „Dienstleistungen“ standortfördernd wirken soll.

Brandenburg weist 6% aller kommunalen Unternehmen in der Bundesrepublik und damit pro Kopf doppelt so viele Unternehmen wie Deutschland insgesamt auf, dies spricht für einen relativ hohen Stellenwert der Kommunalwirtschaft.

Über zwei Drittel der kommunalen Betriebe in Brandenburg sind als GmbH organisiert. Ansonsten sind mit je etwa 15% Eigenbetriebe und Zweckverbände vertreten. 83% der kommunalwirtschaftlichen Unternehmen sind direkt Eigentum einer Stadt oder Gemeinde, 13% weisen als ersten Haupteigner einen Landkreis und 3% einen Zweckverband auf.

### 3.1 Bedeutung der kommunalen Wirtschaft

In welcher Größenordnung ist nun die kommunale Wirtschaft in Brandenburg im Vergleich zur Gesamtwirtschaft des Landes zu verorten? Die folgende Abbildung zeigt die Anteile der brandenburgischen Kommunalwirtschaft für die Kriterien Arbeitnehmer, Umsatz, Investitionen und Personalaufwand. Demnach sind in der Kommunalwirtschaft in Brandenburg 3,02% der Erwerbstätigen des Landes beschäftigt, die allerdings 6,82% des BIP erwirtschaften. Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass kommunale Unternehmen vorwiegend als Arbeitgeber eine Rolle spielen, zeigt sich hier, dass der Umsatzanteil der Kommunalwirtschaft eine größere wirtschaftliche Bedeutung hat als der Beschäftigtenanteil. Damit tritt die Bedeutung der kommunalen Unternehmen als Wirtschaftsakteur verstärkt in den Vordergrund. Ein möglicher Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Anteilsverhältnisse ist, dass die Wirtschaftsbereiche, in denen kommunale Unternehmen in Brandenburg aktiv sind, im Vergleich zu anderen Branchen weniger arbeitsintensiv sind.

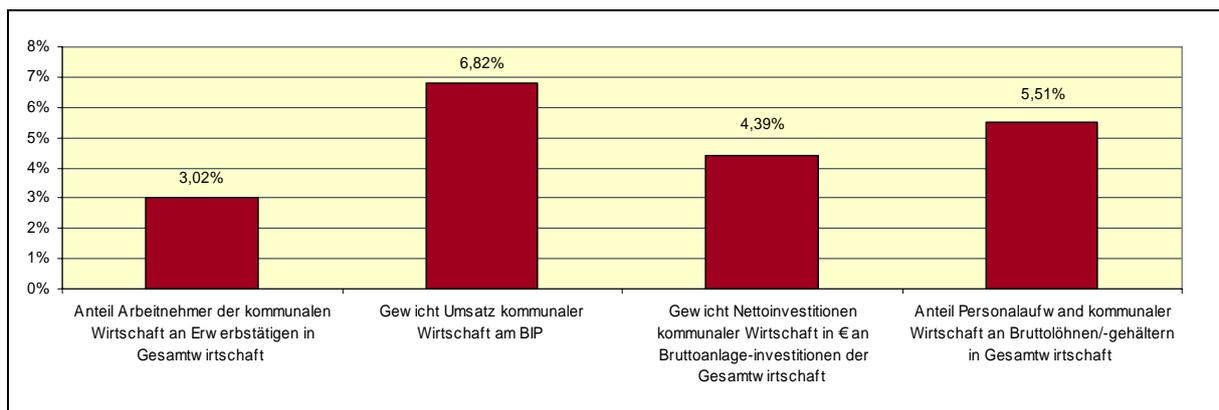


Abbildung 3: Brandenburg. Bedeutung der Kommunalwirtschaft – Kennzahlenvergleich (Quelle: JöU, VGR)

Auch wenn sich die Nettoinvestitionen der kommunalen Unternehmen nur bedingt als direkter Anteil der Bruttoanlageinvestitionen verstehen lassen, lässt sich aus dem Gewicht von 4,39% zumindest schließen, dass Brandenburgs Kommunalwirtschaft im Investitionsbereich anteilig zwischen den Arbeitnehmern und dem Umsatzgewicht zu verorten ist. Besonders interessant ist die letzte Säule der Abbildung, welche den Anteil des Personalaufwandes an den Bruttolöhnen bzw. -gehältern der Gesamtwirtschaft Brandenburgs zeigt. Es ist zu vermuten, dass der Anteil gleichauf mit dem der Arbeitnehmer liegt. Die Tatsache, dass der Personalaufwand mit 5,51% deutlich über dem Arbeitnehmeranteil von 3,02% liegt, lässt darauf schließen, dass die in der Kommunalwirtschaft Beschäftigten durchschnittlich höhere Gehälter beziehen als es im

Durchschnitt der Gesamtwirtschaft des Landes der Fall ist. Das weist darauf hin, dass die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft in Brandenburg als Lohnzahler sehr hoch ist, womit ein wichtiger Beitrag zum Wohlstand und sozialen Frieden der Gesellschaft geleistet wird.

Nun lassen sich diese Zahlen nur dann sinnvoll interpretieren, wenn der Vergleich zu anderen Bundesländern gezogen wird, um zu sehen, ob sich die Situation in Brandenburg von jener in anderen Ländern unterscheidet. Nur so lässt sich eine Aussage darüber treffen, welche quantitative Bedeutung die Kommunalwirtschaft in Brandenburg tatsächlich hat und wie sie zu bewerten ist. Der regionale Vergleich wird im nachfolgenden Kapitel durchgeführt. Für einen ersten Eindruck, wie die brandenburgischen Daten einzuordnen sind, soll die nachfolgende Abbildung als Orientierung dienen. Daraus wird ersichtlich, dass die Anteilswerte für Arbeitnehmer, Umsatz, Investitionen und Personalaufwand in Brandenburg alle deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Insbesondere die Differenz des Umsatzanteils Brandenburgs am BIP im Vergleich zu dem Umsatzanteil, den kommunale Unternehmen in Deutschland insgesamt am nationalen BIP einnehmen, verdeutlicht die vergleichsweise große Rolle, welche die Kommunalwirtschaft in Brandenburg spielt. Ohne schon hier näher auf regionale Differenzen einzugehen, lässt sich damit zeigen, dass die Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg wesentlich größer ist, als im Durchschnitt der deutschen Flächenländer insgesamt.

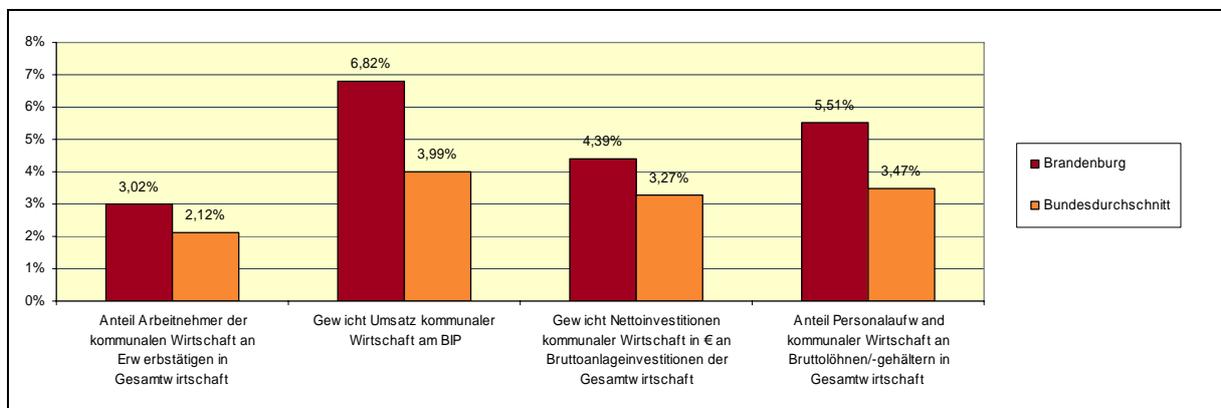


Abbildung 4: Brandenburg. Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Vergleich mit Durchschnitt der Flächenländer (Quelle: JöU, VGR)

### 3.2 Branchenüberblick Brandenburg

Es soll im Folgenden kurz erläutert werden, wie sich Brandenburgs kommunale Wirtschaft zwischen den einzelnen in diesem Projekt betrachteten Branchen verteilt. Sind die betrachteten Kennzahlen übergreifend homogen oder stehen bestimmte Branchen im Vordergrund und in welcher Hinsicht tun sie das?

Schon die Betrachtung des Eignerstatus' der öffentlichen Unternehmen bietet ein eher heterogenes Bild. Auch wenn die öffentlichen Unternehmen mehrheitlich direkt Eigentum einer Stadt oder Gemeinde sind, so fallen doch die Bereiche Verkehr, Krankenhäuser und Abfall aus dem Rahmen. In diesen drei Fällen spielt die kommunale Beteiligung der Landkreise eine wesentliche Rolle.

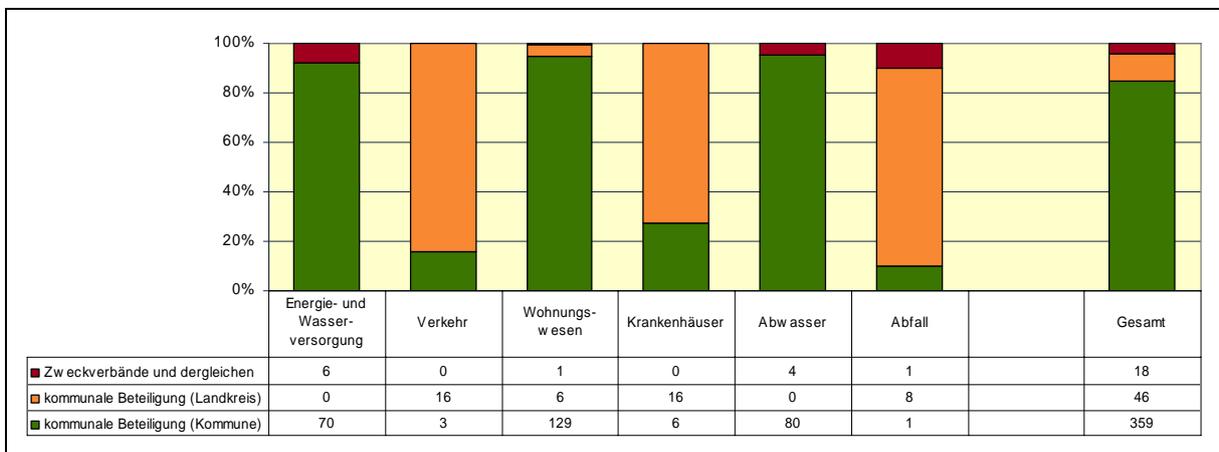


Abbildung 5: Brandenburg. Eignerstatus nach Branchen<sup>24</sup>  
(Quelle: JöU, VGR)

Über die eigene Befragung, welche im Rahmen des Projektes durchgeführt wurde, lassen sich noch detailliertere Informationen zum Eignerstatus gewinnen, da hier zu den einzelnen Branchen auch erfasst wurde, zu wieviel Prozent keine kommunale Beteiligung oder eine kommunale Minderheitsbeteiligung vorliegt. Spannend sind daher in der folgenden Abbildung vor allem die Bereiche der Säulen oberhalb der gestreiften Abschnitte, welche in der amtlichen Statistik nicht betrachtet werden. So wird deutlich, dass es vor allem im Stromsektor einen hohen Anteil (30,6%) von Unternehmen gibt, welche über kommunale Minderheitsbeteiligungen zumindest teilweise noch dem öffentlichen Sektor zuzuordnen sind. Weiterhin offenbart die Darstellung den sehr hohen Privatisierungsanteil in den Branchen Verkehr, Krankenhäusern und Abfall. Auch zeigt sich hier deutlich, wie stark der Bereich

<sup>24</sup> Abweichende Gesamtfallzahlen resultieren aus unvollständigen Antworten der amtlichen Befragung.

Abwasser als Hoheitsaufgabe kommunal geprägt ist, da 80% der Branche öffentlich-rechtliche Betriebe sind.

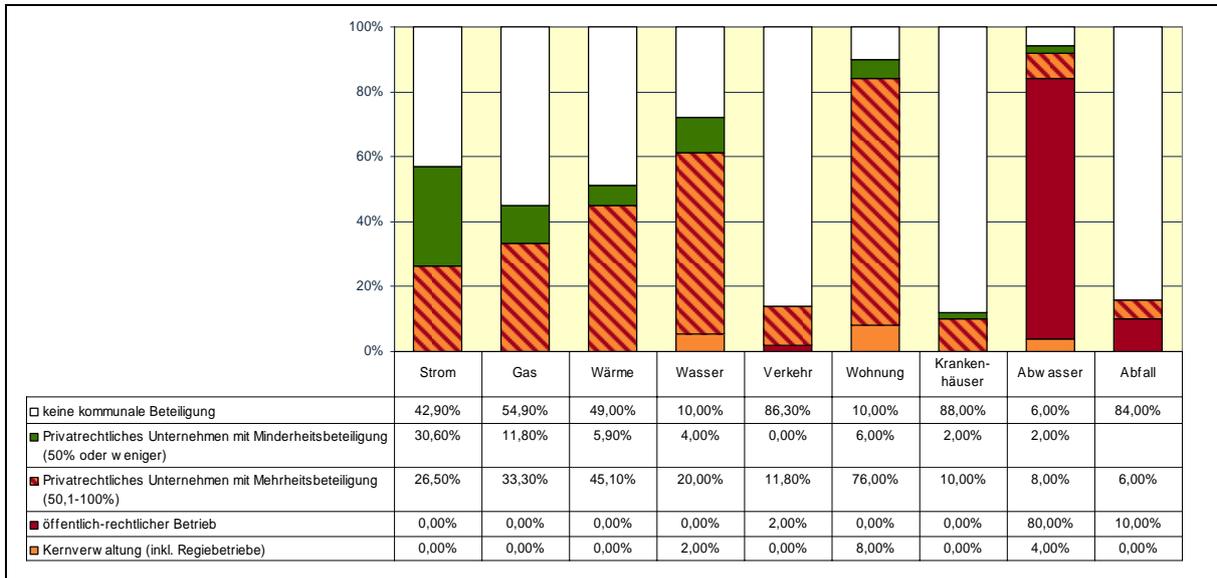


Abbildung 6: Brandenburg. Rechtsformen kommunaler Beteiligungen<sup>25</sup>  
(Quelle: EE)

Es gibt in Brandenburg 543 Betriebe, die sich mehrheitlich in kommunaler Hand befinden. Die kommunale Wohnungsbranche ist mit 136 von der Anzahl der Betriebe her gesehen am stärksten vertreten. Das zeigt die nächste Abbildung, welche die Verteilung der Kennzahlen Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz, Anlagevermögen und Investitionen für die im Projekt betrachteten Branchen darstellt. Darüber hinaus spielt die kommunale Wohnungswirtschaft allerdings nur noch bei den Umsatzerlösen die größte Rolle, dicht gefolgt von den kommunalen Unternehmen im Krankenhausbereich. Die Anzahl der Betriebe scheint für die Ausprägung einzelner Kennzahlen kaum eine Bedeutung zu haben. Lediglich das Anlagevermögen korreliert deutlich mit der Anzahl der Betriebe.

<sup>25</sup> ohne Landkreise

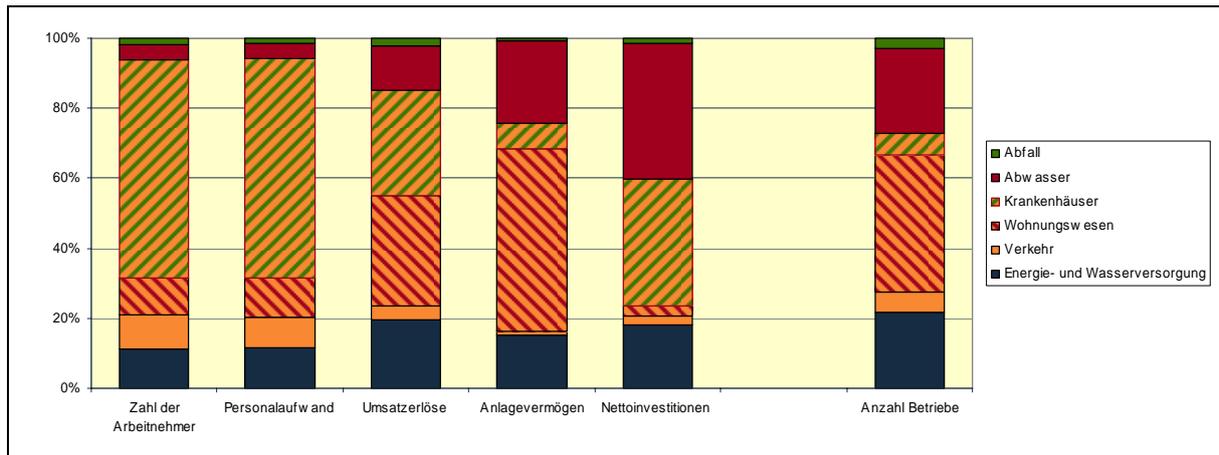


Abbildung 7: Brandenburg. Branchenüberblick nach Kennzahlen<sup>26</sup>  
(Quelle: JöU, VGR)

Sowohl beim Anlagevermögen, als auch bei den Umsatzerlösen spielt der Abwassersektor mit einem Anteil von ca. 20% eine große Rolle. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass bei den Abwasserunternehmen mit ca. 185 Millionen Euro im Jahr die größten Investitionen zu verzeichnen sind. Nur im Krankenhausbereich sind die Investitionen ähnlich hoch. Diese Branche fällt aber vor allem wegen der hohen Anteile im Personalbereich auf. Sowohl bei der Anzahl der Arbeitnehmer, als auch beim Personalaufwand machen die kommunalen Unternehmen anteilig mehr als zwei Drittel aus. Es sind in kommunalen Krankenhausbetrieben etwas mehr als 14.000 Menschen beschäftigt. Diese hohe Bedeutung der Krankenhäuser zeigt sich allerdings erst bei einer Einbeziehung der Landkreise als häufigste Träger; bei einer isolierten Betrachtung der Städte und Gemeinden (wie in der eigenen Erhebung vgl. Abbildung 6) wird sie unterschätzt.

Im Personalbereich hingegen spielt die Wohnungswirtschaft eine eher geringe Rolle. Ihr Anteil macht nur etwa 10% aus. Betrachtet nach Umsatzerlösen tragen Krankenhäuser und Wohnungsunternehmen ungefähr gleich viel bei. Die kommunale Wirtschaft wird in Brandenburg also von den Branchen Wohnungswirtschaft, Krankenhäuser und – mit etwas Abstand – Abwasserwirtschaft geprägt. Im Personalbereich spielen zunächst Krankenhäuser, folgend Wohnungswesen, die Energie- und Wasserversorgung und die Verkehrsbranche eine Rolle.

Im Rahmen der eigenen Erhebung wurde auch die Wettbewerbssituation kommunaler Unternehmen untersucht. Gefragt wurde, ob und in welcher Art Wettbewerb besteht. Die Angabe „kein nennenswerter Wettbewerb“ zeigt keine signifikanten Korrelationen mit den

<sup>26</sup> In der Abbildung stellt jeder Streifen die Verteilung der jeweiligen Kenngröße auf die betrachteten Branchen dar, um zu verdeutlichen, welche Branche in welcher Hinsicht dominant ist und wie sich die Anteilsverhältnisse einzelner Branchen zwischen verschiedenen Kennzahlen unterscheiden.

betrachteten Kennzahlen. Die Abwesenheit von Wettbewerbsdruck scheint sich den Umfrageergebnissen nach auf die Anzahl der Beschäftigten oder die Höhe von Umsatz oder Investitionen der Branchen nicht auszuwirken.

### 3.3 Erfolgsbeurteilung kommunaler Beteiligungen

Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich auf die eigene Befragung brandenburgischen Kommunen zu ihrer Wirtschaftstätigkeit. Die Frage, welche an dieser Stelle näher beleuchtet werden soll, lautet: „Beurteilen Sie bitte, wo Sie mittels Ihrer kommunalen Beteiligung besonders erfolgreich sind.“ Die Antwortverteilung wird mit der folgenden Abbildung dargestellt, beginnend mit den Aspekten, die am erfolgreichsten eingeschätzt werden.

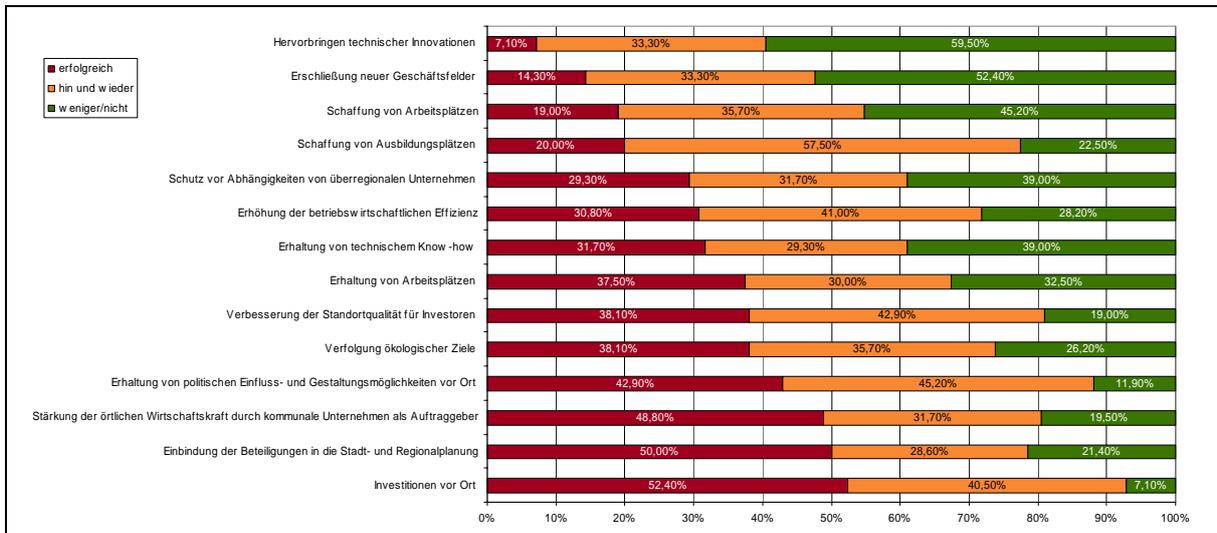


Abbildung 8: Brandenburg. Einschätzung Erfolge der Kommunalwirtschaft (Quelle: EE)

Brandenburgische Gemeinden betonen insbesondere die wirtschaftlichen und politischen Funktionen kommunaler Beteiligungen: Durch Investitionen vor Ort sind kommunale Unternehmen ein herausragender Wirtschaftsfaktor und tragen durch die Vergabe von Aufträgen zur Stärkung der örtlichen Privatwirtschaft bei. Hier vor allem, nicht so stark in der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen oder der rein betriebswirtschaftlichen Effizienz der kommunalen Unternehmen, wird die wirtschaftspolitische Bedeutung kommunaler Unternehmen gesehen. Dieser Akzentuierung der wirtschaftspolitischen Bedeutung kommunaler Beteiligungen entspricht aus der Sicht der Städte und Gemeinden der hohe Stellenwert der Beteiligungen in der Kommunalpolitik, wenn als Steuerungserfolge vor allem die Erhaltung politischer Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten ebenso wie die Einbindung der kommunalen Unternehmen in die Stadt- und Regionalplanung hervorgehoben werden. Die Betonung eben dieser wirtschaftspolitischen Instrumentalität kommunaler Beteiligungen widerspricht kritischen Einwänden gegen eine zu einseitig am wirtschaftlichen und fiskalischen Interesse ausgerichtete Beteiligungspolitik (zuletzt bei Edeling/ Stölting/ Wagner

2004), sofern sie nicht durch tiefer gehende Einzelfallanalysen am Beispiel konkretisiert und belegt werden. Gerade für die Legitimation kommunalen Wirtschaftens durch konkret benannte öffentliche Interessen lassen sich Widerstände und Vorbehalte gegenüber der kommunalen Wirtschaft am überzeugendsten entkräften. Künftige Forschungen sollten hier ansetzen und versuchen, über den quantitativen Nachweis hinaus die Rolle kommunaler Unternehmen exemplarisch am Einzelfall zu demonstrieren.

### 3.4 Kommunale Unternehmen vor Ort

Kommunale Unternehmen spielen vor Ort eine herausragende Rolle als vielfach einziger namhafter Arbeitgeber, als größtes Wirtschaftsunternehmen oder auch als wichtiger Sponsor bei der Erfüllung freiwilliger kommunaler Aufgaben.

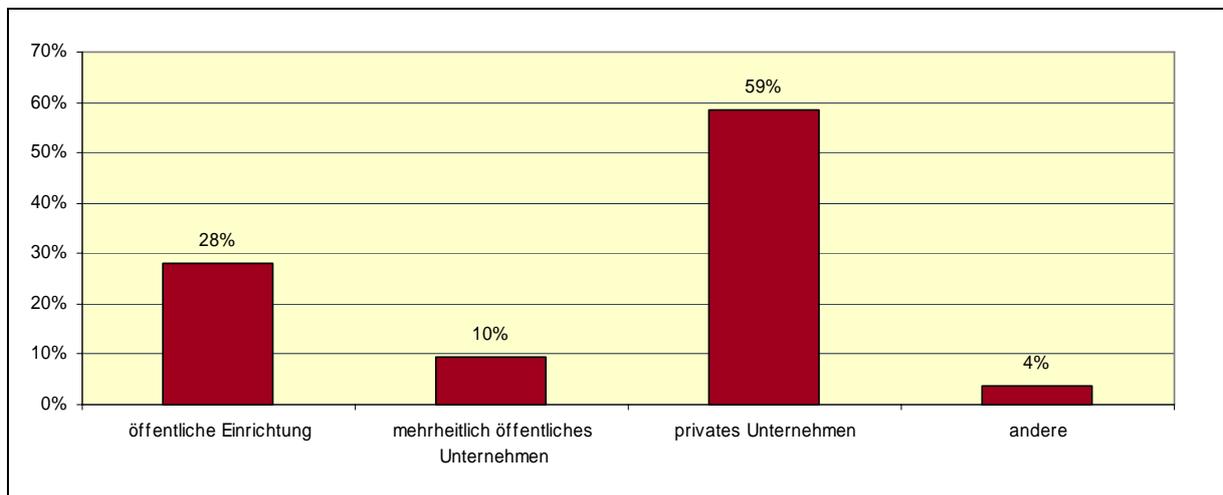


Abbildung 9: Brandenburg. Größte Arbeitgeber<sup>27</sup>  
(Quelle: EE)

Neben Unternehmen der privaten Wirtschaft, die in Brandenburg wie in allen anderen Bundesländern als Arbeitgeber dominieren, und dem öffentlichen Dienst, der von der Stadt- oder Kreisverwaltung bis zum Bundeswehrstandort als Arbeitgeber präsent ist, bilden kommunale Unternehmen die dritte – wenn auch mit Abstand kleinste – Säule im Erwerbsleben der Städte und Gemeinden. Unter den in einer eigenen Erhebung ermittelten fünf größten Arbeitgebern in brandenburgischen Kommunen befinden sich unter insgesamt 220 Unternehmensnennungen 21 kommunale Unternehmen (ca. 10%).

Das Gewicht kommunaler Unternehmen vor Ort nimmt weiter zu, wenn unter den Arbeitgebern lediglich die größten Wirtschaftsunternehmen betrachtet werden.

<sup>27</sup> Frage „Größte Arbeitgeber“: Bitte geben sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Arbeitgeber in Ihrer Gemeinde an!

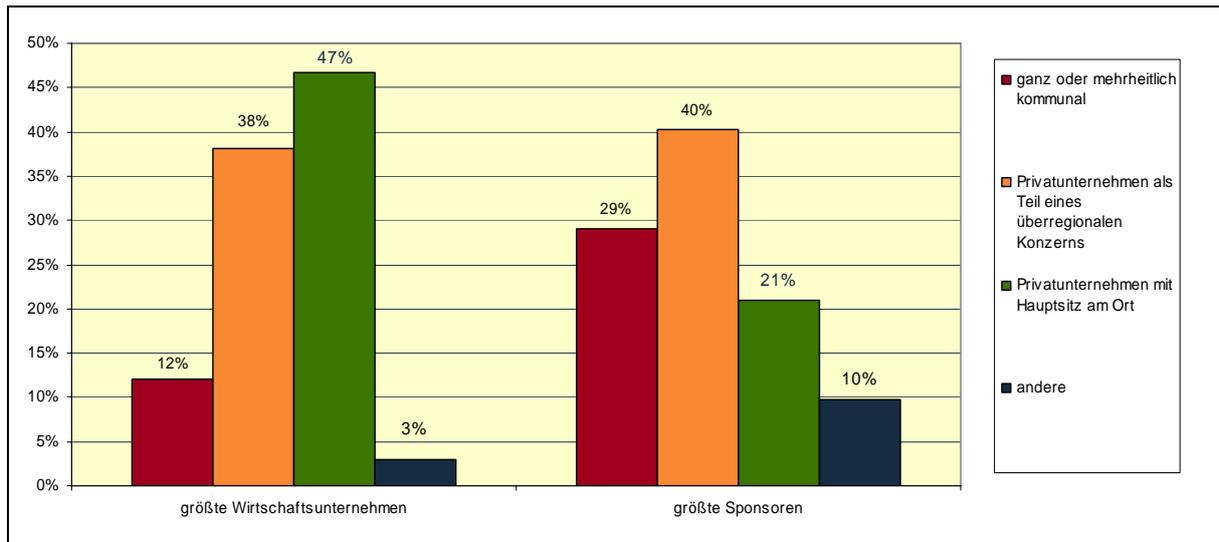


Abbildung 10: Brandenburg. Größte Wirtschaftsunternehmen<sup>28</sup> und Sponsoren<sup>29</sup>  
(Quelle: EE)

Unter den jeweils erfassten fünf größten Unternehmen (insgesamt 199) in brandenburgischen Städten und Gemeinden befinden sich 24 kommunale Wirtschaftsunternehmen, die mit einem Anteil von 12% durchaus eine beachtenswerte Rolle neben den örtlichen oder überörtlichen Privatunternehmen spielen.

Als Sponsor bei der Erfüllung freiwilliger kommunaler Aufgaben sind kommunale Unternehmen im Vergleich zur Privatwirtschaft überrepräsentiert: Unter den fünf größten Sponsoren in brandenburgischen Städten und Gemeinden finden sich 29% ganz oder mehrheitlich kommunale Unternehmen, obwohl sie „nur“ 12% der größten Wirtschaftsunternehmen stellen. Auch das belegt die große Rolle, die kommunale Unternehmen im öffentlichen Leben Brandenburgs spielen – nicht mehr, aber auch nicht weniger als etwa in Schleswig-Holstein (vgl. Kapitel 4).

<sup>28</sup> Frage „Größte Wirtschaftsunternehmen“: Bitte geben Sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Wirtschaftsunternehmen in Ihrer Gemeinde an!

<sup>29</sup> Frage „Größte Sponsoren“: Bitte geben Sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Sponsoren für die Erfüllung freiwilliger kommunaler und gemeinnütziger Aufgaben in Ihrer Kommune an, unabhängig davon, ob diese durch freie oder kommunale Träger erbracht werden!

### **3.5 Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bedeutung kommunaler Unternehmen in Brandenburg höher ist als im bundesweiten Durchschnitt. Das belegt der Vergleich der Kennzahlen Arbeitnehmer, Umsatz, Investitionen und Personalaufwand von Brandenburg mit dem Bundesdurchschnitt. Sowohl aus der amtlichen Statistik, als auch aus der eigenen Befragung geht jedoch hervor, dass die Bedeutung der Kommunalwirtschaft insbesondere in der Wirtschaftskraft liegt und weniger ausgeprägt in der Funktion als Arbeitgeber. Das zeigt vor allem der hohe Anteil des kommunalwirtschaftlichen Umsatzes am BIP des Landes im Vergleich zu dem geringer liegenden Anteil der Arbeitnehmer in der Kommunalwirtschaft an den Erwerbstätigen in Brandenburg. Allerdings ist die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen als Lohnzahler aufgrund vergleichsweise hoher Löhne wieder recht hoch. Abgesehen davon spielen die Marketingaktivitäten kommunaler Unternehmen für freiwillige kommunale und gemeinnützige Aufgaben eine große Rolle.

Der Vergleich der Kennzahlen nach Branchen verdeutlicht, dass besonders die kommunale Wohnungswirtschaft, das Krankenhauswesen (vor allem als Arbeitgeber) und die Abwasserentsorgung eine Rolle spielen, die kommunale Energie- und Wasserversorgung sowie die Abfallwirtschaft hingegen vergleichsweise schwach ausgeprägt sind.

## 4. Kommunale Wirtschaft im regionalen Vergleich

### 4.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein

Nach dem im vorhergehenden Kapitel erfolgten Überblick über zentrale Strukturdaten der kommunalen Unternehmen in Brandenburg soll nun die kommunale Wirtschaft Brandenburgs mit der in Schleswig-Holstein verglichen werden. Das Kapitel folgt auf diese Weise der Zielstellung der Studie, die Bedeutung der kommunalen Unternehmen im Vergleich kommunaler und privater Unternehmen sowie Ost- und Westländern darzustellen. Als Flächenland ähnelt Schleswig-Holstein dem Land Brandenburg von den alten Bundesländern am ehesten und dient daher als Vergleichsland. Das Kapitel schließt an die vorhergehende Beschreibung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit in Brandenburg an. Im anschließenden Kapitel folgt ein Ost-West-Vergleich, indem mit Bayern und Sachsen-Anhalt je ein – nach dem Kriterium Industriedichte – typisches Ost- bzw. Westland gegenübergestellt wird.

	Anzahl Betriebe	Arbeitnehmer	Personalaufwand in €	Umsatzerlöse in €	Nettoinvestitionen in €	Zugang Sachanlagen in €
<b>Brandenburg</b>	543	31.058	1.095.867.581	2.999.375.503	591.089.803	863.135.487
<b>Schleswig-Holstein</b>	228	16.045	659.197.315	1.816.292.589	213.326.947	309.726.254

Tabelle 6: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Vergleich der Kommunalwirtschaft in absoluten Zahlen<sup>30</sup> (Quelle: JöU)

Berücksichtigt man die nahezu identischen Einwohnerzahlen von Brandenburg und Schleswig-Holstein, so zeigt bereits ein erster Blick auf die absoluten Zahlen einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Vergleichsländern. In nahezu allen Vergleichskategorien weist Brandenburg eine etwa doppelt so stark ausgeprägte kommunale Wirtschaft aus.

In Schleswig-Holstein machen die privatrechtlichen GmbHs und der öffentlich-rechtliche Eigenbetrieb zu gleichen Teilen die Rechtsformen der kommunalen Unternehmen aus. In Brandenburg dagegen bestimmt die GmbH mit über zwei Dritteln die Landschaft der kommunalen Wirtschaft. Nur je ca. ein Sechstel der Unternehmen in Brandenburg arbeitet als Eigenbetrieb oder Zweckverband.

<sup>30</sup> Die absolute Höhe der Bedeutungsmaße ist hier nur bedingt zuverlässig interpretierbar. Die JöU weist in unterschiedlichem Ausmaß fehlende Werte aus. Der Anteil dieser variiert zwischen 4,5% und 29% im Fall der Nettoinvestitionen. Fehlende Werte können aus fehlenden Daten resultieren, systembedingt aber ebenso auf den Wert 0 verweisen. Für die Interpretierbarkeit der hier berichteten Daten folgt daraus, dass vornehmlich die Relation zwischen den beiden Ländern aussagekräftig ist.

Im Landesdurchschnitt sind in Brandenburg die kommunalen Unternehmen in den vertiefend betrachteten Branchen zu 83% direkt Eigentum einer Gemeinde, zu weiteren 13% Eigentum eines Landkreises und zu 3% Eigentum eines Zweckverbandes. In Schleswig-Holstein fehlen Zweckverbände als Eigentümer kommunaler Unternehmen, die anderen Eigentümeranteile gleichen nahezu denen in Brandenburg, 83% der untersuchten Betriebe befinden im (Haupt-) Eigentum einer Gemeinde und 17% in der Hand eines Landkreises.

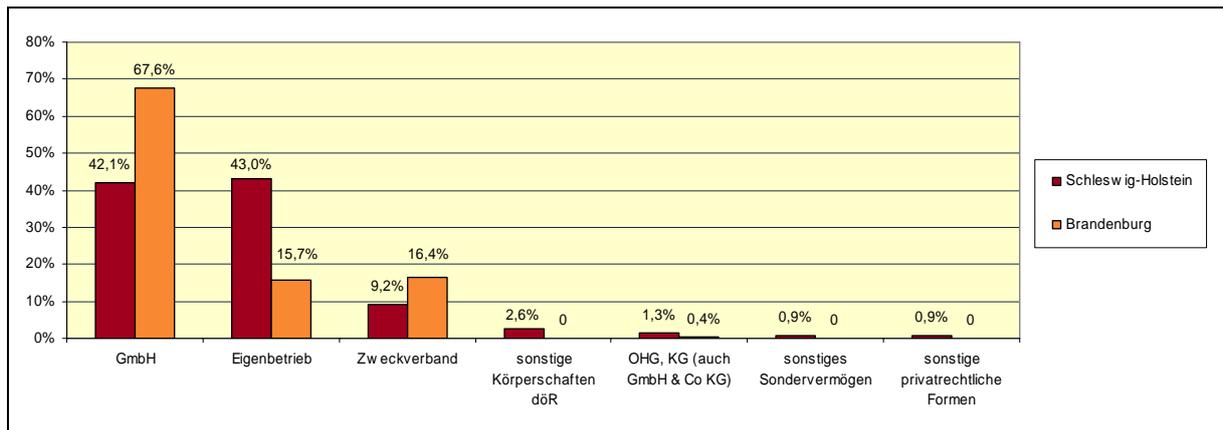


Abbildung 11: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Rechtsformen kommunaler Unternehmen (Quelle: JöU)

In Schleswig-Holstein arbeiten im Jahr 2002 von insgesamt 1,2 Mill. Beschäftigten 16.045 Menschen in kommunalen Unternehmen. In Brandenburg sind zum selben Zeitpunkt von insgesamt 1 Mill. Berufstätigen 31.058 in der kommunalen Wirtschaft beschäftigt. Der Anteil der Beschäftigten der kommunalen Unternehmen an der Gesamtwirtschaft ist in Brandenburg mit rund 3% demnach doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein mit rund 1,4%.

Die kommunalen Unternehmen leisten auch im Hinblick auf den Personalaufwand in Brandenburg einen deutlich höheren Beitrag zum Lohnvolumen als in Schleswig-Holstein. Der Anteil des Personalaufwands an den Bruttolöhnen der Gesamtwirtschaft ist in Brandenburg mit 5,51% mehr als doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein mit 2,44%.

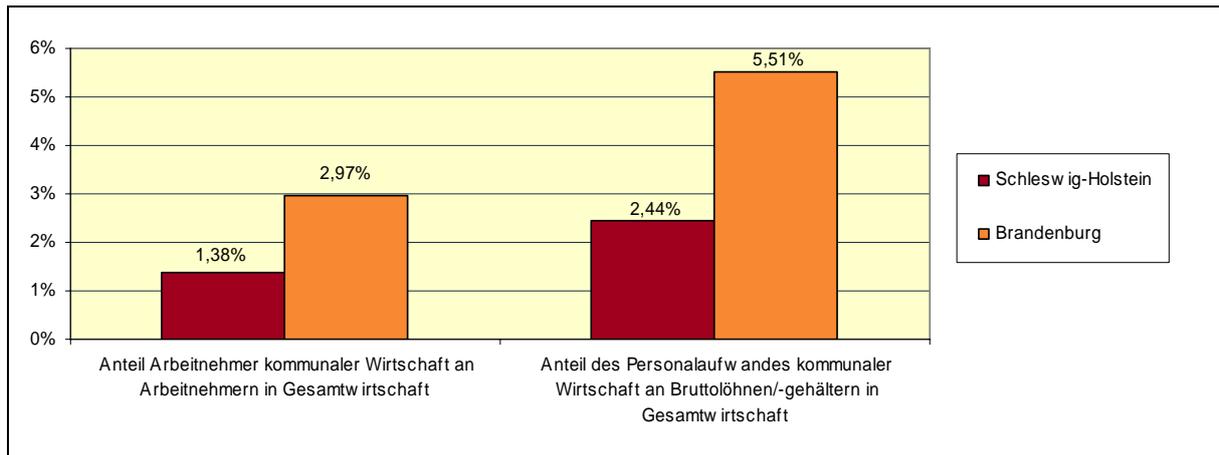


Abbildung 12: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Arbeitnehmer und Personalaufwand kommunaler Wirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Der Umsatz der brandenburgischen kommunalen Unternehmen liegt bei knapp 3 Mrd. Euro und in Schleswig-Holstein bei 1,8 Mrd. Euro. Hierbei liegt der Beitrag der kommunalen Wirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt des Bundeslandes mit 6,8% in Brandenburg deutlich höher als in Schleswig-Holstein mit 2,8%.

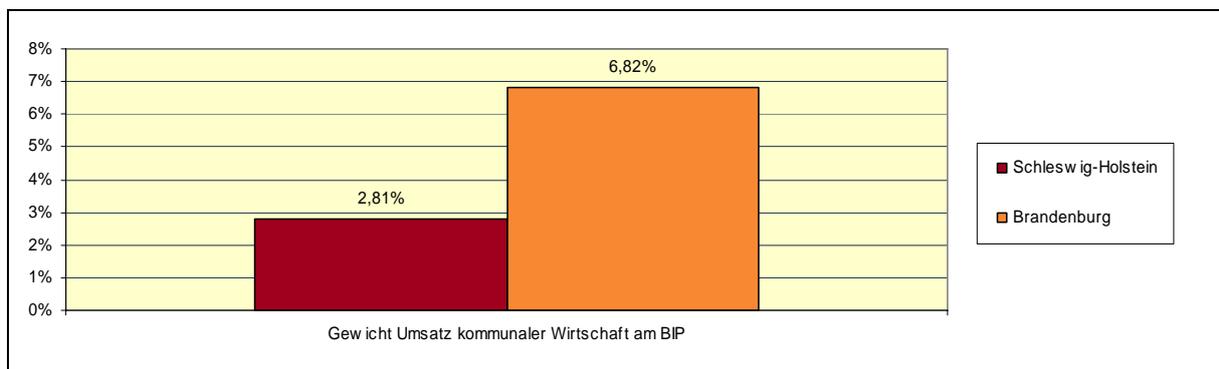


Abbildung 13: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Umsätze in der kommunalen Wirtschaft normiert am BIP (Quelle: JöU, VGR)

Am deutlichsten zeigt sich die höhere Bedeutung der kommunalen Unternehmen in Brandenburg im Vergleich der Investitionen. In Schleswig-Holstein wurden 2002 213 Mill. Euro an Nettoinvestitionen durch kommunale Unternehmen getätigt. In Brandenburg waren es im selben Jahr 591 Millionen Euro. Der Anteil der durch kommunale Unternehmen geleisteten Nettoinvestitionen liegt in Brandenburg mit 4,4% deutlich höher als in Schleswig-Holstein mit 1,7%. Untersucht man zusätzlich Investitionen als Zugang an Sachanlagen, so ergibt sich ein analoger Befund: Brandenburg weist einen so verstandenen Anteil der Kommunalwirtschaft an den Gesamtinvestitionen von 6,4% aus, Schleswig-Holstein von 2,5%. Dieser markante Unterschied lässt sich zum Teil durch den kapitalintensiven Neuaufbau der Infrastruktursysteme in den einzelnen Branchen erklären. In jedem Falle

bleibt die deutlich wichtigere Rolle der kommunalen Wirtschaft in Brandenburg als Investor hervorzuheben.

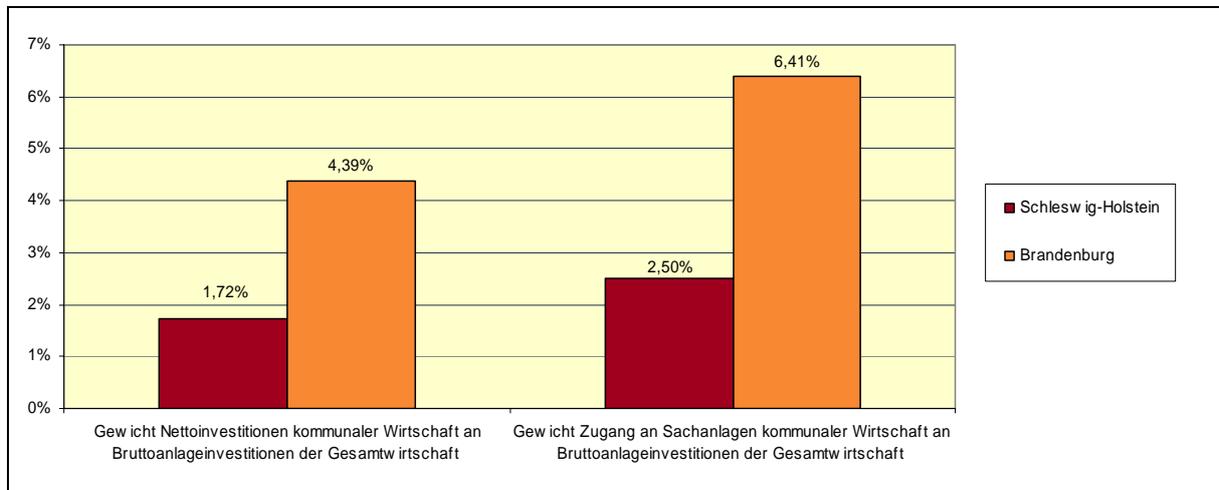


Abbildung 14: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Anteil Nettoinvestitionen und Zugang an Sachanlagen an Gesamtinvestitionen (Quelle: JöU, VGR)

### Erfolgsbeurteilung der Kommunalwirtschaft und Sponsorentätigkeit

Nachdem bisher die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen sowie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Datenbasis darstellten, sollen nun ergänzend, wie im Methodenteil beschrieben, die etwas weiter gefassten Kategorien der eigenen Erhebung in den Blick genommen werden. Es ist dies zuerst die Erfolgseinschätzung der Befragten kommunalen Entscheidungsträger hinsichtlich einer Reihe von Unternehmenszwecken. Im Weiteren wird die Bedeutung der Kommunalwirtschaft als Arbeitgeber sowie als Sponsor untersucht.

Befragt, in welcher Hinsicht die Kommunen mit ihren Unternehmensbeteiligungen besonders erfolgreich sind, steht aus Sicht der Befragten an erster Stelle – sowohl in Brandenburg als auch in Schleswig-Holstein – die Möglichkeit, Investitionen vor Ort realisieren zu können.

Deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern zeigen die Antwortkategorien zur Erhaltung von politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort, der Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Effizienz, der Erhaltung von technischem Know-how und von Arbeitsplätzen. In diesen Kategorien berichten die Befragten aus Schleswig-Holstein fast doppelt so oft Erfolge als in Brandenburg. Die größte Differenz stellt sich bei der Frage nach der Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Effizienz heraus. Während nur 31% der brandenburgischen Teilnehmer hier Erfolge sehen, tun dies 70% der schleswig-holsteinischen Befragten.

Insgesamt fällt auf, dass brandenburgische wie schleswig-holsteinische Gemeinden zwar gleichermaßen die wirtschaftspolitischen Erfolge kommunaler Beteiligungen in den Vordergrund stellen (Erhaltung politischer Einflussmöglichkeiten, Investitionen vor Ort und Erhaltung der örtlichen Wirtschaftskraft), zumindest in Schleswig-Holstein aber gleichrangig arbeitsmarktpolitische und fiskalische Aspekte kommunalen Wirtschaftens (Erhaltung von Arbeitsplätzen, Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Effizienz) betont werden, die als Legitimationsgrundlagen öffentlichen Wirtschaftens mitunter umstritten sind, unter Wettbewerbsbedingungen aber wohl künftig überall an Gewicht gewinnen werden.

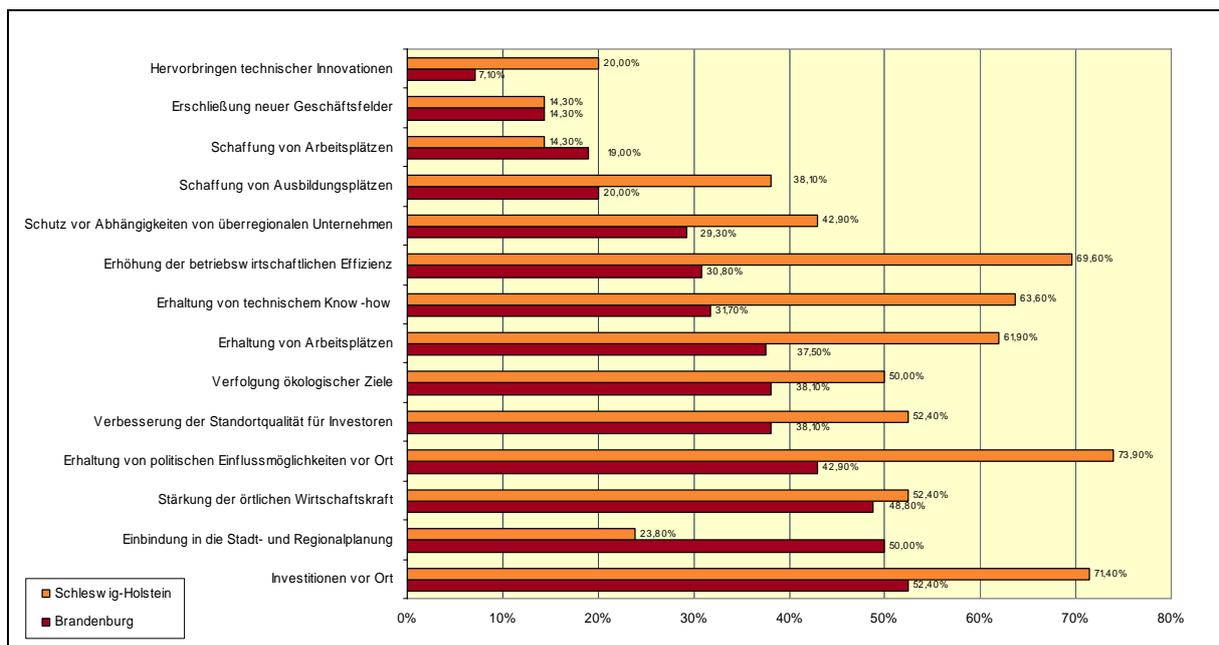


Abbildung 15: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Einschätzung der Erfolge der Kommunalwirtschaft<sup>31</sup> (Quelle: EE)

Lediglich 19% der Befragten in Brandenburg und nur 14% der Aussagen aus Schleswig-Holstein bezeichnen die kommunalen Unternehmensbeteiligungen als erfolgreich in der Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese übereinstimmende Diagnose beider Länder erklärt sich zum einen dadurch, dass der kommunale Ver- und Entsorgungssektor eher durch Kontinuität als durch Expansion geprägt ist. Weiterhin deckt sich der Befund mit den bisherigen Ergebnissen zur Rolle der kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber. Die eher geringe Bedeutung der kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber in beiden Ländern findet sich auch in folgender Abbildung noch einmal wieder. Dort ist ersichtlich, dass lediglich 10 bzw. 11% der größten Arbeitgeber als öffentliches Unternehmen eingestuft werden.

<sup>31</sup> Abgebildet sind die Nennungen, die eine Beteiligung unter dem jeweiligen Aspekt für „erfolgreich“ halten.

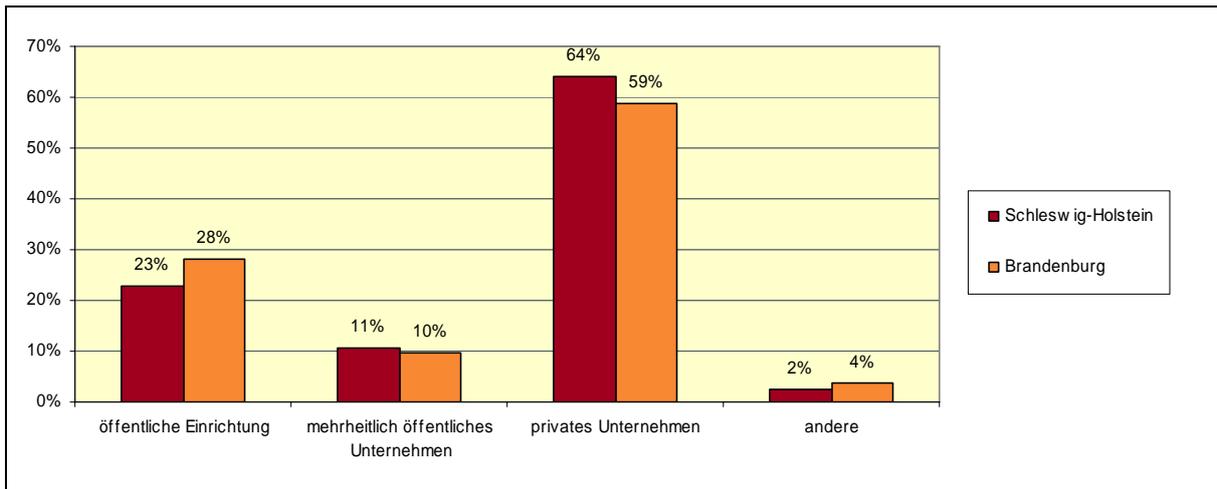


Abbildung 16: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Größte Arbeitgeber (Quelle: EE)

Nachfolgend abgebildete Anteile der größten Sponsoren zeigen bei den kommunalen Unternehmen kaum einen nennenswerten Unterschied zwischen beiden Vergleichsländern. Sowohl in Brandenburg als auch in Schleswig-Holstein machen diese etwa ein Drittel der größten Sponsoren aus. Dieses Niveau ist, gemessen an dem gerade beschriebenen Gewicht als Arbeitgeber, überproportional hoch. Der überwiegende Teil der größten Sponsorentätigkeiten wird in Brandenburg von überregionalen privaten Unternehmen wahrgenommen. Zumindest in Brandenburg übernehmen die kommunalen aber auch im Vergleich zu den lokalen privaten Unternehmen deutlich höhere Sponsoringleistungen.

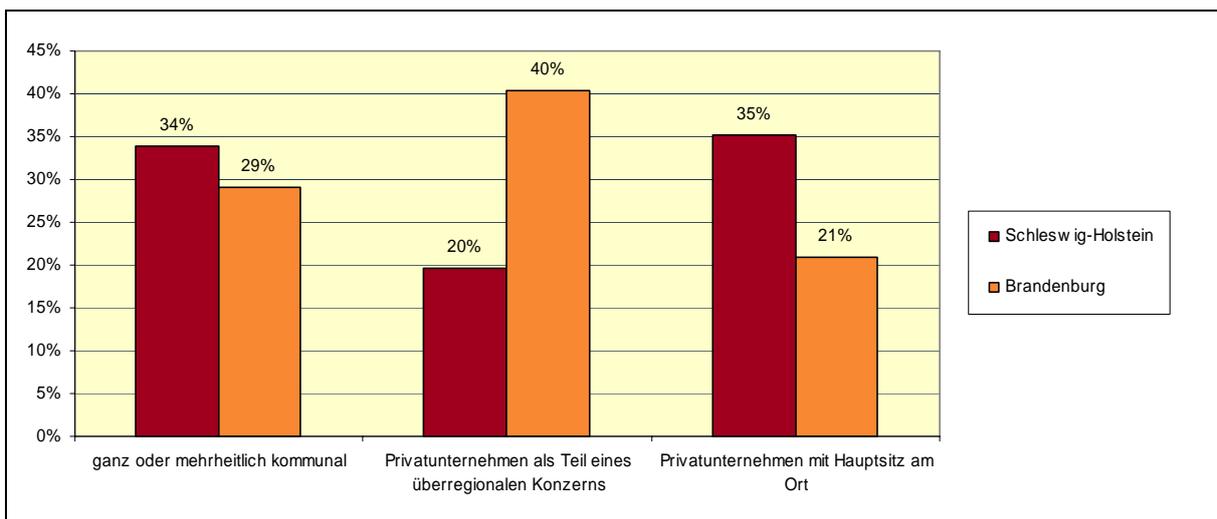


Abbildung 17: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Größte Sponsoren (Quelle: EE)

Die nachstehende Abbildung verdeutlicht dieses überproportionale Engagement der kommunalen Unternehmen in Relation zu ihrer Gesamtgröße und ihrer Arbeitsplatzanzahl

noch einmal in der direkten Gegenüberstellung kommunaler Unternehmen als Sponsor, Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeber.

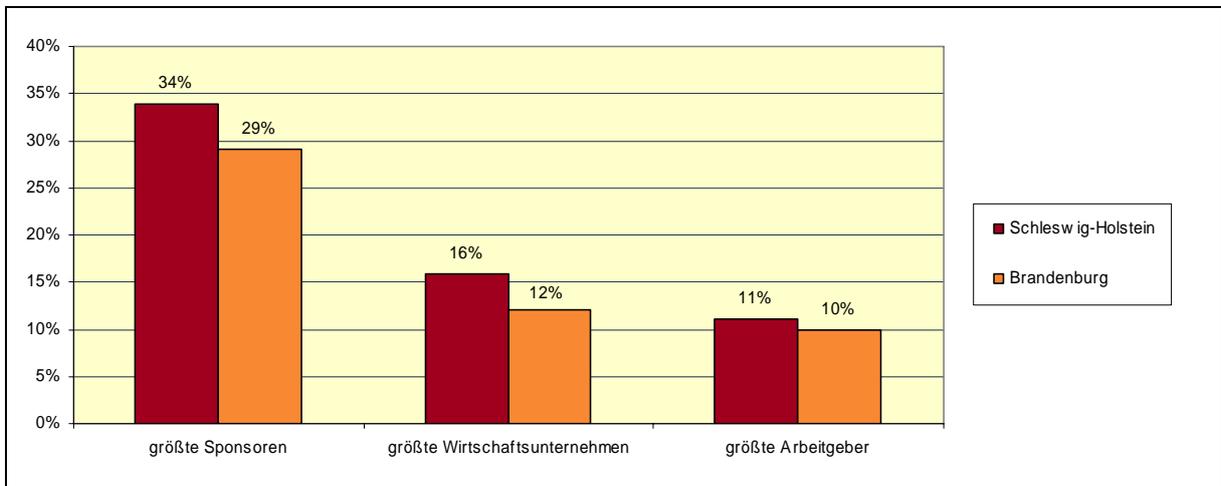


Abbildung 18: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Vollständig oder mehrheitlich kommunale Unternehmen als Sponsor, Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeber (Quelle: EE)

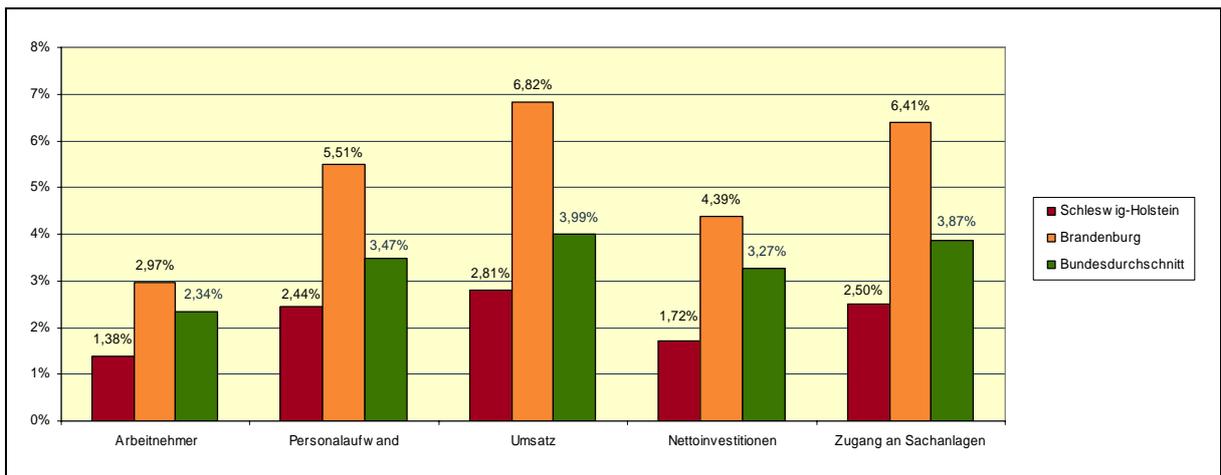


Abbildung 19: Brandenburg vs. Schleswig-Holstein. Zusammenfassung von Strukturdaten kommunaler Unternehmen (Quelle: JöU, VGR)

Gemeinsamkeiten beider Länder finden sich im Rahmen der eigenen Erhebung bei den Anteilen der kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber und als Sponsor. Wobei das Engagement der kommunalen Unternehmen als Sponsor relativ über dem der lokalen Privatunternehmen liegt und sehr viel höher ausfällt, als man es in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Größe hätte erwarten können.

## 4.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

Im vorhergehenden Kapitel wurde ein regionaler Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein gezogen. Nun soll ein Vergleich zwischen den neuen und den alten Bundesländern folgen. In deutschen Flächenländern arbeiten insgesamt 756.073 Menschen in kommunalen Betrieben, davon 177.252 in den neuen sowie 578.821 in den alten Bundesländern. Es soll untersucht werden, ob gerade im tendenziell strukturschwächeren Ostteil des Landes die kommunale Wirtschaft eine umso höhere Bedeutung hat. Zusätzlich zu der reinen Ost-West-Betrachtung wird deshalb der Vergleich zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern gezogen, da diese beiden Länder der durchschnittlichen Industriedichte in den alten und neuen Bundesländern jeweils am nächsten kommen. Der Vergleich folgt der Logik der Ost-West-Analyse.

Etwa 64% der kommunalen Unternehmen in den neuen Bundesländern sind als Eigenbetriebe der Kommunen organisiert, 21% als GmbH. In den alten Bundesländern werden über 39% als GmbH und ca. 41% als Eigenbetrieb geführt. Betrachtet man den Anteil der Arbeitnehmer im Bereich der kommunalen Wirtschaft an der Grundgesamtheit aller Arbeitnehmer in alten und neuen Bundesländern vergleichend, wird ersichtlich, dass in den neuen Bundesländern der Anteil der Arbeitnehmer um ca. ein Drittel höher ist als in den alten. In den neuen Bundesländern arbeiten also anteilig mehr Menschen in kommunalen Betrieben als in den alten.

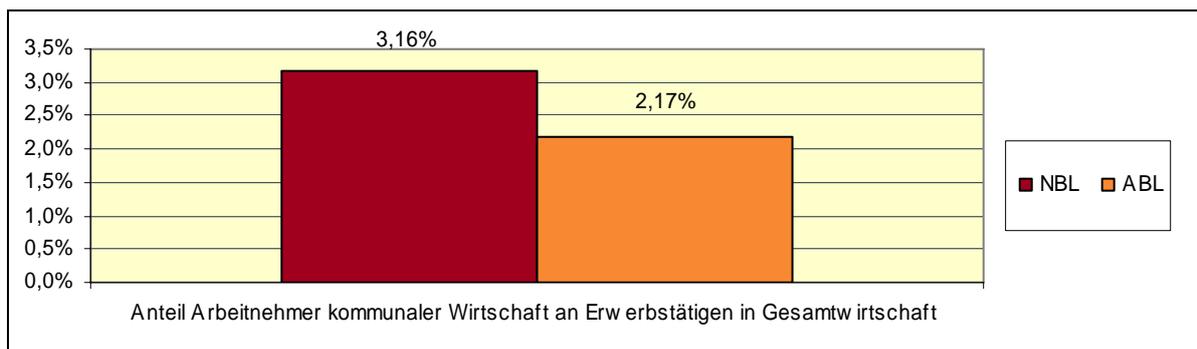


Abbildung 20: Alte vs. neue Bundesländer. Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Auch anhand des Personalaufwandes lässt sich ein solches Verhältnis nachweisen. Der Anteil des Personalaufwandes an den Bruttolöhnen und -gehältern ist in den neuen deutlich höher als in den alten Bundesländern. Offenbar leistet die kommunale Wirtschaft im Osten einen höheren Beitrag zum Volkseinkommen als im Westen.

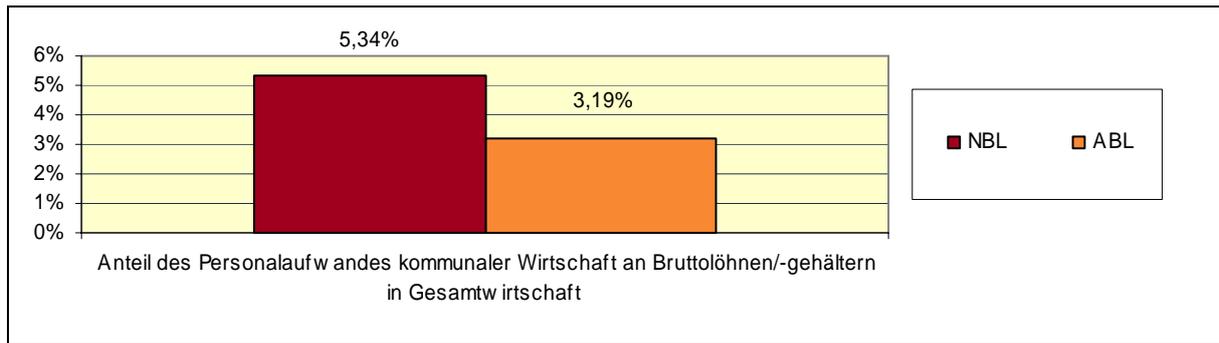


Abbildung 21: Alte vs. neue Bundesländer. Anteil des Personalaufwandes kommunaler Wirtschaft an Bruttolöhnen/-gehältern in Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Am Gewicht der kommunalen Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt lässt sich dies ebenfalls nachweisen. Im Vergleich zu den alten Ländern zeigt sich, dass hier ein fast doppelt so hoher Beitrag geleistet wird.

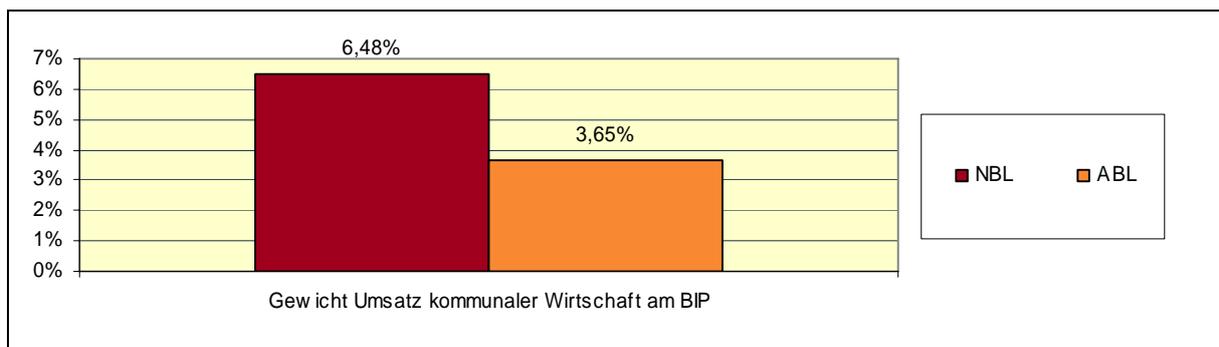


Abbildung 22: Alte vs. neue Bundesländer. Gewicht Umsatz kommunaler Wirtschaft am BIP (Quelle: JöU, VGR)

Zieht man den Zugang an Sachanlagen als Maß für Investitionen heran, bleibt der Effekt in seiner Richtung stabil, die Größenordnung des Unterschiedes zwischen neuen und alten Bundesländern verändert sich allerdings deutlich. Der Anteil des Zugangs an Sachanlagen an den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen beträgt für die neuen Bundesländer 6,2%, für die alten Bundesländer 3,4%.

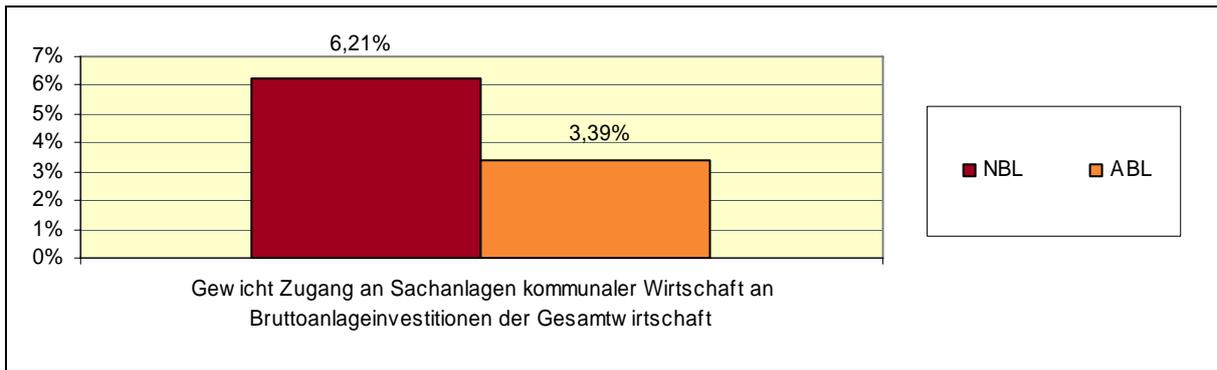


Abbildung 23: Alte vs. neue Bundesländer. Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunaler Wirtschaft an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

### Vergleich mit dem Durchschnitt der Flächenländer

Um die höhere Bedeutung der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern noch deutlicher hervorzuheben, sind in der folgenden Grafik noch einmal ausgewählte Kennzahlen aus dem vorhergehenden Abschnitt ins Verhältnis zum Bundesdurchschnitt gesetzt worden. In allen Bereichen zeigt sich die überdurchschnittliche Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Ostteil des Landes. Daraus ist insgesamt in Bezug auf alle hier verwendeten Kennzahlen zu schließen, dass der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern eine deutlich überdurchschnittliche Bedeutung beigemessen werden kann.

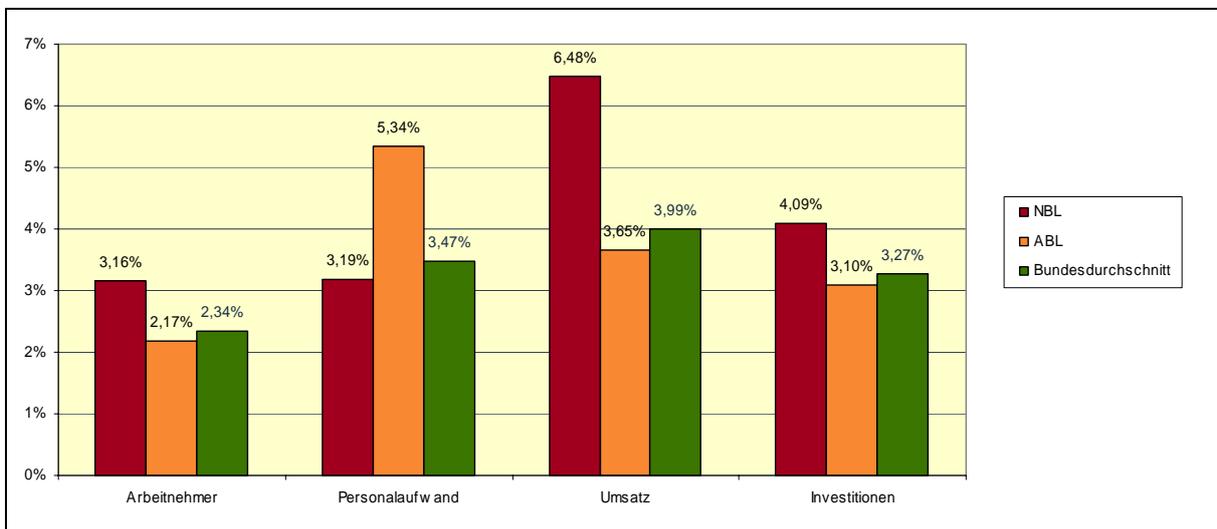


Abbildung 24: Alte vs. neue Bundesländer. Bedeutung im Vergleich mit Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten) (Quelle: JöU, VGR)

### Exemplarischer Vergleich zwischen kommunaler und privater Wirtschaft

Doch welchen Stellenwert hat die Kommunalwirtschaft im sektorinternen Vergleich zur Privatwirtschaft? Beispielhaft soll hier der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) betrachtet werden, da Zahlen für die Gesamtwirtschaft nicht zur Verfügung stehen.

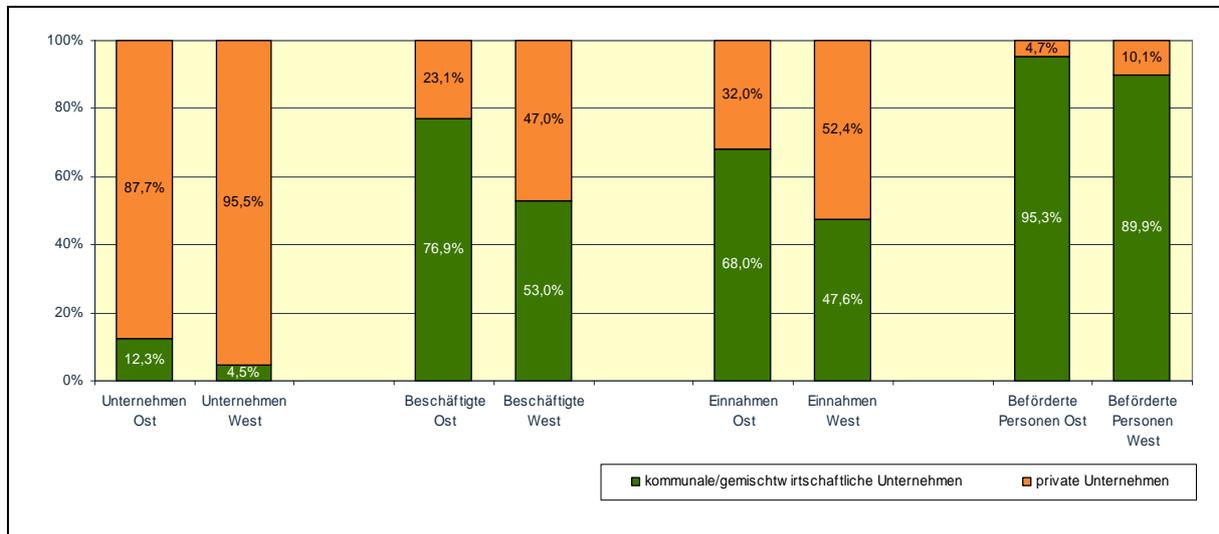


Abbildung 25: ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Ost- und Westdeutschland  
(Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004, eigene Berechnungen)

Allgemein lässt sich hierzu sagen, dass der Anteil der kommunalen Unternehmen in alten wie neuen Bundesländern zwar sehr viel niedriger, die Anzahl der beförderten Personen jedoch signifikant höher ist. Vergleicht man alte und neue Bundesländer, fällt auf, dass in den betrachteten Kategorien Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen der Anteil der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen in den neuen Bundesländern sehr viel höher ist als in den alten. So sind beispielsweise beinahe 80% der im ÖPNV Beschäftigten im Osten in kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen tätig, obgleich die absolute Anzahl dieser Unternehmen lediglich ca. 10% ausmacht. Insgesamt ist zu konstatieren, dass in ganz Deutschland die kommunalen Unternehmen im ÖPNV eine überdurchschnittlich wichtige Rolle spielen, die Unternehmen im Ostteil des Landes allerdings noch wichtiger zu sein scheinen als im Westteil.

### 4.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Sachsen-Anhalt vs. Bayern

Im Hinblick auf die Industriedichte liegt Sachsen-Anhalt nah am Durchschnitt der neuen Bundesländer, während Bayern sehr gut den Durchschnitt der alten Bundesländer abbildet. In Sachsen-Anhalt leben 2.564.800 Menschen, von denen 42.591 in kommunalen Betrieben

tätig sind. Bayern hingegen hat 12.358.100 Einwohner. 146.567 davon arbeiten in kommunalen Betrieben. Prozentual zeigt sich noch deutlicher als im Bundesvergleich der höhere Anteil an Arbeitnehmern im Bereich der kommunalen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. Die Rolle der Kommunen als Arbeitgeber ist also sogar höher zu bewerten als durchschnittlich in den neuen Bundesländern.

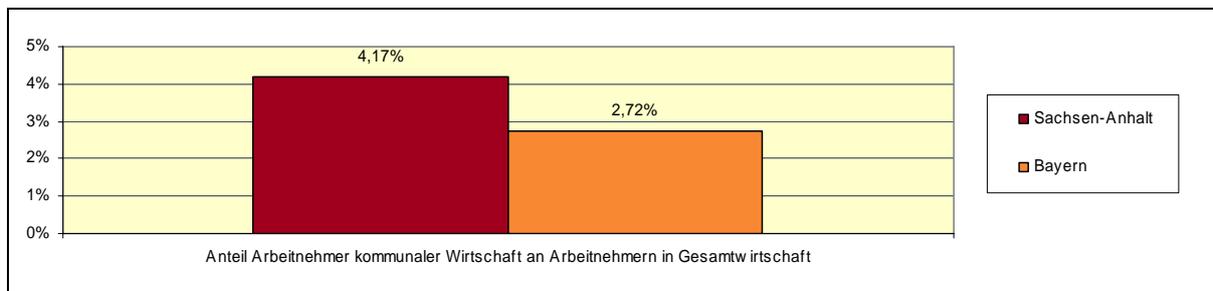


Abbildung 26: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Das höhere Gewicht der kommunalen Wirtschaft als Arbeitgeber in den neuen Ländern bestätigt sich bei der Betrachtung des Personalaufwandes, der in Sachsen-Anhalt wiederum beträchtlich mehr zu den Bruttolöhnen und -gehältern beträgt als in Bayern.

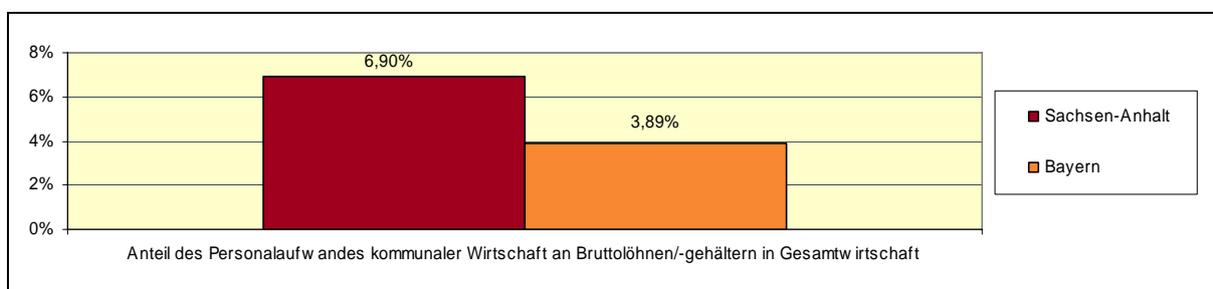


Abbildung 27: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Anteil des Personalaufwandes kommunaler Wirtschaft an Bruttolöhnen/-gehältern in Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Dies setzt sich auch beim Gewicht des Umsatzes kommunaler Wirtschaft fort; in absoluten Zahlen ausgedrückt liegen beide Länder allerdings erheblich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt: In Sachsen-Anhalt werden 1.344€ je Einwohner jährlich umgesetzt, in Bayern 1.142€. Der Durchschnitt liegt bei 1.112€ in den neuen, beziehungsweise 983€ in den alten Bundesländern.

Relativ betrachtet machen die Umsätze der Kommunalwirtschaft in Sachsen-Anhalt 7,8% des BIP des Landes aus, während der Anteil der Umsätze der Kommunalwirtschaft in Bayern

bei 3,8% liegt. In Sachsen-Anhalt setzt die Kommunalwirtschaft also, gemessen an der Wirtschaftskraft des Landes, doppelt soviel um als die Kommunalwirtschaft in Bayern.

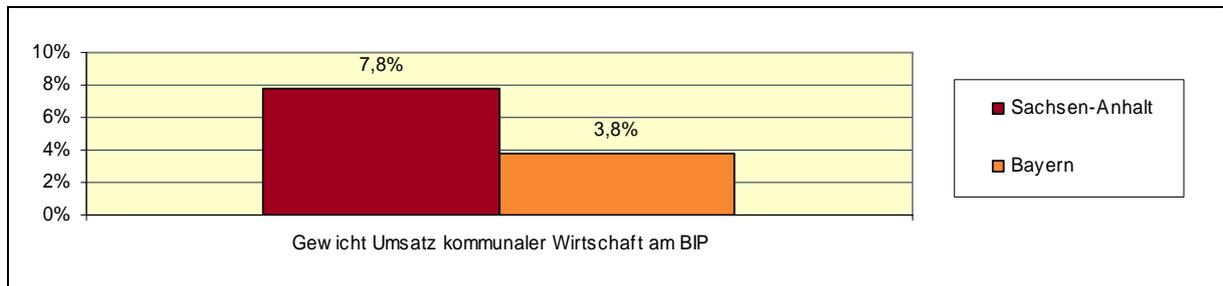


Abbildung 28: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Gewicht Umsatz kommunaler Wirtschaft am BIP (Quelle: JöU, VGR)

Die Nettoinvestitionen bleiben in beiden Ländern, sowohl absolut als auch relativ betrachtet, etwas hinter dem Durchschnitt zurück. Dies wird vor allem für Bayern deutlich. Allerdings sollte man hieraus keine voreiligen Schlüsse ziehen, dies kann auch bedeuten, dass die Kommunalwirtschaft in Bayern bereits über derart gefestigte Strukturen verfügt, dass Investitionen nicht mehr so nötig sind wie in anderen Bundesländern. Der Unterschied zwischen Bayern und Sachsen-Anhalt in Bezug auf die Anteile der Nettoinvestitionen an den Gesamtinvestitionen des Landes liegen – in Richtung wie Effektstärke – im Bereich der bereits untersuchten anderen Bedeutungskategorien.

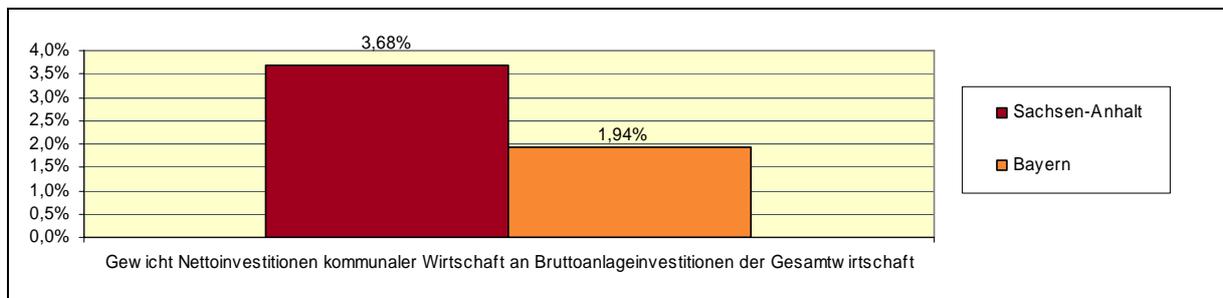


Abbildung 29: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Gewicht Nettoinvestitionen kommunaler Wirtschaft an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (Quelle: JöU, VGR)

Betrachtet man nun wieder das alternative Maß für Investitionen „Zugang an Sachanlagen“ so verstärkt sich der Unterschied ebenso wie im voran gegangenen Ost-West-Vergleich. Er beträgt in Bayern 2,8% der Gesamtinvestitionen des Landes, in Sachsen-Anhalt dagegen 7%.

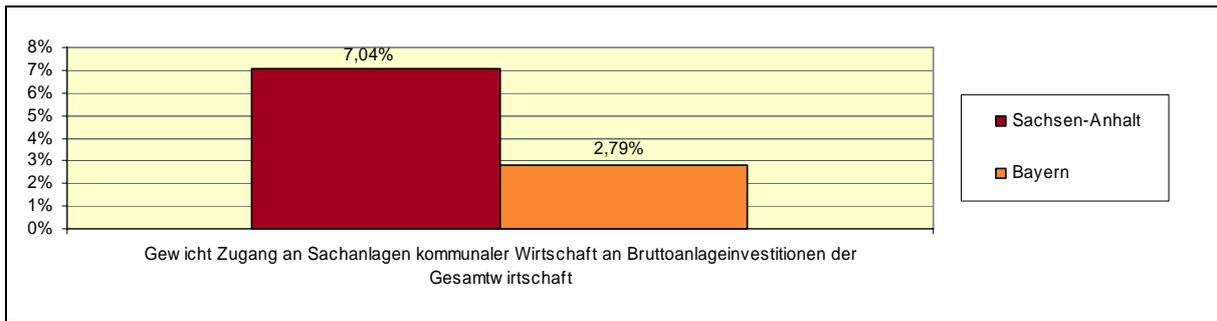


Abbildung 30: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Investitionen als Zugang an Sachanlagen (Quelle: JöU, VGR)

### Vergleich mit Bundesdurchschnitt

Im Vergleich der Kennzahlen von Bayern und Sachsen-Anhalt mit dem Bundesdurchschnitt zeigt sich die besondere Bedeutung der Kommunalwirtschaft für den Ostteil des Landes, in diesem Fall spezifisch für Sachsen-Anhalt, ebenso prägnant wie im reinen Ost-West-Vergleich. Bayern und Sachsen-Anhalt bewegen sich nah am jeweiligen Durchschnittswert. Lediglich das Gewicht des Umsatzes ist in Sachsen-Anhalt deutlich höher als der Durchschnittswert der neuen Bundesländer, während das Gewicht der Nettoinvestitionen in beiden Ländern unter dem Vergleichswert für die neuen und alten Bundesländer liegt.

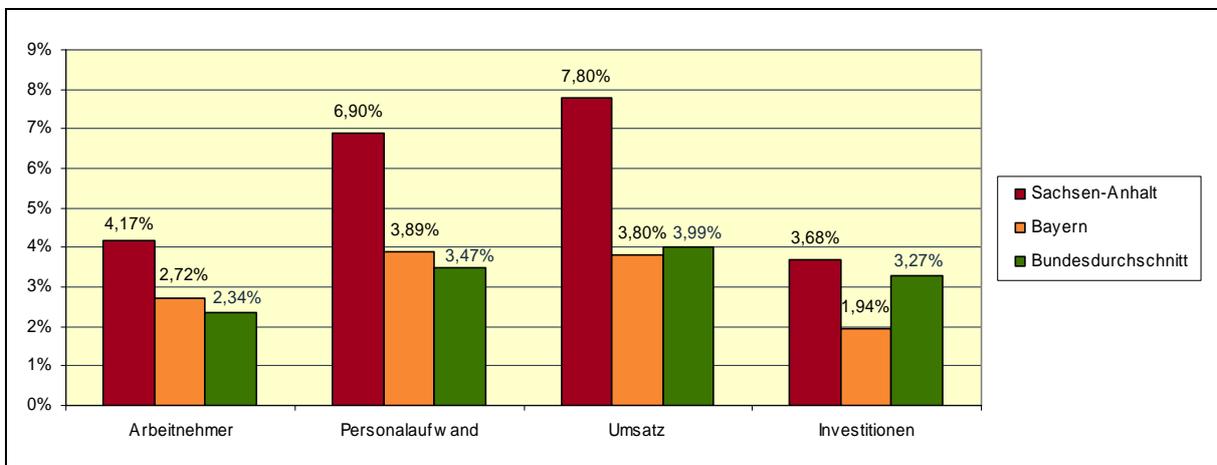


Abbildung 31: Sachsen-Anhalt vs. Bayern. Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten) (Quelle: JöU, VGR)

## 4.4 Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Ländervergleichs Brandenburg und Schleswig-Holstein bringen hinsichtlich der im ersten Teil beobachteten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen deutliche Unterschiede in einer ganzen Reihe von untersuchten Kategorien zum Ausdruck. In sämtlichen Kategorien, also Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz und Investitionen liegen die Brandenburgischen Kennzahlen nicht nur vollständig über dem Bundesdurchschnitt, sondern doppelt so hoch wie die Zahlen für Schleswig-Holstein.

Sowohl der Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern als auch zwischen Bayern und Sachsen-Anhalt zeigt deutlich die überproportionale Bedeutung der kommunalen Wirtschaft im Ostteil des Landes. Bei allen betrachteten Kennzahlen liegen die Werte für die neuen Bundesländer deutlich höher als in den alten Bundesländern. Die ökonomische Bedeutung der Kommunalwirtschaft ist hier hervorzuheben, da sich in diesem Bereich besonders signifikante Unterschiede zeigen. Sehr deutlich wird dies am Gewicht des Personalaufwandes der Kommunalwirtschaft an den Bruttolöhnen und -gehältern der Gesamtwirtschaft, das in den neuen Bundesländern mit 5,3% um ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt (3,5%) liegt und in Sachsen-Anhalt mit 6,9% fast den doppelten Wert erreicht. Auch das Gewicht des Umsatzes am Bruttoinlandsprodukt ist in den neuen Bundesländern mit 6,5% fast doppelt so hoch wie in den alten (3,65%) und liegt wiederum ca. ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten).

## 5. Kommunalwirtschaft im sektoralen Vergleich

### 5.1 Wasser- und Abwasserwirtschaft

Die Wasserversorgung in Deutschland ist traditionell kleinteilig und in regionalen Monopolstrukturen organisiert. Diese Struktur beruht auf dem Charakter der Wasserversorgung als einem natürlichen Monopol. Die Form des kommunalen Unternehmens hat sich dabei in den letzten Jahrzehnten als die am weitesten verbreitete Organisationsform durchgesetzt (Kluge et. al. 2003, S.14). Die ursprünglich enorm hohe Anzahl von Wasserversorgungsunternehmen halbierte sich in der Bundesrepublik ab den fünfziger Jahren auf weniger als 7.000 Unternehmen. In der DDR hingegen betrieben 15 staatliche Wasserbetriebe die gesamte Versorgung. Diese Betriebe wurden Anfang der 90er Jahre aufgelöst und das Modell der Bundesrepublik wurde übernommen (Correia/ Kraemer 1997, S. 87f.). Heute findet sich die Wasserwirtschaft vor allem in öffentlich-rechtlicher Verantwortung, zunehmend auch in Verbundunternehmen organisiert. Die Leitungsnetze sind regional oder lokal geschlossen. Es gibt nur wenige Durchleitungssysteme, die mehrere solcher Netze verbinden, etwa wenn ein großer Produzent (z.B. eine Talsperre) Überkapazitäten ableitet; eine bundesweite Vernetzung existiert damit nicht (Hein 2003, S. 200f.).

Die kleinteilige Struktur der Wasserwirtschaft ist in der Abwasserwirtschaft noch ausgeprägter. Die Kommunen nehmen hier ebenfalls die zentrale Position ein und organisieren den gesamten Prozess der Entsorgung. In kleineren Gemeinden findet dabei die Abwassersammlung noch häufig in der Kernverwaltung oder in Regiebetrieben, in größeren Gemeinden auch in anderen Organisationsformen, z.B. Eigenbetrieben, statt. Zu beobachten ist dabei in den letzten Jahrzehnten ein zunehmender Trend hin zur Bildung von Zweckverbänden. Auch erste Tendenzen zur Privatisierung lassen sich beobachten (Kluge et al. 2003, S. A4).

Diese Wirtschaftsstruktur ist zu einem großen Teil durch die Besonderheiten des Gutes Wasser, bzw. der Besonderheiten der Abwasserentsorgung bedingt. Zunächst ist Wasser kein Gut wie jedes andere, wie ein Auto oder ein Kleidungsstück, mit dem ein Unternehmen mehr oder weniger nach Belieben wirtschaften kann. Auch ist es nicht vergleichbar mit anderen Gütern, die als Ressource durch feste Infrastrukturen an den Verbraucher geliefert werden. Denn zum einen ist Wasser ein Gut, das, anders als Strom und Gas, enormen Qualitätsschwankungen unterliegen kann, deren Folgen beträchtlich sein können (Merkel 1998, S. 762f.). Es kann zu Verunreinigungen kommen, zu hygienischen, ökologischen und gesundheitlichen Gefährdungen, die in Extremfällen eine Lebensgefahr darstellen. Zum anderen ist Wasser eine Ressource, auf die der Mensch notwendig angewiesen ist. Sind

Strom und Gas - oder auch Öl - zwar von wirtschaftlich strategischer Bedeutung, so gilt dies auch für Wasser, doch ist zudem ohne Wasser menschliches Leben unmöglich. Aus diesen Gründen wird Wasser in Deutschland als öffentliches Gut definiert und die Versorgung der Bevölkerung wird in der Folge als kommunale Aufgabe betrachtet (Kluge et al. 2003, S. 9f.).

Der Abwasserwirtschaft kommt, ähnlich wie der Wasserwirtschaft, nach deutschem Verständnis eine enorme öffentliche Bedeutung zu. Die fachgerechte Entsorgung von Abwasser sichert, ebenso wie die Versorgung mit hochqualitativem Trinkwasser, die Gesundheit der Bevölkerung. Daher wird sie als eine ordnungs-, umwelt- und gesundheitspolitische sowie hoheitliche Aufgabe betrachtet und ebenfalls der Kommune übertragen. Diese Sicht begründet auch den Anschlusszwang, der für jedes Haus besteht.

Aufgrund dieser Besonderheiten in der Auffassung der Natur des Gutes Wasser und der Abwasserentsorgung in der Bundesrepublik, hat sich die oben bereits beschriebene kleinteilige Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die nicht wesentlich von der Liberalisierungs- und Privatisierungswelle in der kommunalen Wirtschaft erfasst worden ist. So wurde im Rahmen der Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 26. August 1998 geregelt, dass die bisherige Regelung in der Wasserwirtschaft gemäß den §§103, 103a und 105 beibehalten wird. Damit ist die faktische Alleinverantwortung der Kommunen weiterhin gegeben. Preisbindungsverträge, Demarkationsverträge, Verbundverträge und Konzessionsverträge sind weiterhin legal. Durch die Regelung der kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG liegt damit die Organisation der Wasserwirtschaft in der Verantwortung der Kommunen. Es steht diesen frei, die Wasserversorgung innerhalb der Verwaltung, in kommunalen Unternehmen oder aber über die Inanspruchnahme privater Anbieter zu erbringen. Diese Freiheit ist dabei in manchen Fällen durch Landesrecht eingeschränkt (etwa in Hessen und Bayern); hier wird die Versorgung als eine Pflichtaufgabe definiert<sup>32</sup> und nur ein beschränkter Grad der Privatisierung zugelassen (Ebenda, S. 7f.). Die einzige Möglichkeit der Konkurrenzierung, die in diesem Rahmen möglich ist, ist die Ausschreibung des Gebietsmonopols (Hein 2003, S. 202f.).

Die Abwasserwirtschaft ist gemäß Art. 75 Abs. 1 GG als Kompetenz des Bundes bestimmt, der mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) den Rahmen für die jeweilige Landesgesetzgebung setzt. Durch die Landeswassergesetze wird Näheres geregelt. Gemäß §18a WHG ist die Abwasserentsorgung – anders als die Wasserversorgung – dabei schon auf Bundesebene als kommunale Pflicht definiert, womit die Abwasserwirtschaft überhaupt nicht mehr in den Regelungsbereich des GWB fällt. Zwar haben die Kommunen noch die

---

<sup>32</sup> Dies trifft auf Brandenburg nicht zu, hier ist auch die privatwirtschaftliche Erbringung der Leistung möglich.

Möglichkeit, sich bei der Erfüllung dieser Pflicht eines Dritten zu bedienen, doch wird diese in der Praxis kaum wahrgenommen (Ebenda, S. A3f.).

Bevor man das Pro und Contra einer Liberalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft vor diesem Hintergrund diskutiert, sollte man sich der Frage der technischen Machbarkeit zuwenden. Hier zeigen sich bei der Wasserwirtschaft zwei herausstechende Probleme. Diese hängen unmittelbar mit der Methode zusammen, mit der man Konkurrenz in die bisher geschlossenen, von einem Monopolisten betriebenen Strukturen bringen möchte. Denn welche Möglichkeiten hätte man, diese kleinen Netze zu öffnen? Zum einen könnte man den Aufbau von Parallelnetzen freistellen. Der Anschlusszwang an das Netz eines Anbieters müsste aufgehoben werden, andere Anbieter könnten ihr eigenes Netz aufbauen. Dies hätte jedoch enorme Folgen für den Wasserpreis, da etwa 70% der Kosten der Wasserversorgung schon die Fixkosten, die Leitungskosten, ausmachen – der Preis würde sich mindestens verdoppeln. Die andere Möglichkeit der Öffnung wäre die Schaffung eines bundesweiten Durchleitungssystems und der Erhebung von Durchleitungsgebühren, wie dies etwa im Stromsektor geschieht. Dort mag diese Möglichkeit recht unproblematisch sein, im Wassersektor jedoch ergeben sich fundamentale Probleme im Bereich des Haftungsrechtes: Wer genau haftet für eine Verunreinigung, wenn Wasser aller Quellen im System gemischt werden? Zurzeit ist diese Frage durch die geschlossenen Systeme mit einem Betreiber eindeutig geklärt (Hein 2003, S. 200ff.).

Die Debatte über die Möglichkeiten und Gefahren einer Privatisierung wird dennoch geführt. Dabei finden sich auf der Pro-Seite vor allem klassische Argumente, die nur selten auf die Besonderheiten des Sektors und des Gutes Wasser eingehen und sich generell auf fast alle Bereiche öffentlichen Wirtschaftens beziehen lassen. Öffentliche Wirtschaft wird hier häufig als generell ineffizient und teuer, Privatwirtschaft als effizient und kostengünstig angesehen. So wird auf die Möglichkeiten hingewiesen, durch die Abschaffung der kleinteiligen Struktur zugunsten weniger großer Anbieter Synergieeffekte zu erzielen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und Investoren anzulocken, durch Konkurrenz eine bessere Marge zu erzielen. Hames und Krüger (1999, S. 608) sehen in diesen Argumentationen jedoch eher eine „rhetorische Figur“. Es wird angenommen, sagen sie, dass „Wettbewerb an sich gut sei“ und „allen Beteiligten Vorteile schaffe“. Sie weisen darauf hin, dass in dieser Diskussion vor allem die Wünsche und Ansprüche der Bürger offenbar völlig unberücksichtigt bleiben (Ebenda, S. 612). Doch selbst wenn dies so sein sollte, sollte wohl doch die Notwendigkeit von Investitionen, die derzeit nötig und von den Kommunen kaum zu leisten sind, bedacht werden (Kluge et al. 2003, S. 41f).

Auf der Contra-Seite findet sich hingegen eine ganze Reihe von Argumenten, die auf die Gefahren einer solchen Marktöffnung hinweisen. Es werden gesundheitliche und hygienische Risiken angeführt, die aus Konkurrenz- und Preisdruck und der gegebenenfalls

folgenden Vernachlässigung des Leitungssystems resultieren können (Merkel 1998, S. 763). Die enormen Preisanstiege durch eine Liberalisierung, die in anderen Ländern (z.B. Großbritannien) beobachtbar waren (Hames/ Krüger 1999, S. 609) werden erwähnt. Natürlich wird auf den besonderen Status des Gutes Wasser hingewiesen und auf den daraus folgenden Anspruch, dass jede Kommune selbst bestimmen können sollte, woher dieses zentrale Gut kommt (VKU 2005a, S. 1). Der Erhalt der kommunalen Struktur um jener Argumente Willen wird gefordert und auf die Möglichkeiten von Verbandsbildung statt Privatisierung und Liberalisierung wird hingewiesen (VKU 2005b).

Im Bereich der Abwasserwirtschaft verhält es sich ähnlich. Zwar stellen sich hier weniger technische Probleme, dafür eher solche der rechtlichen Änderungsfähigkeit aufgrund der Kompetenzverteilung auf Bund und Länder (Kluge et al., S. A3), doch ist die Debatte ähnlich geprägt. Auch hier wird zum einen auf die Möglichkeiten der Privatwirtschaft hingewiesen, zum anderen werden sektorspezifische Gefahren angeführt. Der Faktor, der sich in der Debatte vielleicht am meisten abhebt, ist der Investitionsbedarf, der im Abwasserbereich wesentlich höher ist als in der Wasserwirtschaft. Dieser ist zum einen durch eine technologische Umstellung zur Kreislaufwirtschaft, zum anderen aber auch durch den schlechteren Zustand der Leitungssysteme bedingt (Landsberg 1997, S. 30).

Im Folgenden sollen die Branchen Wasser- und Abwasserwirtschaft anhand verschiedener Kennzahlen der Statistik beschrieben werden. Es geht dabei weniger darum, die Bedeutung kommunaler Wasser- und Abwasserwirtschaft auf einige wenige Daten zu reduzieren, sondern eher darum, eine solide Grundlage zur Verfügung zu stellen, auf der diese Bedeutung weitergehend diskutiert werden kann. Dabei werden je Branche drei verschiedene Vergleichsebenen verwendet: Zunächst wird die Abwasserwirtschaft in Brandenburg mit der in Schleswig-Holstein hinsichtlich der vorherrschenden Rechtsformen, zentraler wirtschaftlicher Eckdaten (Umsatz, Investitionen) und der Rolle der jeweiligen Branche als Arbeitgeber verglichen. Danach werden dieselben Vergleiche für Bayern und Sachsen-Anhalt, sowie für West- und Ostdeutschland gezogen. Der anschließende Vergleich der kommunalen Wasserwirtschaft unterscheidet sich in der Struktur nur wenig. Ebenfalls werden die genannten Bundesländer miteinander, sowie die neuen mit den alten Bundesländern hinsichtlich der genannten Kennzahlen verglichen.

### 5.1.1 Abwasserwirtschaft

Die Abwasserwirtschaft in Deutschland ist, wie bereits in der Brancheneinführung erwähnt, nahezu vollständig durch kommunale Unternehmen geprägt. Es existieren 1.292 Unternehmen in der kommunalen Abwasserwirtschaft in Deutschland. Von diesen sind 95,2% direkt in kommunaler Hand, durch Mehrheits- oder Alleinbeteiligungen von einzelnen Gemeinden gehalten, beinahe alle weiteren sind mittelbar, über Zweckverbände, Mehrfachbeteiligungen etc. in Besitz der Kommunen.

Diese Unternehmen beschäftigen bundesweit über 25.000 Menschen und setzen 7 Mrd. € um. Die Investitionen liegen bundesweit bei etwa 2,5 Mrd. € (JöU).

#### 5.1.1.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein

An der Rechtsform eines Unternehmens eine besondere Bedeutung festzumachen, mag auf den ersten Blick schwer fallen; dennoch ist dieser Faktor nicht ohne Bedeutung, auch wenn das erst auffällt, wenn man sich beispielsweise mit den Möglichkeiten politischer Steuerung einer Organisation auseinandersetzt.

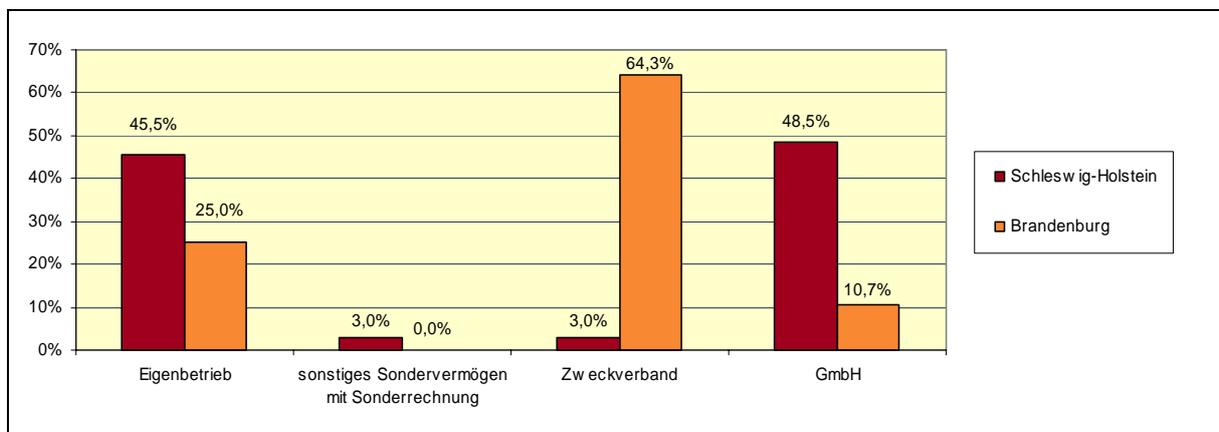


Abbildung 32: Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU)

Wie sich in der oben stehenden Grafik sehen lässt, gibt es insgesamt drei Rechtsformen, in denen kommunale Unternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein bestehen: Eigenbetrieb, Zweckverband und die GmbH. Alle weiteren Formen, etwa AGs, sind nicht vertreten. Die Konzentration auf diese drei Formen ist allerdings in den beiden Ländern nicht gleich verteilt. In Brandenburg finden sich mit über 60% vor allem Zweckverbände, daneben mit etwa 25% Eigenbetriebe, GmbHs dann nur noch etwa 10%; der Zweckverband ragt heraus, was zurückzuführen ist auf eine durchaus positive Einschätzung dieser Rechtsform während der Neugründung kommunaler Abwasserunternehmen nach der Wende. In

Schleswig-Holstein hingegen sind beinahe 50% aller Unternehmen noch als Eigenbetrieb organisiert, fast ebenso viele allerdings schon formal privatisiert und in GmbHs umgewandelt.

Geht man von der Rechtsform hin zu den wirtschaftlichen Eckdaten, so stellt man eine gravierende Asymmetrie zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein fest.

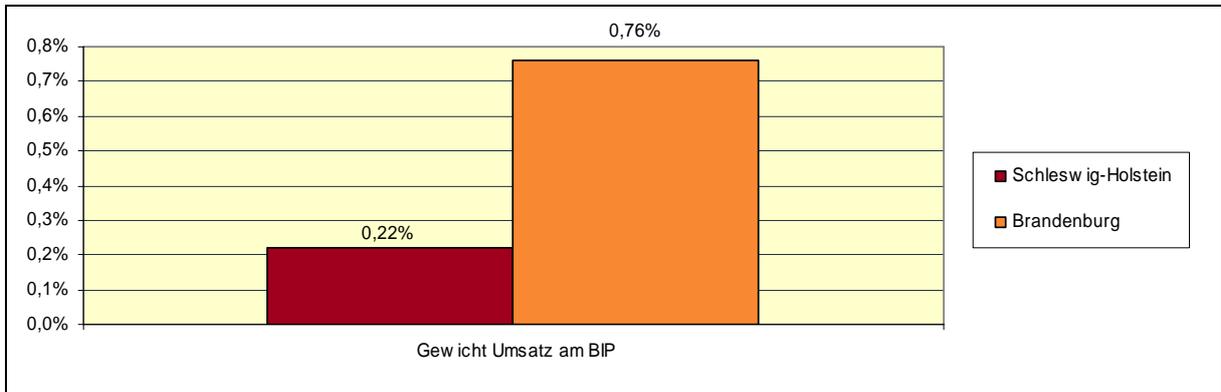


Abbildung 33: Abwasser. Umsatz der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Der Umsatz in der kommunalen Abwasserwirtschaft im Verhältnis zum BIP liegt mit 0,76% zu 0,22% in Brandenburg etwa dreimal so hoch wie in Schleswig-Holstein. Dieser Abstand verstärkt sich noch weiter, wenn man auf die Investitionen blickt.

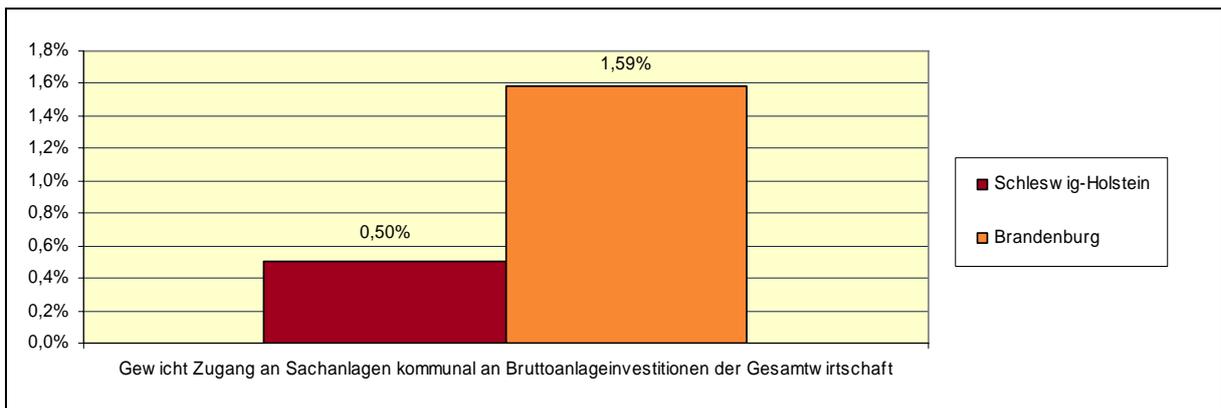


Abbildung 34: Abwasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Das Verhältnis des Zugangs an Sachanlagen in der kommunalen Abwasserwirtschaft zu den Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft liegt in Schleswig-Holstein etwa bei 0,5%. In Brandenburg hingegen liegt dieser Kennwert mit 1,59% um ein Vielfaches höher, was

möglicherweise auf die immer noch notwendigen Erneuerungsinvestitionen zurückzuführen ist.

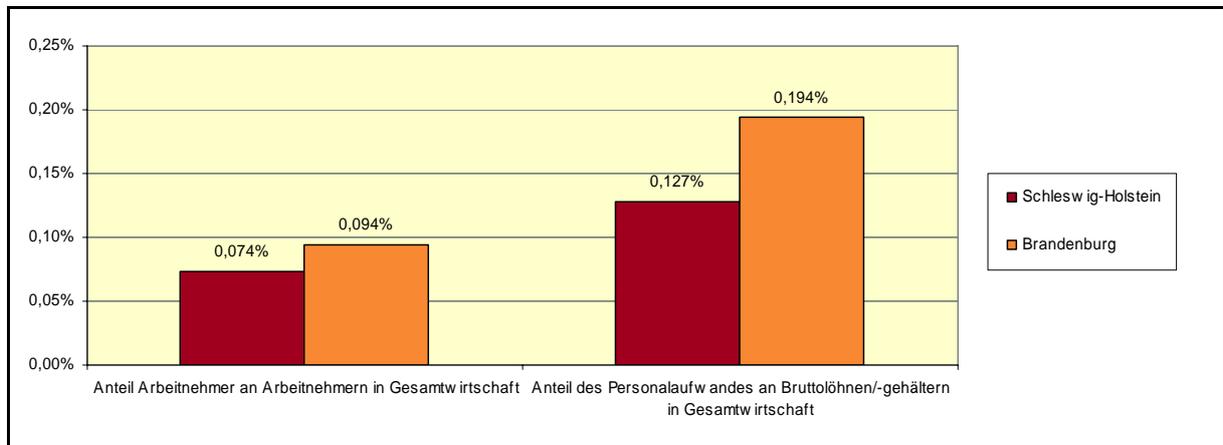


Abbildung 35: Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in Brandenburg und Schleswig-Holstein  
(Quelle: JöU, VGR)

Dieses zweigeteilte Bild setzt sich nicht in dieser Klarheit fort, wenn man nach der Rolle der kommunalen Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber fragt. Der Anteil der Arbeitnehmer im Verhältnis zu den Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft liegt in Brandenburg etwa um ein Viertel höher als in Schleswig-Holstein (0,074% zu 0,094%). Noch weiter nimmt er ab, wenn man die Arbeitnehmer ins Verhältnis zu den Einwohnern stellt; hier ist der Vorsprung Brandenburgs nur noch marginal, was vermutlich auf die höhere Arbeitslosigkeit in Brandenburg zurückzuführen ist. Sieht man auf die Personalkosten, so stellt man fest, dass der gesamtwirtschaftliche Anteil des kommunalen Personalaufwandes in Brandenburg etwa 1/3 höher liegt, als in Schleswig-Holstein.

Betrachtet man nun die kommunale Abwasserwirtschaft in Brandenburg im Vergleich zu Schleswig-Holstein zusammenfassend, so lassen sich drei hauptsächliche Unterschiede feststellen. Zunächst im Bezug auf die Rechtsform: In Brandenburg herrscht der Zweckverband vor, während in Schleswig-Holstein sich GmbHs und Eigenbetriebe in etwa die Waage halten. Weiterhin kann man feststellen, dass die kommunale Abwasserwirtschaft in Brandenburg eine höhere Bedeutung als Wertschöpfer und Investor als in Schleswig-Holstein hat, sowie – wenn auch in geringerem Maße – als Lohnzahler und Arbeitgeber.

Auf einen Punkt sei jenseits dieser Kennzahlen noch hingewiesen, der auf den rechtlichen Regelungsrahmen und die regionalen Monopole zurückzuführen ist.

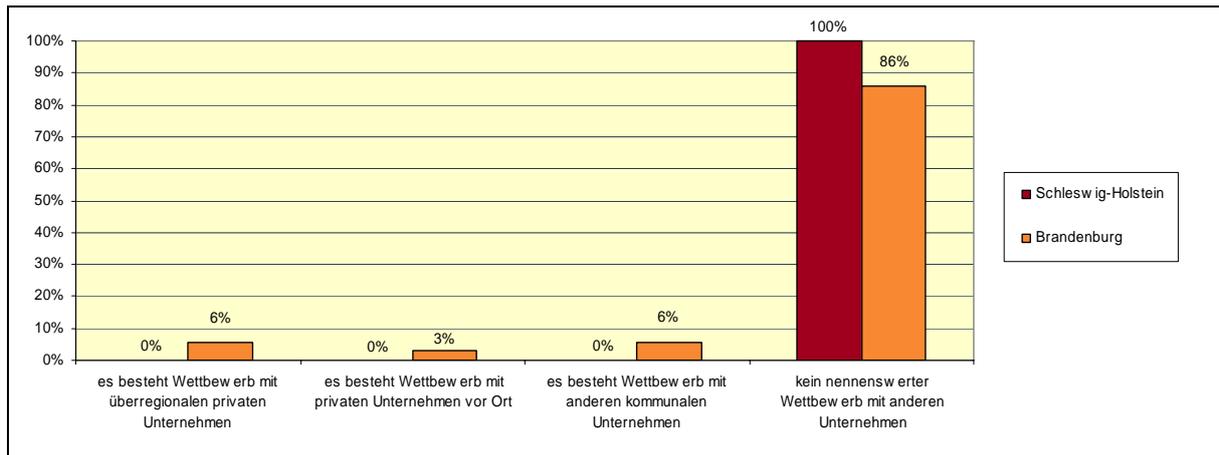


Abbildung 36: Abwasser. Wettbewerbsstruktur der kommunalen Abwasserwirtschaft in Brandenburg (Quelle: EE)

Die Kommunen sind praktisch der einzige Eigner der Abwasserwirtschaft und in der Folge gibt es – was die gegenwärtige faktische Lage des Sektors betrifft – in der Abwasserentsorgung keine Alternative zur kommunalen Wirtschaft.

#### 5.1.1.2 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt

Das Bild, das der Vergleich der bayrischen Abwasserwirtschaft mit der Sachsen-Anhalts hinsichtlich der Rechtsform bietet, ähnelt dem des vorherigen Vergleichs. Auch hier weist Sachsen-Anhalt eine sehr hohe Ballung bei den Zweckverbänden auf – der Anteil liegt über 80% - neben der die beiden anderen erwähnenswerten Formen, der Eigenbetrieb und die GmbH, abfallen. Ihr Anteil ist in Sachsen-Anhalt noch stärker ausgeprägt als in Brandenburg. Bayern dagegen – ähnlich wie auch Schleswig-Holstein - hat vor allem Eigenbetriebe und GmbHs, nur, dass in Bayern die Eigenbetriebe den Löwenanteil ausmachen. Dabei ist insgesamt in Bayern eine wesentlich höhere Streuung über viele andere Rechtsformen festzustellen; es gibt Anstalten des öffentlichen Rechts, sonstige privatrechtliche und sonstige öffentlich-rechtliche Formen. Zwar machen diese etwa je nur 5% aus, doch ist diese breite Verteilung anders als in Sachsen-Anhalt spürbar vorhanden.

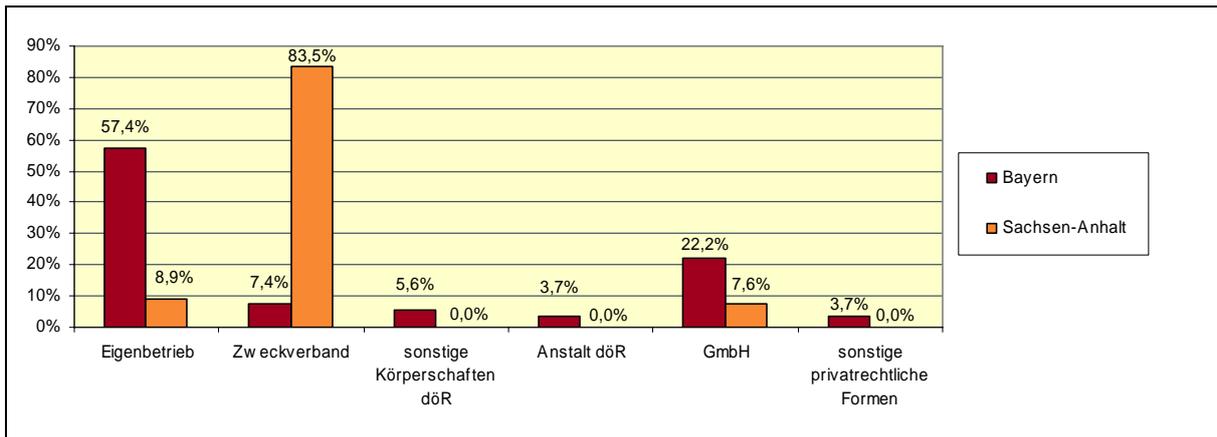


Abbildung 37: Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU)

Ebenso verhält es sich beim Vergleich der wirtschaftlichen Eckdaten. Vergleicht man die Umsatzdaten der Abwasserwirtschaft in Bayern mit jenen in Sachsen-Anhalt, so entspricht dieses Bild etwa dem, wie es sich im Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein zeigt. Auch hier ist es so, dass der Umsatz gemessen am BIP in Bayern geringer ist – er macht etwa ein Drittel des Umsatzes der kommunalen Abwasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt aus (0,16% zu 0,49%). Hinsichtlich der Investitionen zeigt sich ein ähnliches Verhältnis; gewichtet an den Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft liegt der Zugang an Sachanlagen in Sachsen-Anhalt etwa sechsmal so hoch, wie in Bayern (0,25% zu 1,56%).

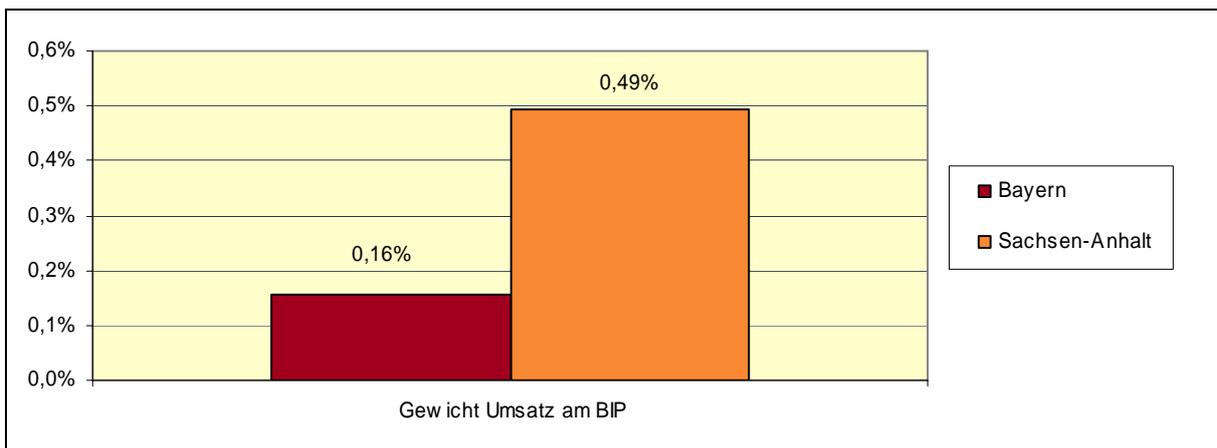


Abbildung 38: Abwasser. Umsatz der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

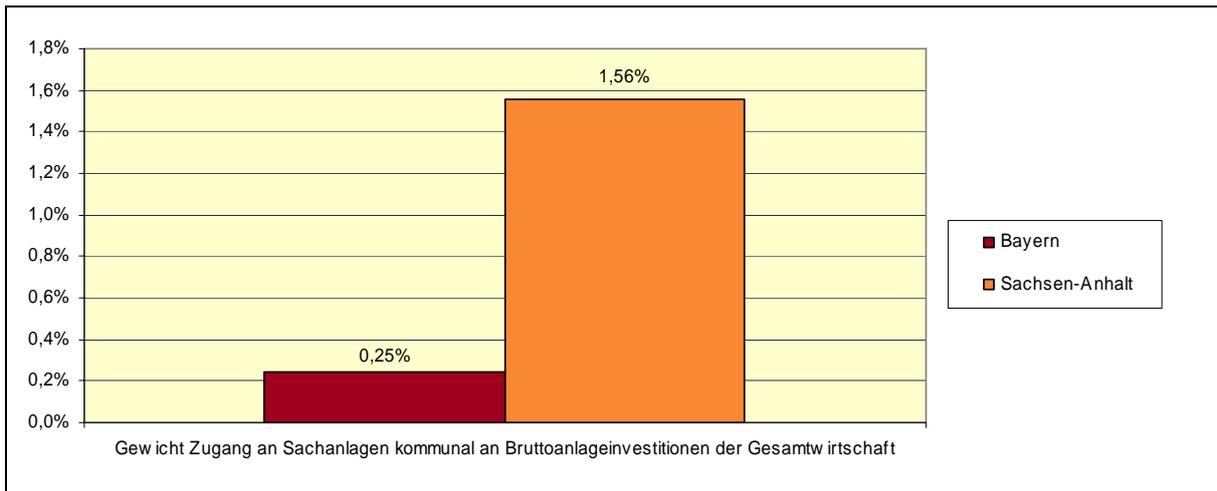


Abbildung 39: Abwasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Abwasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

Die tendenziell höhere Bedeutung als Arbeitgeber, die sich in Brandenburg gegenüber Schleswig-Holstein gezeigt hat, ist im Vergleich von Bayern und Sachsen-Anhalt ebenfalls vorhanden, sogar noch etwas deutlicher. Je nach verwendeter Kennzahl bewegen sich die Werte in Sachsen-Anhalt um etwa ein Viertel bis ein Drittel höher als in Bayern. So liegt das Verhältnis von Arbeitnehmern in der kommunalen Abwasserwirtschaft im Verhältnis zu den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft etwa bei 0,063%, jenes in Bayern etwa nur bei 0,038%. Ähnlich verhält es sich, wenn man den Anteil an den Arbeitnehmern berechnet. Betrachtet man das Verhältnis des Personalaufwandes in der Abwasserwirtschaft von Bayern im Vergleich zu Sachsen-Anhalt, so findet man ein nahezu identisches Verhältnis, das des Beitrags des Personalaufwands zu den Löhnen und Gehältern in der Gesamtwirtschaft liegt in Sachsen-Anhalt etwa um 1/3 höher (0,078% zu 0,107%).

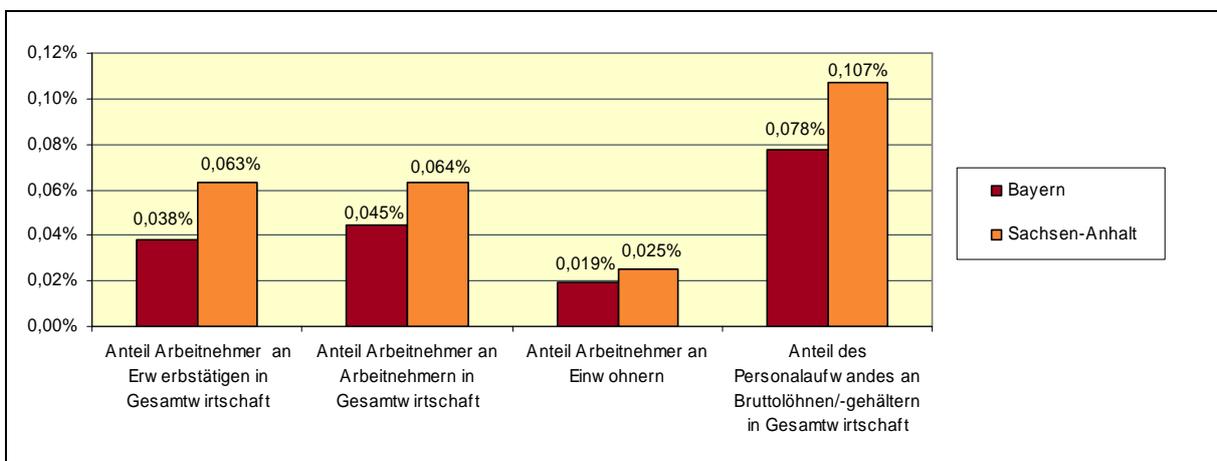


Abbildung 40: Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Ergebnis des Vergleiches von Brandenburg und Schleswig-Holstein in etwa dem entspricht, was sich im Vergleich von Bayern und Sachsen-Anhalt gezeigt hat. Wieder zeigt sich der Zweckverband im Osten als dominant, wo im Westen der Eigenbetrieb vorherrscht. Ebenso sind Investitionen und Umsatz im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft im Osten deutlich höher, wohingegen die Bedeutung als Arbeitgeber im Osten nur geringfügig höher ist.

### 5.1.1.3 Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern

Das bisherige Bild hinsichtlich der Rechtsform bestätigt sich weitgehend im Vergleich aller west- mit allen ostdeutschen Ländern. In den neuen Bundesländern herrschen Zweckverbände mit Abstand vor (etwa 66%) - neben ihnen wird der Anteil anderer Organisationsformen verschwindend gering – während in den alten Ländern vor allem Eigenbetriebe (beinahe 60%) dominieren. Die GmbH nimmt im bundesweiten Vergleich mit noch nicht einmal 10% im Westen wie im Osten nur noch eine untergeordnete Stellung ein.

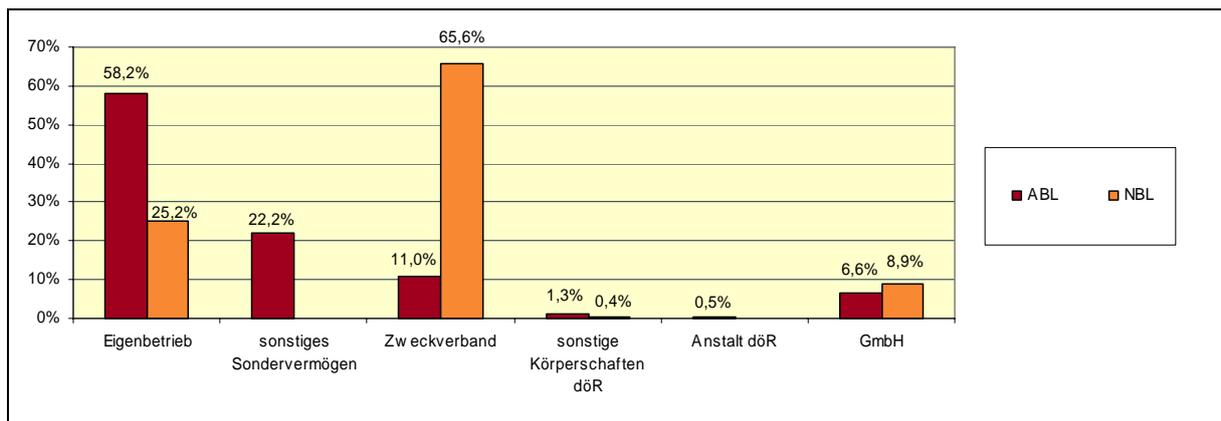


Abbildung 41: Abwasser. Rechtsformen der kommunalen Abwasserwirtschaft in den neuen und alten Bundesländern (Quelle: JöU)

Mit Hilfe der wirtschaftlichen Eckdaten lassen sich die bisherigen Ergebnisse bestätigen.

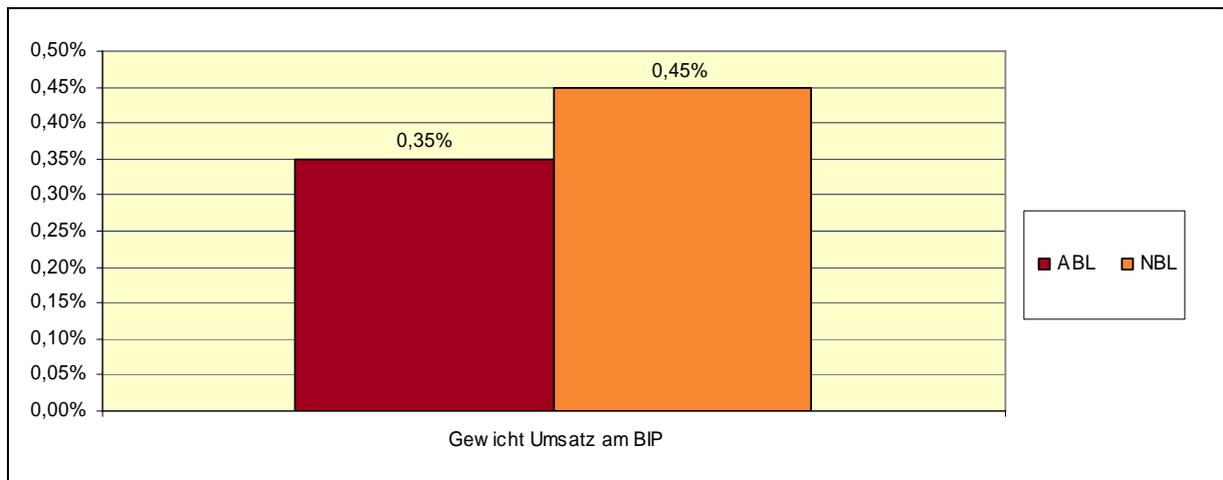


Abbildung 42: Abwasser. Umsatz in der kommunalen Abwasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

Das Gewicht des Umsatzes gemessen am BIP ist in den neuen Bundesländern (0,45% gegenüber 0,35% im Westen,) höher, wie auch der Zugang an Sachanlagen im Verhältnis zu den Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft in den neuen Bundesländern deutlich höher ist (1,19% gegenüber 0,83% in den alten Bundesländern).

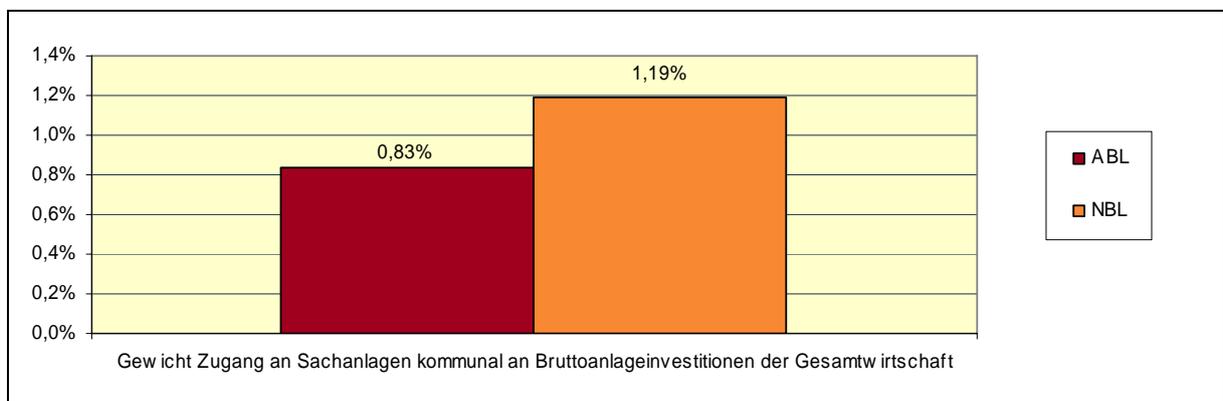


Abbildung 43: Abwasser. Zugang an Sachanlagen der Abwasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

Es zeigt sich ein – mal mehr und mal weniger – stark ausgeprägtes Übergewicht der wirtschaftlichen Bedeutung der kommunalen Abwasserwirtschaft in Ost- gegenüber Westdeutschland.

Dieses Verhältnis kehrt sich allerdings um, wenn man einen Blick auf die Beschäftigungszahlen und den Personalaufwand wirft. Es zeigt sich hier ein vielleicht nicht

stark ausgeprägtes, aber dennoch deutlich sichtbares Übergewicht der westdeutschen Abwasserwirtschaft.

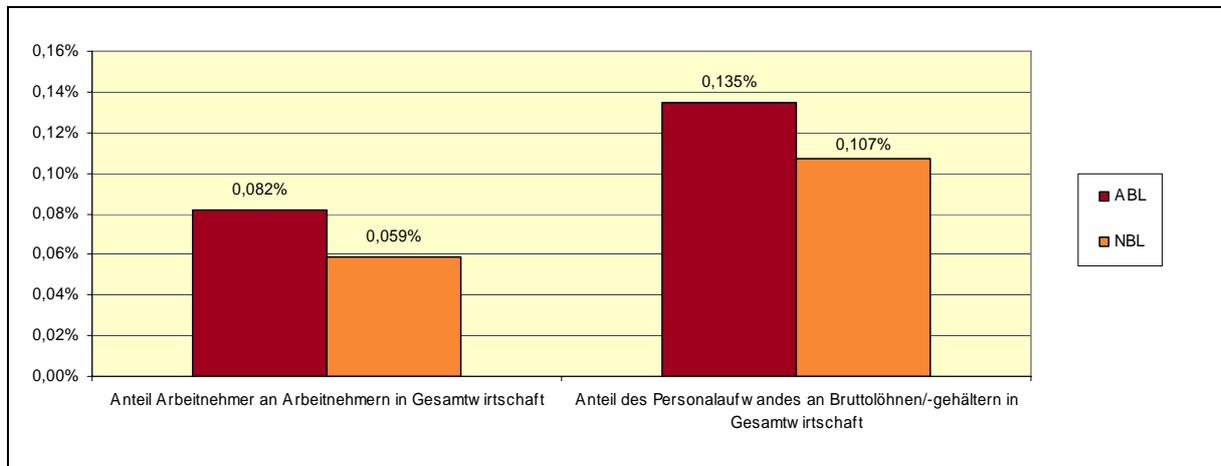


Abbildung 44: Abwasser. Kommunale Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in den neuen und den alten Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

Sowohl der Anteil der Arbeitnehmer gemessen an den Erwerbstätigen, wie auch gemessen an allen Arbeitnehmern oder an den Einwohnern ist in den alten Bundesländern höher. Ebenso verhält es sich mit dem Personalaufwand. Es zeigt sich durchschnittlich bei allen personalrelevanten Maßzahlen ein Übergewicht Westdeutschlands um etwa ein Viertel.

## 5.1.2 Wasserwirtschaft

Wie bereits in der Brancheneinführung angesprochen, ist die Wasserwirtschaft ähnlich strukturiert wie die Abwasserwirtschaft. Beide sind hochgradig kleinteilig und in kommunalen Monopolstrukturen organisiert. Bundesweit gibt es 1.752 Betriebe in der kommunalen Wasserwirtschaft (wobei zu berücksichtigen ist, dass Wasser- und Abwasser häufig in einem Betrieb organisiert sind). Von diesen sind 91,1% direkt in Besitz einer Gemeinde, 1,1% in Besitz eines Landkreises. Der Rest wird nahezu komplett von mehreren öffentlichen Eignern getragen, in Form von Mehrfachbeteiligungen, vermittelten Beiteilungen etc.

Bundesweit beträgt der Umsatz in der kommunalen Wasserwirtschaft, was praktisch der Umsatz der kompletten Wasserwirtschaft ist, etwa 4 Mrd. €. Beschäftigt sind in den Unternehmen etwa 20.000 Mitarbeiter und die Nettoinvestitionen betragen circa 1 Mrd. €, wovon beinahe die Hälfte in den neuen Bundesländern investiert wird.

### 5.1.2.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein

Die Verbreitung der Rechtsformen in der kommunalen Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein und in Brandenburg zeigt gewisse Parallelen zur Struktur in der Abwasserwirtschaft. Vor allem die nur niedrige Verbreitung der Eigenbetriebe in Brandenburg, wie auch die enorme Präsenz der Rechtsform des Zweckverbandes in Brandenburg sei erwähnt. Ebenso der hohe Anteil, den der Eigenbetrieb in Schleswig-Holstein immer noch ausmacht. Doch – und hier zeigt sich in der Wasserwirtschaft ein anderes Bild als in der Abwasserwirtschaft – kommt der GmbH keine Bedeutung zu, wohingegen auch in Schleswig-Holstein der Zweckverband stark vertreten ist. Zweckverband und Eigenbetrieb halten sich im westlichen Bundesland die Waage.

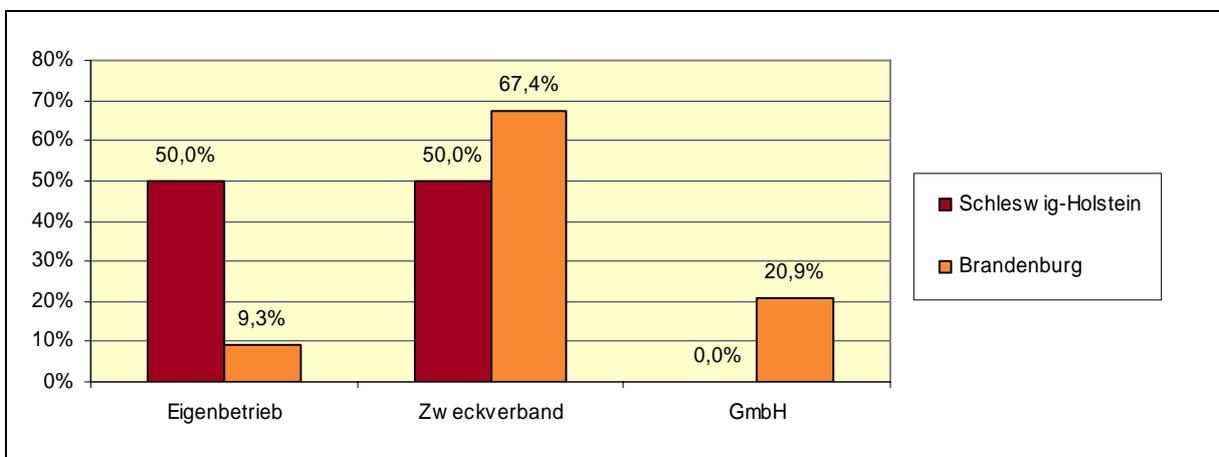


Abbildung 45: Wasser. Rechtsformen der kommunalen Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg (Quelle: JöU)

Wenn man auf die wirtschaftlichen Eckdaten blickt, ist die Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg definitiv höher als die Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein.

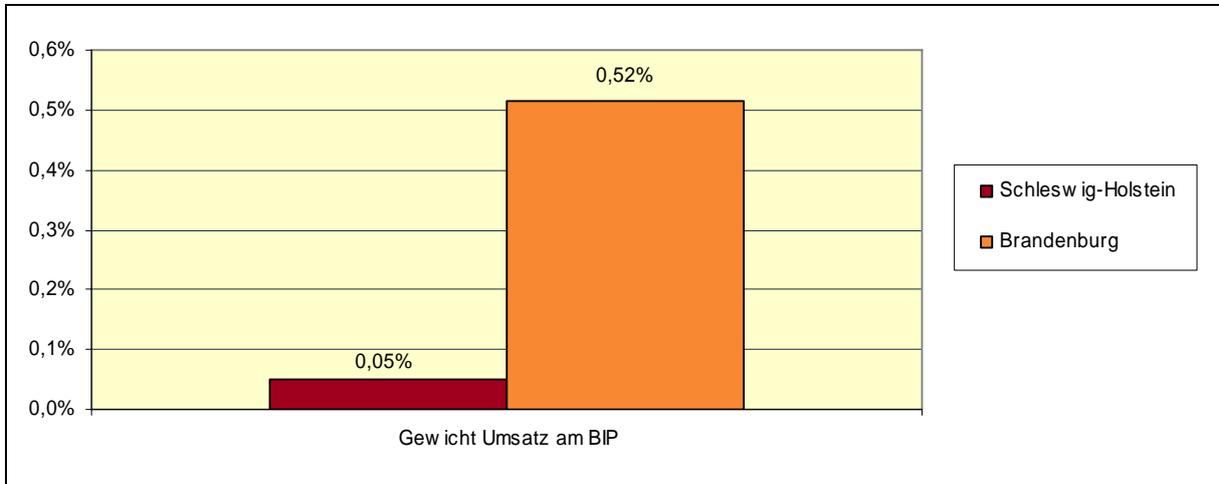


Abbildung 46: Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Hier zeigt sich, dass der Umsatz gemessen am BIP etwa das Zehnfache in Brandenburg beträgt (0,52% gegen 0,05%). Das Gewicht des Zugangs an Sachanlagen an den Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft liegt mit 0,55% ebenfalls um mehr als das Fünffache über dem der kommunalen Abwasserwirtschaft in Schleswig-Holstein (0,09%), ein Verhältnis, das sich sogar in den absoluten Summen wieder findet, also nicht auf Verzerrungseffekte oder die insgesamt enorm niedrigen Bruttoanlageinvestitionen in Brandenburg zurückzuführen ist.

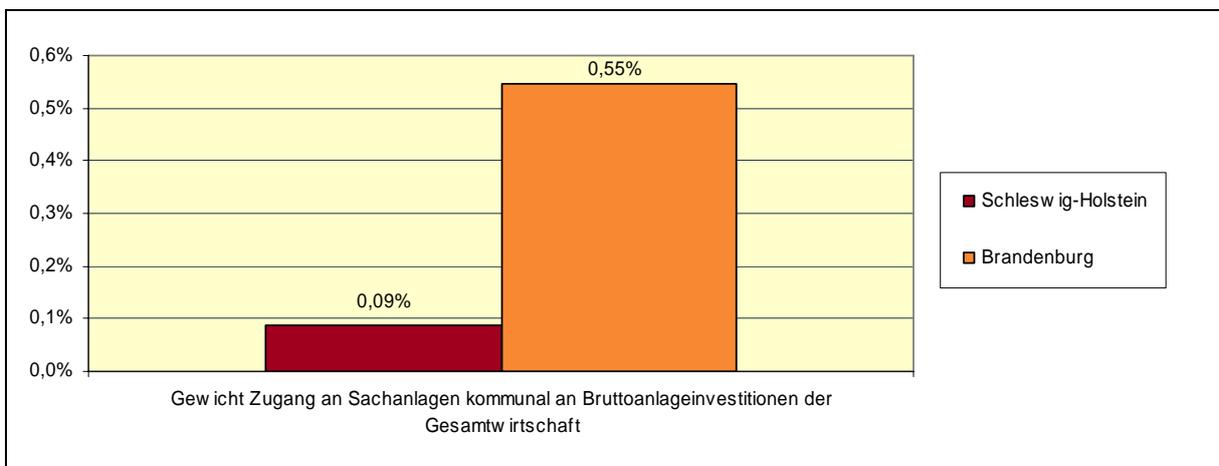


Abbildung 47: Wasser. Zugang Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Diese Bedeutsamkeit der brandenburgischen kommunalen Wasserwirtschaft bleibt im Vergleich zu Schleswig-Holstein erhalten, wenn man die Rolle als Arbeitgeber betrachtet, ob man nun den Anteil der Arbeitnehmer in der Wasserwirtschaft an den Erwerbstätigen (0,14% zu 0,017%), an den Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft (0,14% zu 0,018%) oder an den Einwohnern misst (0,057% zu 0,008). Wenn man den Personalaufwand als Kennzahl heranzieht – überall lässt sich die Rolle der kommunalen Abwasserwirtschaft als Arbeitgeber in Brandenburg als eine bedeutendere konstatieren als in Schleswig-Holstein. Gerade wenn man den Anteil des Personalaufwandes an den Bruttolöhnen/-gehältern vergleicht, wird der Unterschied (0,032% in Schleswig-Holstein zu 0,28% in Brandenburg) besonders deutlich.

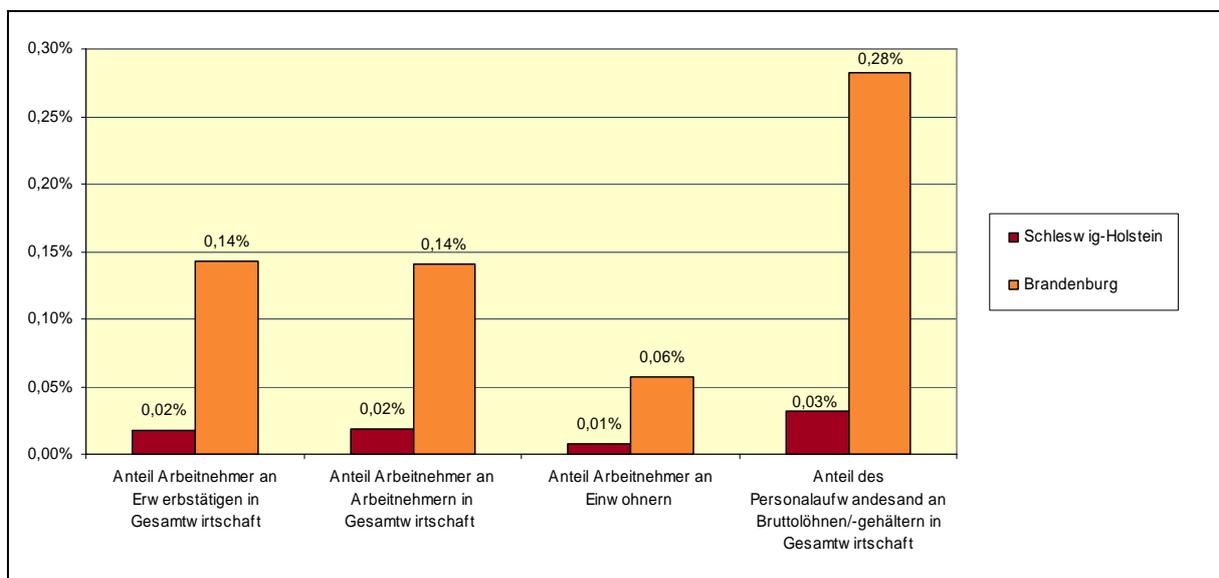


Abbildung 48: Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Zusammenfassend kann hier also gesagt werden, dass die Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in Brandenburg wesentlich höher ist als in Schleswig-Holstein. Die Rollen als Investor und als Arbeitgeber sind herauszuheben.

### 5.1.2.2 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt

Im Vergleich der Rechtsformen in der kommunalen Wasserwirtschaft von Bayern und Sachsen-Anhalt festigt sich ebenfalls das Bild, das sich schon im Vergleich der Wasserwirtschaft von Brandenburg und Schleswig-Holstein, wie auch in der Abwasserwirtschaft zeigte: In Sachsen-Anhalt liegt die Rechtsform des Zweckverbandes anteilig an allen anderen Rechtsformen bei über 90%, GmbH und Eigenbetrieb führen ein Schattendasein, andere Formen finden sich nicht. Ebenso teilen sich in Bayern, wie auch in Schleswig-Holstein, Eigenbetrieb und Zweckverband nahezu ausschließlich und zu gleichen Teilen das Feld. Es gibt zwar neben diesen beiden noch eine breite Palette sonstiger

Formen, so sind etwa Anstalten des öffentlichen Rechts, Körperschaften und auch andere öffentlich-rechtliche Formen vertreten, doch spielen sie nahezu keine Rolle.

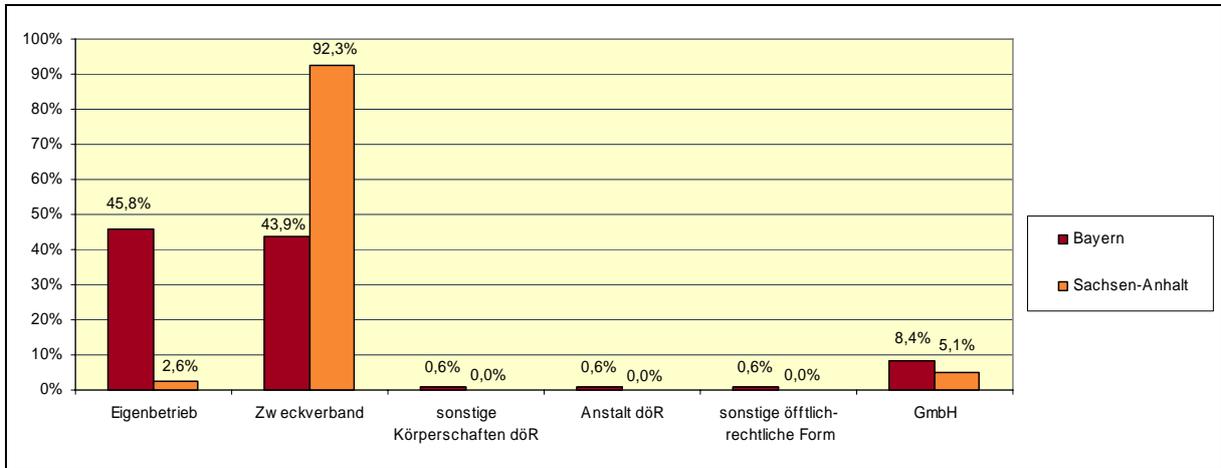


Abbildung 49: Wasser. Rechtsform der Unternehmen in der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU)

Und auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung verhält es sich im Vergleich von Bayern mit Sachsen-Anhalt in weiten Teilen wie auch im Vergleich von Brandenburg mit Schleswig-Holstein. Auch hier lassen sich eindeutig, wenn auch nicht ganz so stark wie im vorherigen Vergleich, ein höherer Umsatz und um ein Vielfaches höhere Investitionen feststellen.

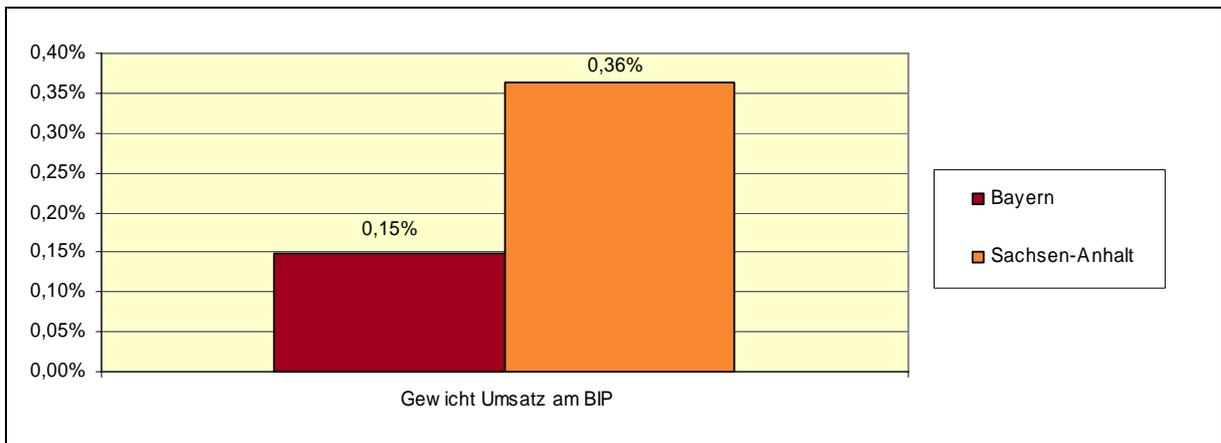


Abbildung 50: Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

So steht dem Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt, der 0,36% des BIP ausmacht, nur ein Anteil von 0,15% in Bayern gegenüber. Gewichtet man den Zugang an Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt zu den Bruttoanlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft, so ergibt sich ein Wert von 0,81%, in Bayern hingegen nur ein Wert von 0,21%.

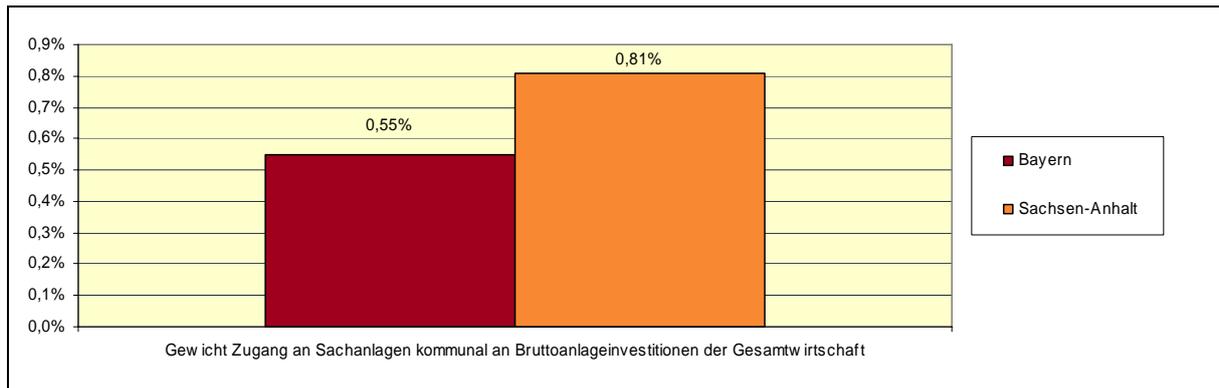


Abbildung 51: Wasser. Zugang Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern und Sachsen-Anhalt  
(Quelle: JöU, VGR)

Diese höhere Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt zeigt sich wieder, wenn man auf die Rolle als Arbeitgeber eingeht. Hier verhält es sich wie im vorherigen Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein: Anhand aller Kennzahlen lässt sich eine höhere Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt als in Bayern feststellen. So liegt etwa der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in Sachsen-Anhalt mit 0,082% ebenso über dem Anteil der kommunalen Wasserwirtschaft in Bayern, der nur etwa 0,05% beträgt, wie der Anteil der Arbeitnehmer in der kommunalen Wasserwirtschaft an Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft (0,83% zu 0,56%). Erst gerechnet auf die Einwohner relativiert sich dieses Bild – vermutlich aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt. Hier liegt der Anteil der Arbeitnehmer mit 0,033% nicht mehr sehr weit über dem der Arbeitnehmer an den Einwohnern in Bayern, der 0,025% beträgt. Blickt man allerdings wieder zum Anteil des Personalaufwandes in der kommunalen Wasserwirtschaft an den Bruttolöhnen/-gehältern in der Gesamtwirtschaft, so findet man das vorige Verhältnis. Die Rolle der kommunalen Wasserwirtschaft als Arbeitgeber ist damit in Sachsen-Anhalt eine höhere als in Bayern.

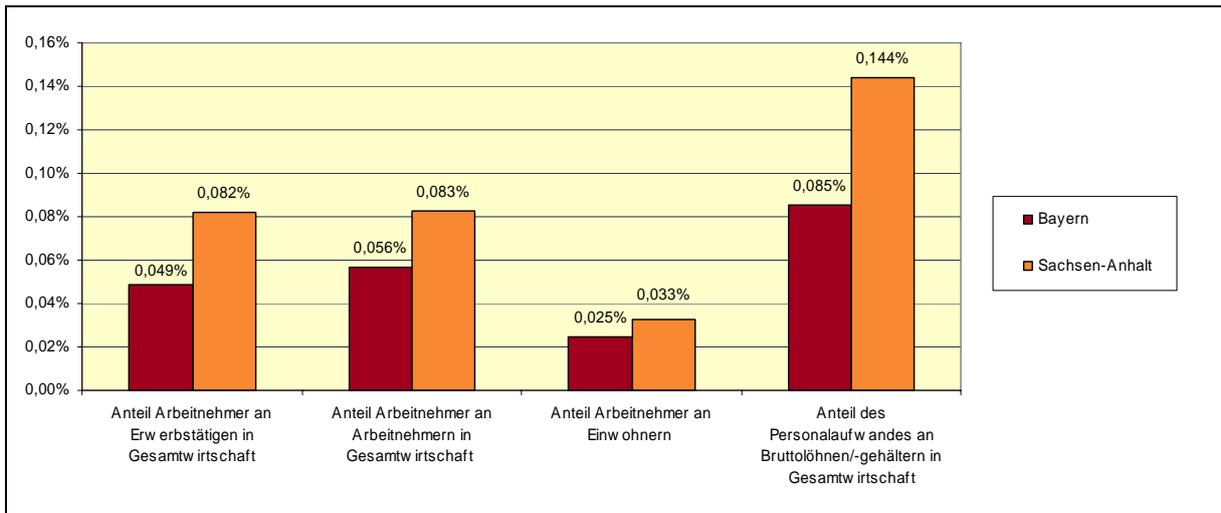


Abbildung 52: Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

### 5.1.2.3 Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern

Das Bild einer dominierenden Position des Zweckverbandes in ostdeutschen Bundesländern, wie es sich in den beiden Ländervergleichen und in der Untersuchung der Abwasserwirtschaft zeigt, festigt sich, wenn man die Daten der kommunalen Wasserwirtschaft für das gesamte Bundesgebiet vergleicht. Auch in Ostdeutschland sind mit 70% die meisten Betriebe als Zweckverband organisiert. Der Eigenbetrieb deckt noch etwas mehr als 10% der Fälle ab, die Rechtsform GmbH hat eine recht marginale Position inne. In Westdeutschland hingegen rückt der Zweckverband (24%) in den Schatten des Eigenbetriebes (67%). Die Position der GmbH ist hier noch marginaler, mit nicht einmal 7% zu beziffern. Alle anderen Rechtsformen sind hingegen gänzlich zu vernachlässigen.

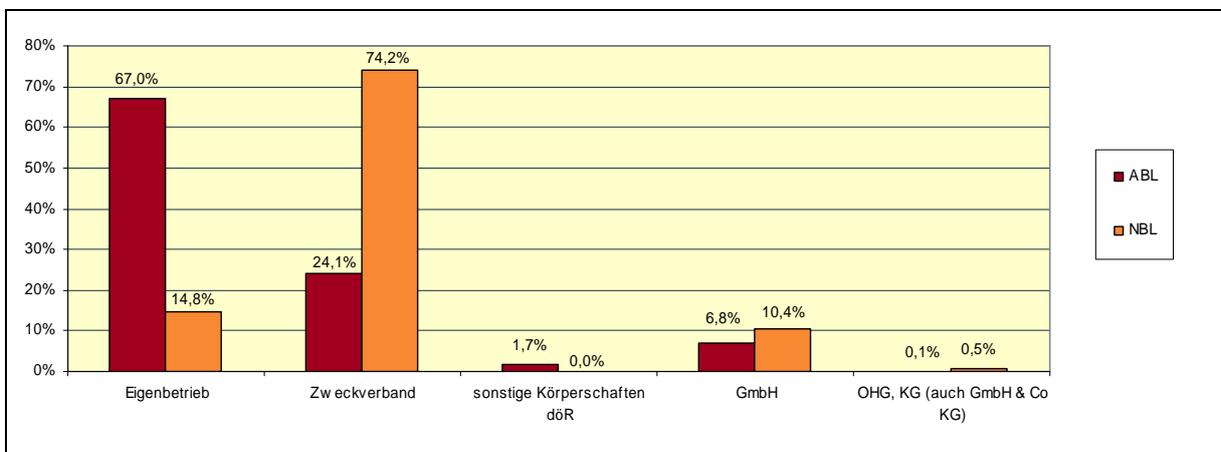


Abbildung 53: Wasser. Rechtsformen der Unternehmen der kommunalen Wasserwirtschaft in den neuen und den alten Bundesländern (Quelle: JöU)

Hinsichtlich der Bedeutung als Investor und als Wertschöpfer gemessen am Umsatz bestätigt sich eine höhere Bedeutung der Wasserwirtschaft in den neuen Bundesländern gegenüber der in den alten. So liegt das Gewicht des Zugangs an Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in den neuen Bundesländern bei 0,85%, in den alten hingegen nur bei 0,32%. Auch ist der Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft gewichtet zum BIP mit 0,19% in West- und 0,38% in Ostdeutschland in den neuen Ländern mehr als doppelt so hoch.

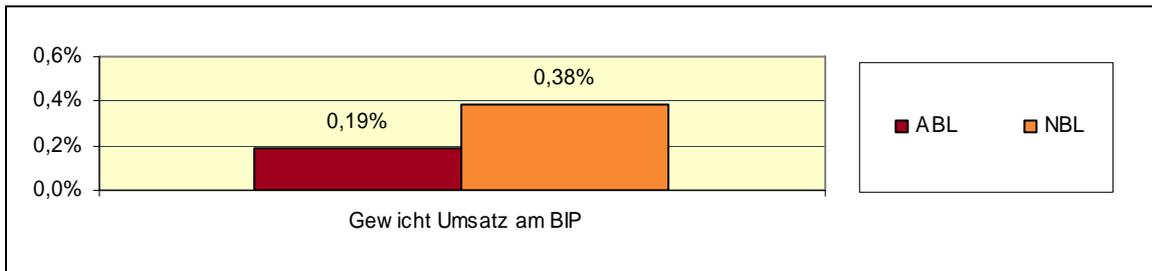


Abbildung 54: Wasser. Umsatz der kommunalen Wasserwirtschaft in den alten und den neuen Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

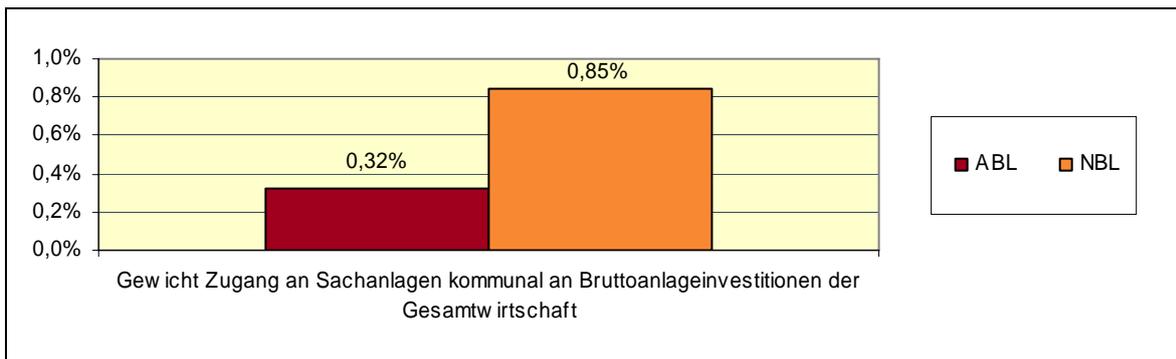


Abbildung 55: Wasser. Zugang an Sachanlagen der kommunalen Wasserwirtschaft in den alten und neuen Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

Und auch die stärkere Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft als Arbeitgeber, wie sie sich in den beiden Ländervergleichen zeigte, bestätigt sich hier. Zwar ist die Rolle als Arbeitgeber in ganz Ostdeutschland nicht so ausgeprägt wie sich dies im direkten Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein zeigt, doch sind die Personalaufwendungen, wie auch die Zahl der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Einwohnern, Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft und Erwerbstätigen höher in den neuen Bundesländern. Das Verhältnis des Anteils der Arbeitnehmer in der kommunalen Wasserwirtschaft an den Erwerbstätigen in den alten Bundesländern zu dem in den neuen entspricht mit 0,05% zu 0,08% etwa dem Verhältnis des Anteils der Arbeitnehmer in der kommunalen Wasserwirtschaft an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft in den beiden Bundesländern mit 0,058% zu 0,087%.

Die Anteile des Personalaufwandes an den Bruttolöhnen/-gehältern in der Gesamtwirtschaft zeigen mit 0,87% zu 0,163% wieder den höheren Abstand.

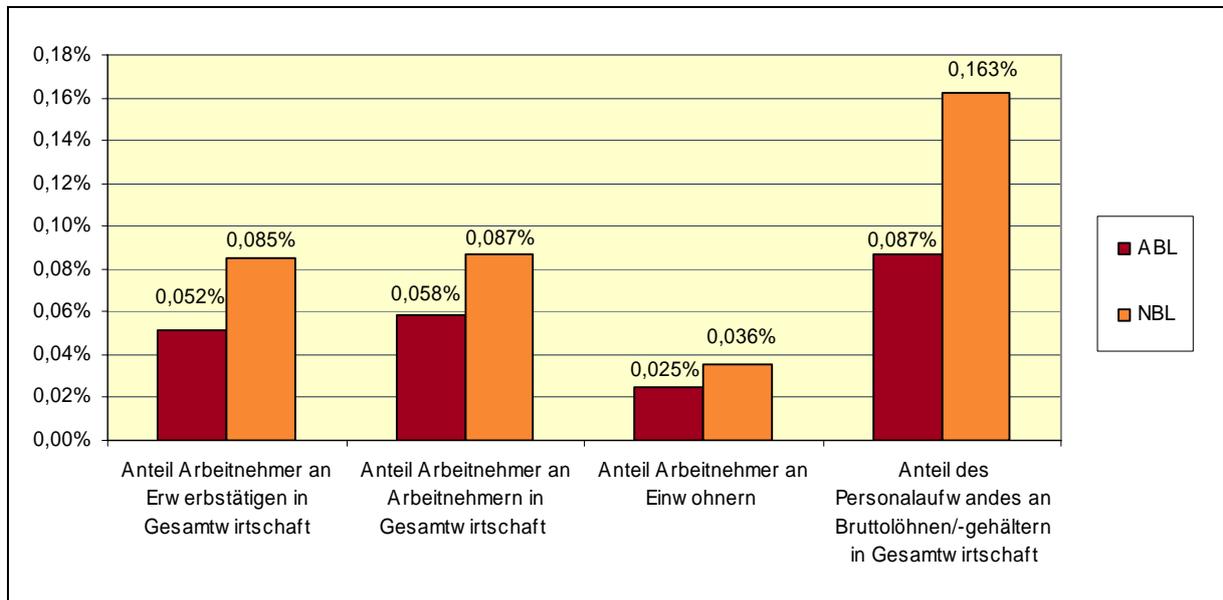


Abbildung 56: Wasser. Kommunale Wasserwirtschaft als Arbeitgeber in den alten und den neuen Bundesländern (JöU, VGR)

### Ost-West-Vergleich hinsichtlich des Verhältnisses der Wasserversorgung zur sonstigen Versorgungswirtschaft

Auch im Ost-West-Vergleich des Verhältnisses der Wasser- zu der Versorgungswirtschaft zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den vorangehenden: Offenbar kommt der kommunalen Wasserwirtschaft in den neuen Ländern in ihrer Rolle als Arbeitgeber, als wirtschaftlicher Akteur sowie als Investor tendenziell eine höhere Bedeutung zu als der kommunalen Wasserwirtschaft in Westdeutschland.

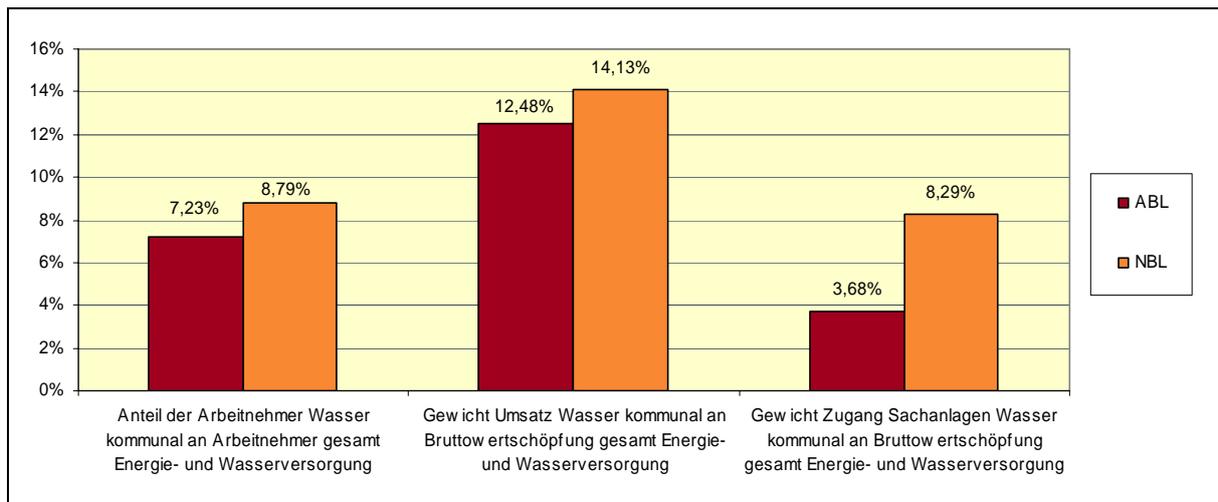


Abbildung 57: Wasser. Gewicht kommunaler Wasserwirtschaft an Versorgungswirtschaft in den alten und den neuen Bundesländern  
(Quelle: JöU, VGR)

So stellt man ein Gewicht des Umsatzes der kommunalen Wasserwirtschaft in Ostdeutschland an der Bruttowertschöpfung der Versorgungswirtschaft in Ostdeutschland von 14,13%, in Westdeutschland allerdings nur von 12,48% fest. Ebenso ist der Anteil der Arbeitnehmer der kommunalen Wasserwirtschaft an den Arbeitnehmern der Versorgungswirtschaft mit 8,79% geringfügig höher als in Westdeutschland (7,23%). Ein größerer Abstand zeigt sich allerdings, wie auch in den vorherigen Vergleichen bei der Gegenüberstellung der Investitionen in den neuen mit den Investitionen in den alten Bundesländern. Setzt man den Zugang an Sachanlagen in der kommunalen Wasserwirtschaft ins Verhältnis zur Bruttowertschöpfung der gesamten Versorgungswirtschaft, zeigt sich in den neuen Bundesländern (mit 8,29%) etwa das Doppelte dessen, was sich in den alten Ländern findet (3,68%).

### 5.1.3 Zusammenfassung

Fasst man nun die Ergebnisse der Vergleiche der statistischen Eckdaten für die kommunale Abwasserwirtschaft zusammen, so lässt sich nicht an allen Stellen eine eindeutige Aussage treffen. In den meisten Kategorien bietet sich dennoch in allen Vergleichen ein homogenes Bild. So kann man etwa sagen, dass in den neuen Bundesländern die Organisationsform des Zweckverbands flächendeckend vor allen anderen Formen vorherrscht; neben ihr fallen die GmbH wie auch der klassische, verwaltungsnahe Eigenbetrieb ab. Im Westen hingegen herrscht gerade die Rechtsform des Eigenbetriebes deutlich vor, wohingegen in Schleswig-Holstein - in geringerem Maße ebenfalls in Bayern - auch die GmbH eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Doch ist hieraus wohl nur sehr begrenzt direkt ein Schluss auf die Bedeutung dieser Unternehmen möglich. Vielmehr werden die Rechtsformen vor allem

interessant, wenn es um Fragen der politischen Steuerung kommunaler Unternehmen geht. Ein direkter Schluss auf die Bedeutung liegt näher, wenn man sich der Bedeutung der kommunalen Abwasserwirtschaft als Investor und Arbeitgeber nähert.

Hier zeigt sich, dass der kommunalen Abwasserwirtschaft in Ostdeutschland eine herausragende Rolle als Investor zukommt – vor allem, weil möglicherweise immer noch ein wesentlicher Nachholbedarf besteht. Die Investitionen, die vor Ort getätigt werden, stellen diejenigen der Abwasserwirtschaft im Westen bei weitem in den Schatten. Die Bedeutung der kommunalen Abwasserwirtschaft in Ostdeutschland ist in personalrelevanten Kennzahlen geringer, in Bezug auf Umsatz und Investitionen höher als in den alten Bundesländern.

Fasst man nun die Ergebnisse der Analysen zusammen, so lässt sich die Aussage treffen, dass die Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft in den neuen Bundesländern generell höher einzuschätzen ist als in den alten. Abgesehen von den Differenzen in den vorherrschenden Rechtsformen (Zweckverband in den neuen, Eigenbetrieb in den alten Bundesländern), zeigt sich dieses Ergebnis bei allen weiteren Kennzahlen. Die Rolle als wirtschaftlicher Akteur ist hinsichtlich der Investitionen im Osten sicher das herausragende Merkmal; der Zugang an Sachanlagen übertrifft den in der westdeutschen kommunalen Wasserwirtschaft um ein Vielfaches. Weiterhin ist die Rolle als Arbeitgeber zu nennen, die auch bedeutender ist als in Westdeutschland. Dabei bleibt zu diskutieren, wie diese Bedeutung vor dem Hintergrund zu bewerten ist, dass in Ostdeutschland generell eine höhere Arbeitslosigkeit herrscht. Dadurch werden Kennzahlen wie Arbeitnehmer in der Wasserwirtschaft normiert an Arbeitnehmern und Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft sowie der Personalaufwandes gewichtet an den Bruttolöhnen/-gehältern tendenziell einen höheren Wert in den neuen Bundesländern ausweisen. Doch muss dies nicht zwangsläufig heißen, dass hier die Bedeutung wieder zu relativieren ist und man sich nach dem Arbeitnehmeranteil an den Einwohnern richten muss, um eine Aussage über die Bedeutung treffen zu können. Vielmehr muss beachtet werden, dass in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit dem Arbeitsplatz ein höherer Wert zukommt als in Ländern mit geringerer Arbeitslosigkeit.

Weiterhin soll hier noch einmal auf die Konsequenzen der rechtlichen Besonderheiten aufmerksam gemacht werden, die in der Wasserwirtschaft herrschen. In der Wasserwirtschaft herrscht kommunale Alleinverantwortung. Die Konsequenz hieraus ist, dass nahezu alles Know-how in diesem Sektor, alle Anlagen, alle Infrastruktur in kommunaler Hand ist. Es gibt hier keine Alternative zur kommunalen Wasserwirtschaft. Das heißt nicht, dass dies so bleiben muss. Mit einer Änderung der Gesetzeslage könnte sich hier Einiges tun. So wenig wie sich die Existenz einer fast ausschließlich kommunal

organisierten Wasserwirtschaft historisch auf Marktversagen zurückführen lässt, so wenig kann derzeit von Staatsversagen in diesem Sektor die Rede sein. Im Pro und Contra um eine private oder kommunale Wasserwirtschaft entscheiden dann politische Argumente, gestützt auf konkurrierende ordnungspolitische Leitideen und Staatsvorstellungen über die Institutionalisierung auch dieses Zweiges der Versorgungswirtschaft.

## 5.2 Energie- und Wasserversorgung

Der Bereich Energie- und Wasserversorgung umfasst die Strom-, Gas-, Fernwärme- sowie darüber hinaus die Wasserversorgung. Diese Brancheneinführung nimmt Bezug auf die Bereiche Strom, Gas und Fernwärme, wohingegen einführende Bemerkungen zur Wasserversorgung im vorigen Kapitel nachzulesen sind.

### Historische Entwicklung

Das erste öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Deutschland, die AG Städtische Elektrizitätswerke, die spätere BEWAG, wurde 1884 in Berlin gegründet. Die Ende des 19. Jahrhunderts rasch voranschreitende Elektrifizierung vor allem der Städte kann ab 1935 als abgeschlossen gelten. In diesem Jahr unterstellte das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“<sup>33</sup> die Elektrizitätsversorgung der Reichsaufsicht. Es gelte „im Interesse des Gemeinwohls (...) volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern, einen zweckmäßigen Ausgleich durch Verbundwirtschaft zu fördern und durch all dies die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten“.

Die Anfänge der Nutzung von Gas als Energieträger reichen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Zur Herstellung des so genannten Stadtgases wurde Kohle unter Luftsabschluss erhitzt. Die eigentliche Verbreitung des Gases war gebunden an die Entwicklung des Schienennetzes. Erst mit der Eisenbahn konnte das Transportproblem der Kohle gelöst werden. Seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts existierte auch im Gassektor ein engmaschiges Versorgungsnetz in Deutschland.

Zusammen mit der Wasserversorgung galt die Energieversorgung lange Zeit als klassische Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und somit als marktferner Sektor. Erste Privatisierungsinitiativen gehen zwar schon auf die Jahre 1959 (Preussag) und 1965 (VIAG) zurück, eine breite Welle institutioneller Veränderungen des Sektors setzte allerdings erst nach der Regierungsübernahme der christdemokratisch-liberalen Bundesregierung 1982 ein. Diese Privatisierungsaktivitäten betrafen zunächst Beteiligungen des Bundes, später – sehr zögerlich – Beteiligungen der Länder. Erst Mitte der 90er Jahre erreichte die Privatisierungswelle die Kommunen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass den neuen Bundesländern eine Sonderrolle zukam. Insbesondere die drei Branchenführer (RWE, PreussenElektra, Bayernwerk) sicherten sich mit dem Privatisierungsvertrag von 1994 maßgeblichen Einfluss (zusammen 75%) auf das zuvor neu gegründete Verbundunternehmen (VEAG). Auch an den regionalen Verbundunternehmen, den ehemals

---

<sup>33</sup> Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935, BGBl. III, S. 752-1.

bezirklichen Energiekombinaten, wurden die westdeutschen Verbundunternehmen mehrheitlich beteiligt. Im Ergebnis einer Verfassungsgerichtsklage ostdeutscher Kommunen wurden die vor 1945 in kommunalem Besitz befindlichen Stadtwerke rückübertragen. „Bis 1998 gründeten 131 ostdeutsche Kommunen eigene Stadtwerke“ (Monstadt 2003, S. 16, vgl. Matthes 1999).

### **Besonderheiten des Sektors**

Eine technisch-ökonomische Besonderheit des Energiesektors besteht in seiner hohen Kapitalintensität und Kapitalbindung. Bau und Unterhaltung von Netz- und Erzeugungsanlagen erfordern viel Kapital. Wegen der spezifischen Beschaffenheit des Investitionsobjektes sind alternative Nutzungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen. Es ist mit langfristigen, verbrauchsabhängigen Planungs- und Abschreibungszeiträumen zu rechnen. Als weitere technisch-ökonomische Besonderheit muss die Netzgebundenheit sowohl der Strom-, als auch der Gas- und Wärmeversorgung genannt werden. Das mehrstufige Verteilungsnetz zwischen den Erzeugern und den Endverbrauchern besitzt aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht Eigenschaften eines so genannten natürlichen Monopols und lässt sich nur bei einer überschaubaren Anzahl von Netzbetreibern technisch koordinieren und kostengünstig bewirtschaften. Im Bereich der Stromversorgung spielt des Weiteren der Aspekt der Nicht-Speicherbarkeit eine entscheidende Rolle. Strom muss daher im Moment der Nachfrage produziert werden. Kraftwerke sowie die Stromnetze müssen flexibel auf regelmäßig auftretende Lastspitzen reagieren können.

Neben den eher technischen Besonderheiten lassen sich Spezifika politisch-administrativer Steuerung benennen. Als politisch relevante Ziele lassen sich angeben: Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit, Gleichpreisigkeit, Förderung technischer Innovation, strukturpolitische Ziele (bspw. Energieautarkie) und Umweltschutz (vgl. Monstadt 2003, S. 8f.). Eher klassische, heute nur noch zum Teil gegebene Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hände lassen sich auf verschiedenen Ebenen benennen:

- Staatliche Regulation: Energiewirtschaftsgesetz,
- Energieaufsicht der Länder: Investitionsaufsicht, Preisaufsicht, kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht,
- Kommunaler Einfluss: Eigentümerschaft kommunaler Energieversorger, Konzessionsvergabe.

Zunehmend wichtiger werden Einflusspotentiale der europäischen Union. Erste Initiativen zur Liberalisierung der Energiemärkte stammen aus dem Jahr 1992.

## Vom Monopol zum Wettbewerb. Transformationsprozesse in der Energieversorgungsbranche

In den Jahren 1996 und 1998 verabschiedete die Europäische Union die ersten Elektrizitäts- und Erdgasrichtlinien. Ziel war es, in einem gemeinsamen Binnenmarkt auch die Strom- und Gasversorgung dem Wettbewerb zu öffnen, um die Versorgung gleichzeitig sicherer und günstiger sowie die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Vormalig regional bzw. national abgesicherte Versorgungsmonopole sollen zu Gunsten eines freien Marktzuganges und einer weitgehenden Wahlfreiheit für den Verbraucher abgelöst werden. Die wesentliche technische Bedingung bildet dabei eine Entflechtung (Unbundling) der Unternehmensbereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung. Insbesondere die Herauslösung des Netzbetriebes ist hier von zentraler Bedeutung zur Sicherung eines diskriminierungsfreien Marktzugangs für neue Anbieter.

Durch die Novellierung des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in der zweiten Novellierung 1998 sowie die Neuregelung 2005 wurden die Vorgaben der Europäischen Richtlinie in nationales Recht umgesetzt (Monstadt 2003, S. 19f.):

- Erweiterung des Zielkanons um die Umweltverträglichkeit,
- Allgemeine Anschluss- und Versorgungsverpflichtung,
- Gebot der Gleichpreisigkeit der Tarifräume,
- Wegfall der Investitionsaufsicht,
- Aufhebung der Gebietsmonopole für wettbewerbsfähige Bereiche Erzeugung und Vertrieb,
- Entflechtung des Netzbereichs der Erdgas- und Elektrizitätsunternehmen von ihren übrigen Unternehmensbereichen,
- Verpflichtung der Netzbetreiber zur Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Zugangs,
- die behördliche Genehmigung der Netzentgelte sowie eine gesetzliche Regelung der Netzzugangsbedingungen im Erdgas- und Strommarkt,
- Einsetzung der Bundesnetzagentur (BNetzA) als nationale Regulierungsbehörde<sup>34</sup> für die liberalisierten Strom- und Gasmärkte (zuvor bereits zuständig für die Regulierung auf dem Telekommunikations- und Postsektor).

---

<sup>34</sup> Sowie auf der Landesebene bspw. die Landesregulierungsbehörde in Brandenburg.

Die Unternehmen<sup>35</sup> wurden zu einer zunächst buchhalterischen (1998), dann zu einer organisatorischen Entflechtung (2005) verpflichtet. Dieses so genannte Unbundling ist Voraussetzung für die Festlegung von verursachungsgerechten Netznutzungsentgelten, da erst über diese Trennung die Kosten für die einzelnen Funktionen ermittelt sowie Quersubventionen ausgeschlossen werden können.

### **Marktstruktur**

In der Folge der vielfältigen Veränderungen der rechtlichen Regulierung des Energieversorgungssektors haben sich Veränderungen des Gesamtmarktes vollzogen:

1. Die etablierten Versorgungsunternehmen suchen ihre Marktposition zu festigen. Dabei verfolgen sie verschiedene Strategien:
  - Rationalisierung und Outsourcing,
  - Preissenkungen sowie kundenorientierte Produktpolitik und Vermarktung,
  - Reorganisation der Unternehmensstrukturen,
  - Erschließung neuer Geschäftsfelder und Vertriebswege,
  - Fusionen und strategische Allianzen<sup>36</sup>,
  - Erweiterung räumlicher Aktionsradien.
  
2. Neue Marktteilnehmer etablieren sich, bspw.
  - Energiehandel und -vertrieb,
  - Strombörsen,
  - Verbrauchserfassung und Bilanzierung,
  - Netzbetreiber,
  - Energiedienstleistungsunternehmen, bspw. Energieagenturen, Einsparcontracting
  - Unabhängige Stromerzeuger,
  - Einkaufsgemeinschaften und Energiebroker,

---

<sup>35</sup> Die Verpflichtung zum Legal Unbundling gilt nicht für Unternehmen, die kleinere Netze mit weniger als 100.000 Kunden betreiben, also einen großen Teil der kommunalen Stadtwerke.

<sup>36</sup> Zum Zeitpunkt der Liberalisierung durch das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 24. April 1998, teilten sich 8 überregionale Verbundunternehmen, ca. 80 Regionalversorger und insgesamt über 900 Stadtwerke den deutschen Strommarkt mit jeweils genau abgegrenzten Versorgungsgebieten. Nach nunmehr 8 Jahren Wettbewerb im Stromsektor finden sich mit RWE AG, E.ON AG, EnBW AG sowie der Vattenfall Europe AG nur noch vier überregionale Konzerne am Markt. Diese entstanden in den Jahren 1997 bis 2002 durch Fusionen einer Reihe von traditionsreichen Energiekonzernen. Zusammen versorgen sie ca. 80% des deutschen Strommarktes und betreiben sowohl die großen Kraftwerke als auch die Hochspannungsnetze.

- Private Eigenversorger und Kleinsteinspeiser.
3. Veränderte Rolle der Verbraucher<sup>37</sup> und Versuch eines Ausbaus der nachfrageseitigen Marktmacht durch neue Organisationsformen (Einkaufsgemeinschaften, professionelle Aggregatoren etc.).

Materielle Privatisierungen von Energieversorgungsunternehmen waren seit Mitte der 90er Jahre von Seiten der Trägerkommune (ebenso der Länder) vorrangig eine Folge knapper sanierungsbedürftiger Haushalte sowie der Notwendigkeit, finanzielle Mittel für Investitionszwecke zu mobilisieren. Obwohl hierzu systematische Untersuchungen fehlen, „zeichnet sich ein eindeutiger Trend zur Privatisierung kommunaler Infrastrukturen ab.“ (Monstadt 2003, S. 16)

Funktional privatisiert hingegen werden weniger die Kernbereiche des Sektors, sondern vielmehr neue Tätigkeitsbereiche der Umwelt- und Technologiepolitik (Planung, Beratung, Monitoring, Energiemanagement öffentlicher Gebäude, Kommunikations- und Netzwerkmanagement).

Im Ergebnis des beschriebenen institutionellen Wandels des Versorgungsbereiches in Verbindung mit der anhaltenden Finanzkrise der öffentlichen Hände ergeben sich erhebliche Folgen für die Möglichkeit politischer Steuerung insbesondere der Länder und Kommunen. „Mit der Privatisierung und Liberalisierung der Energieversorgung werden die Möglichkeiten der Länder und Kommunen bei der Durchsetzung öffentlicher Interessen der Energieversorgung zunehmend dadurch definiert, was einzelwirtschaftlich machbar und gewinnbringend ist.“ (Monstadt 2003, S. 48)

### 5.2.1 Energie- und Wasserversorgung im regionalen Vergleich

Gegenstand der folgenden Auswertung ist die Betrachtung der kommunalen Wirtschaft im Gesamtbereich Energie- und Wasserversorgung. Eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Bereiche Strom, Gas und Fernwärme ist auf Basis der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Unternehmen (JöU) sinnvoll nicht möglich. Jedes einzelne Unternehmen ist hier einem Wirtschaftsbereich, entsprechend des Schwerpunkts wirtschaftlicher Tätigkeit, zugeordnet. Verbundunternehmen, die de facto in mehreren Wirtschaftsbereichen tätig sind, sind in der Statistik ausschließlich dem wichtigsten Bereich zugeordnet. Der Gesamtbereich der Energie- und Wasserversorgung – wie er hier betrachtet wird – umfasst damit die

---

<sup>37</sup> Die Wechselbereitschaft unterscheidet sich stark zwischen Großkunden, wo sie vergleichsweise hoch ist, und Tarifikunden, bei denen sie – im europäischen Vergleich betrachtet – recht schwach ausgeprägt ist.

Teilbereiche Strom, Gas, Fernwärme und Wasserversorgung, also die typischen Aufgabenbereiche kommunaler Stadtwerke.

Die Auswertung wird auf drei verschiedenen Vergleichsebenen durchgeführt. Zunächst wird die Energie- und Wasserversorgung in Schleswig-Holstein mit jener in Brandenburg verglichen, daraufhin Bayern und Sachsen-Anhalt, schließlich wird bundesweit die kommunale Energie- und Wasserwirtschaft in Ost- mit der in Westdeutschland verglichen (zur näheren Erklärung dieser Systematik siehe den Methodenbericht dieser Studie).

Als Grundlage der Auswertung dienen dabei drei statistische Quellen. Primär werden die Daten der amtlichen Statistik (JöU) verwendet. Diese bilden die zuverlässigste Datenquelle, da alle öffentlichen Unternehmen hier ausnahmslos vertreten sind. Zur Ergänzung werden Daten des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) und der eigenen Befragung (EE) hinzugezogen. Ein direkter Vergleich innerhalb der Daten ist dabei nicht möglich, da verschiedene Erhebungsmethoden sowie verschiedene Definitionen dessen, was kommunale Wirtschaft ist, vorliegen. Dennoch lassen sich anhand dieser Daten bestimmte Tendenzen feststellen, die wiederum durchaus vergleichbar sind.

In der folgenden Ausführung wird die gesamte Wasser- und Energieversorgungswirtschaft betrachtet. Die kommunale Wasser- und Energieversorgungsbranche in den Flächenländern Schleswig-Holstein und Brandenburg verfügt über die nahezu exakt gleiche gesamtwirtschaftliche Bedeutung.

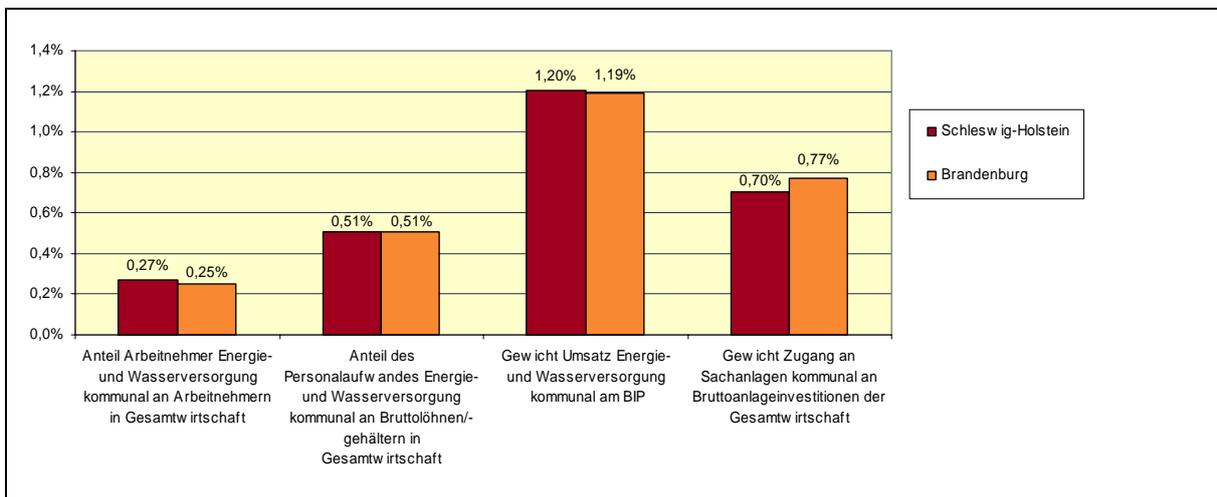


Abbildung 58: Energie- und Wasserversorgung. Schleswig-Holstein und Brandenburg (Quelle: JöU, VGR)

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, betrachtet man die beiden Länder Bayern und Sachsen-Anhalt. In allen Bedeutungskategorien hat die kommunale Energie- und Wasserversorgung in Sachsen-Anhalt eine deutlich höhere Bedeutung. Die Relationen variieren zwischen 1:1,3 in den personalbezogenen Bedeutungsmaßen, in den stärker wirtschaftlich geprägten

Bedeutungsmaßen zeigt sich gar eine stärkere Ausprägung des Bedeutungsgefälles. In Sachsen-Anhalt wird gesamtwirtschaftlich normiert das 1,6-fache umgesetzt und das 1,8-fache investiert.

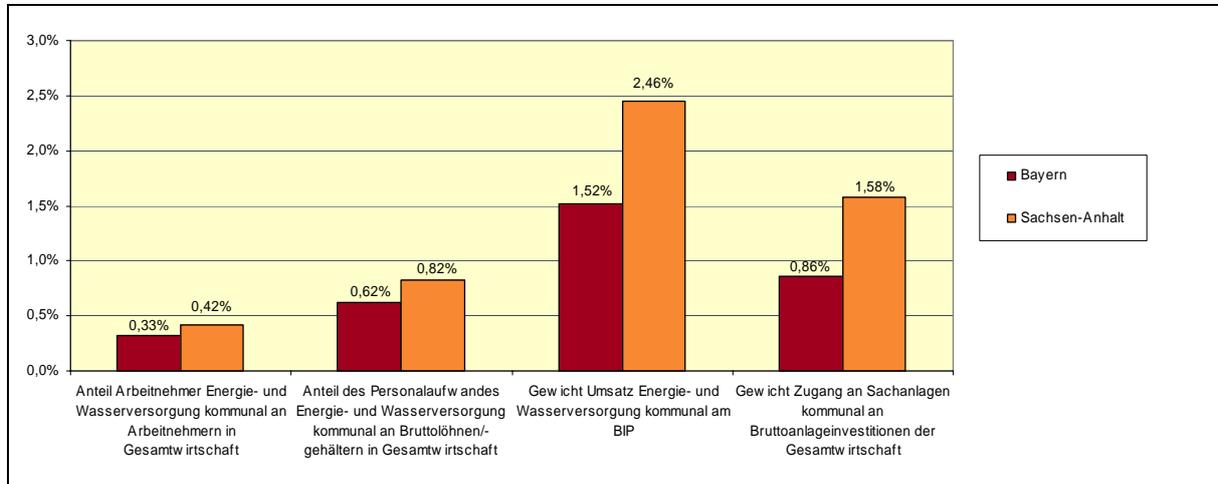


Abbildung 59: Energie- und Wasserversorgung. Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

Die Versorgungsbranche nimmt als Arbeitgeber und Lohnzahler in Ost und West eine gleichwertige Stellung ein. Hingegen zeigen die weiteren Kennzahlen erhebliche Unterschiede. Die neuen Bundesländer liegen deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt (ohne Stadtstaaten); die alten Bundesländer liegen jeweils immer etwas knapp darunter. Der Umsatz normiert am BIP beträgt in den alten Bundesländern 1,1% und in den neuen 1,41%. Der bundesweite Durchschnitt liegt etwas höher als jener der alten Länder bei 1,14%. Die gleiche Tendenz lässt sich auch bei der Betrachtung der Investitionen ablesen. Den größten Anteil weisen erneut die ostdeutschen Länder mit 1,21% auf. Die alten Bundesländer liegen bei 0,85%.

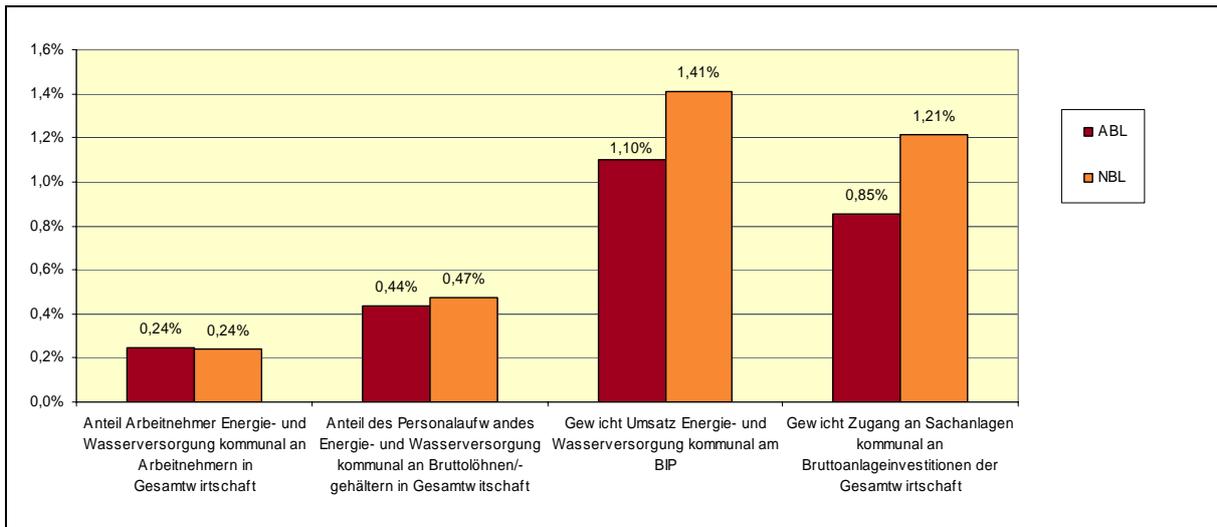


Abbildung 60: Energie- und Wasserversorgung. Ost-West-Vergleich (Quelle: JöU, VGR)

Die Analyse des gesamten Versorgungsbereichs erlaubt es, auf der Basis der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ausgewiesenen Branchendaten (Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige, Bruttolöhne der Gesamtbranche) den Anteil der kommunalen Wirtschaft am Gesamtsektor Energie- und Wasserversorgung abzuschätzen.

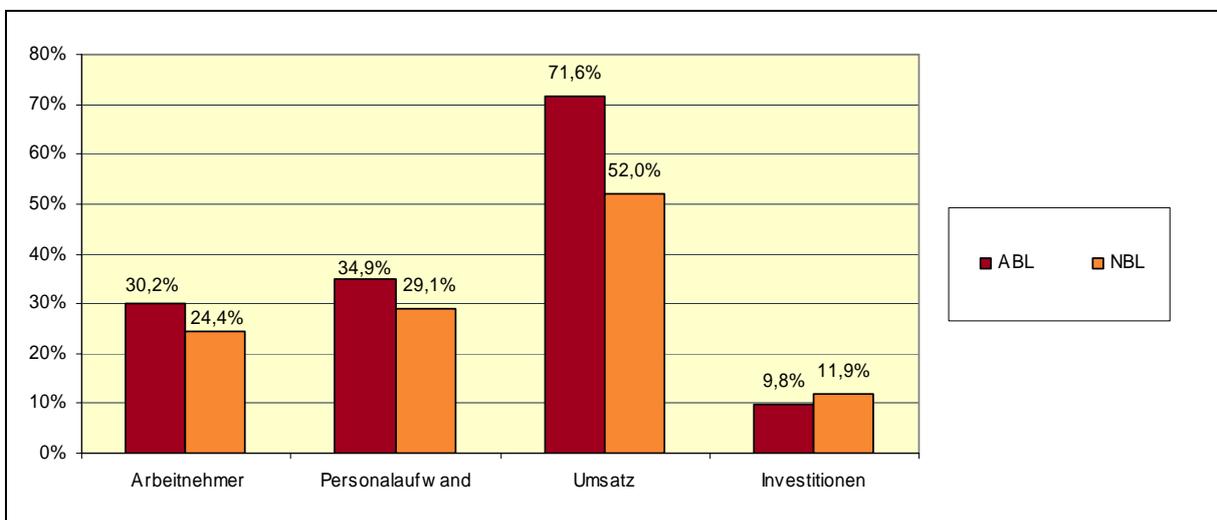


Abbildung 61: Energie- und Wasserversorgung. Anteil der kommunalen Unternehmen an Gesamtbranche (Quelle: JöU, VGR)

Zieht man dazu die Kriterien Erwerbstätige, Personalaufwand und Umsatz heran, zeigt sich ein höherer Kommunalisierungsgrad des Versorgungsbereichs in den alten Bundesländern, allein im Bezug auf Investitionen ein höherer sektorspezifischer Anteil der Kommunalwirtschaft in den neuen Ländern.

Damit aber wird der oben gezeigte Bedeutungsvorsprung der ostdeutschen Kommunalwirtschaft umso erstaunlicher. Der Kommunalisierungsgrad im Versorgungsbereich ist in den neuen Ländern geringer, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses geringeren Anteils kommunaler Versorgungsunternehmen ist aber dennoch deutlich höher als in den alten Ländern.

### **5.2.2 Zusammenfassung**

Betrachtet man den Versorgungsbereich in Gänze, kann eine klare Tendenz zu Gunsten der neuen Bundesländer berichtet werden. Es zeigt sich über alle gezeigten Kriterien hinweg ein deutliches Bedeutungsübergewicht der Kommunalwirtschaft im Versorgungsbereich in den neuen Bundesländern. Dabei sind wirtschaftliche Faktoren bedeutsamer als personelle. Beim Vergleich der nach Industriedichte typischen Länder zeigt sich eine Verschärfung der Effektstärken. Sachsen-Anhalts kommunale Versorgungswirtschaft ist im Vergleich zu Bayern wesentlich stärker ausgeprägt, insbesondere bei Umsatz und Investitionen.

### 5.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Das Verständnis dessen, was gemeinhin unter Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) verstanden wird, ist in Deutschland qua Gesetz definiert. Laut § 2 des Regionalisierungsgesetzes ist dies „die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. Das ist (...) der Fall, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 Kilometer oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt.“ (zit. nach Christmann 2004). Damit umfasst die Bezeichnung ÖPNV die Beförderung von Personen im Nahbereich und die dazugehörige Infrastruktur: Busse, Straßenbahnen, Schienen und Straßen.

In der Literatur findet man den ÖPNV häufig in zwei Teilbereiche differenziert: Unterschieden wird zwischen dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit Eisenbahnzügen auf der einen und dem öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖPSV) mit Kraftfahrzeugen, Straßenbahnen und Oberleitungsbussen auf der anderen Seite. Beide unterscheiden sich signifikant im Hinblick auf rechtliche Rahmenbedingungen, Finanzierungsgrundlagen, Organisationsformen bis hin zu unterschiedlich entwickelten Strukturen (Christmann 2004, S. 172). So wird beispielsweise der SPNV im Allgemeinen Eisenbahngesetz näher geregelt, während sich die wesentlichen Vorschriften für den ÖPSV im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) finden.

Die Kommunalisierung des ÖPNV erfolgte im Vergleich zur Wasser, Gas- und Elektrizitätsversorgung relativ spät. Sie begann mit der Entwicklung schienengebundener Fahrzeuge und umfangreicherer Verkehrswege Mitte des 19. Jahrhunderts, verlief aufgrund des Widerstandes privater Gesellschaften, in deren Besitz sich die Bahnen ursprünglich befanden, jedoch schleppend. In der Weimarer Republik verstaatlicht und im Dritten Reich gleichgeschaltet verblieb der ÖPNV auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in öffentlicher Hand. Bis in die 90er Jahre hinein wurde fast der gesamte SPNV und ÖPSV von kommunalen, öffentlich-rechtlich organisierten Verkehrsunternehmen sowie der bundeseigenen Deutschen Bahn getätigt.

Mit der Herstellung der Deutschen Einheit wurden die 15 Verkehrskombinate der DDR in 142 Kraftverkehrs-GmbHs umgewandelt, die von der Treuhandanstalt den zuständigen Gebietskörperschaften übertragen wurden. Die Selbstverwaltungsaufgabe wurde den Landkreisen und kreisfreien Städten zugeteilt. Die Finanzierung erfolgt seitdem – den Strukturen der alten Bundesländer entsprechend - über Fahrgeldeinnahmen, gesetzliche Ausgleichs- und Erstattungsleistungen.

## Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Nahverkehrsordnung in Deutschland ist wesentlich von den entsprechenden EU-Rahmenregelungen geprägt. Mit der EU-Verordnung Nr. 1893/91 des Rates vom 20. Juni 1991 (einer Novellierung der Verordnung 1893/69) wurde erstmals das Prinzip eines „kontrollierten Wettbewerbs“ eingeführt, das die ÖPNV-Branche seither nachhaltigen Veränderungen unterwarf (Bracher/ Trapp 2003, S. 8-10). Grundlegend dafür war die Einführung der Unterscheidung zwischen eigenwirtschaftlichen Verkehren und gemeinwirtschaftlichen Verkehren. Unter eigenwirtschaftlichen Verkehren sind privatwirtschaftlich rentable Verkehre zu verstehen, die nicht auf öffentliche Kofinanzierung angewiesen sind. Gemeinwirtschaftliche Verkehre hingegen sind privatwirtschaftlich unrentable Verkehre, die aufgrund öffentlichen Interesses von der öffentlichen Hand kofinanziert werden (Karl 2002, S. 45 ff.). Die EU-Verordnung 1893/91 (mit der Novellierung des PBefG 1996 in nationales Recht umgewandelt) enthält als zentrale Aufforderung, im ÖSPV v.a. an die kommunalen Aufgabenträger, bislang gemeinwirtschaftlich erbrachte Verkehrsleistungen zukünftig im Rahmen eines Ausschreibungswettbewerbes zu vergeben. Die Kommune bleibt Aufgabenträger und ist für die Entwicklung eines Nahverkehrsplans zuständig, wird in einem solchen Falle jedoch zum „Besteller“ einer öffentlichen Dienstleistung (Bestellerprinzip). Für gemeinwirtschaftliche Leistungen, die zur Sicherung einer ausreichenden Verkehrsbedienungs notwendig sind, sollen Verkehrsunternehmen einen Ausgleich (Chancengleichheit) erhalten. Der Entwurf der EU-Kommission zur Neufassung der EU-Verordnung 1191/69 führt also als wesentliche Veränderung die „Ausschreibungsverpflichtung“ unter bestimmten Umständen ein.

Mit der Liberalisierung bisher geschützter Märkte wie beispielsweise des Transportmarktes verbindet sich die Hoffnung, Wachstum und Innovation voranzutreiben und neue Dienstleistungen zu entwickeln. Um mit dem wachsenden Wettbewerbsdruck, den die Öffnung der Märkte mit sich bringt, umgehen zu können, entwickeln Kommunen und Unternehmen schon jetzt verschiedene Strategien. Dazu zählen unter anderem eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage (z.B. durch Kundenbefragungen), die Optimierung von Liniennetzen und Fahrplänen, Zusammenschlüsse oder engere Zusammenarbeit mehrerer Verkehrsgesellschaften in Verbänden und nicht zuletzt die Reduzierung von Personalkosten. Dazu müssen häufig noch nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden: Um den Bestand ihres Unternehmens zu sichern, haben beispielsweise die Mitarbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) Arbeitsverträgen mit stark reduzierten Tarifen zugestimmt. Anderen Kommunen gelingt es, durch die Gründung privatrechtlicher Tochterunternehmen die Mitarbeiter zu Löhnen auf privatwirtschaftlichem Niveau zu beschäftigen und auf diesem Wege Kosten zu senken (Karl 2002, S. 19).

## **Reformen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit auf Bundesebene**

Die erste Stufe einer umfassenden Bahnstrukturreform (1. Stufe Januar 1994, 2. Stufe Januar 1999) hat zu einer strikten Trennung von staatlichen und unternehmerischen Aufgaben geführt. Die unternehmerischen Aufgaben betreffen sämtliche Entscheidungen, die die Eisenbahnen des Bundes als in privatrechtlicher Form geführte Wirtschaftsunternehmen zu treffen haben. Weiterhin wurde im Rahmen der Bahnreform die staatliche Verantwortung für den SPNV auf die Länder übertragen (Regionalisierungsgesetz). Dieses Gesetz weist die Zuständigkeit für die konkrete Ausgestaltung des gesamten ÖPNV den Ländern zu. Die gesamte Planung, Organisation und Finanzierung liegt nun im Verantwortungsbereich der Länder.

Weitere Hauptziele der Bahnreform waren die Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens Deutsche Bahn AG sowie die Einführung von Wettbewerb im Schienenverkehr. Privatwirtschaftlichen Eisenbahnunternehmen soll ein diskriminierungsfreier Zugang zum Netz ermöglicht werden. Die Wettbewerbsaufsicht übernimmt das Eisenbahn-Bundesamt.

## **Besonderheiten der Branche**

Beim ÖPNV wird zwischen „Zwangskunden“ und „wahlfreien“ Kunden unterschieden. Unter wahlfreien versteht man jene Kunden, die sich freiwillig für die Nutzung von Angeboten des ÖPNV entscheiden, beispielsweise Pendler, die auf dem Weg zur Arbeit Staus vermeiden möchten. Zu den Zwangskunden gehören hingegen die vom motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgeschlossenen Personen, weil sie beispielsweise keinen Führerschein besitzen oder über kein eigenes Fahrzeug verfügen. Zu ihnen zählen insbesondere Schüler oder Studenten, die einen Großteil der ÖPNV-Kundschaft ausmachen und gleichzeitig eine der Haupteinnahmequellen der Verkehrsunternehmen darstellen.

Ein ÖPNV-Angebot wird erst bei einer gut funktionierenden Integration der einzelnen Leistungen attraktiv; Busse und Bahnen müssen zeitlich und räumlich aufeinander abgestimmt und tariflich integriert sein, um als Alternative zum MIV wahrgenommen zu werden. „Im ÖPNV schafft erst die Summe einzelner integrierter, aufeinander bezogener Leistungen einen entsprechenden „Mehrwert“ des Systems (der über dem Wert der Summe der einzelnen unverbundenen Leistungen liegt).“ (Bracher/ Trapp 2003, S. 8) Dieser Umstand dient noch heute vielen Privatisierungsgegnern als wichtiger Argumentationspunkt, die aus Gründen der Verkehrsintegration den ÖPNV möglichst in einer – der öffentlichen – Hand wissen wollen.

Der öffentliche Zweck des ÖPNV liegt in der Sicherung der Mobilität, Entlastung des MIV in Ballungsräumen, Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf dem Land, Entlastung

der Umwelt, Verbesserung der Verkehrssicherheit und nicht zuletzt darin, durch eine gute Infrastruktur einen Standort für Investoren attraktiver erscheinen zu lassen.

Durch Abwanderung, schnell ansteigenden Motorisierungsgrad und steigende Arbeitslosigkeit halbierten sich die Fahrgastzahlen des ÖPNV in Ostdeutschland seit der Wende, was zeigt, dass die Marktposition des ÖPNV gegenüber dem MIV und damit auch die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV von vielen Rahmenbedingungen abhängig ist, die mit der Qualität der Leistungen eines ÖPNV-Unternehmens nicht unbedingt viel zu tun haben müssen.

Der Deckungsgrad der Betriebskosten wird unterschiedlich berechnet, weshalb die Zahlen (30-70%) weder aussagekräftig noch vergleichbar sind. Es besteht aber weitgehende Einigkeit darüber, dass bei gegebenen Rahmendbedingungen eine kostendeckende Aufgabenerfüllung nicht möglich ist und der ÖPNV demzufolge bis auf weiteres auf zusätzliche Einnahmen angewiesen sein wird. Grundgesetzlich verankert, dient der ÖPNV der Daseinsvorsorge, die von den Ländern in Landesnahverkehrsgesetzen näher definiert wird.

### **Pro und contra Privatisierung**

Befürworter der Privatisierung im ÖPNV führen an, dass eine Privatisierung langfristig einen lukrativen Markt schafft, der höhere Investitionen und Innovationen generiere als dies bei einer öffentlichen Aufgabenerledigung der Fall ist. Eine private Aufgabenerledigung bedarf dann allerdings in der Regel einer Form von Regulierung. Diese kann direkt durch kommunale Wettbewerbspolitik erfolgen (Kommune schreibt Leistungen aus) oder aber in der Form einer gesonderten Verwaltungsbehörde, die für fairen Wettbewerb sorgt und die regelgerechte Umsetzung von Verkehrsplanungen überwacht.

Allerdings ist dies durchaus mit Risiken behaftet. Die Schaffung von fairem Wettbewerb ist nicht einfach realisierbar. Die einzelnen Leistungen in einem Gebiet müssen gut aufeinander abgestimmt werden, die Produktion „aus einer Hand“ böte sich somit an.

Des Weiteren hat ein privater Akteur vermutlich weniger Interesse an einer umwelt- und sozialpolitisch motivierten Regulierung, auch kein Interesse an Konkurrenten. Mit der Ausnutzung von Informationsvorteilen wird er darauf drängen, von möglichst vielen Regelungen, zu erbringenden Leistungen und potentiellen Konkurrenten befreit zu werden. Mit der Möglichkeit, durch private Aufgabenerledigung Effizienzgewinne zu erzielen, gehen also auch Risiken einher. Skeptiker befürchten, dass ein fairer Wettbewerb nicht realisiert werden könne und sich infolgedessen regionale private Monopole bilden. Andere Gefahren, die sich aus der Implementierung privatwirtschaftlicher Interessen in den ÖPNV ergeben könnten, wären die Ausdünnung von Fahrplänen, die Erhöhung von Fahrpreisen oder auch eine wachsende Umweltbelastung, weil ein privater Anbieter beispielsweise nicht in neue

Filtertechniken investieren möchte oder weil ein schlechteres Angebot die Kunden wieder zur Nutzung des eigenen Autos zwingt. Darüber hinaus besteht die Befürchtung, private Anbieter könnten sich auf die besonders lukrativen Strecken konzentrieren und abgelegene Regionen, die in besonderem Maße vom ÖPNV abhängig sind, nicht mehr anbinden, weil sich die Bedienung solcher Strecken nicht rentiert (Marktversagen). Den Beschäftigten droht der Verlust von Arbeitsplätzen, Lohnsenkungen sowie stärkerer Zeitdruck, der sich wiederum negativ auf die Verkehrssicherheit auswirken könnte.

Um zu verhindern, dass sich derartige Szenarien verwirklichen, hat jedoch der Gesetzgeber mehrere regulative Instrumente zur Hand, die sich nicht auf die Festlegung allgemeiner Zielvorgaben (funktionale Leistungsbeschreibung) beschränken müssen, sondern durchaus auch die Konkretisierung von Leistungsanforderungen in Form detaillierter Vorgaben (konstruktive Leistungsbeschreibung) umfassen können (Karl 2002, S. 25 ff.) um jedem Bürger die Teilhabe am ÖPNV und ein höchstmögliches Maß an Qualität zu sichern.

Die folgende Auswertung der Branchendaten für den Öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland basiert auf zwei Datenquellen. Zum einen sind dies die amtlichen Zahlen der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen (JöU), die mit Hilfe der Zahlen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) normiert wurden. Als zweite wichtige Datengrundlage dient die jährliche Unternehmensbefragung zum Straßenpersonenverkehr des Statistischen Bundesamtes. Alle inländischen Unternehmen, die genehmigungspflichtigen Personenverkehr mit Bussen oder unterschiedliche Arten des städtischen Schienenverkehrs betreiben, sind im Rahmen dieser Umfrage, dem Personenbeförderungs-Statistik-Gesetzes (PersBefStatG) entsprechend, zur Auskunft verpflichtet. Zahlen und Berechnungen, die sich auf diese Untersuchung stützen, sind im Folgenden mit der Abkürzung FV (für Fachserie Verkehr) gekennzeichnet.<sup>38</sup> Aufgrund der teilweise unterschiedlichen Definitionen und Datenerhebungsgrundlagen lassen sich die Zahlen der amtlichen Statistik nicht mit jenen der FV direkt vergleichen. Auf entsprechende Schwierigkeiten wird im Laufe des Textes einzugehen sein. Die in der Brancheneinführung erwähnte Differenzierung innerhalb des ÖPNV zwischen SPNV und ÖSPV soll hier nicht weiter berücksichtigt werden – sie ist insbesondere bei der Beschäftigung mit der Marktzugangsregulierung, dem Marktverhalten und bestimmten Finanzierungswegen von Interesse. In den Statistiken umfasst der - im Vergleich zu der Bezeichnung Schienenpersonennahverkehr manchmal missverständliche - Begriff

<sup>38</sup> Häufig werden in ähnlichen Untersuchungen auch die Zahlen des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) verwendet, in dem aber auch Gütertransportunternehmen organisiert sind. 2004 hatte der VDV, mit Sitz in Köln, 542 Mitgliedsunternehmen, von denen sich 436 in öffentlichem oder gemischtwirtschaftlichem Besitz befanden (ca. 80%). Aufgrund der unterschiedlichen und oft niedrigen Organisationsgrade sind die Erhebungen des VDV für Ländervergleiche hier allerdings nicht zu verwenden.

Straßenpersonenverkehr auch das Angebot schienengebundener Fahrzeuge wie z.B. Straßenbahnen.

Anschließend an die Einleitung soll eine kurze Darstellung einen Überblick über die gegenwärtige Marktstruktur des ÖPNV erlauben, um die Ergebnisse der Ländervergleiche besser einordnen zu können. Diesem Überblick folgt die Auswertung nach den wichtigsten Bedeutungskategorien vergleichend für Brandenburg und Schleswig-Holstein, neue und alte Bundesländer sowie – nach dem Kriterium der Industriedichte – entsprechend für Bayern und Sachsen-Anhalt.

### **Zur Marktstruktur in Deutschland**

In Deutschland waren Ende September 2003, dem Zeitpunkt der letzten umfassenden statistischen Erhebung zur Personenbeförderung im Straßenverkehr<sup>39</sup>, insgesamt 6.216 Unternehmen im Straßenpersonenverkehr tätig (funktionale Abgrenzung), davon 5.014 Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr mit Bussen und Bahnen (institutionelle Abgrenzung). Die übrigen 1.202 Unternehmen erwirtschafteten ihre Einnahmen hauptsächlich in verwandten Branchen wie dem Taxi- und Mietwagenverkehr oder in der Reiseveranstaltungsbranche. Der Schwerpunkt von 388 Unternehmen lag außerhalb der Verkehrsbranche, vorrangig in den Bereichen der Energie- und Wasserversorgung.<sup>40</sup>

Von den 6.216 im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen waren 353 kommunale oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen, an deren Grund- oder Stammkapital oder vergleichbaren Kapitalausstattungen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit mehr als 50% beteiligt sind.<sup>41</sup> Die Regionalverkehrsgesellschaften und „Geschäftsbereich Bahnbus (GGB-) Gesellschaften“<sup>42</sup> ausgenommen, handelt es sich demnach bei den meisten der im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen um private Unternehmen, die in ihrer absoluten Zahl von 5.788 einen Anteil von über 90% aller Unternehmen ausmachen. In der folgenden Analyse werden die Regionalverkehrsgesellschaften und Eisenbahnunternehmen (ohne DB) ausgeblendet, da diese kategorial mit den hier untersuchten Eigentümertypen nicht kompatibel sind.

<sup>39</sup> Die Ergebnisse der Befragung sind in der Fachserie 8 Reihe 3 des Statistischen Bundesamtes vom Juni 2004 nachzulesen.

<sup>40</sup> Einnahmen von Verkehrsunternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt nicht in der Verkehrsbranche haben, werden hier nicht berücksichtigt.

<sup>41</sup> Ausgenommen von dieser Definition sind Unternehmen mit Stadt- und Straßenbahn oder Obusverkehr, die auch dann als gemischtwirtschaftlich gelten, wenn der Anteil der öffentlichen Hand weniger als 50% beträgt.

<sup>42</sup> Regionalverkehrsgesellschaften sind von der Deutschen Bahn AG allein oder mit anderen Unternehmen und Kraftverkehrslinien gebildete Gesellschaften, die für den Personenbeförderungsverkehr über „mittlere“ Entfernungen zuständig sind. Zu ihnen zählen auch die privaten GBB-Gesellschaften, auf die zwischen 1988 und 1990 der ehemalige Geschäftsbereich Bahnbus der Deutschen Bundesbahn übergeleitet wurde. Die Regionalverkehrsgesellschaften werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht weiter explizit berücksichtigt, in den Grafiken sind sie unter „sonstige“ zusammengefasst.

Bei der Betrachtung der Beschäftigtenzahlen zeigt sich, dass die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen trotz ihrer geringeren Anzahl einen Großteil (58,5%) aller im Straßenpersonenverkehr tätigen Personen, die privaten Unternehmen hingegen nur 41,5% beschäftigen. Ähnlich verhält es sich bei den Umsätzen: 55,4% aller im Straßenpersonenverkehr erzielten Einnahmen werden von kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen erzielt und 44,6% von privaten. Tendenziell haben sich diese Zahlen in den vergangenen Jahren zugunsten der privaten Unternehmen verschoben, ein Trend, der sich angesichts weiterer Liberalisierungstendenzen noch fortsetzen dürfte (Christmann 2004). Aus diesen drei Kennzahlen lassen sich damit wesentliche Aussagen zur Beschreibung der Marktordnung des ÖPNV in Deutschland ableiten: Einer geringen Zahl großer kommunaler Verkehrsunternehmen, die den Markt dominieren, steht eine große Zahl kleiner privater Unternehmen (95%) gegenüber, die gemeinsam 41,5% der in der Branche erwerbstätigen Personen beschäftigen und die 44,6% der Umsätze erwirtschaften. 83% aller kommunalen Verkehrsunternehmen in Deutschland sind in der Rechtsform einer GmbH organisiert, 4,2% werden als Aktiengesellschaft und knapp neun Prozent als Eigenbetrieb geführt. In Ostdeutschland liegt der Anteil der GmbHs bei knapp 97% – ein Hinweis darauf, dass nach der Umwandlung der Verkehrskombinate durch den Einigungsvertrag nur wenige Unternehmen ihre Rechtsform geändert haben.

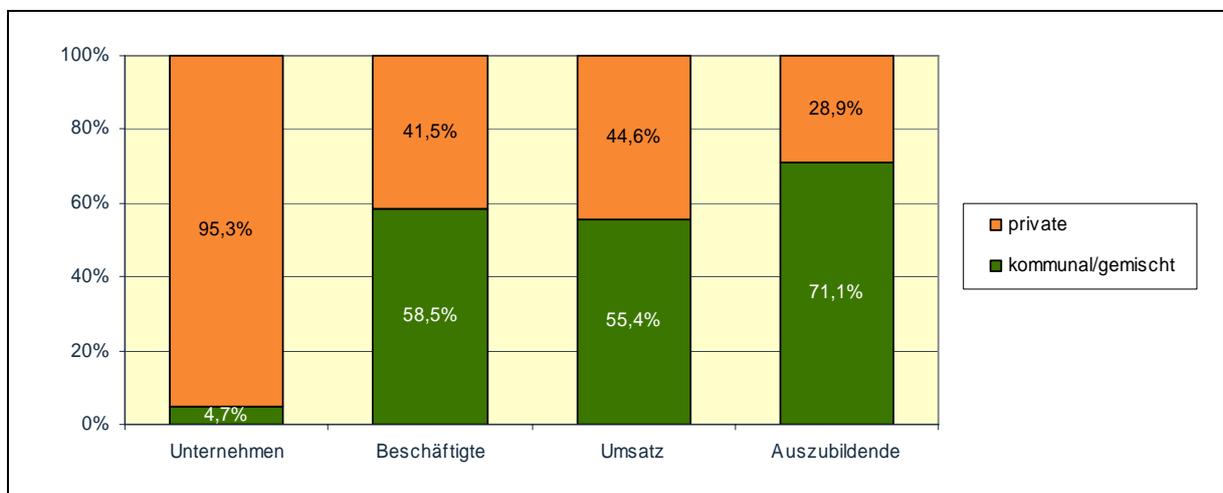


Abbildung 62: ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte und Einnahmen im Straßenpersonenverkehr nach Eignertypen in Deutschland (Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004)

Eine für die Personenverkehrsbranche wesentliche Kennzahl ist die Beförderungsleistung, die unmittelbar von Siedlungsstruktur und Motorisierungsgrad in einer Region abhängt (Christmann 2004, S. 220 ff. sowie Bracher/ Trapp 2003, S. 29). Mit abnehmender Gemeindegröße sinkt meist auch der Marktanteil des ÖPNV. Ein Index, berechnet aus der

Zahl der beförderten Personen<sup>43</sup> ergibt für ein dünn besiedeltes Land wie Brandenburg (88 Einwohner pro km<sup>2</sup>) einen Wert von 55,8 verkauften Fahrscheinen pro Einwohner. Für ein dicht besiedeltes Bundesland wie Nordrhein-Westfalen (530 Einwohner pro km<sup>2</sup>) liegt dieser Wert bei knapp 93 Fahrten.

### 5.3.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein

Insgesamt waren in Brandenburg nach der Umfrage des Statistischen Bundesamtes 230 Unternehmen im Straßenpersonenverkehr tätig, davon 178 als Schwerpunktbetriebe. Mit einem Anteil von 10,8% (25 Betrieben) ist der Anteil der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, verglichen mit dem Bundesschnitt, überdurchschnittlich hoch, liegt jedoch unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer von 12,2%.

Die Zahl der Arbeitnehmer in kommunalen Verkehrsbetrieben in Brandenburg beträgt, den Jahresabschlüssen öffentlicher Unternehmen entsprechend, 2.219 Personen. Für Schleswig-Holstein weist diese Statistik die Zahl von nur 309 Arbeitnehmern aus.<sup>44</sup> Der Anteil der Arbeitnehmer in kommunalen Verkehrsunternehmen, sowohl an Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft (0,212%) als auch an der Einwohnerzahl des Landes (0,086%), ist damit in Brandenburg deutlich höher als in Schleswig-Holstein (0,026% bzw. 0,011%). Betrachtet man die finanziellen Aufwendungen der kommunalen Unternehmen für Personal, so fällt dieser Unterschied noch prägnanter aus: Kommunale Verkehrsunternehmen geben in Brandenburg mehr als die fünffache Summe für Personal aus, als dies in Schleswig-Holstein der Fall ist. Setzt man diese Zahlen mit der Gesamtsumme der laut VGR gezahlten Bruttolöhne und mit dem BIP ins Verhältnis, bestätigt sich dieses Ergebnis.

---

<sup>43</sup> Diese Kennzahl wird von den Unternehmen auf der Basis verkaufter Fahrscheine und bei Zeitkarten nach gesonderten Berechnungen ermittelt.

<sup>44</sup> Die Differenz der Zahlen aus der amtlichen Statistik und der Unternehmensbefragung des Statistischen Bundesamtes ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in der Erhebung der Jahresabschlüsse der öffentlich bestimmten Unternehmen nur solche Unternehmen dem Wirtschaftsbereich „Verkehr“ zugeordnet werden, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in diesem Bereich liegt. Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in einem anderen Wirtschaftsbereich liegt (Verbundunternehmen) werden dann nicht im Bereich „Verkehr“ erfasst. Des Weiteren werden in der genannten Statistik die Unternehmen als ganze diesem dominanten Wirtschaftsbereich, anteilig kleinere Unternehmensteile dem vorherrschenden Wirtschaftsbereich zugeordnet.

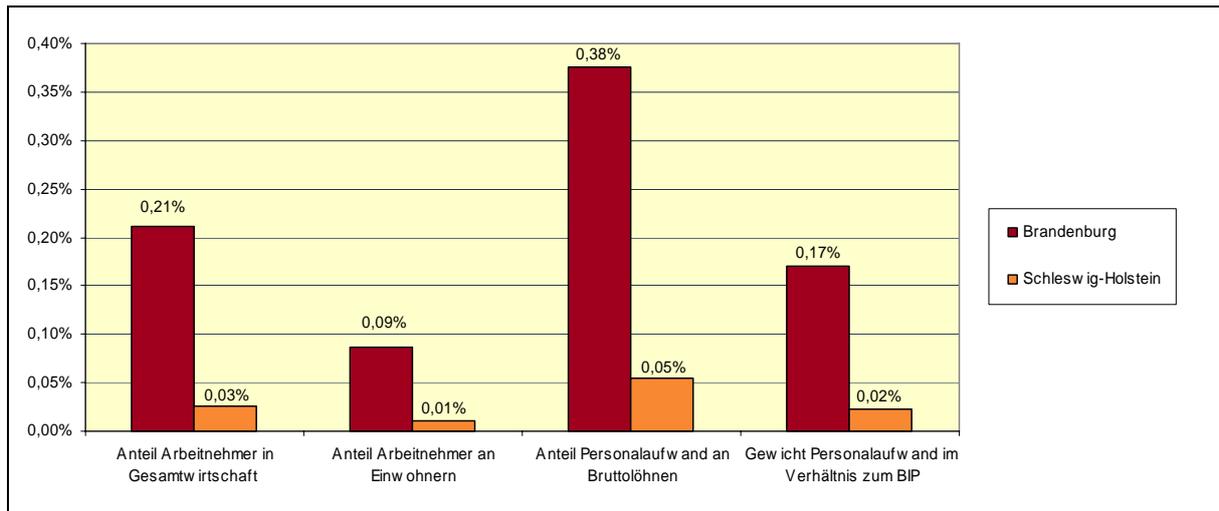


Abbildung 63: ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Auch der Umsatz der kommunalen Verkehrsunternehmen ist in Brandenburg höher als in Schleswig-Holstein. Hier weisen die JöU für Brandenburg mit 109.004.583 Euro beinahe die fünffache Summe von Schleswig-Holstein aus, die 22.679.232 Euro beträgt. Der Anteil der Umsätze kommunaler Verkehrsunternehmen am BIP liegt in Brandenburg bei 0,248%, in Schleswig-Holstein bei nur 0,035%.

Investitionen in den ÖPNV werden zu einem Großteil für die Anschaffungen neuer Fahrzeuge, ferner zum Ausbau von Gleisanlagen, Streckenausrüstung, von Tunnel- oder Hochbahnstrecken aufgewendet (Christmann 2004, S.224). Ein Großteil der investierten Gelder stammt aus der öffentlichen Hand, so waren beispielsweise 1997 22% der Fördermittel aller Gebietskörperschaften für den ÖPNV investitionsgebunden (Bracher/Trapp 2003, S. 16). In Brandenburg liegt der Anteil der Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft bei 0,078%, was einer Summe von 10.541.987 Euro entspricht. In Schleswig-Holstein beträgt der Anteil 0,014% - bei einer Summe von 1.701.649 Euro etwas mehr als ein Sechstel der Nettoinvestitionssumme brandenburgischer kommunaler Verkehrsunternehmen. Entsprechend liegt der Zugang an Sachanlagen in Brandenburg, sowohl in der Summe als auch an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft gewichtet, deutlich über jenen Schleswig-Holsteins. Die JöU weisen hier für Brandenburg eine Summe von knapp 23 Millionen Euro (0,171%), für Schleswig-Holstein lediglich 3,5 Millionen Euro aus (0,028%).

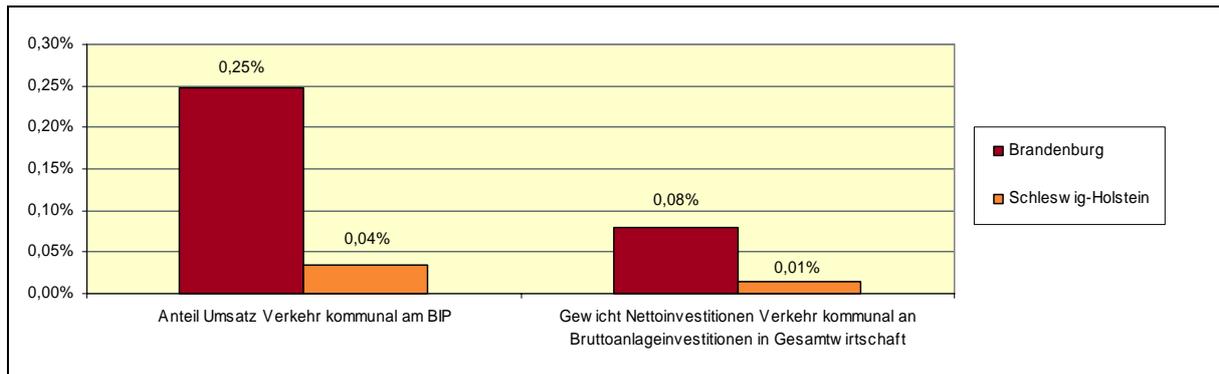


Abbildung 64: ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Schleswig-Holstein und Brandenburg  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Nach den Zahlen der FV wurden 2003 in Brandenburg 144.114.000 Personen im ÖPNV befördert, davon 139.508.000 von kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, was einem Marktanteil von knapp 97% entspricht. Der entsprechende Anteil im Bundesschnitt beträgt 92,7%, für Schleswig-Holstein liegen keine Vergleichszahlen vor.

Wie in der Brancheneinführung erwähnt, sind einige Bevölkerungsgruppen besonders auf die Angebote des ÖPNV angewiesen. Zu diesen so genannten „Zwangskunden“ zählen beispielsweise Schwerbehinderte, Rentner oder auch Studenten, Auszubildende und Schüler. Für letztere werden in den meisten Regionen Sonderverkehre zu vergünstigten Tarifen (Schülerfahrten) oder sogar kostenfrei angeboten (freigestellter Schülerverkehr). Entsprechend §45a des PBefG erhalten die Unternehmen für verbilligte Zeitkarten im Ausbildungsverkehr Ausgleichszahlungen vom Bund, weswegen die Einnahmen pro Schülermonatskarte die Einnahmen für eine Erwachsenenkarte um rund 50% übersteigen können (Bracher/ Trapp 2002, S. 34). Entsprechend hoch ist die Bedeutung dieser Zwangskunden für die Finanzierung vieler ÖPNV-Unternehmen. In Brandenburg lag die gezahlte Summe der Abgeltungszahlungen 2002 bei 42.353.000 Euro, von denen 39.080.000 Euro (92%) an kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen ausgezahlt wurden (Bundesschnitt: 85%) woraus sich ableiten ließe, dass auch im Bereich der Sonderfahrten für eine sozial benachteiligte Gruppe den kommunalen Unternehmen in Brandenburg eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung zukäme. Allerdings lässt sich nicht überprüfen, inwieweit solche Aufgaben von den Kommunen schließlich doch an private Unternehmen im Wettbewerb vergeben werden – gerade in ländlichen Gebieten ist dies gängige Praxis (Christmann 2004, S. 217).

Die folgende Abbildung fasst die wichtigsten Ergebnisse für Brandenburg, basierend auf den Zahlen der FV, zusammen:

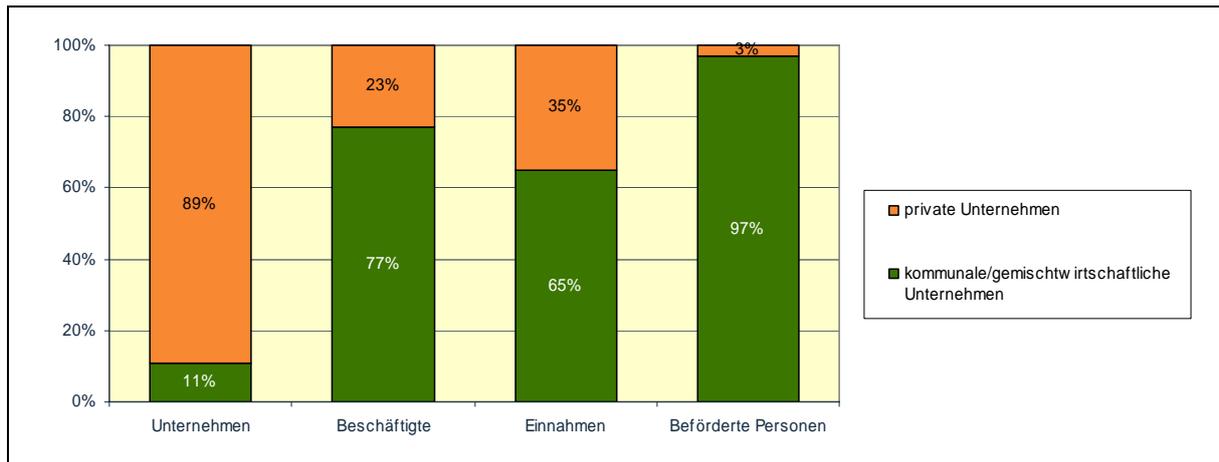


Abbildung 65: ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen<sup>45</sup> und beförderte Personen nach Eignertypen in Brandenburg  
(Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004, eigene Berechnungen)

### 5.3.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

In den westdeutschen Flächenstaaten waren Ende 2003, nach den Ergebnissen der Umfrage des Statistischen Bundesamtes, insgesamt 4.835 Unternehmen im Straßenpersonenverkehr wirtschaftlich tätig<sup>46</sup>. Davon befanden sich 215 in kommunalem oder gemischtwirtschaftlichem Besitz (4,4%). In den neuen Bundesländern befanden sich von insgesamt 1.018 Unternehmen 125 (12,2%) in entsprechenden Besitzverhältnissen.

Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im ÖPNV haben, beschäftigten Ende 2003 in den Flächenstaaten der alten Bundesländer 105.467 Mitarbeiter, in den neuen Ländern 28.387 Mitarbeiter. Dabei waren in den neuen Ländern 72,4% bei kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen angestellt, in den alten Ländern war hingegen die Mehrheit (45,9% gegenüber 42,4%) bei privaten Unternehmen beschäftigt. Auch hier bestätigen die Zahlen der JöU das Ergebnis der FV: Nach den Zahlen der amtlichen Statistik, respektive der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen, waren in den neuen Ländern 12.286, in den alten Ländern 11.144 bei ausschließlich kommunalen Unternehmen angestellt. Der Anteil der Arbeitnehmer in kommunalen Verkehrsunternehmen, sowohl an Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft (0,219%) als auch an der Einwohnerzahl der Länder (0,09%), fällt in den neuen Bundesländern deutlich höher aus als in den alten Bundesländern (0,042% bzw. 0,018%). Und auch der Anteil der kommunalen Aufwendungen für das Personal der Verkehrsunternehmen an den gesamten Bruttogehältern und am BIP ist in

<sup>45</sup> Die berechneten Einnahmen ergeben sich hier aus den Umsätzen der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr aus dem Jahre 2002, müssen sich aber nicht zwangsläufig ausschließlich aus dem Straßenpersonenverkehr ergeben.

<sup>46</sup> Aufgrund der besonderen Marktstrukturen werden die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen bei den Ost-West-Vergleichen, die sich auf die Umfrage des Statistischen Bundesamtes stützen, nicht berücksichtigt. Außerdem liegen auch hier keine Zahlen für Schleswig-Holstein vor.

Ostdeutschland wesentlich höher als in den alten Bundesländern, wie die folgende Grafik zu den jeweiligen Anteilen der kommunalen Verkehrsunternehmen verdeutlicht. Insgesamt sind die Ergebnisse denen des Vergleiches zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein sehr ähnlich – auch in den neuen Bundesländern insgesamt ist die überdurchschnittlich hohe Bedeutung der kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber festzustellen.

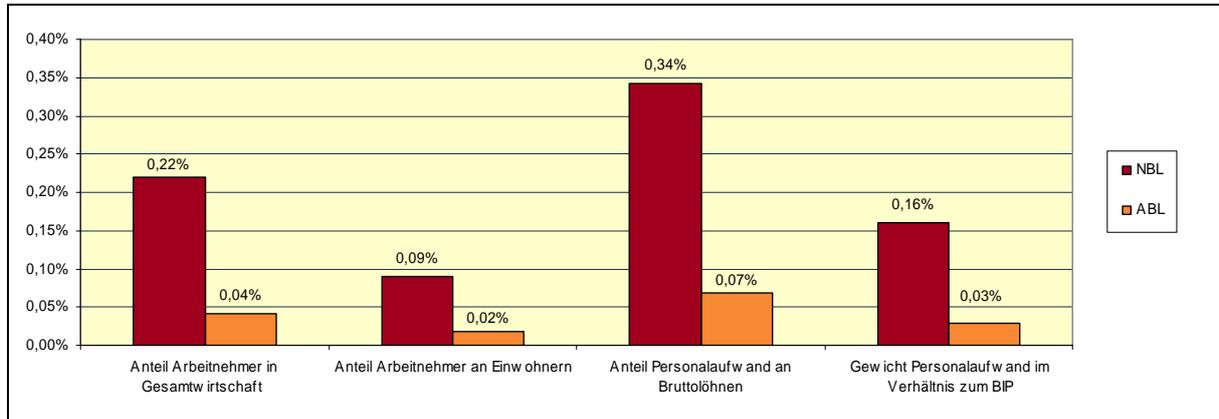


Abbildung 66: ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Ost- und Westdeutschland  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Dass die Umsätze der kommunalen Verkehrsunternehmen in den neuen Bundesländern in der Summe niedriger sind als jene in den alten Bundesländern, verwundert nicht, wenn man berücksichtigt, dass nur knapp über ein Fünftel aller Bürger Deutschlands in den neuen Bundesländern zuhause sind und Westdeutschland mit dicht besiedelten Regionen wie dem Ruhrgebiet oder der Rhein-Main-Region und Großstädten wie München, Hamburg oder Köln strukturell besonders „ÖPNV-affine“ Märkte umfasst (Bracher/ Trapp 2003, S. 27).

Mit, nach Angaben der JöU, 551.758.666 Euro erzielen kommunale Verkehrsunternehmen in Ostdeutschland jedoch knapp 68% der summierten Umsätze der Unternehmen im Westen (810.972.240 Euro). Und auch hier ist das Ergebnis jenem des Vergleiches zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein ähnlich: Gemessen am BIP macht der Umsatz der kommunalen Verkehrsunternehmen Ost 0,235% aus, für Westdeutschland liegt der Wert bei 0,048%. Auch die Nettoinvestitionen, welche von kommunalen Unternehmen in Ostdeutschland in neuen Fahrzeugen, verbesserten Verkehrswegen oder besserer Technik angelegt werden, fallen in den neuen Ländern wesentlich stärker ins Gewicht. Hier machen sie 0,141% der Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR) aus, in Westdeutschland liegt der Vergleichswert bei gerade einmal 0,049%. Es überrascht nicht, dass auch der Zugang an Sachanlagen in den neuen Bundesländern deutlich höher ausfällt, als in den alten: Liegt deren an den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen gewichteter Anteil im Westen bei lediglich 0,08%, ergibt sich für Ostdeutschland ein Anteil

von 0,225%. Vergleicht man die Umsätze der Schwerpunktbetriebe westdeutscher Flächenstaaten entsprechend der Ergebnisse der FV mit den Daten der ostdeutschen Schwerpunktbetriebe, so ergibt sich für die neuen Länder eine Verteilung von 68% gegenüber 32% zugunsten der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. In den alten Bundesländern können die privaten Unternehmen demnach sogar 52,4% der Umsätze verbuchen.

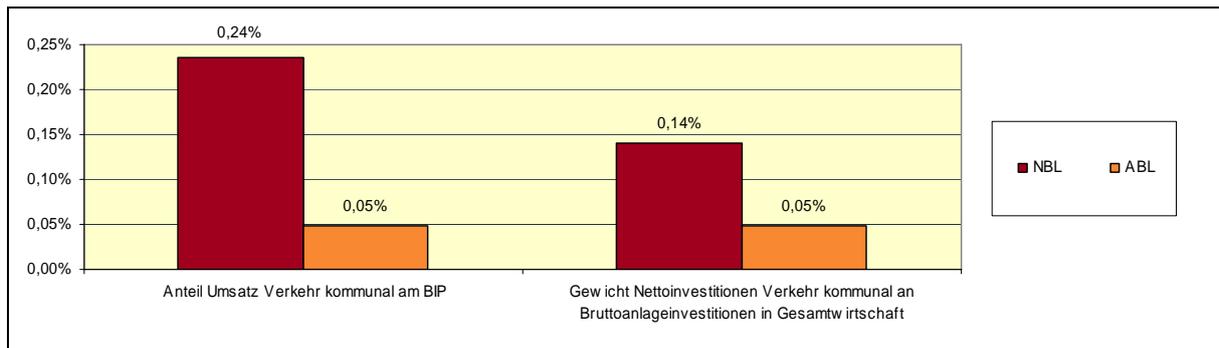


Abbildung 67: ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Ost- und Westdeutschland  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Verglichen mit den Zahlen der alten Bundesländer ergibt sich aus den genannten Ergebnissen des Ost-West-Vergleiches eine hervorgehobene Stellung kommunaler Unternehmen im ostdeutschen ÖPNV. Dieser Eindruck manifestiert sich bei der Betrachtung der Beförderungszahlen entsprechend der Ergebnisse der Umfrage des Statistischen Bundesamtes. So waren 2002 in den neuen Bundesländern knapp 95% aller Fahrgäste in Fahrzeugen kommunaler oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen unterwegs, hier beförderten die privaten Unternehmen 4,7% der Kunden. In den alten Bundesländern liegt der Fahrgastanteil der privaten Unternehmen bei 10%, 90% der Fahrgäste nutzen hier die Angebote der kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Anbieter.

Die Bedeutung der Abgeltungszahlungen, die die öffentliche Hand leistet, um verbilligte Fahrmöglichkeiten für benachteiligte Personengruppen und so genannte „Zwangskunden“ zu ermöglichen und die Schwierigkeiten, die sich bei der Interpretation dieser Zahlen ergeben, wurden oben genauer erläutert. In Ostdeutschland wurden 2002 90,5% der Ausgleichszahlungen für verbilligte Ausbildungsverkehre an kommunale oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen geleistet, 9,5% der gezahlten Gesamtsumme von 193.773.000 Euro gingen an die Privaten. Auch hier unterscheidet sich die Situation in Westdeutschland. Die Stadtstaaten ausgenommen, flossen 73,5% der Gelder in einer Gesamthöhe von 431.465.000 Euro an kommunale und gemischtwirtschaftliche und 26,5% an private Unternehmen.

Die folgende Abbildung fasst die wichtigsten Ergebnisse des Ost-West-Vergleiches, basierend auf den Zahlen der FV, zusammen:

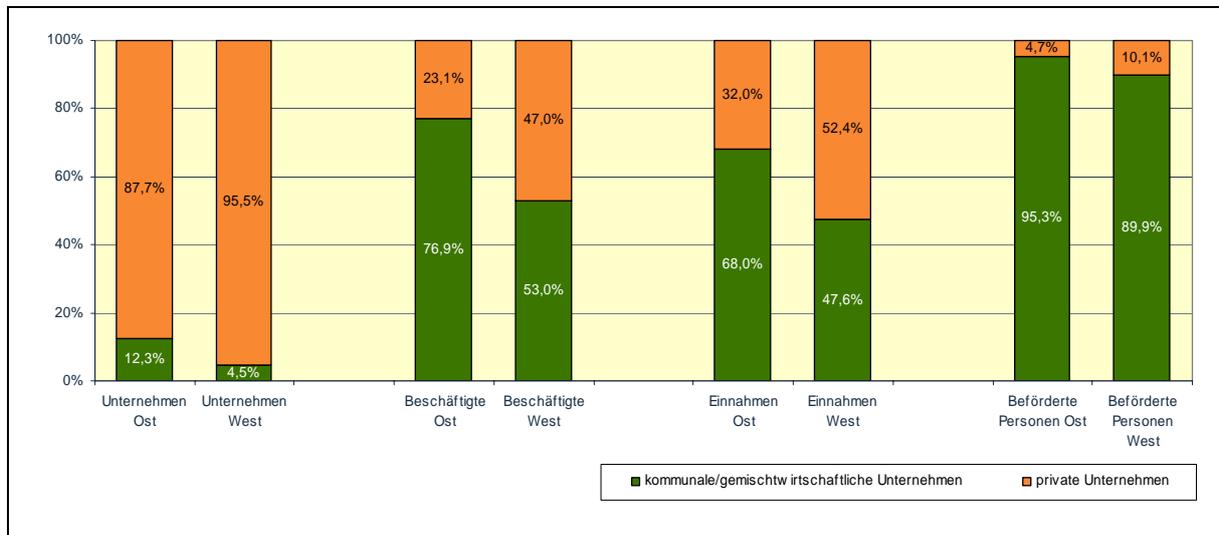


Abbildung 68: ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eignertypen in Ost- und Westdeutschland (Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004, eigene Berechnungen)

### 5.3.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt

Mit insgesamt 1.481 Unternehmen ist Bayern das Bundesland mit den meisten im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen, bei 1.167 von ihnen handelt es sich um Schwerpunktbetriebe. Sachsen-Anhalt gehört mit insgesamt 168 Unternehmen zu den Bundesländern mit den wenigsten Verkehrsunternehmen, von denen 151 zu den Schwerpunktbetrieben gezählt werden. Dass letztere mit durchschnittlich 32,8 Mitarbeitern pro Unternehmen knapp doppelt so groß sind wie die bayerischen Betriebe, korrigiert dieses Ungleichgewicht nur bedingt. Dies ist jedoch nicht verwunderlich, bedenkt man den Größenunterschied der Bundesländer. In Bayern befinden sich 71, das entspricht 4,8% aller Unternehmen in kommunalem oder gemischtwirtschaftlichem und 95,2% in privatem Besitz. In Sachsen-Anhalt liegt der Anteil der privaten Unternehmen mit 85% deutlich niedriger als in Bayern, die restlichen 15% befinden sich ganz oder teilweise im Besitz der Kommunen.

Nach den JöU sind in Bayern 1.143, in Sachsen-Anhalt 4.212 Personen bei kommunalen Verkehrsunternehmen angestellt. Dies lässt auch bei diesem Vergleich vermuten, dass die Bedeutung der kommunalen Verkehrsunternehmen als Arbeitgeber für Sachsen-Anhalt deutlich höher einzuschätzen ist als für Bayern.

Tatsächlich liegt der Anteil der kommunal Beschäftigten an den Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft in Sachsen-Anhalt bei 0,413% und damit deutlich höher als in Bayern (0,021%). Gemessen an der Einwohnerzahl fällt der Vergleich noch deutlicher aus: Hier

ergibt sich für Sachsen-Anhalt ein Wert von 0,164%, für Bayern von 0,009%. Trotz der unterschiedlichen Größenverhältnisse der Vergleichsländer wenden die kommunalen Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt weit mehr als die doppelte Summe für Personal auf als die Unternehmen in Bayern. Entsprechend beträgt der Anteil der Personalkosten an allen gezahlten Bruttogehältern entsprechend der VGR in Sachsen-Anhalt 0,676%, in Bayern hingegen nur 0,034%.

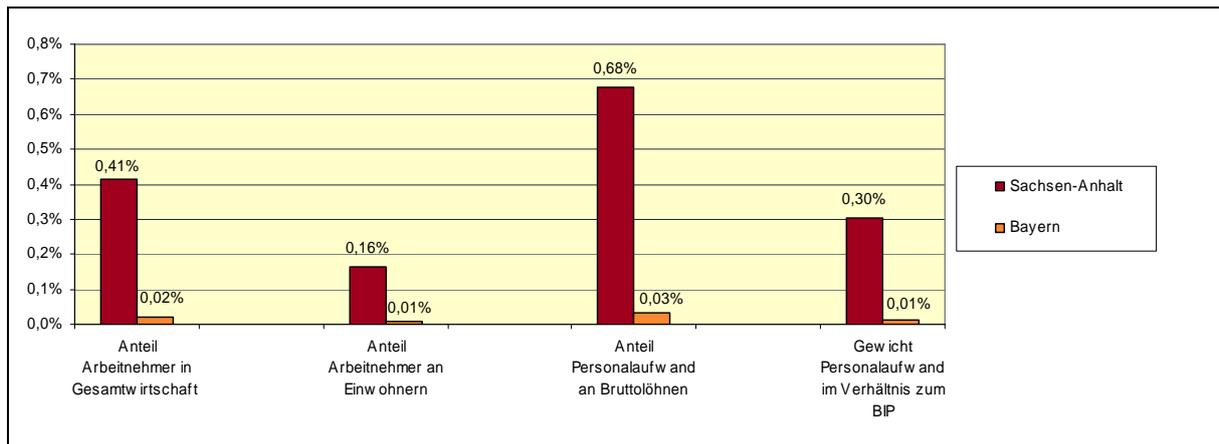


Abbildung 69: ÖPNV. Arbeitnehmer und Personalaufwendungen kommunaler Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt und Bayern  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Auch die Umsatzzahlen der kommunalen Verkehrsunternehmen Sachsens-Anhalts liegen deutlich über jenen Bayerns. Laut den Angaben der JöU können die Betriebe in Sachsen-Anhalt Umsätze in Höhe von 164.093.296 Euro verbuchen, in Bayern beträgt die Vergleichssumme mit 71.891.073 Euro weniger als die Hälfte. Damit liegt der Anteil der Umsätze am BIP in Sachsen-Anhalt bei 0,371% und in Bayern bei 0,019%.

Die Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen hingegen fallen, absolut betrachtet, in Sachsen-Anhalt etwas geringer aus als in Bayern, dennoch beträgt ihr Gewicht an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft 0,448% und damit deutlich mehr als in Bayern, wo die Nettoinvestitionen in den kommunalen Verkehr nur 0,072% der Gesamtinvestitionen ausmachen. Entsprechend kann Sachsen-Anhalt einen weit größeren Zugang an Sachanlagen verzeichnen. An den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen gewichtet, liegt hier der Anteil des ostdeutschen Vergleichslandes bei 0,534%, für Bayern liegt der entsprechende Wert bei 0,075%.

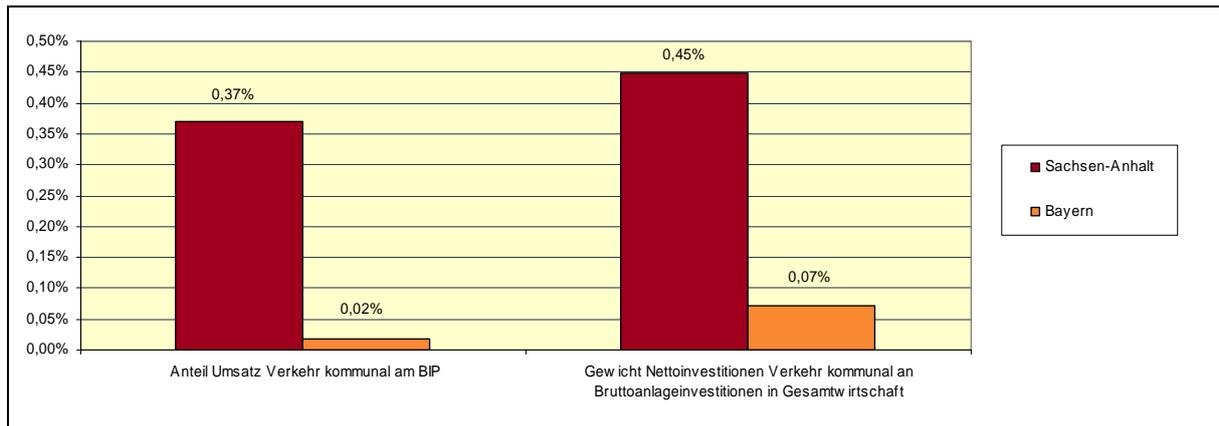


Abbildung 70: ÖPNV. Umsatz und Nettoinvestitionen kommunaler Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt und Bayern  
(Quelle: eigene Berechnungen JöU, VGR)

Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen lassen sich die absoluten Angaben des Statistischen Bundesamtes zu den beförderten Personen in Bayern und Brandenburg schwer miteinander vergleichen. Berechnet man einen Index aus beförderten Personen und Einwohnerzahlen der Länder, kommen auf jeden Einwohner Bayerns 94 verkaufte Fahrscheine, auf jeden Bürger Sachsen-Anhalts 78 verkaufte Fahrscheine pro Jahr. Der Anteil der von kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen ÖPNV beförderten Personen liegt in Bayern bei 86,5%, in Sachsen-Anhalt bei 92%. 13,5% der Kunden in Bayern nutzen die Angebote privater Unternehmen, in Sachsen-Anhalt beträgt deren Marktanteil in Bezug auf die beförderten Personen 8%.

Die Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand, hier beispielhaft für das Angebot verbilligter Verkehre an Schüler, Studenten und Auszubildende, kommen in beiden Vergleichsländern zu einem großen Teil den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen zugute. In Bayern gehen an sie 63% der Gelder, in Sachsen-Anhalt 85,4%.

Die folgende Abbildung fasst die wichtigsten Ergebnisse des Vergleiches nach dem Kriterium der Industriedichte (Ländervergleich Bayern – Sachsen-Anhalt), basierend auf den Zahlen der FV, zusammen:

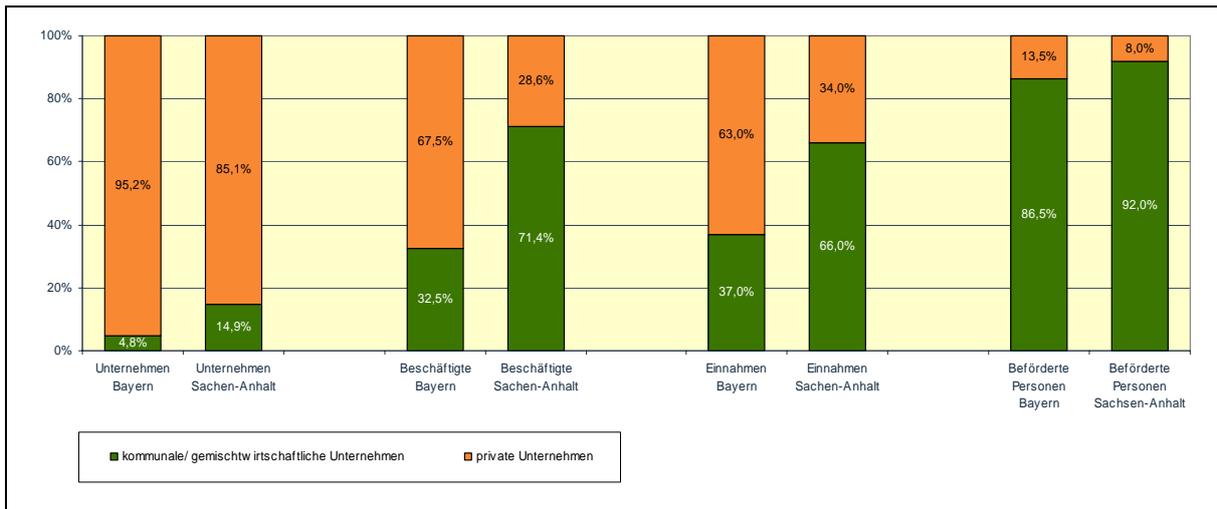


Abbildung 71: ÖPNV. Unternehmen, Beschäftigte, Einnahmen und beförderte Personen nach Eigentypen in Bayern und Sachsen-Anhalt  
(Quelle: FV, Statistisches Bundesamt Juni 2004, eigene Berechnungen)

### 5.3.4 Zusammenfassung

Die vorangehende Auswertung der Branchendaten für den Öffentlichen Personennahverkehr führt zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen: Den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen kommt in Ostdeutschland insgesamt, und in Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Besonderen, eine höhere Bedeutung zu als den entsprechenden Unternehmen in den alten Bundesländern. Dieses Ergebnis gilt für alle überprüften Einzelkategorien: Zunächst ist der Anteil kommunaler oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen höher als in den alten Bundesländern, in Brandenburg liegt das Ergebnis unter, in Sachsen-Anhalt über dem ostdeutschen Durchschnittswert. Gleiches ergibt sich aus dem Vergleich der Beschäftigtenzahlen: In den neuen Bundesländern ist der Anteil der bei kommunalen Verkehrsunternehmen beschäftigten Personen deutlich höher als in Westdeutschland, auch hier weist Brandenburg einen unter-, Sachsen-Anhalt einen überdurchschnittlichen Wert auf. Andere Daten der Statistik haben den Befund bestätigt, dass die Bedeutung der kommunalen Verkehrsunternehmen als Arbeitgeber in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland.

Auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sind die kommunalen Verkehrsunternehmen in den analysierten neuen Bundesländern und in Ostdeutschland insgesamt höher zu bewerten als in den westdeutschen Vergleichsländern. Aus der Gegenüberstellung von Umsätzen und Investitionen ergaben sich fast ausnahmslos höhere Anteile für die ostdeutschen kommunalen Unternehmen. Den Größenunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in die Betrachtungen einbezogen, fällt auch im Ost-West-Vergleich das Ergebnis eindeutig zugunsten der kommunalen Betriebe in den neuen Ländern aus.

Wie in der Einleitung bereits dargestellt, wird der deutsche ÖPNV-Sektor von kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen dominiert, obwohl insgesamt weit mehr private Betriebe in der Branche wirtschaftlich aktiv sind. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Zahl der beförderten Personen: Die kommunalen Unternehmen können einen wesentlich höheren Marktanteil für sich beanspruchen als die privaten Unternehmen. Aber auch hier bestätigt sich die Sonderrolle der ostdeutschen Bundesländer in Form höherer Anteile der kommunalen- und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen am Kundenmarkt.

So ergibt die vorangehende Analyse der Bedeutung kommunaler ÖPNV-Unternehmen ein recht einheitliches Bild, das die hervorgehobene Stellung kommunaler Unternehmen in Ostdeutschland für die Verkehrsbranche unterstreicht.

## 5.4 Abfallwirtschaft

Obwohl eine geregelte Abfallentsorgung als historisch gewachsene Staatsaufgabe gilt und nicht nur die Funktion der Daseinsvorsorge, sondern vor allem auch die der Gefahrenabwehr umfasst, existierten bis zum Ende der 60er Jahre lediglich auf der kommunalen Ebene Abfallsatzungen als rechtliche Regelungsgrundlage dieses Bereiches (Kusenbach 2002). Erst 1972 wurde mit dem Abfallbeseitigungsgesetz eine erste bundesweite Regelung beschlossen, die 1994 mit der Verabschiedung des aktuell wirksamen Kreislaufwirtschafts- und Abfallbeseitigungsgesetz (KrW-/AbfG) reformiert wurde. Auf EU-Ebene haben für die Entstehung des KrW-/AbfG vor allem die Abfallverbringungsordnung von 1993 sowie die Abfallrahmenrichtlinie (75/442/EWG), die den allgemeinen Teil des europäischen Abfallrechts regelt, Bedeutung (Kröger/ Klauß 2001). Laut §1 KrW-/AbfG ist der Zweck des Gesetzes „die Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen.“ (KrW-/AbfG 1994) Das Gesetz führt eine neue Zielhierarchie in das System der Abfallentsorgung ein. Lag das Hauptaugenmerk bisher auf der Verwertung und Beseitigung von entstandenen Abfällen, so greift das neue Gesetz früher: Die Menge produzierten Abfalls soll nun verringert, der Rest möglichst wiederverwertet werden. Lediglich unverwertbarer Restmüll bleibt dann in Zukunft zu beseitigen. Das Gesetz konzentriert sich auf die ökologische Steuerung von Stoffströmen (Kröger/ Klauß 2001) und folgt demnach der Forderung nach Nachhaltigkeit. Die grundsätzliche abfallwirtschaftliche Verantwortlichkeit sieht der Gesetzgeber bei den Abfallerzeugern und den Abfallbesitzern. Dies zieht eine Veränderung der Entsorgungsstrukturen nach sich, die oft auch als „Teilprivatisierung“ (Kusenbach 2002) beschrieben wird. Generell sind nämlich die Abfallerzeuger und Abfallbesitzer für die Verwertung oder Entsorgung zuständig, es muss jedoch bei unterschiedlichen Abfallarten überprüft werden, ob eine Überlassungspflicht an einen öffentlich-rechtlichen Entsorger besteht. So befindet sich z.B. die Beseitigung des privaten Hausmülls weiterhin in staatlicher Verantwortung (vgl. Kusenbach 2002). Jedoch kann hier laut §§16 bis 18 KrW-/AbfG ein Dritter als Erfüllungsgehilfe in Anspruch genommen werden (Kröger/ Klauß 2001). Keine Überlassungspflicht besteht hingegen bei recycelbaren Abfällen gewerblicher Erzeuger.

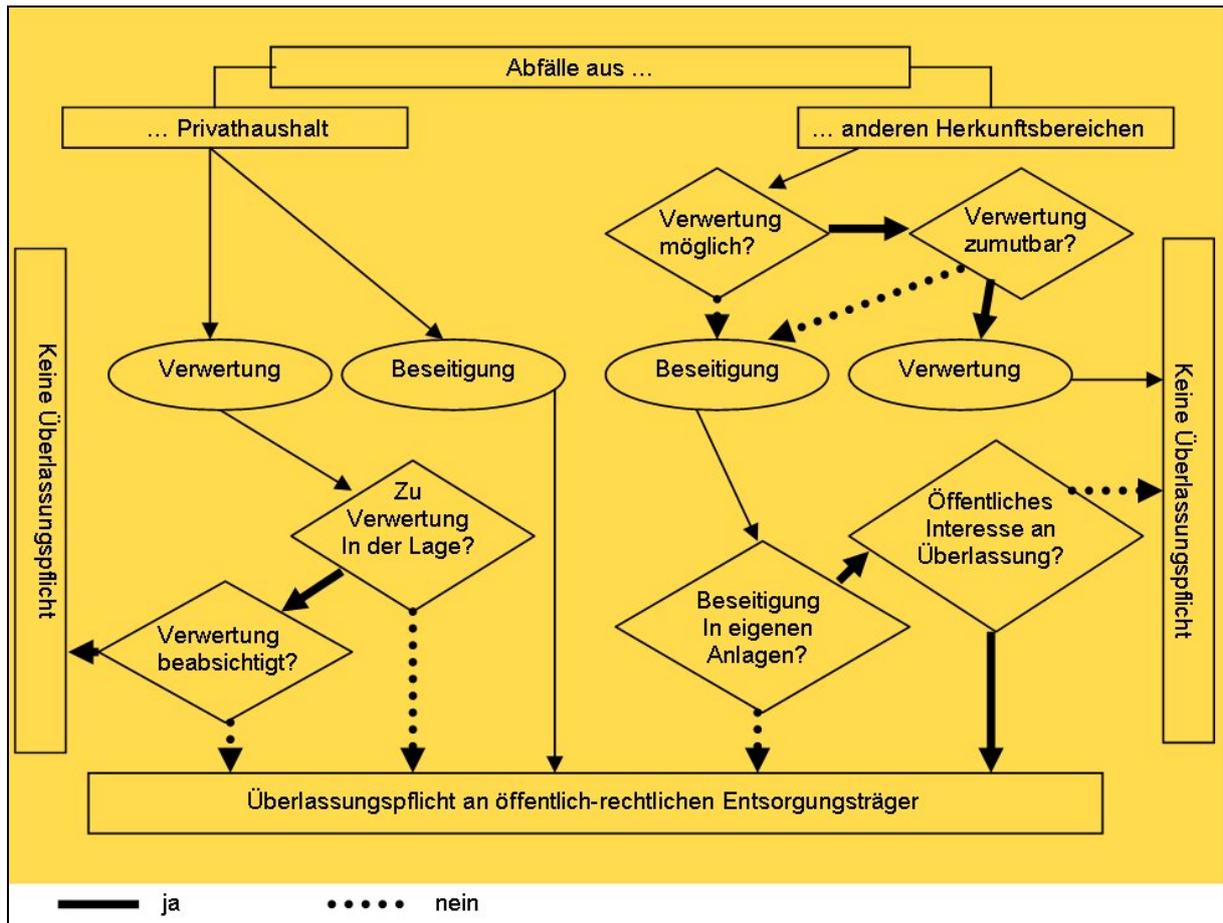


Abbildung 72: Abfallentsorgung. Regulierung nach KrW-/AbfG  
(Quelle: Kusenbach 2002)

Der damit einhergehende stärkere Wettbewerb im Abfallsektor hat in der Wahrnehmung der Kommunen zu einer Reihe von Problemen geführt: So hätten zunehmend oligopolistische Strukturen und der scharfe Wettbewerb um Abfälle negative Auswirkungen auf die Planungssicherheit und die Preisentwicklung in der Abfallentsorgung (Tomerius 1999). Darüber hinaus werden besonders im Bereich der Verwertung von Abfällen gewerblicher Abfallerzeuger und -besitzer erhebliche Kontroll- und Vollzugsdefizite wahrgenommen, weil dieser Bereich mit dem KrW-/AbfG nicht mehr zwangsläufig in die Zuständigkeit der Kommunen fällt (Ebenda). Anderen Stimmen in Wirtschaft und Politik geht die Teilprivatisierung des Sektors hingegen nicht weit genug. Immer wieder wird auch die Forderung nach vollständiger Privatisierung vertreten (Hendler 2001, S. 135). Doch auch hier stellt sich die Frage nach den Konsequenzen eines solchen Schrittes. Die Abfallentsorgung, nun ein privates Gut, so die Befürworter, würde günstiger (Rahmeyer 2004, S 27). Ob sich dies beim Kunden bemerkbar macht, bleibt abzuwarten. Ein Kosten-, jedoch kein Qualitätswettbewerb sei zu erwarten. Da viele der vorhandenen Verwertungsanlagen nicht marktgerecht positioniert sind, ist ihre wirtschaftliche Abwertung unvermeidlich. Da jedoch eine Rekommunalisierung aufgrund der europäischen und deutschen Rechtslage zurzeit

unmöglich erscheint, stellt sich die Frage nach der „schmerzlosesten“ Art der Liberalisierung. Die Probleme sind schnell Benannt: Bildung von Oligo- bzw. Monopolen, die nicht auf dem Markt, sondern um den Markt konkurrieren, Kartelle oder zumindest Absprachen zwischen den einzelnen Anbietern sowie Gefährdung der Umwelt durch Billigstentsorgung usw. Eine Möglichkeit zur Vermeidung solcher Probleme könnte eine Privatisierung der Aufgaben-, jedoch nicht der Gewährleistungsverantwortung darstellen. Somit wären die Entsorgung und der Wettbewerb staatlich gesichert (Kloepfer 2003, S.107ff.). Speziell Monopolbildungen könnten verhindert werden, da eine zu starke Marktmacht eines einzelnen Anbieters immer wieder durch Neuausschreibungen in Frage gestellt würde. Das Spannungsfeld von Fragen der Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit bildet den Rahmen der aktuellen politischen Diskussion. So rät beispielsweise der Sachverständigenrat für Umweltfragen durchaus dazu, den Markt zu öffnen, über Benchmarking Einsparpotentiale zu erschließen und private Unternehmen mit den Kommunen in Wettbewerb treten zu lassen. Jedoch sollte, so der Sachverständigenrat, jede Entscheidung unter dem Primat Umweltsicherheit vor Privatisierung getroffen werden.

Bundesweit existieren 449 kommunale Abfallunternehmen. Diese Unternehmen beschäftigen über 29.000 Mitarbeiter und erzielen jährlich einen Umsatz von 5,5 Mrd. Euro. Das macht 7,2% der Umsatzerlöse der gesamten kommunalen Wirtschaft der deutschen Flächenländer aus (77 Mrd. Euro pro Jahr).

Was den Eigeneranteil betrifft, befindet sich der größte Teil der öffentlichen Abfall-Unternehmen in kommunalem Besitz. Eine wesentliche Rolle spielen Städte, Gemeinden und Landkreise als Haupteigner. Die folgende Abbildung stellt auch dar, dass die Landkreise mit 43% kommunaler Beteiligung am stärksten vertreten sind.

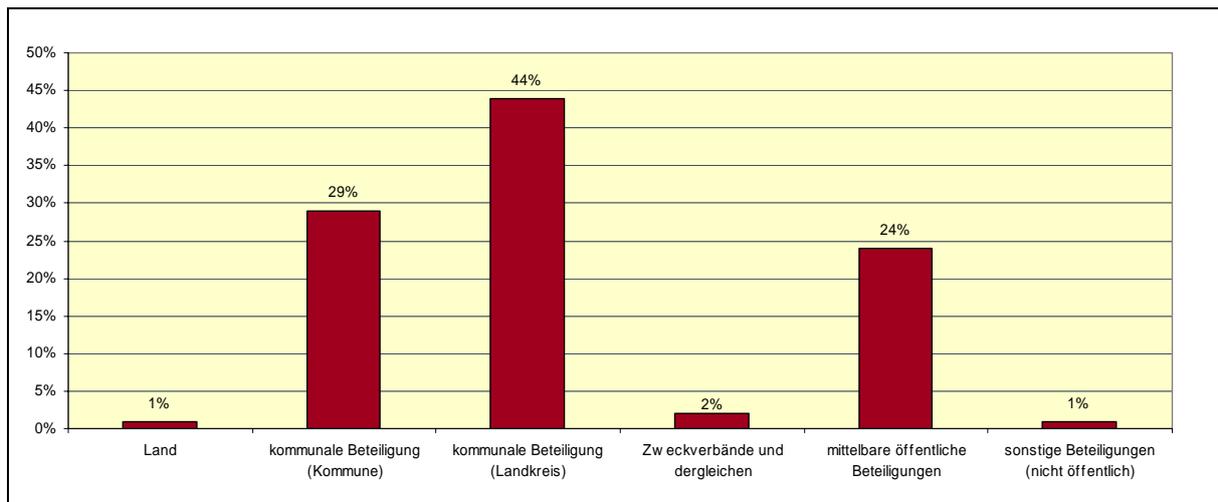


Abbildung 73: Abfallentsorgung. Eigner öffentlicher Abfallunternehmen<sup>47</sup>  
(Quelle: JöU)

Über die Rechtsform kann man nur begrenzte Aussagen bezüglich der Bedeutung der kommunalen Wirtschaft machen, vor allem über die politischen Einflussmöglichkeiten. Da in der Abfallbranche die Umweltsicherheit und das Vermeiden von Billigentsorgung die wichtigsten Kriterien sind, haben die Kontrollmöglichkeiten über private Entsorger eine hohe Bedeutung. Es ist abgebildet, dass bei einem großen Teil der kommunalen Abfallunternehmen die Kommunen die Gestaltungsmöglichkeiten fest in der Hand haben. Davon ist der größte Teil dieser Unternehmen als Eigenbetrieb organisiert (37%). Zweckverbände und Sondervermögen haben einen auch nicht unwesentlichen Anteil, entsprechend 14% und 10%.

Organisationsformen, bei denen der politische Einfluss geschwächt wird, umfassen dagegen fast 40% der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland, die meisten von diesen (36%) sind GmbHs.

<sup>47</sup> Hier sowie in der folgenden Abbildung ist zu beachten, dass es sich um die Gesamtdaten der Flächenländer handelt, die Stadtstaaten wurden nicht ausgewertet.

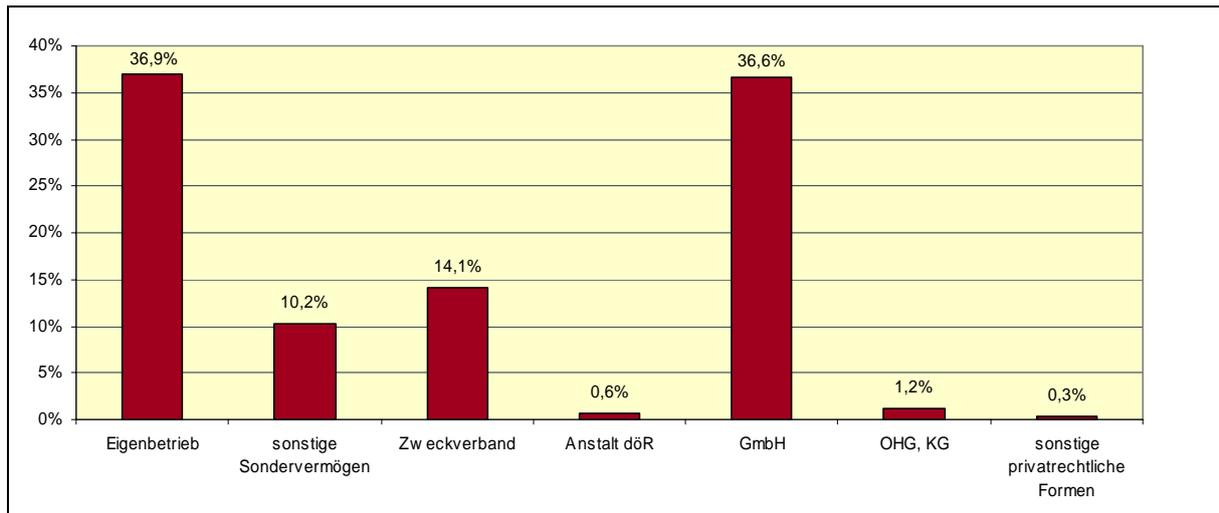


Abbildung 74: Abfallentsorgung. Rechtsform kommunaler Abfallunternehmen  
(Quelle: JöU)

#### 5.4.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein

Nach den Daten der amtlichen Statistik sind in Schleswig-Holstein 7 und in Brandenburg 10 Abfallunternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung tätig, die entsprechend 620 und 404 Arbeitnehmer beschäftigen.

Das Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft, gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft als auch an den Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft, ist für die beiden Länder unterdurchschnittlich. Kommunale Unternehmen in Schleswig-Holstein stellen 0,05% der gesamten Zahl an Arbeitnehmer im Land, was unwesentlich höher ist als der Anteil an Arbeitnehmern, die in Brandenburg beschäftigt werden, nämlich 0,04%.

Die beiden Bundesländer unterscheiden sich auch nicht wesentlich hinsichtlich der Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft als Lohnzahler. Der Anteil des Personalaufwandes, gemessen an Bruttolöhnen in der Gesamtwirtschaft, hat in Schleswig-Holstein einen Wert von 0,09% und 0,06% in Brandenburg. Diese Anteile liegen unter dem Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten), welcher 0,14% entspricht. Die Rolle der kommunalen Abfallwirtschaft als Lohnzahler ist also in beiden Ländern geringer als in Deutschland insgesamt, fällt aber in Brandenburg sogar noch niedriger aus, als in Schleswig-Holstein.

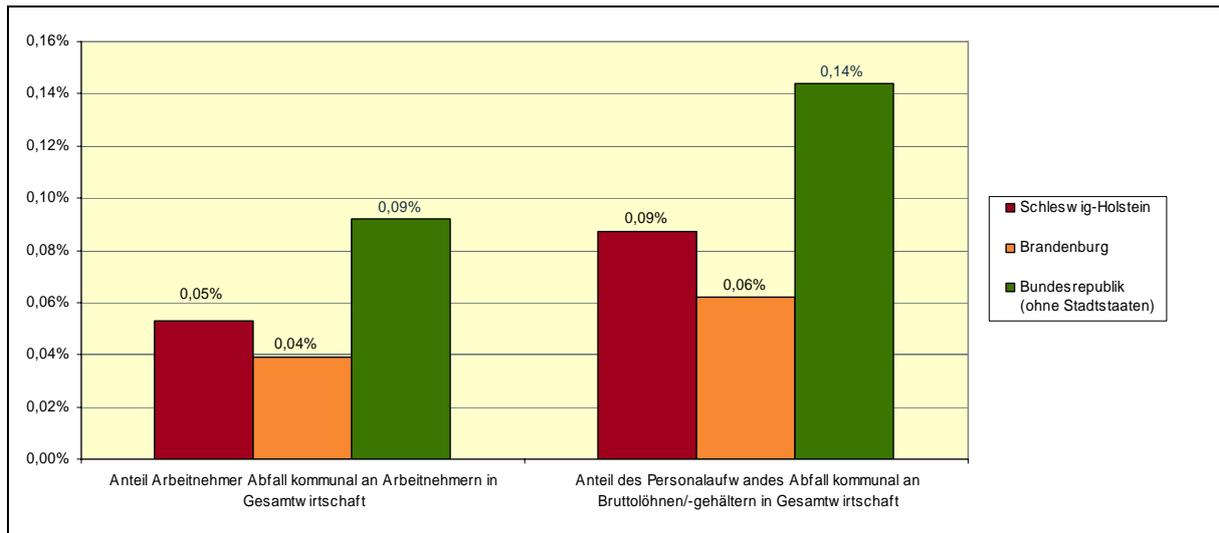


Abbildung 75: Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten in Schleswig-Holstein und Brandenburg (Quelle: JöU, VGR)

Die Daten, die sich auf die nächsten Kategorien – Umsatz und Investitionen – beziehen, weisen deutlichere Differenzen zwischen den beiden Bundesländern auf. Beide Länder liegen unter dem Bundesdurchschnitt, das heißt, dass in Brandenburg und Schleswig-Holstein durch die kommunale Abfallwirtschaft ein geringerer Beitrag zur Gesamtwirtschaft des Bundeslandes geleistet wird, als es im Bundesdurchschnitt der Fall ist.

Der Unterschied wird noch gravierender, wenn man die Investitionen betrachtet. Hier ist das Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft als Investor in Brandenburg geringer als in Schleswig-Holstein und im Durchschnitt des Bundes.

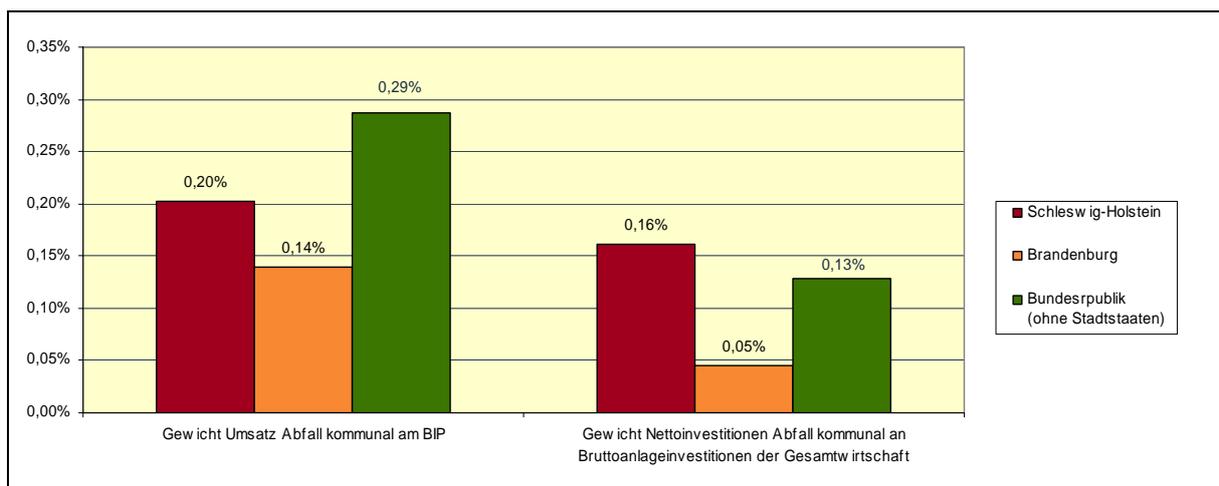


Abbildung 76: Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen in Schleswig-Holstein und Brandenburg (Quelle: JöU, VGR)

Eine interessante Ergänzung liefert die eigene Erhebung von Daten, die sich auf die Befragung der Städte und Gemeinden über 10.000 Einwohner in diesen Ländern bezieht.

Ein großer Teil der befragten Unternehmen in Schleswig-Holstein ist dem Wettbewerb ausgesetzt. So befinden sich 50% der befragten Betriebe im Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen. Weitere 33% konkurrieren mit privaten Unternehmen vor Ort. In Brandenburg dagegen trifft 57% der befragten Unternehmen kein nennenswerter Wettbewerb. Die Tendenz wird deutlich, dass kommunale Unternehmen in Schleswig-Holstein in viel höherem Maße dem Wettbewerb ausgesetzt sind als die in Brandenburg. Die stärker wettbewerbliche Marktstruktur in Schleswig-Holstein führt allerdings nicht – wie häufig befürchtet – zu einer geringeren Bedeutung kommunaler Unternehmen als Arbeitgeber.

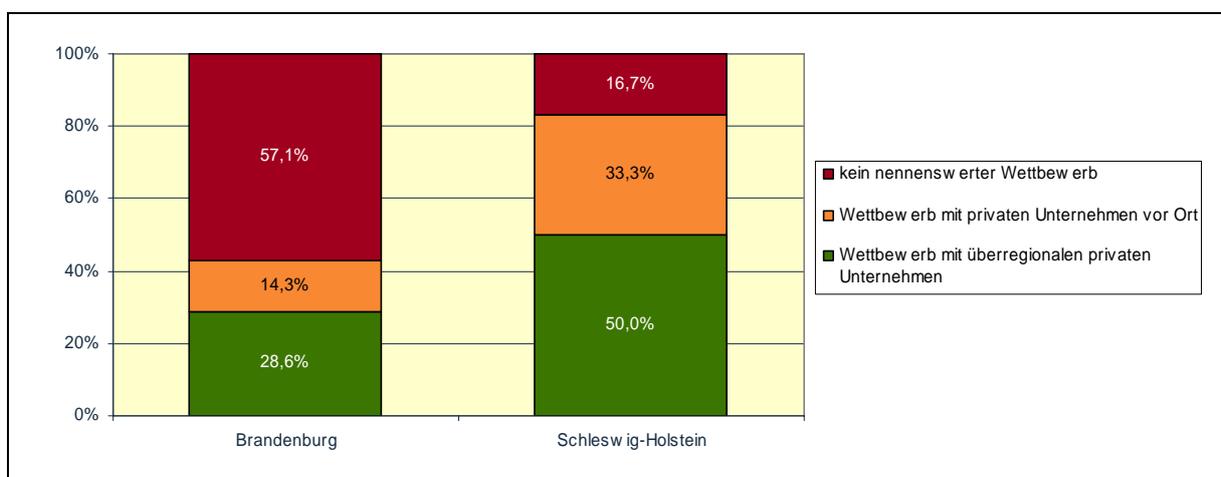


Abbildung 77: Abfallentsorgung. Wettbewerbssituation der kommunalen Abfallunternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein  
(Quelle: EE)

#### 5.4.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

Die folgenden Abbildungen liefern einen Überblick über die Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer. In den zwei Abbildungen werden sowohl die Werte bezüglich der alten und neuen Bundesländer dargestellt als auch der Bundesdurchschnitt (ohne Stadtstaaten) in jeder der bezeichneten Kategorien angezeigt.

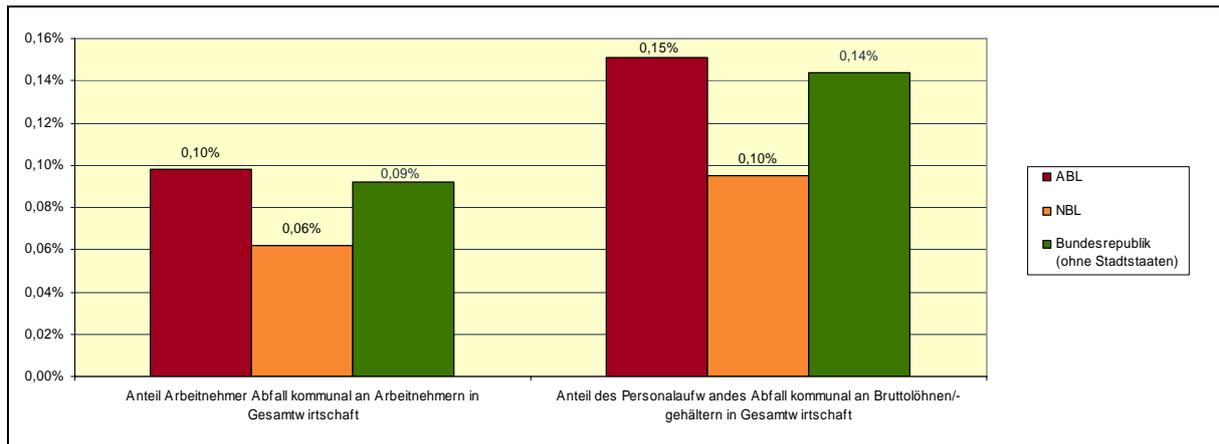


Abbildung 78: Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten in Ost und West (Quelle: JöU, VGR)

Sowohl in ihrer Bedeutung als Arbeitgeber als auch in ihrer Bedeutung als Lohn- und Gehaltszahler erreicht die kommunale Abfallwirtschaft in Ostdeutschland nicht den Stellenwert, den sie in den alten Bundesländern und in Deutschland insgesamt hat.

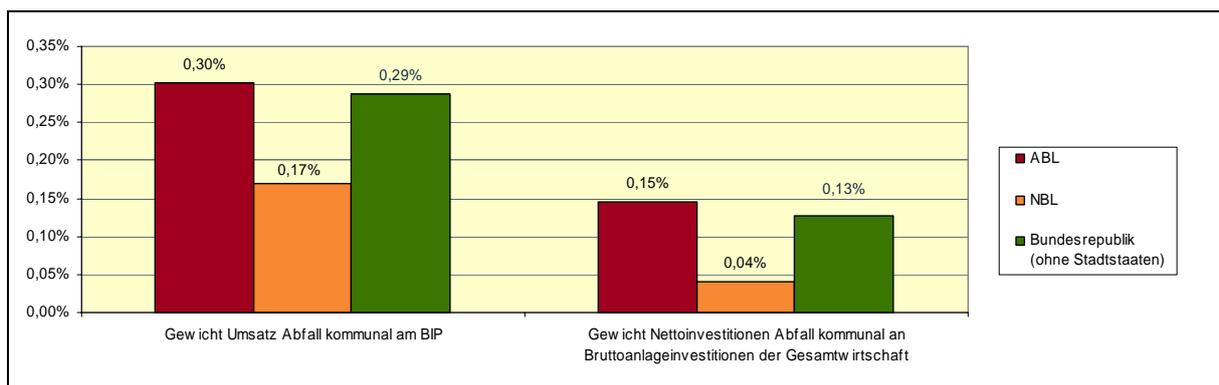


Abbildung 79: Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen in Ost und West (Quelle: JöU, VGR)

Eine geringe Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft in Ostdeutschland bestätigt sich bei der Betrachtung der Umsätze in dieser Branche.

Die Differenz zwischen Ost und West wird noch markanter, wenn man den Anteil der Nettoinvestitionen (an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft), die man im Osten und im Westen aufbringt, betrachtet. Es wird gezeigt, dass dieser Anteil im Westen 0,15% der Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft ausmacht, im Osten dagegen liegen die Werte bei 0,04%. Die Investitionen der Abfallwirtschaft in den alten Bundesländern sind also fast 4-mal so hoch wie im Ostteil.

Aus den Daten kann man ableiten, dass Abfallunternehmen, die in kommunalem Besitz sind, deutliche Unterschiede gemäß ihrer Ost- bzw. West-Zugehörigkeit aufweisen. Die Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft ist in den alten Bundesländern höher, da sie

wesentlich höhere Erlöse erzielt und deutlich intensiver investiert als jene im Osten. In ihrer Rolle als Arbeitgeber und Lohn- und Gehaltzahler verringern sich die Unterschiede zwischen kommunalen Abfallunternehmen in Ost und West. In der Tendenz aber bleibt die höhere Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft in Westdeutschland erhalten.

Nachdem festgestellt wurde, dass es erhebliche Unterschiede in der Abfallwirtschaft der alten und den neuen Bundesländern gibt, konzentriert sich die Untersuchung im Folgenden auf die Länder Bayern und Sachsen-Anhalt als Repräsentanten der Industriedichte in West- bzw. Ostdeutschland.

### 5.4.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt

Nach Angaben der amtlichen Statistik sind in Bayern 46 kommunale Abfallunternehmen tätig, in Sachsen-Anhalt sind es 26. In diesen Betrieben sind entsprechend 4.249 und 1.947 Arbeitnehmer beschäftigt.

Wenn man die Zahlen der Arbeitnehmer, normiert mit den Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft oder mit den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft, betrachtet, so zeigen die Statistiken eine hervorgehobene Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft in Sachsen-Anhalt. Es wird ersichtlich, dass die kommunale Abfallwirtschaft in Sachsen-Anhalt eine doppelt so große Rolle als Arbeitgeber spielt wie in Bayern. Mit einem Anteil von 0,19% an Arbeitnehmern liegt Sachsen-Anhalt auch weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Anteile an Löhnen und Gehältern, die in den beiden Ländern in der kommunalen Abfallwirtschaft ausgegeben werden, machen diese Unterschiede noch markanter.

Gemessen an der Wirtschaftskraft beider Länder hat die kommunale Abfallwirtschaft in Sachsen-Anhalt, sowohl als Arbeitgeber als auch als Lohn- und Gehaltzahler, eine sehr viel größere Bedeutung als in Bayern.

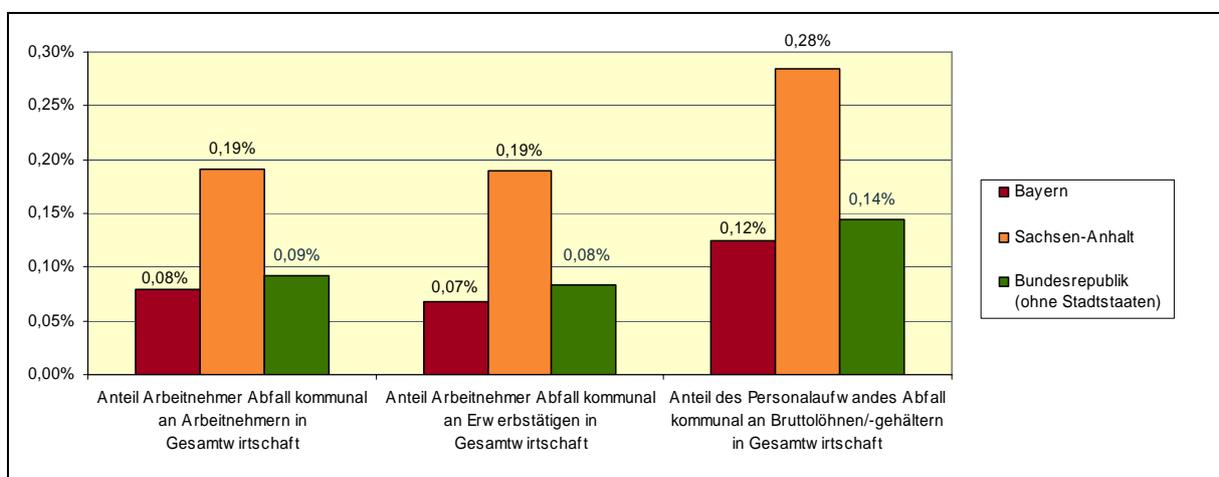


Abbildung 80: Abfallentsorgung. Arbeitnehmer und Personalkosten im Vergleich nach Industriedichte (Quelle: JöU, VGR)

Die nächsten Kriterien, anhand derer die zwei Bundesländer miteinander verglichen werden, bestätigen den ersten Eindruck.

So machen in Sachsen-Anhalt die jährlichen Umsatzerlöse 0,39% des BIP aus und das übersteigt den Durchschnitt (0,29%) wesentlich. In Bayern dagegen liegt der Anteil mit 0,23% unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Anteile an Investitionen weisen noch stärkere Differenzen auf. Aus den abgebildeten Daten wird ersichtlich, dass kommunale Abfallunternehmen in Sachsen-Anhalt ein dreimal größeres Gewicht haben als in Bayern.

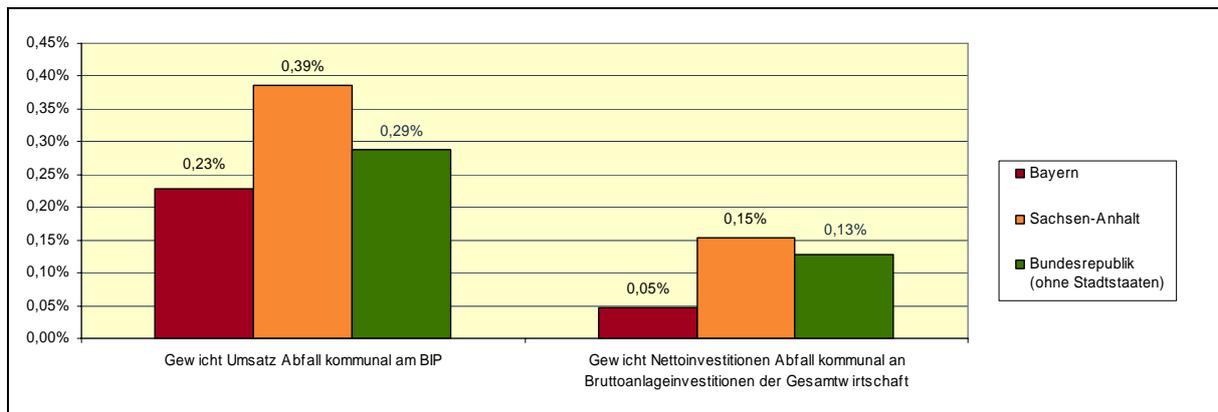


Abbildung 81: Abfallentsorgung. Umsatz und Nettoinvestitionen im Vergleich nach Industriedichte (Quelle: JöU, VGR)

#### 5.4.4 Zusammenfassung

Die bisherigen Analysen zeigen, dass kommunale Abfallunternehmen in Schleswig-Holstein einen höheren Stellenwert als Arbeitgeber haben als in Brandenburg. Man kann ferner behaupten, dass Schleswig-Holsteins kommunale Abfallbetriebe höhere Umsatzerlöse erzielen und deutlich stärker investieren, als brandenburgische kommunale Abfallunternehmen. Insgesamt betrachtet, scheint also die kommunale Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein eine größere Bedeutung zu haben als in Brandenburg. In manchen Aspekten, wie z.B. Rechtsform, weisen kommunale Unternehmen in Brandenburg Steuerungsvorteile auf, da sie bessere Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen haben als in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein hat einen deutlich größeren Anteil an kommunalen Betrieben, die als GmbHs organisiert sind (über 70%) als Brandenburg (50%). Die Datenanalyse für Brandenburg und Schleswig-Holstein führt also zu der klaren Schlussfolgerung einer höheren Bedeutung der kommunalen Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein. Somit kann konstatiert werden, dass der Abfallsektor eine Sonderrolle der in dieser Studie betrachteten Branchen einnimmt.

Die alten Bundesländer verfügen über einen höheren Stellenwert der kommunalen Abfallwirtschaft in allen betrachteten Aspekten gegenüber den neuen Bundesländern. Die Analyse des nach Industriedichte typischen alten und neuen Bundeslandes ergab einen gegenteiligen Effekt. Die Abfallwirtschaft in Sachsen-Anhalt hat, über alle betrachteten Kriterien hinweg, eine deutlich höhere Bedeutung als in Bayern.

## 5.5 Krankenhauswesen

Trotz zunehmender Bedeutung privater Gesundheitsausgaben ist die gesetzliche Krankenversicherung nach wie vor die finanzielle Basis des deutschen Gesundheitssystems. Rund 70 Millionen versicherte Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung tragen die Hauptlast der Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems.

Mit dem medizinischen Fortschritt und dem zunehmendem Alter der Bevölkerung wächst die Nachfrage an Gesundheitsdienstleistungen kontinuierlich 1992 bis 2001 um 38% (Böhm 2003) und liegt deutlich über dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. 2002 erreichten die öffentlichen und privaten Gesundheitsausgaben in Deutschland 234 Mrd. Euro, was 11% des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Bedingt vor allem durch die demographische Entwicklung, ist bis zum Jahr 2020 mit einer weiteren Verdopplung der Gesundheitsausgaben zu rechnen. Gegenwärtig sind ca. 4 Mio. Menschen im Gesundheitswesen und den zuliefernden Wirtschaftszweigen tätig. Dies entspricht etwa 10% der insgesamt Erwerbstätigen. Mehr als eine Millionen Beschäftigte entfallen dabei auf die Krankenhäuser.

### Überblicksdaten

2004 wurden 16,7 Millionen Patienten stationär behandelt. Die Krankenhäuser sind laut Statistischem Bundesamt (2006a) mit einem Anteil von etwa einem Drittel an den Gesundheitsausgaben der bedeutendste Kostenfaktor im Gesundheitsbudget. Von 2.157 Krankenhäusern in Deutschland mit insgesamt ca. 528.000 Betten sind derzeit 670 in öffentlicher (36%), 720 in freigemeinnütziger (38%) und 450 in privater Trägerschaft (26%). 2004 waren 1.080.000 Mitarbeiter in den Krankenhäusern beschäftigt. Die Personalkosten machen in dem personalintensiven Krankenhausbetrieb rund zwei Drittel aller Kosten aus. Gerade im ländlichen Raum sind die Krankenhäuser nicht selten die größten Arbeitgeber. Von ihnen gehen wichtige weitergehende Beschäftigungsimpulse für die Region aus.

### Duale Finanzierung und Fallpauschalensystem

Bis Ende 2003 galt das so genannte Kostendeckungsprinzip, d.h. die Deckung der laufenden Betriebs- und Personalkosten hatte ohne staatliche Zuschüsse durch die Tagespflegesätze der Krankenkassen zu erfolgen. Lediglich für die Investitionen waren je nach Träger Land oder Kommune zuständig. Näheres regelten die landeseigenen Krankenhauspläne. In den Jahren nach der Wiedervereinigung wurden zwar enorme Kräfte in die Sanierung der übernommenen Einrichtungen investiert, dennoch klagen die Vertreter der Kliniken und Kassen nach wie vor über die wachsenden Investitionslücken ihrer Häuser.

Seit der Einführung der leistungsbezogenen Bezahlung mit Hilfe des so genannten diagnoseorientierten Fallpauschalensystems am 1. Januar 2004 ist die deutsche Krankenhauslandschaft im Umbruch begriffen. Die Kostenabrechnung erfolgt nun nicht mehr nach Tagespflegesätzen, sondern über einen Preiskatalog von 954 bundesweit einheitlichen Abrechnungspositionen, den so genannten Fallpauschalen. Ziel ist es, die Leistungen aller Krankenhäuser bundesweit grundsätzlich gleich zu vergüten.

Die entscheidende Konsequenz des Preissystems der einheitlichen Fallpauschalen liegt darin, dass die Kliniken sich nicht mehr über einen pauschalen Tagessatz, sondern nach den einzelnen Behandlungen finanzieren. Gewinne werden erzielt, wenn Leistungen zu geringeren Kosten erbracht werden als dies durch die jeweilige Fallpauschale vergütet wird.

Da nicht mehr nach Tagessätzen abgerechnet wird, werden die Liegezeiten der Patienten, im Gegensatz zu den Zeiten der Abrechnung über Tagespflegesätze möglichst kurz gehalten. Aufgrund des wachsenden Modernisierungs- und der Spezialisierungsdrucks auf die Kliniken passen die Träger ihr jeweiliges Leistungsspektrum so an, dass ein wirtschaftlicher Betrieb möglich wird. Die Folge ist ein Wettbewerb der Krankenhäuser um Behandlungsschwerpunkte. Das Vorhandensein eines Krankenhausmanagements in Form von strategischer Ausrichtung und Anwendung betriebswirtschaftlicher Methoden wird für die Krankenhäuser zunehmend zur Existenzfrage. Bestehende Überkapazitäten und Effizienzreserven werden ausgemacht, Personal- und Verwaltungskosten minimiert sowie neue Arbeitszeitmodelle und Qualitätskontrollen eingeführt.

Ein von einem Klinikkonzern getragenes und nach modernen Managementmethoden geführtes Krankenhaus soll mit größeren und standardisiert arbeitenden Einheiten pro Patient niedrigere Kosten erzielen und bei pauschaler Vergütung einen höheren Gewinn als kleinere, herkömmlich geführte Häuser erwirtschaften. Die vier größten Klinikkonzerne in Deutschland, die international agierenden Rhön-Klinikum, Asklepios Kliniken, Sana Kliniken und Fresenius Kliniken wachsen seit Anfang der Neunziger Jahre rasant und besitzen gegenwärtig in Deutschland zusammen über 170 Krankenhäuser, erwirtschaften einen Umsatz von ca. 12,5 Mrd. Euro und beschäftigen fast 120.000 Mitarbeiter.

Im selben Zeitraum wurden deutschlandweit 177 Häuser geschlossen und mehr als 113.000 Betten abgebaut. Die durchschnittliche Verweildauer sank von 13 Tagen in 1994 auf 8,7 Tage in 2004. Mit dem Einsetzen der Fallpauschalenregelung Anfang 2004 verschärfen sich die Konzentrationsprozesse auf dem „Gesundheitsmarkt“ noch einmal.

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland ist als eher problematisch zu beurteilen: Im Jahr 2003 schrieben etwa die Hälfte der Krankenhäuser „rote Zahlen“

(Buscher 2004, S. 8)<sup>48</sup>. In den neuen Bundesländern lag der korrespondierende Anteil der Krankenhäuser, die ausgeglichene bzw. positive Jahresabschlüsse zu vermelden hatten, mit 73% wesentlich höher. Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser lässt sich auf dieser Ebene der Betrachtung in den neuen Bundesländern als signifikant besser konstatieren.

### **Strategien im Wettbewerb: Fusion, materielle und formale Privatisierung**

Die anhaltend schwierige Haushaltsslage der kommunalen Gebietskörperschaften führt dazu, dass sich kommunale Träger angesichts leerer Kassen gezwungen sehen, ihre Kliniken an private oder gemeinnützige Betreiber zu verkaufen oder, wo möglich, miteinander fusionieren zu lassen. Fusionen sollen helfen, das Kapital für notwendige Investitionen aufzubringen, Synergieeffekte zu nutzen sowie Spezialisierungsvorteile zu ermöglichen. Zudem verbessert sich die Verhandlungsposition der fusionierten Krankenhausträger gegenüber den Krankenkassen mit zunehmender Größe.

Um auf den gewachsenen und weiter wachsenden wirtschaftlichen Druck in der Folge der Umstellung des Leistungsabrechnungssystems zu reagieren, werden im Wesentlichen drei Strategien unterschieden:

- Materielle Privatisierung: Verkauf des Krankenhauses
- Formale Privatisierung: Überführung in eine private Rechtsform
- Fusion mehrerer kommunaler Krankenhäuser

Private Krankenhauskonzerne verfolgen mit dem Kauf von weiteren Kliniken eine Offensivstrategie, um Kosten einzusparen und den Gewinn zu erhöhen. Prognosen wirtschaftsnaher Beratungsgesellschaften gehen von einem Privatisierungsgrad bis 2020 von bis zu 50% aus. Die weitere Privatisierung des deutschen Krankensektors stößt jedoch vielerorts zunehmend an kartellrechtliche Grenzen, da eine marktbeherrschende Stellung in den regionalen Märkten ausgemacht wird.

Betrachtet man die tatsächlich vollzogenen und die tatsächlich geplanten materiellen Privatisierungen, so zeigt sich: „Der Verkauf und damit die echte Privatisierung spielt derzeit entgegen mancher Prognose eine eher untergeordnete Rolle.“ (Buscher 2004, S. 11) Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik waren in 2003/ 04 lediglich 4% (etwa 100) der Krankenhäuser verkauft worden, bei weiteren 5% der Krankenhäuser war ein solcher

---

<sup>48</sup> In 2004 „erzielten gut die Hälfte der zugelassenen Allgemeinkrankenhäuser in Deutschland einen Jahresüberschuss. Ein Drittel der Häuser schrieb Verluste. Etwa 10% wiesen ein ausgeglichenes Ergebnis aus.“ (Blum/ Schilz 2005, S. 8) Dieser im Vergleich zu 2003 verbesserte Befund ist nicht einfach als verbesserte Wirtschaftslage der Krankenhäuser interpretierbar, da hier ausschließlich Allgemeinkrankenhäuser, dagegen bei Buscher (2004) alle Krankenhäuser den Gegenstandsbereich bilden.

Verkauf in 2003/ 04 geplant oder beschlossen. Jedoch betrifft die Privatisierungsstrategie Krankenhäuser in den neuen Bundesländern signifikant stärker (verkauft: 7%, geplant/ beschlossen: 10%) (Buscher 2004, S. 11ff.).

Kommunale Träger hingegen suchen über die Fusion mehrerer Kliniken nach einem Weg, ihre Kliniken wirtschaftlicher zu gestalten, um nicht an private Anbieter verkauft zu werden. Tatsächlich vollzogen wurden Fusionen in 2003/ 04 in 7%, geplant oder beschlossen sind Fusionen in 22% der Krankenhäuser. Die Fusionsstrategie zur Verbesserung der Wettbewerbsposition betrifft stärker die alten Bundesländer (Buscher 2004, S. 11ff.).

Neben Fusion und Verkauf bleibt als alternative Form der Privatisierung die formale Privatisierung der Kliniken. Bisherige Regie- und Eigenbetriebe werden formell als Eigengesellschaften in privatrechtliche Rechtsformen wie die gemeinnützige GmbH überführt, bleiben aber mehrheitlich in öffentlicher Hand. Im kommunalen Krankenhaussektor der Städte mit über 50.000 Einwohnern waren im Jahr 2001 (Edeling/ Reichard/ Richter/ Brandt 2004) in 33% der Fälle die kommunale Aufgabe „Krankenhaus“ in der Rechtsform des Eigenbetriebs organisiert, mit 54% ist die Rechtsform GmbH bereits stark vertreten. Im Jahr 2003/ 04 vollzogen 11% der Krankenhäuser einen Wechsel der Rechtsform, in weiteren 20% wird eine Rechtsformänderung erwogen. Unterschieden nach alten und neuen Bundesländern lässt sich wiederum eine stärkere Verbreitung der Strategie der formalen Privatisierung in den alten Bundesländern verzeichnen (Buscher 2004, S. 22ff.).

Die Analyse der drei Wettbewerbsstrategien hat ergeben, dass generell die echte Privatisierung gegenüber Fusion und formaler Privatisierung eine untergeordnete Rolle spielt, zu beachten ist jedoch, dass in den neuen Bundesländern die materiale Privatisierung stärker gewählt wird als in den alten Bundesländern, die Fusion und die formale Privatisierung dagegen in den alten Bundesländern häufiger anzutreffen ist. Sowohl die Wettbewerbsposition als auch die Antworten der Krankenhaus-Branche auf den gewachsenen Wettbewerbsdruck unterscheiden sich in Ost und West.

Durch die ab 2007 bevorstehende bundesweite Vergleichbarkeit der Kosten der Krankenhäuser im Zuge der weiteren Harmonisierung der Fallpauschalenregelung, wird sich der Wettbewerb im Krankenhaussektor weiter verschärfen. Effizienz- und Spezialisierungsdruck werden weiter wachsen. Als zunehmend prekär wird in der Folge ein anderer, in der jüngeren Vergangenheit der Debatte eher vernachlässigter Zielkomplex, nämlich die Versorgungssicherheit thematisiert: „Bei etwa 50 der befragten Krankenhäuser, die Leistungen aufgegeben haben, wurden diese Angebote von keinem der anderen Angebotsträger übernommen.“ (Buscher 2004, S. 10)

Zum Krankenhauswesen stehen der vorliegenden Studie im Wesentlichen drei Datenquellen zur Verfügung: (1) Daten aus den Jahresabschlüssen öffentlicher Unternehmen (JöU), die

mit Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) normiert wurden, (2) die Fachreihe: „Gesundheitswesen – Grunddaten der Krankenhäuser“ des Statistischen Bundesamtes (FKH) und (3) Ergebnisse aus der eigenen Erhebung (EE) in Form einer Befragung der Kommunen (mit über 10.000 Einwohnern) von Brandenburg und Schleswig-Holstein. Aus dieser umfangreichen Datenmenge lassen sich aufschlussreiche Erkenntnisse über die Bedeutung der öffentlichen kommunalen Wirtschaft im Krankenhauswesen ableiten. Die von der Menge des Datenmaterials her umfangreichste Auswertung (JöU) bezieht 559 im Krankenhauswesen tätige Unternehmen in den deutschen Flächenländern ein. Insgesamt beschäftigen diese Unternehmen 395 Tsd. Arbeitnehmer und erwirtschaften einen Umsatzerlös in Höhe von 21.387 Mio. Euro.

Die FKH umfasst hingegen alle 2.166 Krankenhäuser bundesweit. Insgesamt beschäftigen die Krankenhäuser in der Bundesrepublik 805 Tsd. Arbeitnehmer.

Anhand dieser Daten lassen sich Unterschiede in der Struktur und Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in den einzelnen Bundesländern erkennen. In den folgenden beiden Kapiteln werden die wesentlichsten Differenzen dargestellt und erläutert. Dabei wird zuerst auf den Vergleich zwischen den Bundesländern Brandenburg und Schleswig-Holstein eingegangen. Anschließend wird untersucht, ob sich zwischen den neuen und alten Bundesländern systematische Unterschiede erkennen lassen. Abschließend wird anhand eines Ländervergleichs zwischen Bayern und Sachsen-Anhalt überprüft, ob sich eventuelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auch bei Ländern wieder finden lassen, die von ihrer Industriedichte jeweils repräsentativ für die neuen bzw. alten Bundesländer sind.

### **5.5.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein**

Beim Vergleich des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg und Schleswig-Holstein wird deutlich, dass die Bedeutung dieses Sektors an der gesamten Wirtschaft in Brandenburg wesentlich höher ist.

Insgesamt gibt es nach Angaben der FKH in Brandenburg 47 Krankenhäuser von den 22 öffentliche sind. In den JöU werden 22 öffentliche Unternehmen im Krankenhauswesen erfasst, die sich in kommunalem Mehrheitsbesitz befinden. In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 105 Krankenhäuser, von denen 32 öffentlich sind. In den JöU werden 16 öffentliche Unternehmen im Krankenhauswesen in kommunalen Mehrheitsbesitz gezählt.

Der Anteil der Angestellten in kommunalen Krankenhäusern an den gesamten Arbeitnehmern liegt in Brandenburg mit 1,36% gegenüber 0,64% in Schleswig-Holstein etwa 2,1-mal so hoch. Die Vermutung, dass sich die höhere Bedeutung des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg an der Gesamtwirtschaft allein darauf

begründet, dass die private Wirtschaft in dem ostdeutschen Bundesland verhältnismäßig schwächer ist, lässt sich widerlegen. Denn auch gemessen an der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Angestellten in den öffentlichen kommunalen Krankenhäusern in Brandenburg mit 0,55% in etwa 2,1-mal so hoch wie in Schleswig-Holstein mit nur 0,27%. Der Wert ist zwar geringfügig niedriger als der entsprechende Anteil an den Arbeitnehmern, verdeutlicht aber dennoch die signifikant höhere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg.

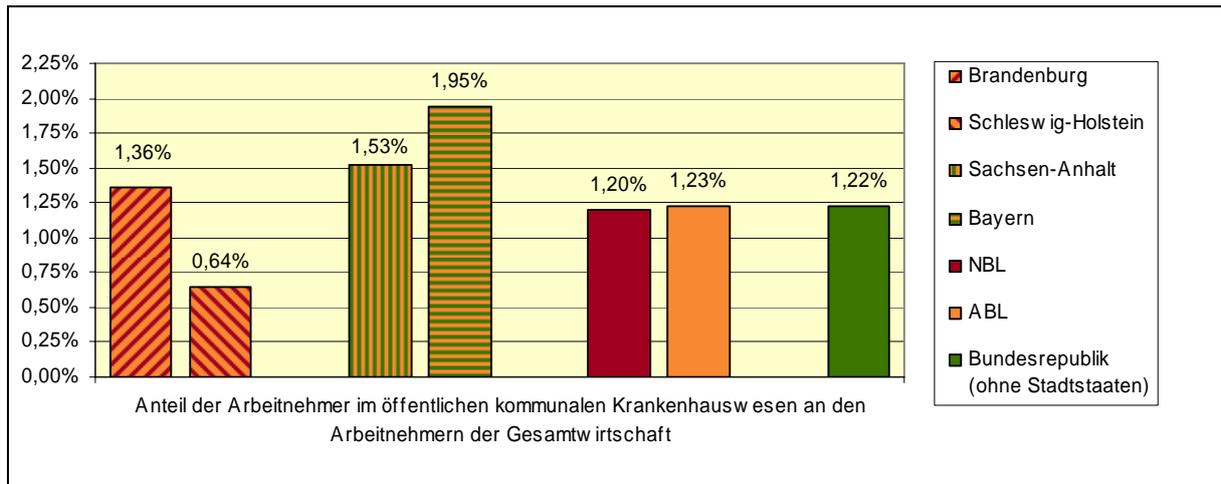


Abbildung 82: Krankenhaus. Bedeutung als Arbeitgeber  
(Quelle: JöU, VGR)

Beim erzielten Umsatz des kommunalen Krankenhauswesens gemessen am BIP des entsprechenden Bundeslandes ergibt sich für Brandenburg mit 1,82% ein sogar über 2,6-mal so hoher Wert wie für Schleswig-Holstein mit nur 0,69%.

Dass die Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg bei diesem Indikator im Verhältnis zu Schleswig-Holstein besonders hoch ausfällt, lässt sich möglicherweise auf die schwächere gesamte Wirtschaft in Brandenburg zurückführen. Die allgemeine Produktivität der Gesamtwirtschaft ist in Brandenburg niedriger als in Schleswig-Holstein. Dies bedeutet, dass in Brandenburg gesamtwirtschaftlich pro Erwerbstätigem im Durchschnitt ein geringeres BIP erwirtschaftet wird als in Schleswig-Holstein.<sup>49</sup>

<sup>49</sup> Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH und Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2005

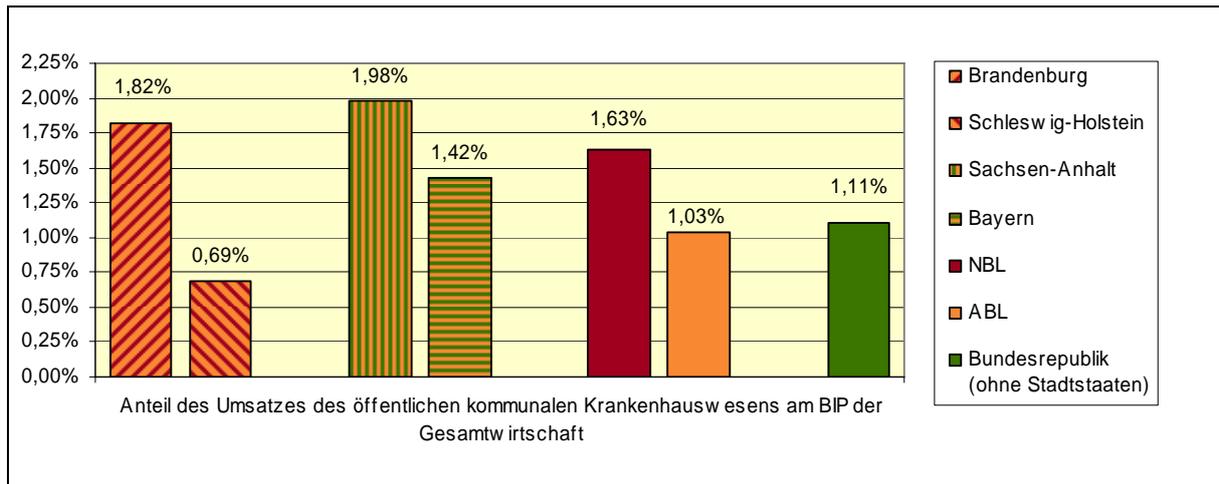


Abbildung 83: Krankenhaus. Vergleich des Umsatzes des kommunalen Krankenhauswesens (Quelle: JöU, VGR)

Vergleicht man den Anteil des Personalaufwandes der kommunalen Krankenhäuser mit den Bruttolöhnen und -gehältern der Gesamtwirtschaft, ergibt sich ebenfalls eine höhere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg als beim Vergleich des Anteils der Arbeitnehmer im kommunalen Krankenhauswesen an den Arbeitnehmern in der Gesamtwirtschaft. Der Anteil in Brandenburg beträgt 2,7% und ist damit 2,3-mal so hoch wie in Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 1,2%. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass sich dieser leicht höhere Anteil auf das geringere Lohnniveau der Privatwirtschaft in den neuen Bundesländern zurückführen lässt. Das Lohnniveau im Privatsektor ist in den neuen Bundesländern im größeren Umfang niedriger als die Bezüge im öffentlichen Dienst.

Interessanterweise ist der Zugang an Sachanlagen des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in Brandenburg im Jahre 2002, gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft, der höchste aller Bundesländer. In Brandenburg liegt der Anteil bei 1,45% und damit 3,8-mal höher als in Schleswig-Holstein mit nur bei 0,38%. Der Durchschnitt liegt für alle Flächenländer bei 0,67%. In Brandenburg wird demnach im kommunalen Krankenhauswesen erheblich mehr investiert als in Schleswig-Holstein.

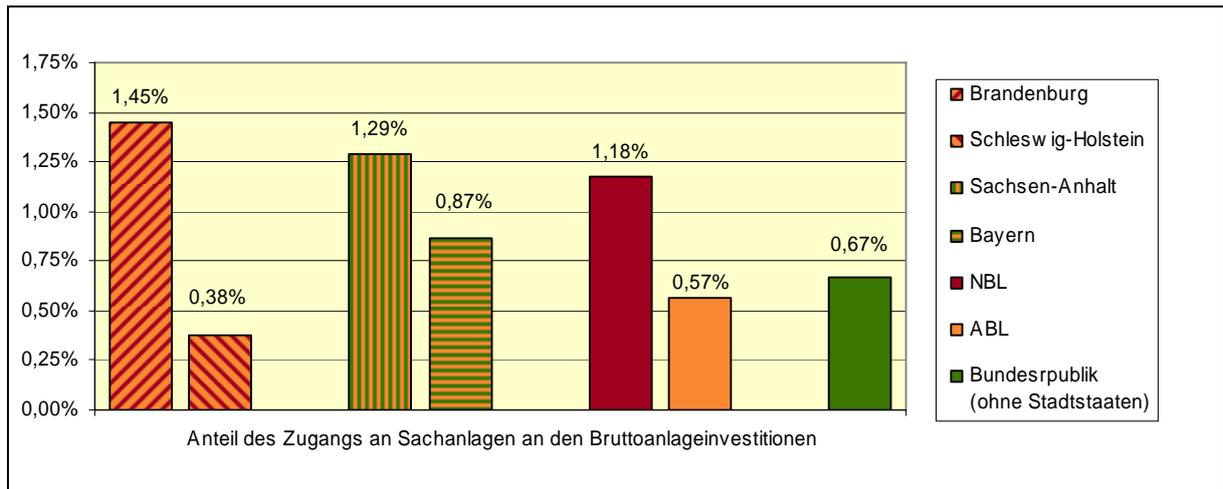


Abbildung 84: Krankenhaus. Bedeutung bei der Investitionstätigkeit  
(Quelle: JöU, VGR)

Bei Einbeziehung der Daten aus der FKH ergibt sich das Problem, dass der Umfang des Datensatzes nicht absolut deckungsgleich mit den Daten der JöU ist.

In der FKH werden bundesweit alle 780 öffentlichen Krankenhäuser mit einbezogen. Die JöU hingegen bezieht 599 Unternehmen mit ein, die schwerpunktmäßig im Krankenhauswesen tätig sind. Der Unterschied in der Anzahl kann dadurch erklärt werden, dass in den JöU nur die öffentlichen kommunalen Krankenhäuser miteinbezogen werden und dadurch, dass in den JöU die einzelnen Unternehmen Gegenstand der Erhebung sind. Die jeweiligen Unternehmen können im Einzelfall mehrere Krankenhäuser umfassen.

Der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser an der Anzahl der gesamten Krankenhäuser liegt nach Datenlage der FKH in Brandenburg bei 47% und in Schleswig-Holstein bei 30%. Daraus ergibt sich, dass der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser in Brandenburg 1,5-mal so hoch ist. Errechnet man dieses Verhältnis für die Anzahl der Betten oder des Personals, ergibt sich ein Anteil, der in Brandenburg allerdings nur 1,1-mal so hoch bzw. gleich hoch ist.

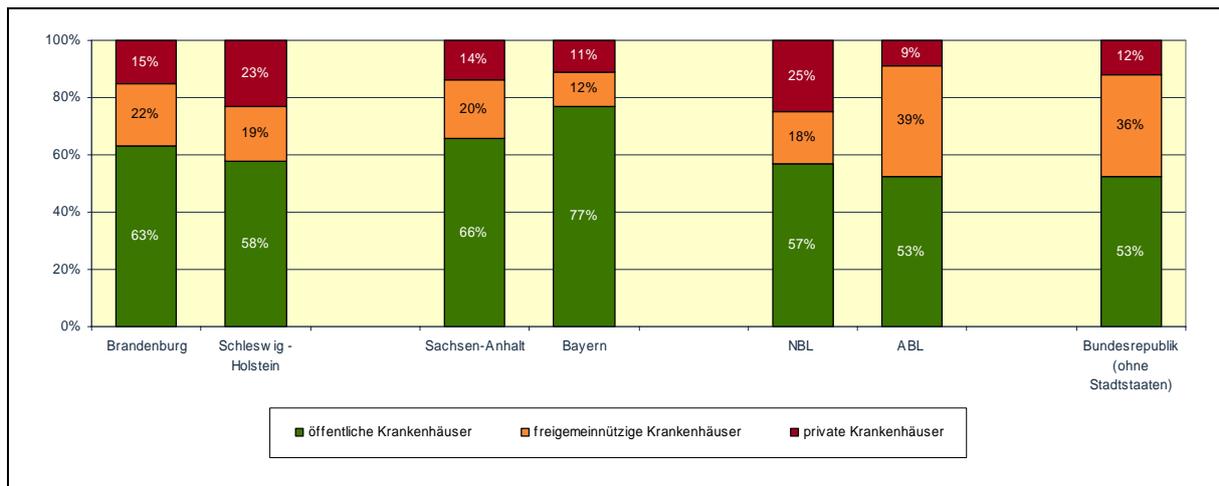


Abbildung 85: Krankenhaus. Anzahl der Krankenhausbetten nach Trägern  
(Quelle: FKH)

In Brandenburg werden ebenso viele öffentliche kommunale Unternehmen im Krankenhauswesen in den JöU aufgeführt wie es nach der FKH öffentliche Krankenhäuser insgesamt gibt. In Schleswig-Holstein sind hingegen nur halb so viele Unternehmen in den JöU erfasst wie nach der FKH öffentliche Krankenhäuser existieren. Es liegt die Vermutung nahe, dass es in Schleswig-Holstein mehrere öffentliche Unternehmen im Krankenhauswesen gibt, die nicht in kommunalem Mehrheitsbesitz sind und die daher nicht in den JöU aufgeführt werden. Dies könnte die Differenz bei der Bedeutung des öffentlichen Krankenhauswesens in den JöU und der FKH erklären.

In der eigenen Befragung des Projektes (EE) ergaben sich ebenfalls Ergebnisse, die auf eine höhere Bedeutung des öffentlichen Krankenhauswesens in Brandenburg hindeuten. So gaben nur 60% aller befragten Kommunen an, dass sie in dieser Branche dem Wettbewerb durch private Mitbewerber ausgesetzt sind. In Schleswig-Holstein hingegen bejahten dies 100% der befragten Kommunen.

Bei den vorherrschenden Rechtsformen, die in den beiden Bundesländern im öffentlichen kommunalen Krankenhauswesen anzutreffen sind, ergeben sich ebenfalls Unterschiede: So werden in Brandenburg 68% der entsprechenden Unternehmen in der privatrechtlichen Rechtsform der GmbH geführt, in Schleswig-Holstein hingegen nur 31%. Hier werden die meisten Unternehmen im öffentlichen kommunalen Krankenhauswesen (38%) als sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts betrieben, wohingegen diese Rechtsformen in Brandenburg gar nicht vorhanden sind. Als Eigenbetrieb wird in beiden Bundesländer je knapp ein Drittel der Unternehmen geführt.

### 5.5.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

Die Analyse der amtlichen Statistik ergibt eine deutlich stärkere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern. Die Mehrzahl der Indikatoren (Personalkosten, Umsatz, Investitionen, Auszubildende) weist in diese Richtung. Ein Indikator, der sogar eine erheblich höhere Bedeutung des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern anzeigt, sind die Investitionen.<sup>50</sup>

Beim Vergleich der beiden Bundesländer, Bayern und Sachsen-Anhalt, die aufgrund ihrer repräsentativen Industriedichte ausgewählt wurden, ergibt sich ein ähnlich klares Bild zu Gunsten Sachsen-Anhalts.

Die in der JöU insgesamt erfassten 599 kommunalen Unternehmen im Krankenhauswesen verteilen sich mit 497 auf Westdeutschland und mit 102 auf Ostdeutschland. Insgesamt wird in den Flächenländern mit 62% der Großteil dieser Unternehmen als Eigenbetrieb geführt. Die zweitstärkste vertretene Rechtsform ist die GmbH mit 33%. Andere Rechtsformen spielen hingegen nur eine geringfügige Bedeutung. Auch wenn die einzelnen Bundesländer von diesen Durchschnittswerten stark abweichen, ergeben sich davon keine erheblichen Abweichungen im Durchschnitt für Ost- und Westdeutschland.

Bezüglich des Anteils der Arbeitnehmer im kommunalen Krankenhauswesen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft ergibt sich ein Durchschnitt für die Flächenländer von 1,22%. Für die einzelnen Bundesländer divergiert auch dieser Wert erheblich, im Durchschnitt liegt er aber für die alten Bundesländer nur unwesentlich über und für die neuen Bundesländer nur unwesentlich unter dem Durchschnittswert aller Flächenländer.

Einen Hinweis auf die besondere Bedeutung der kommunalen öffentlichen Wirtschaft im Krankenhauswesen in den neuen Bundesländern lässt sich hingegen aus einem Vergleich des Anteils des Personalaufwandes der kommunalen öffentlichen Krankenhäuser an den gesamten Bruttolöhnen und -gehältern der Gesamtwirtschaft erkennen. Hier ist der Anteil in den neuen Bundesländern 1,3-mal höher als in den alten. Der Grund dafür, dass dieser Indikator im Gegensatz zu dem vorgenannten eine höhere Bedeutung des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern anzeigt, scheint die Tatsache zu sein, dass das Lohnniveau speziell in den neuen Bundesländern verhältnismäßig niedriger ist. Im öffentlichen Dienst scheint die Differenz im Lohnniveau zwischen Ost- und Westdeutschland trotz der geringeren Bezüge, die in den neuen Bundesländern gezahlt werden, nur weniger stark ausgeprägt zu sein, als in der

---

<sup>50</sup> Diese Größen variieren möglicherweise stark durch temporäre Geschäfts- und buchungstechnische Vorgänge, wie Investitionen und Abschreibungen. Inwieweit es sich bei diesen Zahlen um langfristige Phänomene handelt, bleibt daher an dieser Stelle offen.

Privatwirtschaft. Damit leistet das kommunale Krankenhauswesen in den neuen Bundesländern einen erheblich höheren Beitrag zur Kaufkraft der privaten Haushalte als in den alten Bundesländern.

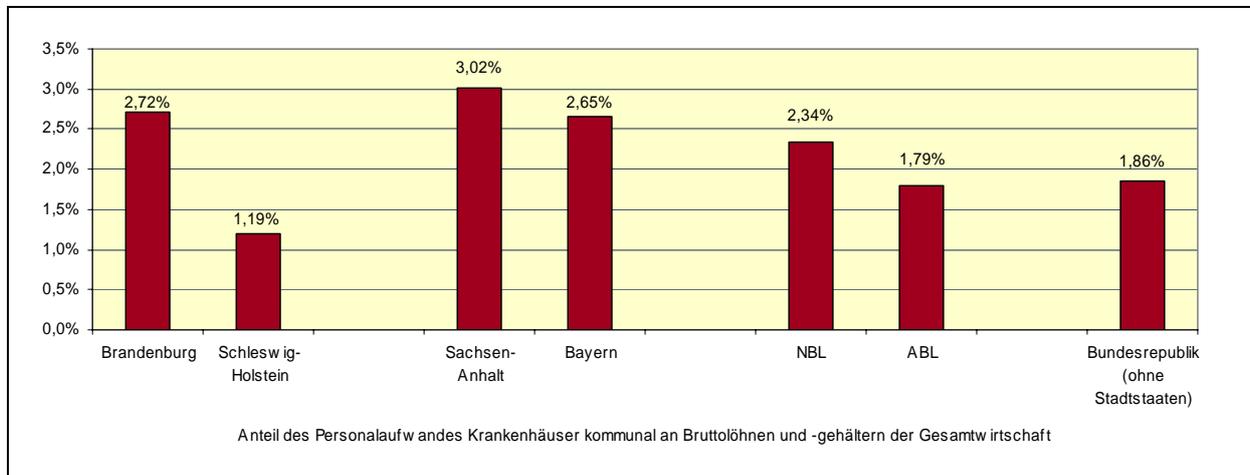


Abbildung 86: Krankenhaus. Bedeutung als Einkommensquelle  
(Quelle: JöU, VGR)

Einen weiteren Hinweis auf eine höhere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern ergibt der Anteil des entsprechenden Umsatzes am BIP. Aus Abbildung 83 ist zu ersehen, dass sich für die neuen Bundesländer ein Wert ergibt, der 1,6-mal so hoch ist wie der in den alten Bundesländern, was eine deutlich höhere Bedeutung in Ostdeutschland indiziert. Betrachtet man die Höhe des Umsatzes im kommunalen Krankenhauswesen pro Kopf, dann ergibt sich ein Durchschnittswert von 279 Euro für die Flächenländer des gesamten Bundesgebiets, von dem die neuen und auch die alten Bundesländer im Durchschnitt nur marginal abweichen. Hieraus lässt sich schließen, dass die höhere wirtschaftliche Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern gemessen am BIP sich zumindest zum Teil aufgrund der geringeren Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer ergibt. So betrug das Bruttoinlandprodukt pro Kopf im Jahre 2002 in Westdeutschland 26.874 Euro gegenüber 17.231 Euro in den ostdeutschen Ländern.

Ein sehr deutlicher Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern zeigt sich hingegen beim Vergleich des Anteils des Zugangs an Sachanlagen im öffentlichen kommunalen Krankenhauswesen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft. Der Anteil des Zugangs an Sachanlagen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft liegt im kommunalen Krankenhauswesen in den neuen Bundesländern bei 1,2% und damit 2,1-mal so hoch wie in den alten.

Bei der Heranziehung der FKH zur Analyse der Divergenzen der neuen und alten Bundesländer ergeben sich die bereits genannten Abweichungen im Umfang des

Datenmaterials. Dennoch lassen sich auch hier ähnliche Schlussfolgerungen über die Bedeutung des öffentlichen Krankenhauswesens in Ost und West ziehen.

Der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser liegt in den neuen Bundesländern bei 42% im Gegensatz zu 37% in den alten und somit 1,15-mal so hoch. Bei den bereit gestellten Krankenhausbetten ergibt sich ein ähnliches Ergebnis. Der Anteil in den neuen Bundesländern ist 1,1-mal so groß, so dass dies mit den Ergebnissen aus den Daten der JöU konsistent ist.

Hingegen weicht der Wert beim beschäftigten Personal davon ab. So ist der Anteil der Beschäftigten in den öffentlichen Krankenhäusern an den gesamten Beschäftigten im Krankenhauswesen in den neuen Bundesländern nur marginal höher als in den alten Bundesländern. Dementsprechend liegt die Vermutung nahe, dass in den neuen Bundesländern pro öffentlich bereit gestelltem Krankenhausbett weniger Personal angestellt ist, was sich auch bestätigt. So sind in den alten Bundesländern 1,7 Bedienstete pro Bett im öffentlichen Krankenhauswesen angestellt, in den neuen hingegen nur 1,6.

Beim Anteil der Auszubildenden ergibt sich für die neuen Bundesländer wiederum ein höherer Wert, der 1,13-mal so hoch ist wie der entsprechende Wert in den alten Bundesländern. Dementsprechend ist der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser an der Zahl der Auszubildenden in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass in den neuen Bundesländern generell weniger ausgebildet wird, was die Bedeutung der kommunalen Krankenhäuser als Ausbilder zusätzlich verstärkt. So kommt in den neuen Bundesländern im öffentlichen Krankenhauswesen nur auf jeden 9. Angestellten ein Auszubildender, in den alten Bundesländern hingegen auf jeden 8.

### **5.5.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt**

In Bayern gibt es nach der FKH insgesamt 387 Krankenhäuser von denen 221 einen öffentlichen Träger aufweisen. In den JöU werden in Bayern 207 öffentliche kommunale Unternehmen im Krankenhauswesen gezählt. In Sachsen-Anhalt gibt es insgesamt nur 51 Krankenhäuser, von denen 24 öffentliche Träger aufweisen. Nach den JöU gibt es in Sachsen-Anhalt 25 Unternehmen, deren Haupteigentümer eine Kommune ist.

Bezüglich der Bedeutung des öffentlichen Krankenhauswesens ergibt der Vergleich der beiden Bundesländer Bayern und Sachsen-Anhalt ebenfalls ein recht klares Ergebnis. Die Mehrzahl der Indikatoren weist auf eine größere Bedeutung in Sachsen-Anhalt hin.

Zwar ist beispielsweise der Anteil der Arbeitnehmer der kommunalen öffentlichen Krankenhäuser gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft in Bayern 1,3-mal größer als in Sachsen-Anhalt. Auch die Daten der FKH weisen auf eine sektorintern leicht höhere Bedeutung des öffentlichen Krankenhauswesens in Bayern hin. Der Anteil der

bereitgestellten Krankenhausbetten des öffentlichen Krankenhauswesens ist in Bayern 1,2-mal so groß wie in Sachsen-Anhalt.

Wird hingegen der Anteil des Personalaufwandes an den Bruttolöhnen und Gehältern verglichen, ergibt sich ein Wert für Bayern, der nur dem 0,9-fachen des Wertes für Sachsen-Anhalt entspricht. Dies scheint wieder auf das geringere Lohnniveau und eine niedrigere Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern zurückzuführen zu sein. Ähnlich verhält es sich beim Vergleich des Umsatzes der öffentlichen kommunalen Krankenhäuser gemessen am BIP der einzelnen Länder. Hier ist der Anteil in Bayern nur das 0,7-fache des Anteils in Sachsen-Anhalt. Auch dies lässt sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die geringere Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern zurückführen. Denn schließlich ist der Anteil des Umsatzes gemessen an der Einwohnerzahl in Bayern 1,3-mal höher als in Sachsen-Anhalt.

Beim Vergleich des Anteils des Zugangs an Sachanlagen an den Bruttoanlageinvestitionen ergibt sich wie bereits im Vorigen erwähnt eine wesentlich höhere Bedeutung in den neuen Bundesländern. Beim Vergleich von Bayern und Sachsen-Anhalt ist die Ost-West-Differenz weniger stark ausgeprägt. So ist der Anteil des Zugangs an Sachanlagen an den Bruttoanlageinvestitionen in Sachsen-Anhalt 1,5-mal so hoch wie in Bayern.

#### **5.5.4 Zusammenfassung**

Bei der Analyse der Daten der amtlichen Statistik hat sich gezeigt, dass eine höhere Bedeutung des öffentlichen kommunalen Krankenauswesens in den neuen Bundesländern besteht.

Die Bedeutung divergiert zwar in den einzelnen Bundesländern; im Durchschnitt ergeben sich aber für Ost- und Westdeutschland meist Werte, die entweder nahe am Durchschnittswert für alle deutschen Flächenstaaten liegen oder aber eine höhere Bedeutung in den ostdeutschen Flächenländern anzeigen.

Speziell bei Bemessung der wirtschaftlichen Bedeutung im Verhältnis zum BIP der Bundesländer und im Verhältnis zu den gesamten Bruttolöhnen und -gehältern in den einzelnen Bundesländern zeigt sich für die neuen Bundesländer eine höhere Bedeutung als für die alten.

Beim Anteil der Arbeitnehmer kommunaler Krankenhäuser, gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft, ergibt sich kein Unterschied. Der Anteil des Umsatzes, gemessen am BIP, ist hingegen in Ostdeutschland 1,6-mal größer als in Westdeutschland.

Ein Indikator, der auf eine erheblich höhere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in Ostdeutschland hinweist, ist die Investitionstätigkeit. Hier ergibt sich ein 2,1-mal so hoher Wert für die ostdeutschen Flächenländer.

Beim Vergleich der Bundesländer Brandenburg und Schleswig-Holstein ergab sich hingegen eine eindeutig und erheblich höhere Bedeutung in Brandenburg. Entsprechend der angesprochenen Ost-West Systematik fällt die Bedeutung, gemessen am Umsatz und an den Personalaufwendungen, besonders stark aus. Gemessen an der Gesamtbevölkerung, ist der Anteil der Angestellten in den öffentlichen kommunalen Krankenhäusern in Brandenburg 2,1-mal so hoch wie in Schleswig-Holstein. Beim erzielten Umsatz, gemessen am BIP des entsprechenden Bundeslands, ergibt sich ein Wert, der über 2,6-mal so groß ist.

Beim Vergleich von Bayern und Sachsen-Anhalt ergab sich ein wiederum recht einheitliches Bild. Die Ergebnisse folgen der Ost-West-Systematik. So ist zwar der Anteil der Arbeitnehmer der kommunalen Krankenhäuser, gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft, in Bayern 1,3-mal so groß. Hingegen ist der Anteil des Umsatzes gemessen am BIP des entsprechenden Bundeslands in Sachsen-Anhalt 1,4-mal so groß wie in Bayern, ebenso jener der Personalkosten und der Investitionen.

Bei allen Differenzierungen im Einzelnen haben angesichts der wirtschaftlichen Schwäche der neuen Bundesländer kommunale Krankenhäuser vor allem in ihrem Beitrag zu BIP und als Investor eine größere Bedeutung als kommunale Krankenhäuser der alten Bundesländer in einem entwickelteren wirtschaftlichen Umfeld.

## 5.6 Wohnungswesen

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen deutsche Kommunen infolge der Industrialisierung und Urbanisierung im Bereich des Wohnungsbaus aktiv zu werden. Sie bedienten sich dazu u.a. eigener Betriebe (Ambrosius 1984, S. 38ff.). In der Folge lässt sich schon damals ein beträchtliches kommunales Engagement (ebenso der Länder) im Bereich Bauunternehmen und Bauhandwerk registrieren. So verzeichnete das kommunale Baugewerbe im Jahre 1925 bereits 54.700 Beschäftigte, die Länder 10.753 Beschäftigte (Ambrosius 1984, S. 66ff.). Damit war der Baubereich einer der wichtigsten Bereiche der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit.

Der Bereich Wohnungswesen (sowohl Wohnungsbau als auch -verwaltung umfassend) erlangte in der Bundesrepublik wie in der DDR insbesondere als politisches Instrument der Wohlfahrtspolitik immense Bedeutung. Öffentliche wie genossenschaftliche Wohnungsunternehmen waren primär auf eine Versorgungsaufgabe verpflichtet.

In der Folge verschiedenster Faktoren stehen diese Unternehmen gegenwärtig vor gewandelten Erwartungen und sehen sich stärker auf Dienstleistungs- und Servicefunktionen verpflichtet (Duvigneau 2001).

### Ökonomische Betrachtung

Die ökonomische Theorie unterscheidet anhand zweier Kriterien (Ausschließbarkeit, Rivalität) begrifflich zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Gütern. Eine Wohnung kann in diesem Sinne nicht als spezifisch öffentliches Gut gelten, da sowohl eine Ausschließbarkeit als auch eine Rivalität im Konsum vorliegt. Das Wohnumfeld hingegen hat Eigenschaften eines spezifisch öffentlichen Gutes. Beispielsweise mag die Ausschließbarkeit der Nutzung einer Grünfläche technisch möglich sein, die Kosten hierfür übersteigen aber in der Regel den Nutzen des Ausschlusses.

Ob das Gut Wohnung als ein meritorisches bezeichnet werden kann ist umstritten<sup>51</sup>. Meritorisch ist ein Gut, das großen gesellschaftlichen Nutzen stiftet, das aber ohne staatliche Förderung nicht ausreichend produziert wird.

Das Gut Wohnung befriedigt ein Grundbedürfnis eines Haushaltes. Die Befriedigung ist zwar unter Umständen zeitlich aufschiebbar, es existieren jedoch keine Substitutionsgüter. Einzelne Wohnungen sind in engen Grenzen substituierbar und konkurrieren miteinander. Da Wohnungen immobil sind, sachliche Unterschiede aufweisen und unteilbar sind, besteht kein einheitlicher Wohnungsmarkt, „sondern eine Vielzahl von sachlichen und räumlichen Teilmärkten“ (Keil 1996, S. 20). Der Marktmechanismus weist im Bereich des

<sup>51</sup> Bejahend Plesse 1999, S. 23 verneinend Keil 1996, S. 18.

Wohnungswesens mithin eine geringe Anpassungsflexibilität bei quantitativen Marktveränderungen auf. Deutlich eingeschränkte Markttransparenz und eine asymmetrische Informationsverteilung rühren darüber hinaus aus der heterogenen Beschaffenheit des Gutes, also aus einer Produktvielfalt, die den Vergleich erschwert.

Die Produktionskosten einer Wohnung sind im Vergleich zu anderen Gütern des täglichen Gebrauchs hoch, dementsprechend steigt der Anteil der Fixkosten. Das Wohnungsangebot reagiert auf Preisänderungen weitgehend unelastisch: Bei Preissenkungen werden Wohnungen trotzdem nicht vom Markt genommen, bei Preissteigerungen nimmt das Angebot aufgrund der hohen Produktionskosten und der langen Kapitalbindung nur zögernd zu. Erschwerend kommt hinzu, dass die Produktionsdauer (durchschnittlich 3 bis 4 Jahre) relativ lang ist: Eine dauerhafte Unterversorgungssituation muss auf einem Teilmarkt bestehen bzw. erwartet werden, bevor Investitionen getätigt werden (Keil 1996, S. 26). Die konstatierte Trägheit des Marktes betrifft dann ebenso rechtliche oder wohnungspolitische Restrukturierungen.

Negative Effekte, die der Wohnungsmarkt produziert, sind beispielsweise Gesundheitsbeeinträchtigungen, die durch feuchte Wohnungen oder unzureichende hygienische Bedingungen entstehen, externe Effekte sind bspw. Kriminalität sowie Brandgefahr. Auch die Arbeitsproduktivität kann durch eine unzureichende Wohnungsversorgung negativ beeinträchtigt werden (bspw. mangelnde Regenerationsmöglichkeiten aufgrund von Lärm). Externe Effekte sind auch für die Vermieter selbst von Bedeutung: Der Wert einer Wohnung hängt wesentlich vom Umfeld ab, welches wiederum von anderen Vermietern und der öffentlichen Hand beeinflusst wird. „Ein Investor wird seine Investitionsstrategie an die für ihn als gegeben betrachtete Qualität des Wohnumfeldes anpassen.“ (Keil 1996, S. 26)

### **Veränderungen des institutionellen Rahmens der Wohnungswirtschaft**

Kommunale Wohnungspolitik kann sich zur Verfolgung wohnungs- oder sozialpolitischer Ziele eigener Wohnungsunternehmen bedienen oder spezifische Wohnobjekte fördern. „Die Förderungsbestimmungen der Wohnungsbaugesetze der BRD sahen keine rechtliche Unterscheidung der Bauträger vor: Sowohl private Personen und Institutionen als auch gemeinnützige Wohnungsunternehmen konnten Förderungen beantragen. Allerdings galten die Belegungs- und Miethöhebindungen für private Investoren nur während der Laufzeit der Förderung, während sie im gemeinnützigen Sektor unbegrenzt gültig waren. De facto wurde aber der Großteil des geförderten Geschosswohnungsbaues über gemeinnützige Bauträger realisiert. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen waren an der umfangreichen Ausweitung des deutschen Wohnungsbestands von 10 Mio. WE [Wohneinheiten] im Jahre 1950 auf 25,4 Mio WE im Jahre 1980 wesentlich beteiligt“ (Donner 1998, S. 5).

Die Abschaffung des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (WGG - WohnungsGemeinnützigkeitsGesetz) im Jahr 1990 führte zu weitreichenden Veränderungen für die Wohnungsbaugesellschaften. Der Wegfall der Dividendenbeschränkung hat zu einer hohen Renditeerwartung geführt, auf die die Wohnungsbaugesellschaften mit der Suche nach neuen Ertragsquellen und mit dem durch die Gesetzesänderung vereinfachten Verkauf von Wohnungen an deren Mieter reagierten. „Mit Abschaffung des WGG ist zudem die Bestimmung außer Kraft, dass der Erlös aus dem Verkauf oder der Auflösung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft wieder in den privilegierten Zweck des Wohnungsbaus zu investieren ist, d.h. erst seit diesem Zeitpunkt ist es dem Eigentümer möglich, den Verkaufserlös frei zu verwenden“ (Duvigneau 2001, S. 7). „Als Folge dieser Neuorientierung ist der Bestand der rund 1.800 früheren gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von 3,4 Mio. WE Ende der 1980er Jahre ständig und rasch zurückgegangen - mit weiter fallender Tendenz“ (Donner 1998, S. 5). Allerdings haben viele kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften die Prinzipien der Gemeinnützigkeit in ihre Satzungen übernommen. Dies hat unter anderem zur Folge, „dass Unternehmensgewinne am Jahresende nicht oder nur zu einem geringen Teil ausgeschüttet werden an die Anteilseigner, sondern dass diese Gewinne im Unternehmen verbleiben, um dort wieder wohnungswirtschaftlichen Zwecken zugeführt zu werden“ (Kulenkampff 1998, S. 28).

Ein weiterer Einflussfaktor auf den Wohnungsmarkt und dessen institutionelle Ordnung liegt in den Folgen der deutschen Einheit begründet. 2 Mio. ehemals "volkseigene" Wohnungseinheiten wurden 1990 den Kommunen übertragen. Genossenschaften, vormals meist angegliedert an Industriekombinate, wurden in Genossenschaften nach westdeutschem Recht umgewandelt, wobei sowohl die Genossenschaften als auch die kommunalen Wohnungsunternehmen die Altschulden der volkseigenen Betriebe übernehmen mussten. Diese versuchten durch Privatisierungen Schulden abzubauen, die Privatisierungen verliefen jedoch eher schleppend. 1993 wurde in der Folge das Altschuldenhilfegesetz erlassen, das die Übernahme der Schulden oberhalb von 150 DM pro qm sowie eine Veräußerungsquote von 15% vorsah (Plesse 1999, S. 3).

Ein zusätzlicher Einflussfaktor auf die institutionelle Ordnung des Sektors lässt sich in der entspannten Marktlage beschreiben (Großmann 2005, S. 10) – nicht zuletzt als Folge des demographischen Wandels. Diese, so wird argumentiert, beschleunige den Wandel der Wohnungsbauunternehmen zu Dienstleistungsunternehmen. Um den in einer solchen Marktsituation steigenden Ansprüchen der Mieter gerecht zu werden, müssen die Wohnungsbaugesellschaften entsprechend reagieren. Zwar kann dies bspw. durch verbesserten Service oder die Renovierung von Wohnungen geschehen, viele Entscheidungsfaktoren der Kunden liegen jedoch außerhalb des direkten Einflusses der

Wohnungsbaugesellschaften, so zum Beispiel die Nähe zu Schulen, Kindertagesstätten, Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten und das soziale Umfeld. Die gegenwärtig entspannte Marktlage führt im Zusammenwirken mit der angespannten Haushaltslage der Kommunen zu einem strukturellen Dilemma: Die kommunalen Wohnungsunternehmen verfügen in einer Lage, in der sie verstärkt mit kommunalen Einnahmeerwartungen konfrontiert werden, nicht über hinreichende Möglichkeiten ihre Einnahmen selbst zu verbessern. Gewinnabführungserwartungen von Seiten der Trägerkommune kann dann oft nur dadurch entsprochen werden, dass Verkaufserlöse erzielt oder neue Geschäftsfelder besetzt werden (Duvigneau 2001, S. 6f.).

„Bei den Wohnungsunternehmen in öffentlicher Hand gibt es einen teilweise erheblichen Instandhaltungs- und Modernisierungsrückstau, weil vor allem diese Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten unter dem verständlichen Druck ihrer Anteilseigner standen, die Kräfte des Unternehmens vornehmlich in den Neubau von Sozialwohnungen zu stecken, wodurch die Bestandspflege häufig zu kurz kam“ (Kulenkampff 1998, S. 28). Der erhebliche Investitionsbedarf erhöht den Kapitalbedarf der kommunalen Wohnungsunternehmen und könnte so, verbunden mit den beschriebenen defizitären Möglichkeiten der Einnahmesteigerung, Wohnungsveräußerungen befördern.

Betrachtet man die gegenwärtige Regulierungslage, kann konstatiert werden, dass der Bereich Wohnungswesen nicht – wie beispielsweise die klassischen Versorgungsbereiche – in direkter Weise von Liberalisierungs- und Verwettbewerblichungsstrategien und -politiken der europäischen Politikebene betroffen ist. Stattdessen wirken Deregulierungspolitiken indirekt, wie bspw. die Regulierung des Finanzwesens, auf die institutionelle Ordnung des Wirtschaftsbereiches ein (Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen 2003). Bundespolitisch sind vor allem die Abschaffung der Eigenheimzulage und der ebenfalls diskutierte Abbau der Mischfinanzierung in der sozialen Wohnungsbauförderung direkt branchenrelevant, jedoch weniger im Hinblick auf die institutionelle Ordnung. Andere Politikgegenstände entfalten wiederum indirekte Wirkungen oder entfachen zumindest hitzige Debatten: Hartz-Gesetzgebung, Wohngeldnovellierung (Deutscher Städtetag 2005, S. 105-110). Zusammenfassend lassen sich im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen lediglich marginale Auswirkungen auf institutionelle Muster der öffentlichen bzw. privaten Aufgabenerbringung verzeichnen.

Dennoch wird eine Privatisierungsdebatte geführt, die Vorzüge und Nachteile privatwirtschaftlichen Engagements insbesondere am Fall der faktisch in bestimmten Regionen massiv sich vollziehenden Vermögensveräußerungen<sup>52</sup> (Grönebaum 2005a)

---

<sup>52</sup> In Berlin wurden so in zwei großen Transaktionen 148.000 Wohnungen durch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und das Land Berlin an Fondsgesellschaften verkauft. erinnert sei hier auch an den Fall Dresden, wo jüngst sämtliche 48.000 städtischen Wohnungen verkauft wurden.

behandelt. „Seit 2000 wurden rund 600.000 Wohnungen privatisiert, bis 2010 erwarten Marktkenner die Privatisierung von einer Million Wohnungen“ (Grönebaum 2005a, S. 6). Als Haupttriebkraft der Vermögensprivatisierungen lassen sich zwei Einflüsse benennen: einerseits die prekäre Haushaltssituation der öffentlichen Hände und andererseits die oben schon beschriebenen geringen Möglichkeiten der Wohnungsunternehmen, anderweitig Einnahmezunahmen zu generieren. Die Debatte zur Privatisierung wird dabei in einer vergleichsweise wenig differenzierten Form geführt. Thematisiert werden generelle ordnungspolitische Überlegungen, Folgen für kommunalpolitischen und wohnungspolitischen Einfluss sowie die Auswirkungen für Mieter und auf die Sozialstruktur der Wohnquartiere (bspw. Grönebaum 2005a; Fuchs 2005; Schütz 2005, Visser 2005; Freitag 2005; Pollähne 2005; Buschmann 2005).

### **Kommunale Wohnungswirtschaft in Deutschland**

Insgesamt existieren 1.307 kommunale Wohnungsunternehmen in Deutschland, nur im Wassersektor sind mehr kommunale Unternehmen aktiv. Der größte Teil der kommunalen Wohnungsunternehmen ist auf dem Gebiet Vermietung und Verpachtung (576) tätig, gefolgt vom Bereich Vermittlung und Verwaltung (508). 223 kommunale Wohnungsunternehmen betätigen sich im Bereich Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte. Die meisten kommunalen Wohnungsunternehmen sind in der Rechtsform einer GmbH organisiert (1.074), gut ein Zehntel (145) wird als Eigenbetrieb geführt. Insgesamt arbeiten in der kommunalen Wohnungswirtschaft 30.527 Menschen, die einen Umsatz von 9,1 Mrd. Euro erwirtschaften. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 61,6 Mrd. Euro, was in etwa einem Drittel des Anlagevermögens aller kommunalen Unternehmen entspricht. Die Nettoinvestitionen kommunaler Wohnungsunternehmen machen deutschlandweit 1,65 Mrd. Euro aus.

Der kommunalen Wohnungswirtschaft kommt somit hinsichtlich des Anlagevermögens und der Anzahl der Unternehmen eine wichtige Rolle in der Gesamtheit der kommunalen Wirtschaft zu. Im Folgenden wird untersucht, welche Differenzen sich im Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein, zwischen neuen und alten Bundesländern und im Industriedichte-Vergleich zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern ergeben.

#### **5.6.1 Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein**

Von den 13 schleswig-holsteinischen kommunalen Wohnungsunternehmen sind 11 als GmbH und eines als Eigenbetrieb organisiert (2002). Eine kommunale Wohnungsunternehmung in Schleswig-Holstein hat eine andere private Rechtsform. 126 der 136 kommunalen Unternehmen Brandenburgs im Bereich Wohnungs- und

Grundstückswesen werden als GmbH geführt, 8 als Eigenbetrieb und 2 als Zweckverband. Prozentual betrachtet sind die Unterschiede hinsichtlich der Rechtsform also gering.

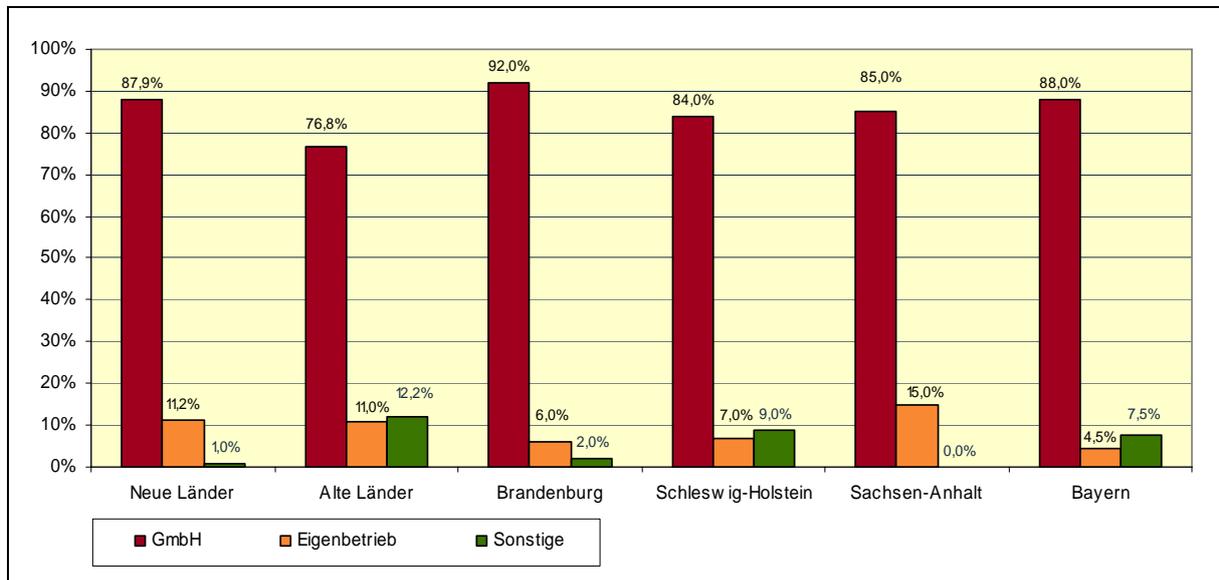


Abbildung 87: Wohnungswesen. Rechtsformen im regionalen Vergleich (Quelle: JÖU)

Aus der Anzahl der Unternehmungen wird schon der große Unterschied zwischen der quantitativen Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft in Brandenburg und Schleswig-Holstein ersichtlich. Mit 136 Unternehmen existieren in Brandenburg exakt so viele Wohnungsunternehmen, wie die schleswig-holsteinische kommunale Wirtschaft in den untersuchten Sektoren zusammengenommen an Unternehmen aufweist. 13 schleswig-holsteinische kommunale Unternehmen sind Wohnungsunternehmen. Auch gibt die Anzahl der Unternehmen einen ersten Hinweis auf die besondere Stellung der kommunalen Wohnungsunternehmen in der Gesamtheit der kommunalen Wirtschaft Brandenburgs, 25% der 543 kommunalen Unternehmen Brandenburgs sind Wohnungsunternehmen. In Schleswig-Holstein sind 5,7% aller kommunalen Unternehmen Wohnungsunternehmen.

Prozentual gesehen ergeben sich hinsichtlich des Schwerpunktes der wirtschaftlichen Tätigkeit keine signifikanten Differenzen zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein. Der Schwerpunkt der kommunalen Wohnungsunternehmen liegt auf Vermittlung und Verwaltung oder Vermietung und Verpachtung.

Die Differenz hinsichtlich der Anzahl der kommunalen Wohnungsunternehmen bestätigt sich bei der Betrachtung der Beschäftigtenzahlen. Mit 2.333 Personen sind in der brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft zehnmal mehr Personen beschäftigt als in Schleswig-Holstein (230). Damit macht die brandenburgische kommunale Wohnungswirtschaft 0,233% der Arbeitnehmer aller Beschäftigten Brandenburgs aus, die schleswig-holsteinische kommunale Wohnungswirtschaft 0,02%. Neben der

beschäftigungsintensiveren Krankenhausbranche stellt die kommunale Wohnungswirtschaft in Brandenburg somit den größten kommunalen Arbeitgeber aller untersuchten Sektoren dar. Wie bei der Anzahl der Unternehmen und der Anzahl der Beschäftigten ist auch der Personalaufwand der brandenburgischen kommunalen Wohnungsunternehmen absolut gesehen in etwa zehnmal größer als der Personalaufwand der schleswig-holsteinischen kommunalen Wohnungswirtschaft. In Brandenburg beläuft er sich auf 96,8 Mio. Euro, in Schleswig-Holstein auf 9,2 Mio. Euro. Setzt man den Anteil des Personalaufwandes ins Verhältnis zu den Bruttolöhnen und -gehältern in der Gesamtwirtschaft, ergibt sich für Brandenburg ein Wert von 0,486 %, für Schleswig-Holstein von 0,034%. Teilt man den Personalaufwand durch die Anzahl der Arbeitnehmer der kommunalen Wohnungswirtschaft Brandenburgs, so kommt man auf einen durchschnittlichen Personalaufwand pro Arbeitnehmer und Jahr von 41.495 Euro, für Schleswig-Holstein ergeben sich 40.076 Euro.

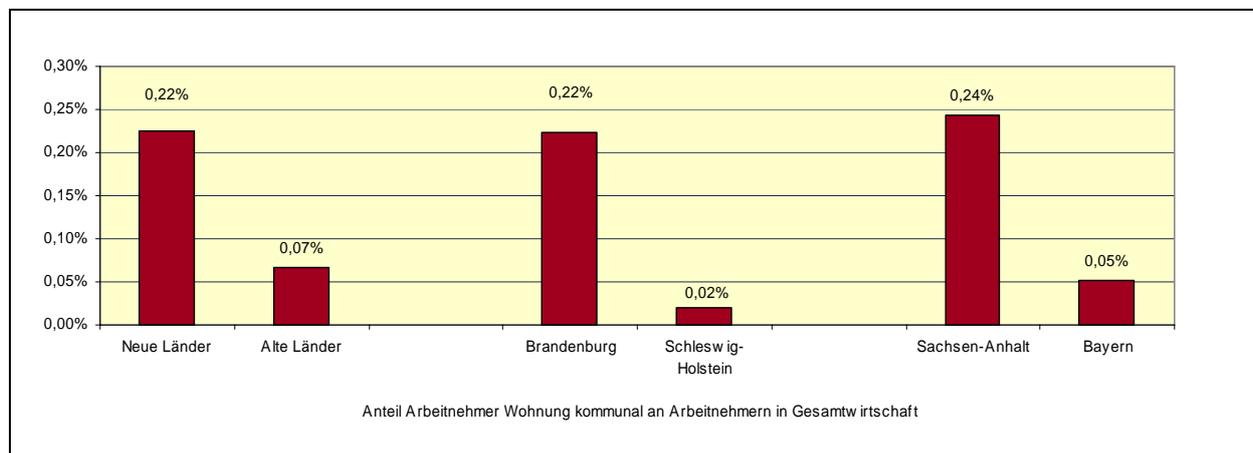


Abbildung 88: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Arbeitgeber (Quelle: JöU, VGR)

Absolut gesehen ist der Umsatz der kommunalen Wohnungswirtschaft Brandenburgs in etwa 9-mal so groß wie der Umsatz der kommunalen Wohnungswirtschaft Schleswig-Holsteins. In Brandenburg beläuft er sich auf 833 Mio. Euro, womit die kommunale Wohnungswirtschaft den größten Umsatz aller untersuchten Branchen in Brandenburg ausmacht. In Schleswig-Holstein wird ein Umsatz von 91 Mio. Euro erwirtschaftet. Setzt man den Umsatz der kommunalen Wohnungswirtschaft ins Verhältnis zum BIP, erhält Schleswig-Holstein einen Wert von 0,142%, Brandenburg einen Wert von 1,895%.

Mit 6,3 Mrd. Euro macht die kommunale Wohnungswirtschaft mehr als die Hälfte des Anlagevermögens aller kommunalen Unternehmen in den untersuchten Branchen Brandenburgs aus. Das Anlagevermögen der schleswig-holsteinischen kommunalen Wohnungswirtschaft beläuft sich auf eine halbe Mrd. Euro. Das Anlagevermögen der

brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft ist folglich absolut gesehen etwa 12-mal so groß wie das der schleswig-holsteinischen.

Deutliche geringere Differenzen zwischen Schleswig-Holstein und Brandenburg zeigen sich bei der Investitionstätigkeit der jeweiligen kommunalen Wohnungswirtschaft. Während die brandenburgische kommunale Wohnungswirtschaft absolut gesehen in etwa zehnmal mehr Unternehmen aufweist, zehnmal so viele Personen beschäftigt und einen neunmal so hohen Umsatz erwirtschaftet, sind die Unterschiede bei den Nettoinvestitionen deutlich geringer. Die Nettoinvestitionen belaufen sich in Schleswig-Holstein auf 38,8 Mio. Euro, in Brandenburg auf 139 Mio. Euro, sie sind in Brandenburg also 3,6-mal so groß wie in Schleswig-Holstein. Je Unternehmen ergibt das einen durchschnittlichen Nettoinvestitionswert von 1,023 Mio. Euro in Brandenburg, in Schleswig-Holstein hingegen 2,988 Mio. Euro.

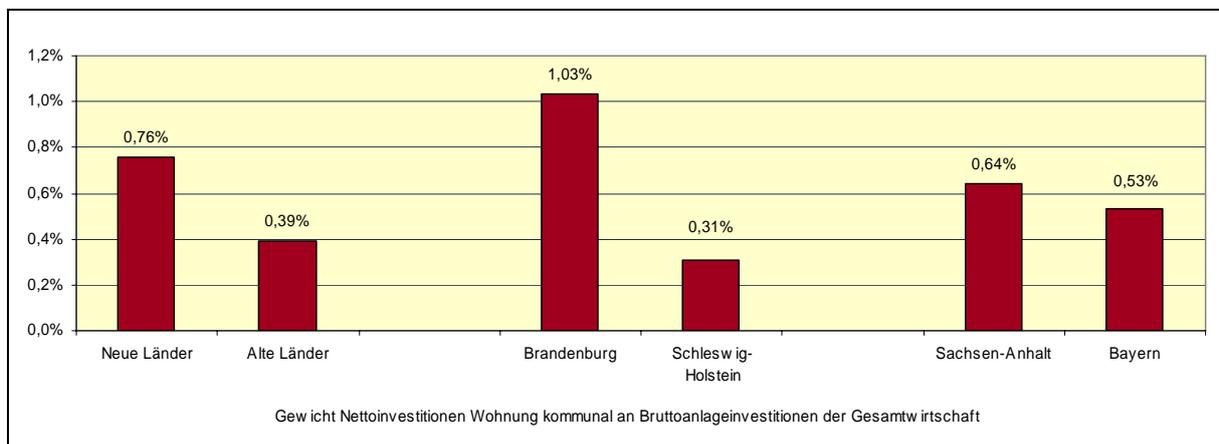


Abbildung 89: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Investor  
(Quelle: JöU, VGR)

Ein wenig relativiert sich das Bild, wenn man den Zugang zu Sachanlagen heranzieht. 244 Mio. Euro beträgt dieser für die kommunale Wohnungswirtschaft Brandenburgs, 49 Mio. für die Schleswig-Holsteins. Damit ist die absolute Differenz etwas größer als die bei den Nettoinvestitionen. Im Vergleich zu den Differenzen, die sich bei der Anzahl der Beschäftigten, dem Personalaufwand und dem Umsatz ergeben haben, ist die absolute Differenz hinsichtlich des Zugangs zu Sachanlagen ebenfalls geringer. Er ist in Brandenburg fünfmal so hoch wie der in Schleswig-Holstein.

Die folgende Abbildung verdeutlicht den großen Unterschied der Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft in den beiden Bundesländern. Die brandenburgische kommunale Wohnungswirtschaft macht 90% des Umsatzes, der Beschäftigtenzahlen und des Personalaufwandes beider Bundesländer aus. Abweichungen ergeben sich bei den Nettoinvestitionen und dem Zugang zu Sachanlagen.

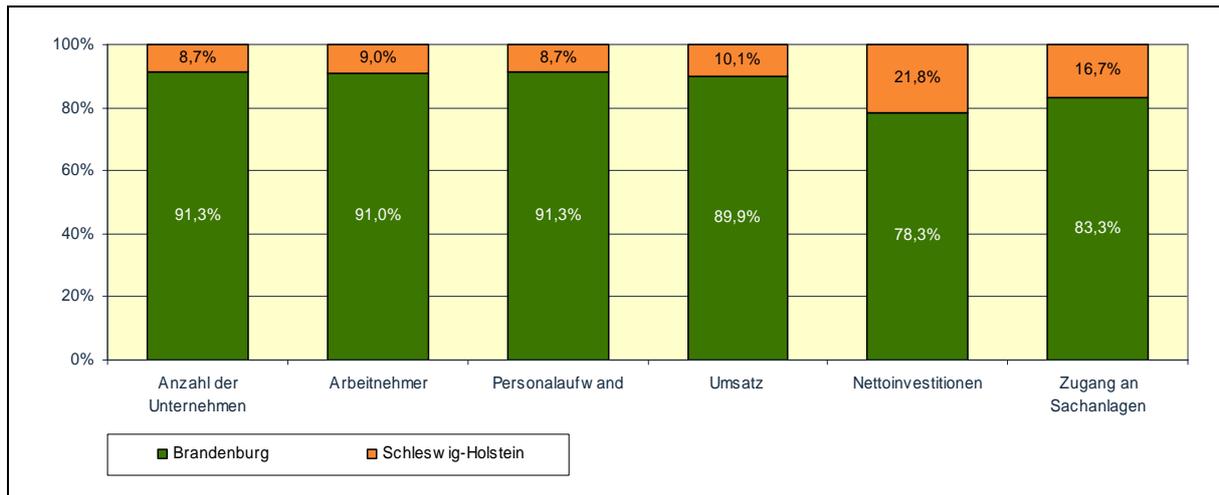


Abbildung 90: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in Brandenburg und Schleswig-Holstein (Quelle: JöU, VGR)

Untersucht man nun auf der Basis der vorherigen Absolutvergleiche die Anteile des kommunalen Wohnungssektors an der Gesamtwirtschaft, ergibt sich ein deutliches Bedeutungsübergewicht in Brandenburg. Der Anteil der im kommunalen Wohnungsbereich Beschäftigten an den Gesamtarbeitnehmern beträgt in Brandenburg das 11-fache des schleswig-holsteinischen Anteils. Noch höhere Bedeutungsunterschiede zu Gunsten Brandenburgs lassen sich für die Kriterien Personalkosten und Umsatz konstatieren.

	Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
<b>Schleswig-Holstein</b>	0,02%	0,034%	0,142%	0,4%
<b>Brandenburg</b>	0,223%	0,486%	1,895%	1,82%

Tabelle 7: Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in Brandenburg und Schleswig-Holstein

### 5.6.2 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

Hinsichtlich der Rechtsform ergeben sich auch im Vergleich der alten und neuen Bundesländer keine größeren Differenzen. Es bestätigt sich in etwa das Bild, das auch der brandenburgisch-schleswig-holsteinische Vergleich zeichnete. In Westdeutschland sind 515 (76,8%) als GmbH organisiert, in Ostdeutschland 559 (87,9%). In Westdeutschland sind 74 Eigenbetriebe (11%), in Ostdeutschland 71 (11,2%). Insgesamt existieren 21 AGs, eine davon in Ostdeutschland.

Die Anzahl der Unternehmen deutet auch im Vergleich der neuen und alten Bundesländer darauf hin, dass der kommunalen Wohnungswirtschaft Ostdeutschlands eine deutlich höhere quantitative Bedeutung zukommt als der kommunalen Wohnungswirtschaft Westdeutschlands. Auf die 63 Mio. Einwohner der untersuchten alten Bundesländer kommen

671, auf die 13,6 Mio. Einwohner der untersuchten neuen Bundesländer kommen 636 kommunale Wohnungsunternehmen. Damit sind 51,3% der kommunalen Wohnungsunternehmen in den alten Bundesländern ansässig.

Hinsichtlich des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Tätigkeiten zeigen sich im Vergleich der neuen und alten Bundesländer Unterschiede, die sich im Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein nicht gezeigt haben. Während 27,4% der westdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen auf Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte spezialisiert sind, beträgt dieser Anteil in den neuen Bundesländern 6,4%. Die kommunalen Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer betätigen sich also stärker im Bereich Verwaltung und Vermittlung, Verpachtung und Vermietung, die der alten Bundesländer stärker im Gebiet Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte.

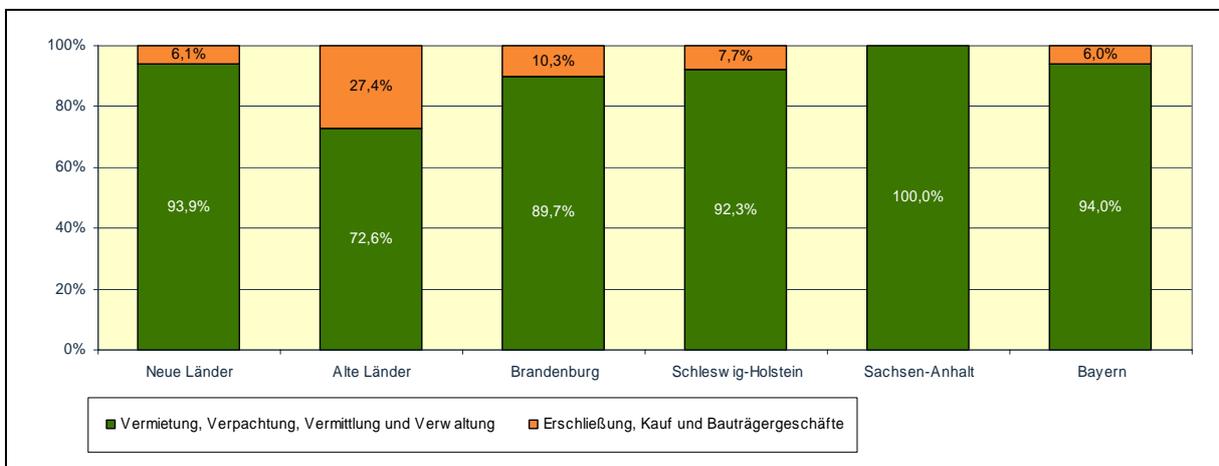


Abbildung 91: Wohnungswesen. Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit (Quelle: JöU, VGR)

Im Hinblick auf den Vergleich der Anteile der in der kommunalen Wohnungswirtschaft beschäftigten Personen an den Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft in neuen (0,225%) und alten (0,067%) Bundesländern bestätigt sich der zuvor für die beiden anderen Vergleichspaare gemachte Befund. Somit ist die Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft als Arbeitgeber im Osten als erheblich höher einzuschätzen.

Ähnlich wie die Anzahl der Beschäftigten verhalten sich im Vergleich der neuen und alten Bundesländer auch die Kosten des Personalaufwandes. In Westdeutschland belaufen sie sich auf 681 Mio. Euro, in Ostdeutschland auf 504 Mio. Euro. Damit machen die ostdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen 40,4% des gesamten Personalaufwandes aus. Je Arbeitnehmer macht das für die kommunalen Wohnungsunternehmen der neuen Länder einen Betrag von 40.033 Euro, für die der alten Bundesländer einen von 38.027 Euro. Setzt man den Anteil des Personalaufwandes ins

Verhältnis zu den Bruttolöhnen und -gehältern in der Gesamtwirtschaft ergibt sich für die neuen Länder ein Wert von 0,458% für die alten Länder ein Wert von 0,09%. Es zeigt sich hinsichtlich des Personalaufwandes also auch im Vergleich der neuen und alten Bundesländer die quantitativ deutlich größere Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft der neuen Bundesländer als Lohnzahler.

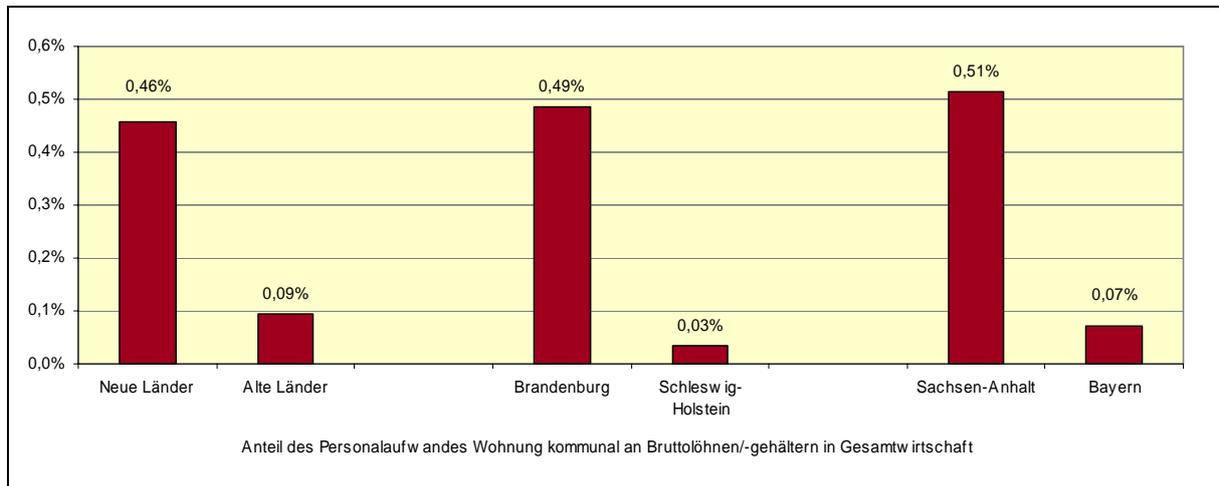


Abbildung 92: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Lohnzahler (Quelle: JöU, VGR)

Der Umsatz der kommunalen Wohnungswirtschaft Westdeutschlands beläuft sich auf 5,1 Mrd., der von Ostdeutschland auf 3,9 Mrd. Euro. 60,3% des Umsatzes wird in westdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen erwirtschaftet, 39,7% in denen der neuen Bundesländer. Gemessen am BIP ergibt sich ein Wert von 1,7% in den neuen, 0,3% in den alten Bundesländern.

In Westdeutschland liegt die Höhe der Nettoinvestitionen bei 1,18 Mrd. Euro, in Ostdeutschland bei 0,47 Mrd. Euro. Auch im Vergleich der alten und neuen Bundesländer deutet sich an, was bereits der Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein vermuten ließ. Im Vergleich zu der Anzahl der Arbeitnehmer, dem Personalaufwand und dem Umsatz investieren die kommunalen Wohnungsunternehmen der alten Bundesländer absolut betrachtet mehr als die kommunalen Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer. Absolut gesehen machen die Investitionen der neuen Bundesländer 28,5% der Investitionen aller kommunalen Wohnungsunternehmen aus. Berechnet man das Gewicht der Nettoinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft, erhalten die neuen Länder einen Wert von 0,8%, die alten einen von 0,4%.

Dieses Bild bestätigt sich, wenn man den Zugang an Sachanlagen als Maß heranzieht. Hier kommen die westdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen auf 1,398 Mrd. Euro, die ostdeutschen auf einen Wert von 0,978 Mrd. Euro. Damit verfügen die kommunalen

Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer über 41,2% der gesamten Investitionen, was in etwa dem Anteil an der Arbeitnehmerzahl, dem Anteil am Umsatz und dem Anteil am Personalaufwand entspricht.

Für die folgende Abbildung wurde der prozentuale Anteil der zu vergleichenden Bundesländer an der Gesamtheit ermittelt. Es zeigt sich, dass die Anzahl der Arbeitnehmer, der Personalaufwand, der Zugang zu Sachanlagen und der Umsatz recht ähnlich verteilt ist, während es hinsichtlich der Nettoinvestitionen eine Abweichung gibt.

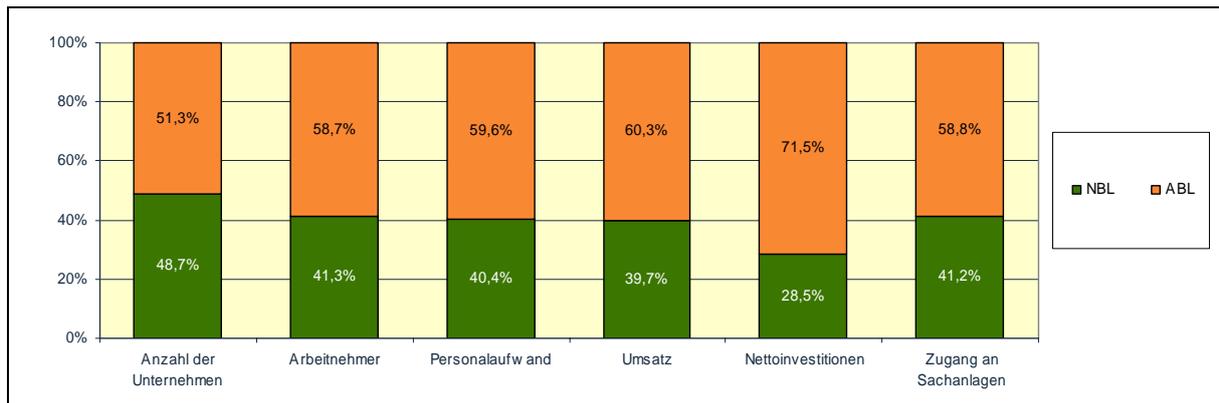


Abbildung 93: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern (Quelle: JöU, VGR)

Die Analyse der gesamtwirtschaftlich normierten Bedeutungsmaße ergibt hier, wie schon im Vergleich Brandenburgs mit Schleswig-Holstein, eine stabil und deutlich höhere Bedeutung des kommunalen Wohnungssektors in den neuen Bundesländern. Die Unterschiede sind dabei in Bezug auf die Kriterien Umsatz und Personalkosten am klarsten ausgeprägt.

	Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
<b>ABL</b>	0,067%	0,094%	0,302%	0,46%
<b>NBL</b>	0,225%	0,458%	1,694%	1,57%

Tabelle 8: Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in den neuen und alten Bundesländern

### 5.6.3 Vergleich nach dem Kriterium Industriedichte: Bayern vs. Sachsen-Anhalt

Hinsichtlich der Rechtsformen ergeben sich auch beim Industriedichte-Vergleich keine großen Unterschiede in der prozentualen Zusammensetzung. Von den 133 bayerischen kommunalen Wohnungsunternehmen sind 117 (88%) als GmbH organisiert, 6 (4,5%) als Eigenbetrieb, in Sachsen-Anhalt sind von 100 kommunalen Wohnungsunternehmen 85 als GmbH und 15 als Eigenbetrieb organisiert.

Acht der bayerischen kommunalen Wohnungsunternehmen sind auf Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte konzentriert, in Sachsen-Anhalt kein einziges. Damit sind sowohl in Bayern als auch in Sachsen-Anhalt weniger kommunale Wohnungsunternehmen auf Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte spezialisiert als der jeweilige Durchschnitt der neuen bzw. alten Bundesländer.

In Sachsen-Anhalt sind 2.476, in Bayern 2.790 Personen in kommunalen Wohnungsunternehmen beschäftigt. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft liegt in Sachsen-Anhalt bei 0,243% und in Bayern bei 0,052%, und ist somit nahezu 5-mal so hoch.

In Bayern beläuft sich der Personalaufwand auf 107 Mio., in Sachsen-Anhalt auf 101 Mio. Euro. Der Anteil des Personalaufwandes, gemessen an den Bruttolöhnen und –gehältern, ergibt für Bayern einen Wert von 0,072%, für Sachsen-Anhalt einen Wert von 0,513%.

In Bayern wird ein Umsatz von 830 Mio. Euro, in Sachsen-Anhalt von 700 Mio. Euro erwirtschaftet. Gemessen am BIP kommt Sachsens-Anhalts kommunale Wohnungswirtschaft auf 1,586%, Bayerns auf 0,224%.

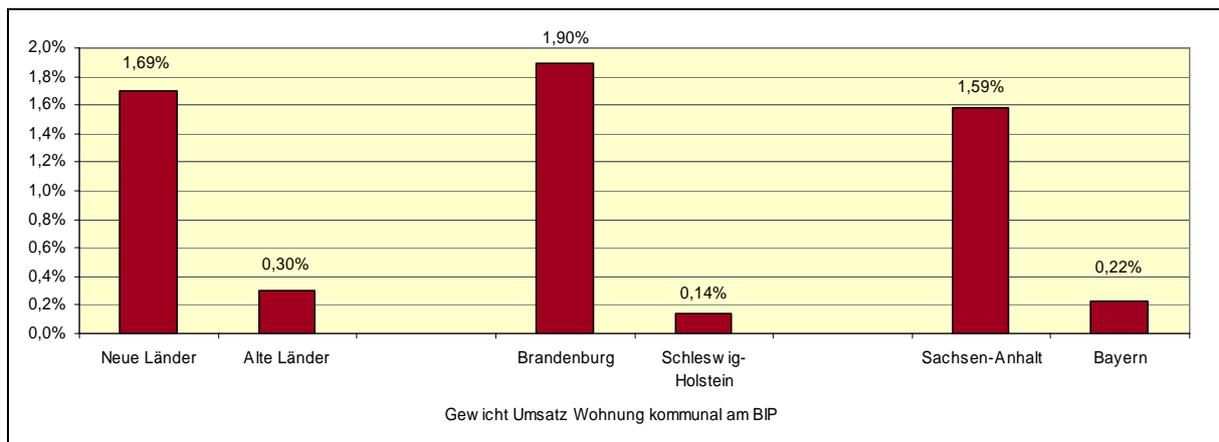


Abbildung 94: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen als Wertschöpfer (Quelle: JöU, VGR)

Die Nettoinvestitionen in Bayern belaufen sich auf 382 Mio. Euro, was gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft 0,53% ausmacht, in Sachsen-Anhalt belaufen sie sich auf 71 Mio. Euro, womit 0,64% der Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft von der kommunalen Wohnungswirtschaft getätigt werden. Damit sind die Nettoinvestitionen der bayerischen kommunalen Wohnungsunternehmen im Vergleich zu ihrem Umsatz deutlich größer, wie folgende Abbildung darstellt, für die der prozentuale Anteil beider Bundesländer an ihrer Gesamtheit ermittelt wurde.

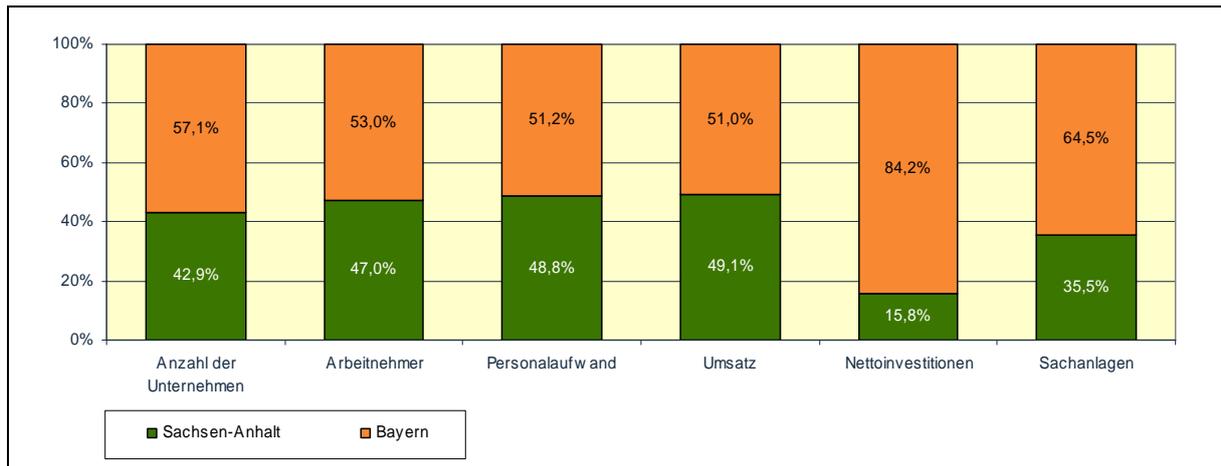


Abbildung 95: Wohnungswesen. Bedeutung kommunaler Unternehmen in Bayern und Sachsen-Anhalt (Quelle: JöU, VGR)

Erneut ergibt die Analyse der gesamtwirtschaftlich normierten Bedeutungsmaße eine stabil und deutlich höhere Bedeutung des kommunalen Wohnungssektors in Sachsen-Anhalt. Die Unterschiede sind dabei in Bezug auf die Kriterien Umsatz und Personalkosten wieder am klarsten ausgeprägt.

	Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
Bayern	0,052%	0,072%	0,224%	0,39%
Sachsen-Anhalt	0,243%	0,513%	1,586%	1,38%

Tabelle 9: Wohnungswesen. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung in Brandenburg und Schleswig-Holstein

### 5.6.4 Zusammenfassung

Die brandenburgische kommunale Wohnungswirtschaft hat eine deutlich größere Bedeutung als die kommunale Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein. Während in Schleswig-Holstein 13 kommunale Wohnungsunternehmen geführt werden, sind mit 136 kommunalen Wohnungsunternehmen in Brandenburg exakt so viele aktiv, wie die schleswig-holsteinische kommunale Wirtschaft in den untersuchten Branchen zusammengenommen aufweist. Die Anzahl der kommunalen Wohnungsunternehmen deutet zudem auf eine besondere Bedeutung der Wohnungswirtschaft innerhalb des brandenburgischen kommunalen Sektors hin, fast 40% der kommunalen Unternehmen Brandenburgs sind Wohnungsunternehmen.

Auch die Anzahl der Arbeitnehmer und der Personalaufwand sind in der brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft wesentlich größer als in Schleswig-Holstein. In der brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft arbeiten mehr als 10-mal so viele Personen, die einen mehr als 10-mal so hohen Personalaufwand beanspruchen.

Der Umsatz der kommunalen Wohnungswirtschaft Brandenburgs ist absolut betrachtet neunmal so hoch und das Anlagevermögen beläuft sich auf das 12-fache.

Geringer ist die Differenz hinsichtlich der getätigten Investitionen, ob man nun die Nettoinvestitionen oder den Zugang zu Sachanlagen heranzieht. Absolut betrachtet belaufen sich die Nettoinvestitionen der brandenburgischen kommunalen Wohnungsunternehmen auf das 3,6-fache. Gemessen am Umsatz, den Beschäftigtenzahlen oder der Anzahl der Unternehmungen investieren die kommunalen Wohnungsunternehmen aus Schleswig-Holstein also mehr als die brandenburgischen.

Die Differenzen zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein zeigen sich in etwas abgeschwächter Form auch beim Vergleich der neuen und alten Bundesländer.

Mit 636 von 1307 kommunalen Wohnungsunternehmen haben 48,7% ihren Sitz in den neuen Ländern, was unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen auf eine deutlich größere Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft hindeutet.

Dies bestätigt sich bei der Betrachtung der anderen Kennzahlen, in den neuen Ländern sind 41,3% aller Arbeitnehmer der kommunalen Wohnungswirtschaft beschäftigt, die 40,4% des gesamten Personalaufwandes ausmachen und 39,7% des Umsatzes der kommunalen Wohnungsunternehmen erwirtschaften. Eine Abweichung ergibt sich bei der Betrachtung der Nettoinvestitionen. Die Nettoinvestitionen in den neuen Bundesländern machen 28,5% der gesamten Investitionen aller kommunalen Wohnungsunternehmen aus. Dem Umsatz entsprechend ist hingegen der Zugang zu Sachanlagen. Mit 41,2% der gesamten Sachanlagen verfügen die kommunalen Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer sogar über geringfügig höhere Anteile als im Falle des Umsatzes.

Relativ betrachtet zeigt sich die größere quantitative Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft der neuen Bundesländer deutlich. In den neuen Bundesländern ist jeder 456. Erwerbstätige bei einer kommunalen Wohnungsunternehmung beschäftigt, in den alten Bundesländern jeder 1667. Auch hinsichtlich des Personalaufwandes, des Umsatzes und dem Zugang zu Sachanlagen zeigt sich die Differenz ähnlich. Etwas weniger groß ist der Unterschied bei den Nettoinvestitionen. Insgesamt sind die Differenzen etwas geringer, als dies beim Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein der Fall war.

Im Gegensatz zum Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein deutet der Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern auf unterschiedliche wirtschaftliche Schwerpunktsetzungen hin. Während 27,4% der westdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen auf Kauf, Erschließung und Bauträgergeschäfte spezialisiert sind, beträgt dieser Anteil in den neuen Bundesländern 6,4%

Bei den Rechtsformen ergeben sich nur geringe Abweichungen. In Westdeutschland sind 76,8%, in Ostdeutschland 87,9% als GmbH organisiert.

Auch der Vergleich zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern bestätigt die deutlichen Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern in der Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft. Hier zeigt sich, dass Sachsen-Anhalts kommunale Wohnungsunternehmen gemessen an der Wirtschaftskraft des Bundeslandes und auch gemessen an der Einwohnerzahl wesentlich mehr Personen beschäftigen, einen deutlich höheren Personalaufwand haben und mehr Umsatz erwirtschaften. Die Abweichung bezüglich der Nettoinvestitionen fallen größer aus als beim Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein, es zeigen sich auch Abweichungen hinsichtlich des Zugangs zu Sachanlagen.

Der brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft kommt eine um ein Vielfaches größere quantitative Bedeutung zu als der schleswig-holsteinischen kommunalen Wohnungswirtschaft. Ein erheblicher Unterschied zeigt sich auch beim Vergleich der neuen und alten Bundesländer und beim Industriedichte-Vergleich zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern.

Angesichts der gegensätzlichen Entwicklungswege der Wohnungswirtschaft bis 1990 können die quantitativen Unterschiede im kommunalen Wohnungssektor Ost- und Westdeutschlands nicht überraschen. Sie belegen die immens hohe Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern – zeigen aber auch die hohen Belastungen, die aus der Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes auf die ostdeutschen Kommunen zukommen.

## 6. Resümee. Funktionen kommunaler Wirtschaft

In der Folge einer primär ordnungspolitisch motivierten Wettbewerbspolitik der europäischen Union ergeben sich für die traditionelle Kommunalwirtschaft in Deutschland erhebliche Konsequenzen. Angestammte Versorgungsmonopole werden je nach Branche in verschiedenem Ausmaß durch stärker wettbewerbliche Arrangements ersetzt. Das bedeutet dann aber für die Kommunalwirtschaft, dass sie ökonomisch betrachtet von europäischer Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik zunächst einmal vor allem in negativer Weise betroffen ist. Vormalig durch das Leitbild der Daseinsvorsorge legitimierte Gebietsmonopole verschwinden mehr und mehr, kommunale Unternehmen sehen sich nun Konkurrenten ausgesetzt, müssen wesentlich stärker in mehr oder weniger umkämpften Märkten agieren. Die Folgen dieser Entwicklung sind vielseitig und werden sowohl unter Fachleuten als auch im politischen Raum seit geraumer Zeit debattiert:

- Leitbildwandel: stärkere Orientierung der Kommunalwirtschaft an erwerbswirtschaftlichen Formalzielen anstelle der Orientierung an Sachzielen wie Versorgungssicherheit und technischen Standards,
- Rollenwandel der Manager kommunaler Unternehmen: stärkere Prägung durch betriebswirtschaftliche Relevanzen und Ausprägung eines Selbstbildes eines am Markt agierenden Managers,
- Wandel der Steuerungsmöglichkeiten: starke Tendenz zur Verselbständigung der Unternehmen gegenüber der Eigentümerkommune und zunehmende Loslösung von politischen wie administrativen Steuerungseinwirkungen,
- Wandel der legitimatorischen Grundlagen öffentlichen und kommunalen Wirtschaftens: zunehmende Abkehr von eher an politischen Mechanismen orientierter Legitimation zu Gunsten einer Legitimation anhand von Effizienz- und Effektivitätskriterien,
- Partielle Infragestellung der ordnungspolitischen Vorstellungen: Kommunalwirtschaftliche Akteure werden als Marktteilnehmer unter anderen betrachtet; damit wird ihre vormalig ordnungspolitisch legitimierte systematische „Zurückstellung“ in der Folge des Subsidiaritätsprinzips in den Gemeindeordnungen der Länder in Frage gestellt.

Die Studie kann genau zu diesen Debatten einen politisch relevanten Beitrag leisten. Die Gemeindeordnungen der Länder setzen mit der so genannten Schrankentrias aus öffentlichem Zweck, Subsidiaritätsprinzip und Territorialbindung der gemeindlichen Wirtschaftstätigkeit Grenzen. An jeder dieser Beschränkungen setzen derzeit Überlegungen

an, die darauf gerichtet sind, die systematischen Marktbeschränkungen für kommunale Unternehmen aufzugeben und diese den privaten Wirtschaftsakteuren gleich zu stellen.

Die Ausgestaltung der Subsidiarität ist ein wesentlicher Konfliktfall. Debattiert wird vor allem, ob das Subsidiaritätsprinzip an sich insofern gegen die europäische Wettbewerbsdoktrin verstößt, als es einer Klasse von Wirtschaftsakteuren systematisch schlechtere Marktzugangschancen eröffnet. Die Leistungserbringung durch kommunale Unternehmen ist nach aktuellem Gemeindewirtschaftsrecht nur dann zulässig, wenn Private diese nicht mit gleichen oder geringeren Kosten erbringen können. Das Prinzip ist dabei verschiedenartig ausgestaltet, je nachdem in welcher Richtung der Beweis erbracht werden muss.<sup>53</sup>

Einen weiteren Gegenstand der Debatte bildet die Dimension des öffentlichen Zwecks. Ungeklärt und von erheblicher politischer wie wirtschaftlicher Relevanz ist hier die Frage, welche Beschränkungen für mögliche Geschäftsfelder sinnvoll sind und vor allem, ob sich gemeindliche Wirtschaftstätigkeit allein oder vorrangig an Erlösinteressen orientieren darf. Auch die besondere Verpflichtung kommunaler Unternehmen auf den öffentlichen Zweck, der eben über reine Erwerbsziele hinausgehen muss, wird in dieser Perspektive als Einschränkung der Wettbewerbschancen kommunaler Unternehmen wahrgenommen.

Die Territorialbindung kommunalen Wirtschaftens (und damit die Bindung an die Leistungsfähigkeit der Gemeinde) wird als systematische Chancenminimierung kommunaler Unternehmen in Frage gestellt. Kommunale Unternehmen sind bis dato in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Regel auf ihr Gemeindegebiet beschränkt, ihre privaten Pendanten und Konkurrenten aber unterliegen juristisch keinerlei territorialen Einschränkungen.

Die Debatte um landesrechtliche Beschränkungen kommunaler Wirtschaftstätigkeit lässt sich als Widerstreit einerseits eines ordnungspolitischen Leitbildes, das letztlich den Gemeindeordnungen zugrunde liegt, und andererseits eines Wettbewerbsleitbildes, das wesentlich die Politik der europäischen Union legitimiert, beschreiben.

Eine Entscheidung in den strittigen Fragen kann diese Studie nicht ersetzen, wohl aber Informationen liefern und damit letztlich Wissen schaffen, um diese Entscheidungen in den gesetzgebenden Arenen zu fundieren. Empirische, regional vergleichende Analysen zum Stellenwert der Kommunalwirtschaft liegen unserer Kenntnis nach bis dato nicht vor (siehe Methodenbericht). Gerade diese Informationen sind aber dringend notwendig, um die Debatten zur Neuordnung der gemeinderechtlichen Vorgaben zu stützen. Die teilweise schleppende wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern und die kaum noch vertretene Annahme der baldigen Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Ost und

---

<sup>53</sup> Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise regelt, dass „die Gemeinde (...) im Einzelfall darlegen und beweisen [muss], dass sie zur besseren und wirtschaftlicheren Aufgabenerbringung in der Lage ist. Damit wird ein absoluter Vorrang privater Dritter (...) festgeschrieben.“ (Cronauge 1997, S. 145)

West fordert geradezu eine differenzierte Betrachtung der Bedeutung der Kommunalwirtschaft und damit auch eine neue, nämlich den spezifischen Verhältnissen in den neuen Ländern angemessene Diskussion der politischen Rahmensetzungen, in erster Linie des Kommunalwirtschaftsrechts.

Die Studie „Kommunalwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Eine vergleichende Analyse der neuen und alten Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung des Landes Brandenburg“ sucht einen Beitrag zu leisten, um die konstatierte Wissenslücke bezüglich des regional verschiedenen Stellenwertes der Kommunalwirtschaft zu überwinden. Die Zielsetzung der Untersuchung bestand darin, „die Bedeutung und Rolle kommunaler Unternehmen im Land Brandenburg als Wirtschafts- und Versorgungsfaktor – auch im Vergleich zum privaten Wirtschaftssektor sowie im Vergleich zur Rolle der Kommunalwirtschaft in der alten Bundesrepublik“ – herauszuarbeiten (Zitat aus der Forschungsvereinbarung). Diese inhaltliche Zielstellung des Projektes wurde vollständig umgesetzt. Es wurden vorhandene Quellen der amtlichen Statistik, der Statistik der Verbände auf geeignete Daten untersucht sowie in einer eigenen Befragung weitere Daten erhoben. Dabei hat sich ergeben, dass der direkte Vergleich des kommunalen mit dem Privatsektor in Gänze aufgrund der Datenlage im Bereich der amtlichen Statistik nicht möglich ist. Im Rahmen des Projektes wurde daher auf die Gesamtwirtschaft (die sich vereinfachend aber für die hier verfolgten Zwecke ausreichend als Summe von privatem und öffentlichem Sektor verstehen lässt) abgestellt. Der unvermittelte Vergleich zum privaten Sektor wurde für die Bereiche, in denen Daten erschlossen werden konnten, branchenspezifisch durchgeführt. Die ursprüngliche Projektanlage beschränkte sich zunächst auf die Analyse der Kommunalwirtschaft in Brandenburg im Vergleich zu den alten Bundesländern. Im Verlaufe des Projektes wurde dieser Analysefokus derart erweitert, dass die Bedeutung der Kommunalwirtschaft (im Bereich der amtlichen Statistik) in allen Flächenländern der Bundesrepublik analysiert wurde. Dadurch ergaben sich verbesserte Möglichkeiten der Betrachtung des Einflusses beispielsweise der Industriedichte. Darüber hinaus konnten die Vergleichspaare (siehe Methodenbericht) angemessener gebildet werden.

Im Ergebnis der Datenrecherche muss festgehalten werden, dass die ursprünglich avisierten Bedeutungskennzahlen (z.B. Ausbildungsplätze) nur zum Teil der amtlichen Statistik entnommen werden konnten. Andere Maße, wie die in der Region verbleibenden Investitionsmittel, konnten in systematischer Weise, die einen Vergleich ermöglicht hätte, gar nicht erhoben werden. Auf die Einbeziehung von Gewinnen und ebenso Steuerzahlungen als Beitrag der Kommunalwirtschaft zur Finanzierung der öffentlichen Hände musste aufgrund

konzeptueller Überlegungen und aufgrund der schlechten Datenlage<sup>54</sup> letztlich verzichtet werden. Das Projekt hat mit den vorgenommenen Analysen auch für folgende ähnliche empirische Untersuchungen einen Beitrag geliefert und weist aus, mit welchen Bedeutungskennzahlen sich die Kommunalwirtschaft abbilden lässt und welche Kennzahlen eher mit methodischen und konzeptuellen Schwierigkeiten behaftet sind.

Zusätzlich zu den anfänglichen Zielstellungen wurde im Projektverlauf der Einfluss der Industriedichte auf Bedeutungsunterschiede der Kommunalwirtschaft untersucht. Dabei wurden zwei methodische Pfade beschritten: Einerseits wurden auf der Ebene der Vergleichspaarbildung zwei jeweils für die neuen und die alten Bundesländer typische Bundesländer ermittelt und analysiert. Andererseits werden im Folgenden Analysen berichtet, die den Einfluss der Industriedichte im Zusammenhang mit anderen (im statistischen Sinne) wirksamen Faktoren (Ost/ West) statistisch systematisch untersuchen. Auf dieser Basis kann hier ein weiteres wesentliches, zusätzliches Ergebnis des Projektes berichtet werden.

Der Rückblick auf die ursprüngliche Fragestellung zeigt, dass im Verlauf des Projektes die anfänglichen Zielstellungen erfüllt und ausdifferenziert und darüber hinaus weitere kommunalwissenschaftlich und methodisch relevante Ergebnisse produziert wurden. Als Bericht des Projektes liegt also eine ausführliche und differenzierte empirische Analyse der Bedeutung der Kommunalwirtschaft vor, die eine erhebliche Daten- als auch methodische Lücke schließt und damit eine beträchtliche Relevanz für politische Entscheidungsprozesse haben dürfte.

## 6.1 Fragestellung

Dem Projekt liegen zwei fundamentale Fragen zu Grunde: Zunächst soll empirisch die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft im Vergleich zur Privatwirtschaft untersucht werden. Diese Bedeutungsdimension wird auf der Ebene der Bundesländer (genereller Ost/ West) verglichen. Die zweite Fragestellung des Modellprojektes ist eher formaler Art und entwickelt ein für inhaltliche Fragestellung angemessenes Analysedesign. Untersucht wurde zum einen, welche vorhandenen statistischen Erhebungen im Sinne der Fragestellung nutzbar gemacht werden können. Außerdem wurde ein Befragungsinstrument entwickelt und eingesetzt, welches die Defizite und Einseitigkeiten der vorhandenen Datenquellen komplementär ergänzen soll. Im Verlauf des Projektes waren also inhaltliche Analysen zur Bedeutung der kommunalen Wirtschaft mit der Entwicklung eines auch wiederholt einsetzbaren methodischen Instrumentariums zu verknüpfen.

---

<sup>54</sup> Die Variable „Steuerzahlungen“ wies im Bereich der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen bis zu 85% fehlende Werte aus.

## 6.2 Methodik

Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft Brandenburgs wird im regionalen Vergleich im Wesentlichen anhand zweier Datenquellen analysiert. Die eigene Befragung untersucht insbesondere Aspekte zum regionalen Vergleich zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein, die in der amtlichen Statistik vernachlässigt werden. Die Auswertungen der amtlichen Statistik stützen sich auf die Erhebungen der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen (JöU) sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder. Dabei wird die Bedeutung der Kommunalwirtschaft in verschiedenen regionalen Vergleichen im Hinblick auf betriebswirtschaftliche Bedeutungskategorien untersucht. Da die Datenrecherche einen systematischen Mangel an privatwirtschaftlichen Vergleichszahlen ergeben hat, wird die landes- bzw. regionenspezifische Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft verglichen. Ergänzend zu diesen beiden Hauptquellen der Analyse werden punktuell andere Quellen (Verbandsdaten, Fachserien) herangezogen.

Im Ergebnis dieses mehrstufigen Designs kann die Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Allgemeinen und branchenspezifisch hinreichend komplex abgebildet und den zentralen regionalen Vergleichen zugeführt werden.

Das oben ausführlich beschriebene methodische Vorgehen des Projektes war immer auch darauf ausgelegt, die Wiederholbarkeit der empirischen Analyse zu gewährleisten und möglichst zu vereinfachen. Alle wesentlichen Quellen aus dem Bereich der amtlichen Statistik werden zumindest jährlich erhoben und z.T. veröffentlicht (Fachserien, VGR). Bis auf die zentrale Quelle JöU sind alle anderen Quellen frei zugänglich und kostenfrei verfügbar. Der Datensatz der JöU wurde auf Antrag über das Forschungsdatenzentrum am Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg für die Zwecke des Projektes erstellt. Der gleiche Datensatz ließe sich also für spätere Replikationen oder Folgeprojekte erstellen und grundsätzlich in der gleichen Weise auswerten. Die hierzu notwendigen Variablenumkodierungen, Labelungen und Auswertungsschritte sind als Syntaxen für das gängigste Statistikprogramm SPSS im Anhang dieses Berichtes zusammengestellt.

Die zweite wichtige Datenquelle, der Fragebogen, ist ebenso im Anhang dieses Berichtes zu finden. Dieser ist ohne größeren Aufwand für Befragungen möglicherweise anderer Länder umzuarbeiten.<sup>55</sup> Auf die Zusammenstellung der Auswertungssyntaxen des Fragebogens haben wir aufgrund der Einfachheit der Auswertungen verzichtet, zumal deren Darstellung erst dann sinnvoll wäre, wenn die Struktur des Datensatzes aufwändig mit berichtet würde.

---

<sup>55</sup> Wir empfehlen zukünftigen Befragungen, auf die Erfassung von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu verzichten, da die Ausfüllquote dieser Teile des Fragebogens zu gering war, um valide Daten zu generieren.

### 6.3 Die kommunale Wirtschaft in Brandenburg

Mehr als 30.000 Menschen sind in Brandenburg Arbeitnehmer in kommunalen Unternehmen und erwirtschaften knapp drei Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Die 543 kommunalen Unternehmen in Brandenburg verfügen über ein Anlagevermögen von über 13 Mrd. Euro. Sie sind darüber hinaus mit Nettoinvestitionen im Umfang von knapp 600 Mio. Euro und über die gezahlten Löhne, Gehälter und Sozialabgaben als Auftraggeber und als Arbeitgeber für den Standort Brandenburg nicht zu übersehen.

	Anzahl Betriebe	Zahl der Arbeitnehmer	Personalaufwand in €	Umsatzerlöse in €	Investitionen <sup>56</sup> in €
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	76	2586	100.956.941	522.396.982	104.060.565
<b>Verkehr</b>	19	2.219	74.872.432	109.004.583	22.982.203
<b>Wohnungen</b>	136	2.333	96.808.534	833.587.847	244.872.163
<b>Krankenhäuser</b>	22	14.213	540.318.255	801.645.659	195.107.495
<b>Abwasser</b>	84	986	38.676.038	335.034.840	213.636.711
<b>Abfall</b>	10	404	12.324.331	61.734.267	8.251.548
<b>betrachtete Branchen insgesamt</b>	347	22.741	863.956.531	2.663.404.178	788.910.685
<b>Kommunalwirtschaft insgesamt</b>	543	31.058	1.095.867.581	2.999.375.503	863.135.487

Tabelle 10: Kommunalwirtschaft Brandenburgs in absoluten Zahlen (Quelle: JöU)

Die in der vorliegenden Studie untersuchten Branchen repräsentieren zwei Drittel der kommunalen Betriebe in Brandenburg, drei Viertel der in der kommunalen Wirtschaft Brandenburgs Beschäftigten sowie den größten Teil dessen, was in der brandenburgischen Kommunalwirtschaft als Anlagevermögen vorhanden ist, als Umsatz erzielt, an Investitionen getätigt und an Löhnen und Gehältern gezahlt wird. Wenngleich die Kommunalwirtschaft in Brandenburg weitere Geschäftsfelder umfasst, bilden die untersuchten Branchen den Kern der Kommunalwirtschaft in Brandenburg ab.

Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft als Arbeitgeber, Lohnzahler, Wertschöpfer oder Investor mit Blick auf die absoluten Zahlen hervorzuheben, negiert nicht, dass die kommunale Wirtschaft in Brandenburg – wie auch in allen anderen Bundesländern – in ihrer Relation zur Privatwirtschaft klein ist. Auch die brandenburgische Wirtschaft ist trotz Deindustrialisierung und im Vergleich zu den alten Bundesländern geringerer Wirtschaftskraft und Industriedichte im Wesentlichen durch den privaten Sektor geprägt. Der Anteil der kommunalen Wirtschaft am Umsatz, an den Investitionen oder der Zahl der Arbeitnehmer schwankt um einen Wert von etwa 5% und rückt in dieser Größenordnung den Umfang der kommunalen Wirtschaft in ein Licht, das vor ihrer Über- wie Unterschätzung bewahrt. Man muss allerdings beachten, dass die Kommunalwirtschaft nur ein Teil der

<sup>56</sup> Als Zugang an Sachanlagen.

gesamten öffentlichen Wirtschaft ist, da es umfangreiche Wirtschaftsaktivitäten auch auf der Ebene des Bundes und der Länder gibt. Insgesamt hat die deutsche öffentliche Wirtschaft einen Anteil von knapp 10% an der Gesamtwirtschaft, gemessen an der Relation Umsatz/ BIP bzw. im Hinblick auf den Beschäftigtenanteil.

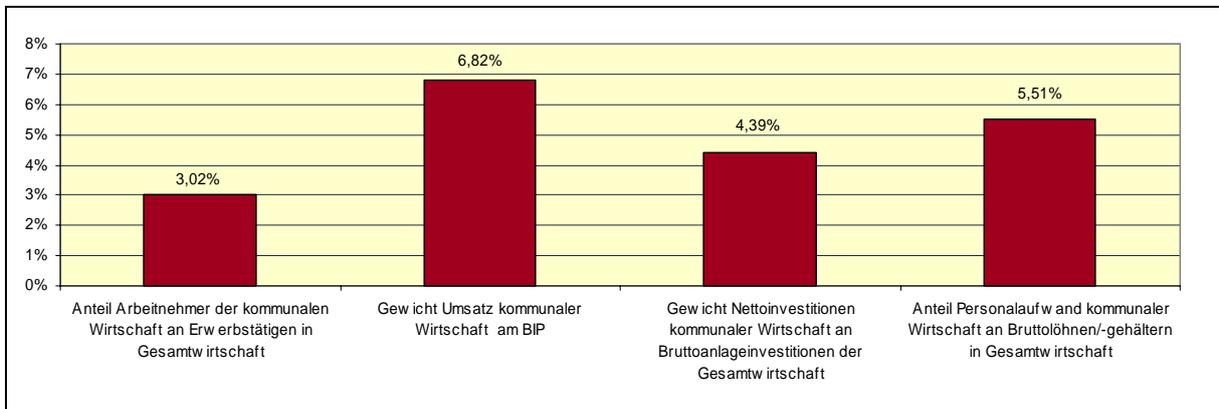


Abbildung 96: Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg – Kennzahlenvergleich (Quelle: JöU, VGR)

Trotz des vergleichsweise geringen Umfangs der kommunalen Wirtschaft ist das Gewicht der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern. Auch in Brandenburg hat der kommunale Sektor eine größere wirtschaftliche und politische Bedeutung als Arbeitgeber, Wertschöpfer und Investor als im Bundesmaßstab.

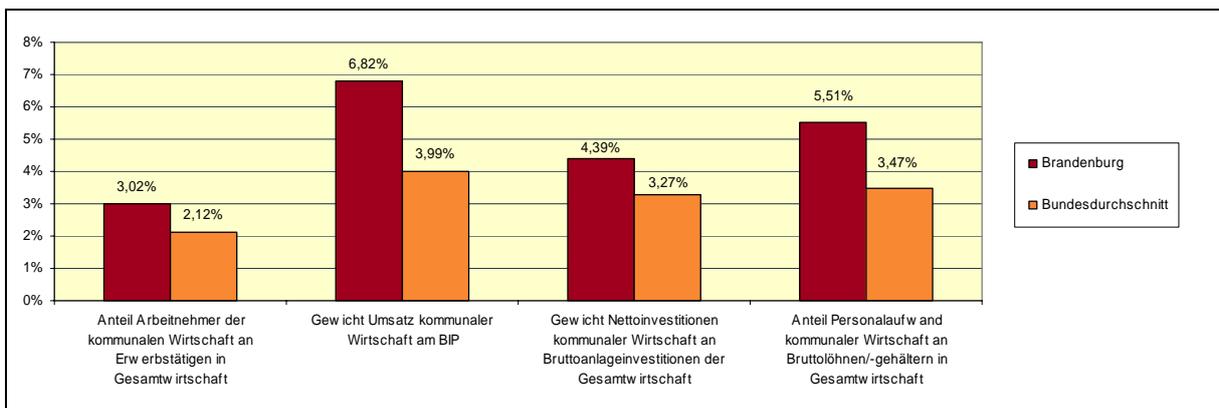


Abbildung 97: Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg im Vergleich mit Bundesdurchschnitt (Quelle: JöU, VGR)

### 6.3.1 Eigentümerstrukturen der kommunalen Wirtschaft

Träger kommunalen Wirtschaftens sind Landkreise, Städte und Gemeinden. Die Mehrheit der kommunalen Beteiligungen, gemessen an der Anzahl der Betriebe, liegt in der Hand der Städte und Gemeinden. Lediglich in den Sektoren Abfallwirtschaft, ÖPNV und bei Krankenhäusern dominieren in Brandenburg die Landkreise als Eigentümer, die eine

wichtigere Rolle spielen würden, wenn die Sparkassen in die Betrachtung einbezogen würden. Städte und Gemeinden in Brandenburg sind wirtschaftlich vorwiegend in der Energieversorgung, Wasser und Abwasser und in der Wohnungswirtschaft aktiv.

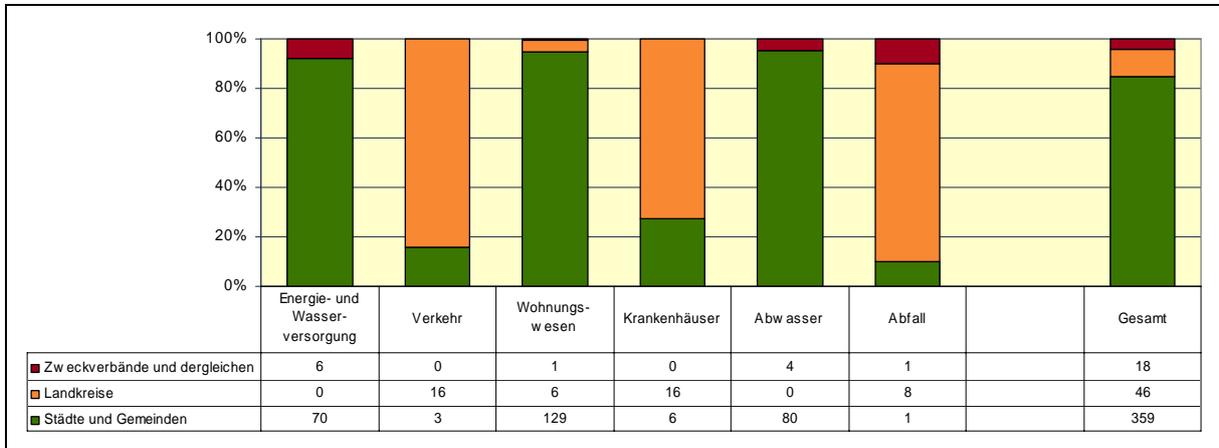


Abbildung 98: Eignerstatus nach Branchen  
(Quelle: JöU, VGR)

Direkte kommunale Beteiligungen der brandenburgischen Städte und Gemeinden finden sich vor allem in den Bereichen Abwasser, Wohnungswirtschaft und Wasserversorgung.

Die Ergebnisse der Fragebogenerhebung ermöglichen zusätzlich eine Betrachtung der Beteiligungsverhältnisse danach, in welchem Ausmaß bestimmte Aufgaben innerhalb der Kommunalverwaltung oder in Minderheitsbeteiligungen erbracht werden. Zu beachten ist dabei, dass hier Landkreise, entgegen den vorigen empirischen Ergebnissen, nicht in die Analysen einbezogen wurden sowie dass die hier berichteten Fallzahlen nicht Unternehmenszahlen ausweisen sondern vielmehr Beteiligungsformen. Es ist durchaus plausibel anzunehmen, dass sich hinter den berichteten Beteiligungsanzahlen, je nach Aufgabenbereich, eine geringere Anzahl von Unternehmen verbirgt. Aufschlussreich für die reale Bedeutung des kommunalen Sektors innerhalb der Branchen ist ein Blick auf die Beteiligungsformen, differenziert nach öffentlich-rechtlichen Beteiligungen (eingeschlossen Einrichtungen, die – wie etwa Regiebetriebe oder unselbständige Anstalten – der Kernverwaltung direkt zugerechnet werden und von der Kernverwaltung verselbständigte Eigenbetriebe), privatrechtlichen Mehrheitsbeteiligungen der Städte und Gemeinden und Minderheitsbeteiligungen der Kommunen.

Branche	Öffentlich-rechtliche Beteiligung (inkl. Kernverwaltung) der Kommune	Privatrechtliche Mehrheitsbeteiligung der Kommune	Privatrechtliche Minderheitsbeteiligung der Kommune	Keine Beteiligung der Kommune
Gas	0	33	12	55
Strom	0	26	31	43
Fernwärme	0	45	6	49
Wasser	66	20	4	10
Abwasser	84	8	2	6
Abfall	10	6	0	84
ÖPNV	2	12	0	86
Wohnungswesen	8	76	6	10
Krankenhaus	0	10	2	88

Tabelle 11: Beteiligungsformen kommunaler Unternehmen in Brandenburg (ohne Landkreise) in Prozent (Quelle: EE)

Abwasserentsorgung und Wasserversorgung befinden sich entweder in öffentlich-rechtlicher Form oder als kommunale Mehrheitsbeteiligung in privatrechtlicher Form nahezu vollständig in der Hand der Städte und Gemeinden, während vor allem im Bereich der Energieversorgung (insbesondere bei Gas und Strom) kommunale Beteiligungen in Brandenburg nur in privatrechtlicher Form sowohl als Mehrheits- wie als Minderheitsbeteiligungen vorkommen. Bei der beträchtlichen Anzahl der Minderheitsbeteiligungen im Bereich Strom dürfte es sich in der Regel um kommunale Minimalbeteiligungen an überregionalen Versorgern handeln, die schwerlich dann noch als kommunale Unternehmen zu verstehen sind. Diese Minderheitsbeteiligungen werden aber in allen Analysen, die auf der Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Unternehmen (JöU) beruhen, nicht erfasst.

### 6.3.2 Die wirtschaftliche und politische Bedeutung kommunaler Unternehmen in Brandenburg

Kommunale Unternehmen in Brandenburg gewinnen in ihrer Rolle als Arbeitgeber, als Wirtschaftsfaktor wie als Investor, nicht zuletzt, als „Sponsor“ und als Impulsgeber für das gesellschaftliche Leben wirtschaftliche und politische Bedeutung.

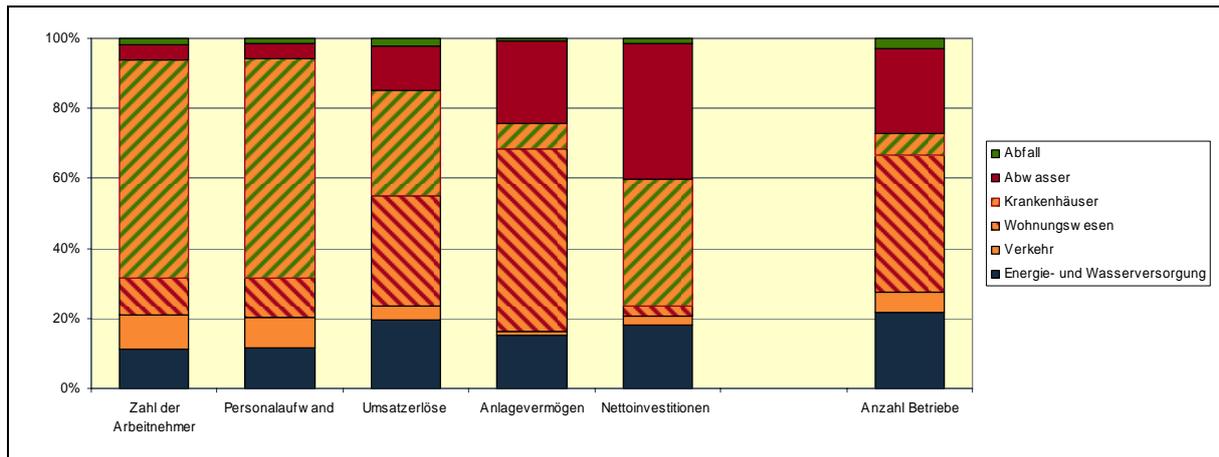


Abbildung 99: Branchenüberblick Brandenburg nach Kennzahlen  
(Quelle: JöU, VGR)

Die verschiedenen Branchen der Kommunalwirtschaft tragen allerdings in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Maße zum Gesamtbild kommunalen Wirtschaftens bei. Von der Anzahl der Betriebe erscheint die kommunale Wirtschaft auf den ersten Blick als „Wohnungswirtschaft“, ergänzt um Betriebe der Abwasserentsorgung. Im Feld der Wohnungswirtschaft finden sich die meisten kommunalen Betriebe in Brandenburg, hier vor allem unterscheidet sich die kommunale Wirtschaft Brandenburgs, wie aller neuen Bundesländer, von jener in den alten Bundesländern, in denen die kommunale Wohnungswirtschaft nicht annähernd die gleiche Bedeutung besitzt. Diese Bedeutung der kommunalen Wohnungswirtschaft in Brandenburg bestätigt sich mit Blick auf das Anlagevermögen, das mit über 6 Mrd. Euro das Anlagevermögen in allen anderen Branchen um ein Mehrfaches übertrifft. Auch bei den Umsatzerlösen steht die brandenburgische kommunale Wohnungswirtschaft neben den Krankenhäusern an der Spitze der Kommunalunternehmen in Brandenburg.

Misst man die Bedeutung der Kommunalwirtschaft am Anlagevermögen, bleibt die Wohnungswirtschaft unbestritten das wichtigste Feld kommunalen Wirtschaftens. Hinzu treten, wenn auch mit beträchtlichem Abstand, Wasser- und Abwasserbetriebe, die zusammen mit der Wohnungswirtschaft 80% des gesamten Anlagevermögens der Kommunalwirtschaft Brandenburgs ausmachen.

Die größten Umsatzerlöse werden in der Wohnungswirtschaft und von den Krankenhäusern erzielt. Sie unterstreichen mit einem Anteil von zusammen 55% den hohen Stellenwert dieser beiden Branchen der kommunalen Wirtschaft in Brandenburg. Diese Aussage wird erhärtet mit Blick auf die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen und kommunaler Krankenhäuser als Investoren: Beide kommunalen Branchen erbringen 52% der Nettoinvestitionen der kommunalen Wirtschaft in Brandenburg, ergänzt durch Investitionen im Abwasserbereich, die mit einem Anteil von 30% zu den kommunalwirtschaftlichen Investitionen beitragen.

Als größter Arbeitgeber innerhalb der kommunalen Unternehmen treten die Krankenhäuser auf. Sie beschäftigen 45% der Arbeitnehmer der brandenburgischen Kommunalunternehmen und tragen mit einem Personalaufwand für Löhne, Gehälter und Sozialabgaben von knapp 50% der Personalaufwendungen aller kommunalen Unternehmen Brandenburgs entscheidend zu der Rolle bei, die die kommunalen Unternehmen in Brandenburg spielen.

Die Bedeutung kommunaler Unternehmen als Arbeitgeber generell in Brandenburg wird ebenfalls deutlich, wenn auf lokaler Ebene der Städte und Gemeinden der Anteil kommunaler Unternehmen unter den fünf größten Arbeitgebern vor Ort bestimmt wird.

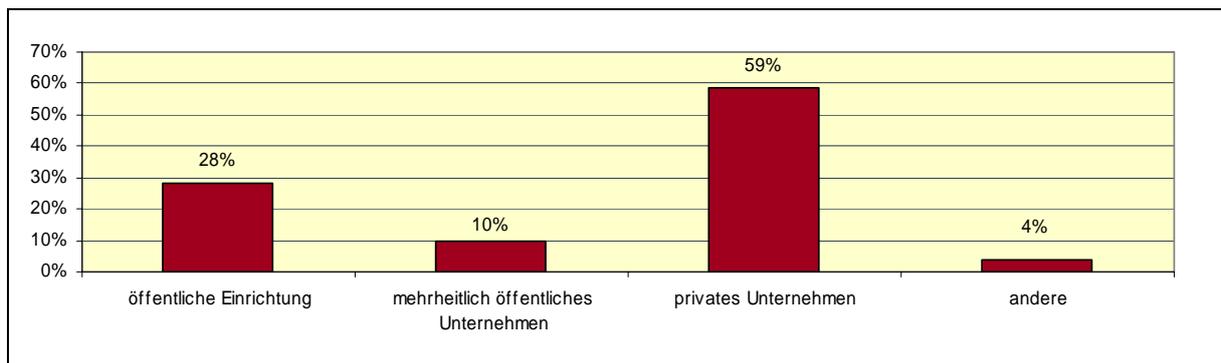


Abbildung 100: Größte Arbeitgeber in Brandenburg  
(Quelle: EE)

Absolut überwiegen unter den fünf größten örtlichen Arbeitgebern die privaten Unternehmen. Mit einem Anteil von 10% kommunaler Unternehmen unter den, gemessen an der Beschäftigtenzahl, fünf wichtigsten Arbeitgebern in brandenburgischen Städten und Gemeinden bilden die kommunalen Unternehmen zwar eine Minderheit. Bezogen auf den Anteil, den kommunale Unternehmen mit 0,68% aller brandenburgischen Unternehmen überhaupt (543 kommunale Unternehmen gegenüber rund 80.000 Unternehmen in Brandenburg insgesamt) haben, sind die kommunalen Unternehmen unter den fünf größten Arbeitgebern vor Ort mit einem Anteil von 10% jedoch deutlich überrepräsentiert.

## 6.4 Die Bedeutung kommunaler Unternehmen im Ost-West-Vergleich

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung kommunaler Unternehmen als Arbeitgeber, Lohnzahler, Wertschöpfer und Investor ist generell in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern.

Vergleicht man den Anteil, den kommunale Unternehmen in Brandenburg an jeweils der Gesamtheit der Arbeitnehmer und Personalaufwendungen, des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttoanlageinvestitionen haben, mit deren Gewicht in Deutschland insgesamt nach

diesen Merkmalen, wird die höhere Bedeutung kommunaler Unternehmen in den neuen Bundesländern und dabei auch in Brandenburg deutlich sichtbar.

	als Arbeitgeber	als Lohnzahler	als Wertschöpfer	als Investor
<b>Alte Bundesländer</b>	0,93	0,92	0,91	0,87
<b>Neue Bundesländer</b>	1,35	1,54	1,62	1,60
<b>Brandenburg</b>	1,26	1,59	1,71	1,66
<b>Schleswig-Holstein</b>	0,59	0,70	0,70	0,65
<b>Deutschland gesamt<sup>57</sup></b>	1	1	1	1

Tabelle 12: Bedeutung der kommunalen Wirtschaft<sup>58</sup>

Den Ausgangspunkt bildet für Zwecke der Zusammenfassung jeweils der Vergleich der neuen und alten Bundesländer. Folgend werden Auffälligkeiten der sekundären Vergleichspaare (Brandenburg vs. Schleswig-Holstein, Bayern vs. Sachsen-Anhalt) berichtet. Für den Zweck einer übersichtlichen Gesamtdarstellung wurden hier die je kleineren Anteilswerte als 1 gesetzt und die je größeren entsprechend berechnet.

Im Einzelnen lässt sich die größere Bedeutung der kommunalen Wirtschaft in Brandenburg an einem Vergleich Brandenburgs mit Schleswig-Holstein zeigen.

<sup>57</sup> Ohne die Stadtstaaten.

<sup>58</sup> Der entsprechende Anteilswert für Deutschland gesamt wurde mit dem Bezugswert 1 gesetzt, die anderen Werte entsprechend relational berechnet.

### Bedeutung der kommunalen Wirtschaft als Arbeitgeber

(gemessen am Anteil der Arbeitnehmer der kommunalen Unternehmen an der Gesamtheit der Arbeitnehmer je Bundesland)

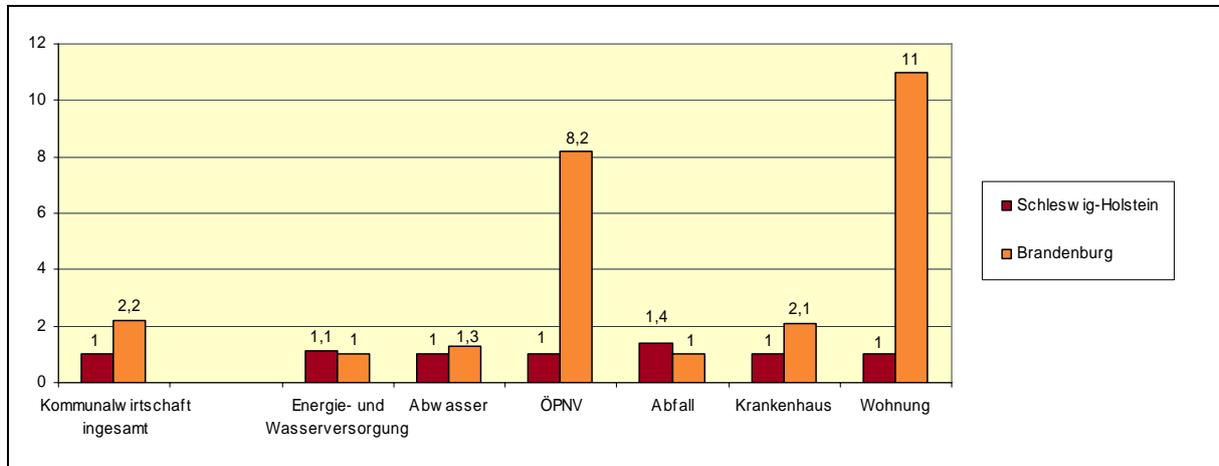


Abbildung 101: Anteil der kommunalwirtschaftlichen Arbeitnehmer an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick

### Bedeutung der kommunalen Wirtschaft als Lohnzahler

(gemessen am Anteil Personalaufwendungen der kommunalen Unternehmen an der Gesamtheit der Bruttolöhne und -gehälter je Bundesland)

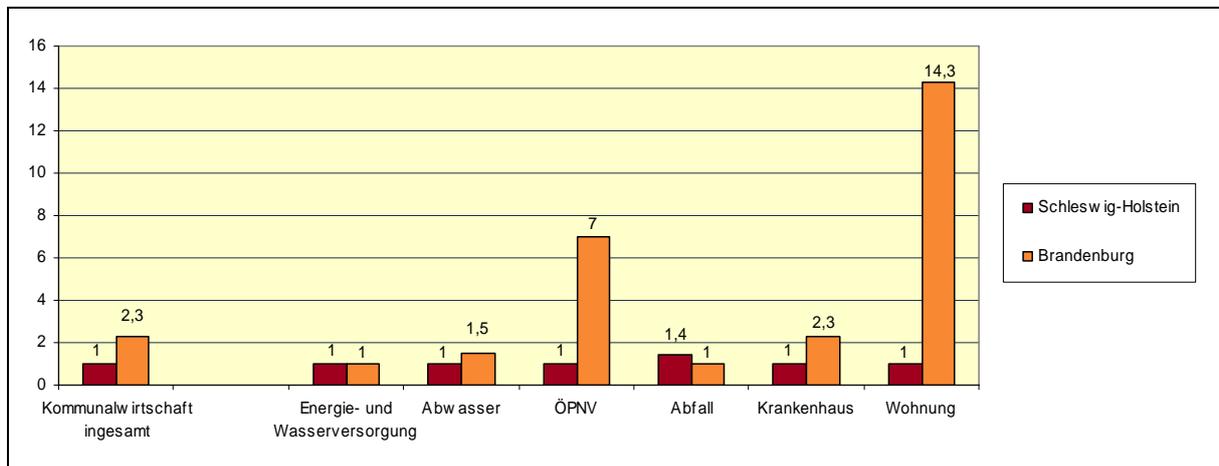


Abbildung 102: Anteil der kommunalwirtschaftlichen Personalkosten an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick

### Bedeutung der kommunalen Wirtschaft als Wertschöpfer

(gemessen am Verhältnis des Umsatzes kommunaler Unternehmen zum BIP je Bundesland)

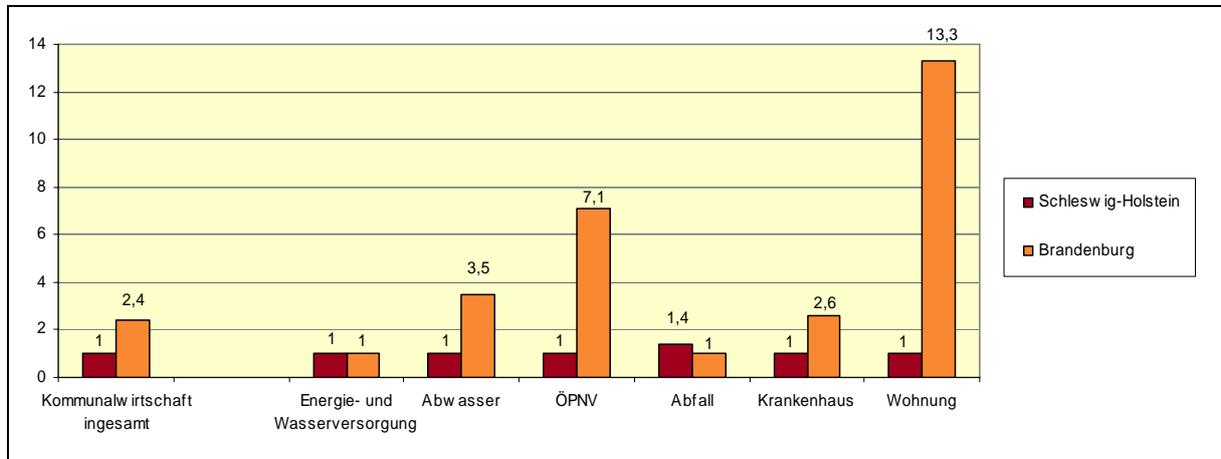


Abbildung 103: Anteil der kommunalwirtschaftlichen Umsätze an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick

### Bedeutung der kommunalen Wirtschaft als Investor

(gemessen an den Investitionen als Zugang an Sachanlagen der kommunalen Wirtschaft im Verhältnis zu den Bruttoanlageinvestitionen je Bundesland)

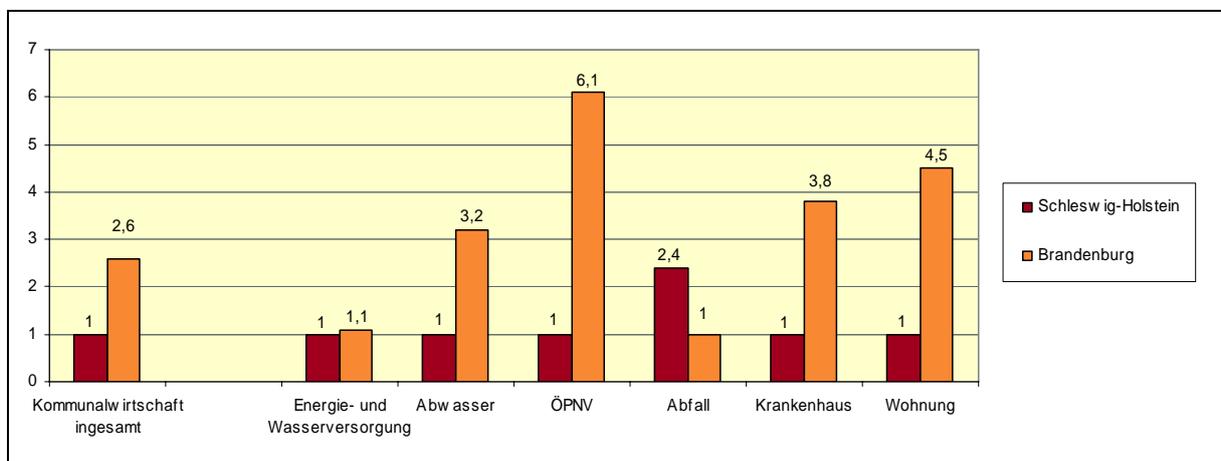


Abbildung 104: Anteil der kommunalwirtschaftlichen Investitionen an Gesamtwirtschaft in Schleswig-Holstein und Brandenburg im Überblick

Über alle untersuchten Branchen hinweg und für die Kommunalwirtschaft als Ganzes lässt sich eine stärkere Bedeutung der Kommunalwirtschaft in Brandenburg aufzeigen. Einzig der Abfallsektor bildet eine Ausnahme und zeigt einen gegenteiligen Effekt. Die Bedeutung kommunaler Energie- und Wasserversorgungsunternehmen unterscheidet sich nicht in Brandenburg und Schleswig-Holstein.

## 6.5 Empirische Befunde der untersuchten Branchen im Überblick

Die im Kapitel 5 ausführlich beschriebenen Bedeutungsunterschiede in den einzelnen untersuchten Branchen sollen hier zusammenfassend dargestellt werden. Dabei werden die wesentlichen Bedeutungskategorien vergleichend untersucht:

- **Arbeitnehmer:** Anteil der Arbeitnehmer in betreffender Branche an Gesamtarbeitnehmern des Bundeslandes,
- **Personalkosten:** Anteil des Personalaufwandes der betreffenden Branche an Bruttolöhnen und -gehältern des Bundeslandes,
- **Umsatz:** Umsatz der Branche normiert mit dem Bruttoinlandsprodukt des Bundeslandes,
- **Investitionen:** Anteil des Zugangs an Sachanlagen der Branche an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft des Bundeslandes.

### 6.5.1 Energie- und Wasserversorgung

Betrachtet man den Versorgungsbereich als Ganzes, kann eine klare Tendenz zu Gunsten der neuen Bundesländer berichtet werden.

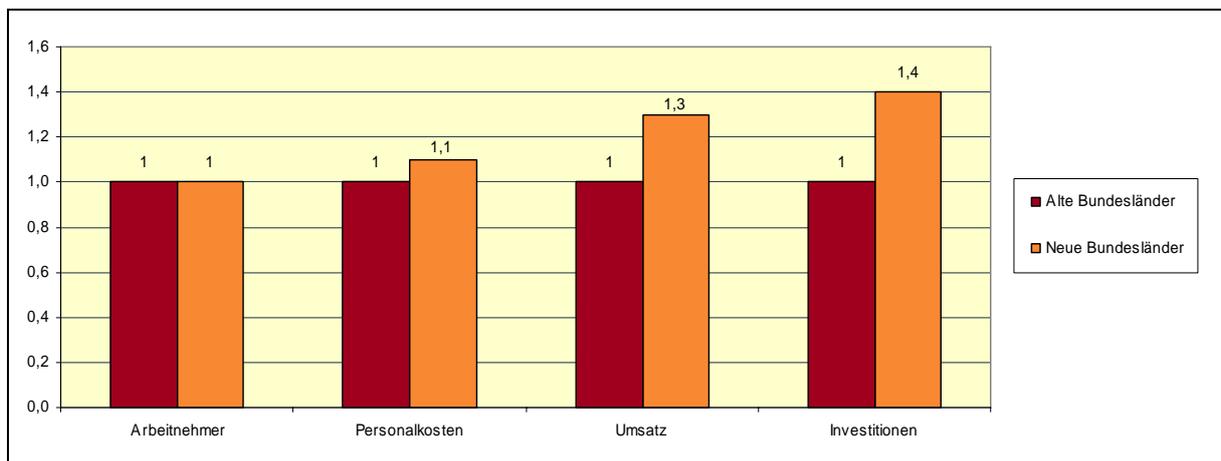


Abbildung 105: Energie- und Wasserversorgung. Überblick nach Ost-West

Es zeigt sich über alle gezeigten Kriterien hinweg ein deutliches Bedeutungsübergewicht der Kommunalwirtschaft im Versorgungsbereich in den neuen Bundesländern. Dabei sind wirtschaftliche Faktoren bedeutsamer als personelle. Beim Vergleich der nach Industriedichte typischen Länder zeigt sich eine Verschärfung der Effektstärken. Sachsen-

Anhalts kommunale Versorgungswirtschaft ist im Vergleich zu Bayern viel stärker ausgeprägt, insbesondere bei Umsatz und Investitionen.

Die Analyse des gesamten Versorgungsbereichs erlaubt auf der Basis der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ausgewiesenen Branchendaten (Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige, Bruttolöhne der Gesamtbranche) den Anteil der kommunalen Wirtschaft am Gesamtsektor abzuschätzen.

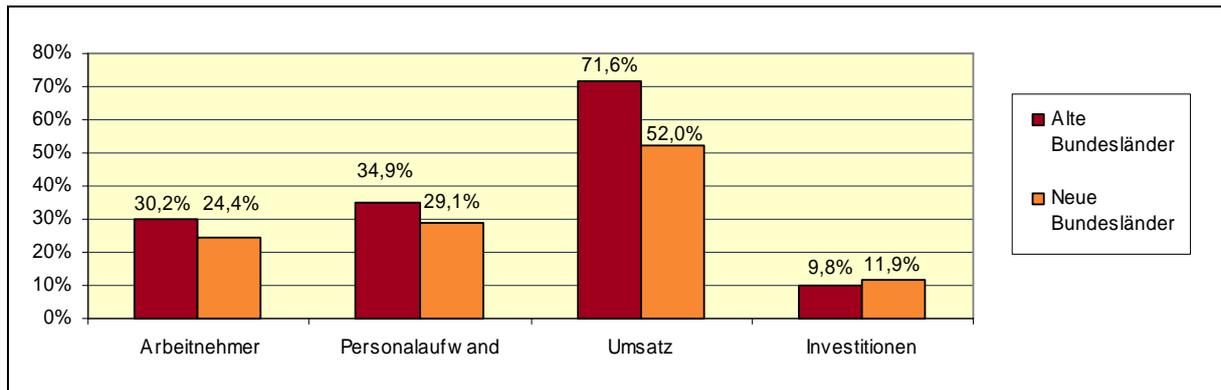


Abbildung 106: Energie- und Wasserversorgung. Anteil der kommunalen Unternehmen an Gesamtbranche (Quelle: JöU, VGR)

Es zeigt sich ein höherer Kommunalisierungsgrad des Versorgungsbereichs in den alten Bundesländern, allein im Bezug auf Investitionen ein höherer sektorspezifischer Anteil der Kommunalwirtschaft in den neuen Ländern.

Damit aber wird der oben gezeigte Bedeutungsvorsprung der ostdeutschen Kommunalwirtschaft umso erstaunlicher. Der Kommunalisierungsgrad im Versorgungsbereich ist in den neuen Ländern geringer, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses geringeren Anteils kommunaler Versorgungsunternehmen ist aber dennoch deutlich höher als in den alten Ländern.

### 6.5.2 Wasser, Abwasser

Fasst man die Ergebnisse der ausführlichen Vergleiche zusammen, so lässt sich die Aussage treffen, dass die Bedeutung der kommunalen Wasserwirtschaft gemäß der verwendeten Kennzahlen in den neuen Bundesländern höher ist, als in den alten.

		<b>Arbeitnehmer</b>	<b>Personalkosten</b>	<b>Umsatz</b>	<b>Investitionen</b>
<b>Wasser</b>	Alte Bundesländer	1	1	1	1
	Neue Bundesländer	1,5	1,9	2	2,7
	Bayern	1	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	1,5	1,7	2,4	3,9
	Schleswig-Holstein	1	1	1	1
	Brandenburg	7,8	8,8	10,4	6,1
<b>Abwasser</b>	Alte Bundesländer	1,4	1,3	1	1
	Neue Bundesländer	1	1	1,3	1,4
	Bayern	1	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	1,4	1,4	3,1	6,2
	Schleswig-Holstein	1	1	1	1
	Brandenburg	1,3	1,5	3,5	3,2

Tabelle 13: Wasser, Abwasser. Überblick

Die Rolle als wirtschaftlicher Akteur ist hinsichtlich der Investitionen dabei im Osten das herausragende Merkmal; sowohl die Nettoinvestitionen als auch der Zugang an Sachanlagen übertreffen die der westdeutschen kommunalen Wasserwirtschaft um ein Vielfaches. Auch als Arbeitgeber kommt der kommunalen Wasserwirtschaft in Ostdeutschland eine höhere Bedeutung zu. Ein analoger Befund ergibt sich bei der Betrachtung der zwei nach Industriedichte typischen Bundesländer. Für den Vergleich Brandenburg-Schleswig-Holstein ergibt sich ein noch deutlicherer empirischer Gesamtbefund: Die kommunale Wasserwirtschaft Brandenburgs verfügt in jeder betrachteten Kategorie über eine deutlich höhere Bedeutung.

Fasst man die Ergebnisse der Vergleiche der statistischen Eckdaten für die kommunale Abwasserwirtschaft zusammen, so lässt keine eindeutige Aussage treffen. In der Mehrzahl der Kategorien bietet sich dennoch in allen Vergleichen ein homogenes Bild. Hier zeigt sich, dass der kommunalen Abwasserwirtschaft in Ostdeutschland eine herausragende Rolle als Investor zukommt. Die Investitionen stellen diejenigen der Abwasserwirtschaft im Westen bei weitem in den Schatten. Der Ost-West-Vergleich zeigt eine stärkere Bedeutung der Kommunalwirtschaft in den alten Ländern in den arbeitsgebundenen Kategorien (Arbeitnehmer, Personalkosten), in den eher wirtschaftlichen Kategorien Umsatz und Investitionen kehrt sich der Effekt um. Der Vergleich der wirtschaftsstrukturell ähnlichen Bundesländer sowie der nach Industriedichte typischen Länder ergibt dann einheitlich eine deutliche Verschiebung zugunsten der Bedeutung der Kommunalwirtschaft Brandenburgs bzw. Sachsen-Anhalts: Auch in den arbeitsgebundenen Kategorien lässt sich ein leichter

Vorsprung der beiden ostdeutschen Länder aufzeigen, in den eher wirtschaftlichen Kategorien verstärkt sich der Ost-West-Unterschied weiter deutlich.

### 6.5.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen kommt in Ostdeutschland insgesamt und in Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Besonderen, eine höhere Bedeutung zu als den entsprechenden Unternehmen in den alten Bundesländern. Dieses Ergebnis gilt für alle überprüften Einzelkategorien: Zunächst ist der Anteil kommunaler oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen an der Gesamtzahl der ÖPNV-Unternehmen in den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern, in Brandenburg liegt das Ergebnis unter, in Sachsen-Anhalt über dem ostdeutschen Durchschnittswert. Gleiches ergibt sich aus dem Vergleich der Beschäftigtenzahlen: In den neuen Bundesländern ist der Anteil der bei kommunalen Verkehrsunternehmen beschäftigten Personen etwa 5-mal so hoch wie in Westdeutschland. Im Ländervergleich sind die Unterschiede zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein zwar geringer als zwischen Sachsen-Anhalt und Bayern, belegen aber in beiden Fällen, dass die Bedeutung der kommunalen Verkehrsunternehmen als Arbeitgeber in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland.

		Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
ÖPNV	Alte Bundesländer	1	1	1	1
	Neue Bundesländer	5,2	5	4,9	2,8
	Bayern	1	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	19,7	19,9	19,5	7,1
	Schleswig-Holstein	1	1	1	1
	Brandenburg	8,2	7	7,1	6,1

Tabelle 14: ÖPNV. Überblick

Auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sind die kommunalen Verkehrsunternehmen in den analysierten neuen Bundesländern und in Ostdeutschland insgesamt höher zu bewerten als in den westdeutschen Vergleichsländern. Aus der Gegenüberstellung von Umsätzen und Nettoinvestitionen ergeben sich fast ausnahmslos höhere gewichtete Anteile für die ostdeutschen kommunalen Unternehmen. Den Größenunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in die Betrachtungen einbezogen, fällt auch im Ost-West-Vergleich das Ergebnis eindeutig zugunsten der kommunalen Betriebe in den neuen Ländern aus.

Der deutsche ÖPNV-Sektor wird von kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen dominiert, obwohl insgesamt weit mehr – allerdings meist kleine - private

Betriebe in der Branche wirtschaftlich aktiv sind. Die kommunale Dominanz gilt insbesondere im Hinblick auf die Zahl der beförderten Personen: Die kommunalen Unternehmen können einen wesentlich höheren Marktanteil für sich beanspruchen als die privaten Unternehmen. Aber auch hier bestätigt sich die höhere Bedeutung der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern in Form höherer Anteile der kommunalen- und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen am Kundenmarkt.

Insgesamt ergibt die vorangehende Analyse der Bedeutung kommunaler ÖPNV-Unternehmen ein recht einheitliches Bild, das die hervorgehobene Stellung kommunaler Unternehmen in Ostdeutschland für die Verkehrsbranche unterstreicht.

#### 6.5.4 Abfallentsorgung

Der Vergleich nach dem Kriterium Ost-West zeigt deutliche Ergebnisse. Die kommunale Abfallwirtschaft der alten Bundesländer weist einen höheren Stellenwert auf.

		Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
<b>Abfall</b>	Alte Bundesländer	1,6	1,6	1,8	1,9
	Neue Bundesländer	1	1	1	1
	Bayern	1	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	2,4	2,3	1,7	1,6
	Schleswig-Holstein	1,4	1,4	1,4	2,4
	Brandenburg	1	1	1	1

Tabelle 15: Abfallentsorgung. Überblick

Kommunale Abfallunternehmen in Schleswig-Holstein haben einen – wenn auch nur in bescheidenem Maße – höheren Stellenwert als Arbeitgeber als in Brandenburg. Man kann ferner behaupten, dass Schleswig-Holsteins kommunale Abfallbetriebe höhere Umsatzerlöse erzielen und deutlich stärker investieren als brandenburgische kommunale Abfallunternehmen. Insgesamt betrachtet hat also die kommunale Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein eine größere Bedeutung als in Brandenburg.

Die Differenzen kehren sich um, wenn man den Faktor Industriedichte in Betracht zieht. Die Abfallwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist in Bezug auf alle Indikatoren wesentlich stärker ausgeprägt als im Vergleichsland Bayern.

### 6.5.5 Krankenhäuser

Bei der Analyse der Daten des LDS und der Fachserie hat sich gezeigt, dass eine höhere Bedeutung des öffentlichen kommunalen Krankenhauswesens in den neuen Bundesländern besteht. Die Bedeutung divergiert in den einzelnen Vergleichspaaren.

Betrachtet man zunächst den Anteil der Arbeitnehmer an kommunalen öffentlichen Krankenhäuser, gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft, ergibt sich kein Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Bei Bemessung der wirtschaftlichen Bedeutung anhand des Umsatzes im Verhältnis zum BIP der Bundesländer und des Personalaufwandes im Verhältnis zu den gesamten Bruttolöhnen und -gehältern in den einzelnen Bundesländern zeigt sich für die neuen Bundesländer eine deutlich höhere Bedeutung als für die alten. Ein Indikator, der auf eine erheblich höhere Bedeutung des kommunalen Krankenhauswesens in Ostdeutschland hinweist, ist die Investitionstätigkeit. Hier ergibt sich ein 2,1-mal so hoher Wert für die ostdeutschen Länder.

		Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
<b>Krankenhaus</b>	Alte Bundesländer	1	1	1	1
	Neue Bundesländer	1	1,3	1,6	2,1
	Bayern	1,3	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	1	1,1	1,4	1,5
	Schleswig-Holstein	1	1	1	1
	Brandenburg	2,1	2,3	2,6	3,8

Tabelle 16: Krankenhauswesen. Überblick

Beim Vergleich der Bundesländer Brandenburg und Schleswig-Holstein ergab sich hingegen eine erheblich höhere Bedeutung in Brandenburg. Besonders auffällig ist dies beim Umsatz, Löhnen und Gehältern. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Angestellten in den öffentlichen kommunalen Krankenhäusern in Brandenburg 2,1-mal so hoch wie in Schleswig-Holstein. Beim erzielten Umsatz, gemessen am BIP des entsprechenden Bundeslands, ergibt sich ein Wert, der über 2,6-mal so groß ist.

Beim Vergleich von Bayern und Sachsen-Anhalt ergab sich ein ähnlich klares Bild. Wieder folgen die Ergebnisse der Ost-West-Systematik. So ist beispielsweise der Anteil der Arbeitnehmer kommunaler Krankenhäuser gemessen an den Arbeitnehmern der Gesamtwirtschaft in Bayern 1,3-mal größer. Hingegen ist der Anteil des Umsatzes, der Personalaufwendungen und der Investitionen in Sachsen-Anhalt nur geringfügig größer als in Bayern.

### 6.5.6 Wohnungswesen

Erhebliche Differenzen zeigen sich bei der Anzahl der Arbeitnehmer. In der brandenburgischen kommunalen Wohnungswirtschaft sind anteilig zehnmal mehr Personen beschäftigt als in Schleswig-Holstein. Damit ist die Differenz zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein wesentlich größer als die Differenz zwischen den neuen Bundesländern und alten Bundesländern insgesamt.

		Arbeitnehmer	Personalkosten	Umsatz	Investitionen
<b>Wohnungswesen</b>	Alte Bundesländer	1	1	1	1
	Neue Bundesländer	3,4	4,9	5,6	3,4
	Bayern	1	1	1	1
	Sachsen-Anhalt	4,7	7,1	7,1	3,5
	Schleswig-Holstein	1	1	1	1
	Brandenburg	11	14,3	13,3	4,6

Tabelle 17: Wohnungswesen. Überblick

Die Differenzen zwischen den untersuchten Ländern fallen bezogen auf den Personalaufwand nur geringfügig größer aus, als das bei den Arbeitnehmerzahlen der Fall ist.

Über alle betrachteten Bedeutungskriterien hinweg verfügt der kommunale Wohnungssektor in den neuen Ländern und speziell in Brandenburg und Sachsen-Anhalt über einen deutlich höheren Stellenwert. Die Bedeutungsunterschiede sind dabei in allen drei Vergleichspaaren am stärksten in den Kategorien Personalkosten und Umsatz ausgeprägt.

## 6.6 Zu Ursachen der beobachteten Unterschiede

Unterschiede der Bedeutung der kommunalen Wirtschaft wurden in diesem Bericht für die Kommunalwirtschaft insgesamt und in einzelnen Branchen aufgezeigt. Die berichteten Unterschiede zwischen den Bundesländern lassen sich nun auf zweierlei Weise deuten:

1. Es existieren Unterschiede im Verhältnis der kommunalen zur privaten Leistungserbringung in den verglichenen Bundesländern. Unterschiede zwischen Bundesländern würden dann auf Unterschiede der Leistungserbringung durch Unternehmen hinweisen, die in kommunalem Besitz sind. Die Unterschiede deuten dann auf unterschiedliche Verteilungen zwischen privatem und kommunalem Sektor.
2. Eine alternative, statistisch relevante Erklärung ist die, dass Unterschiede der Bedeutung der Kommunalwirtschaft bedingt werden durch Unterschiede in der

Gesamtwirtschaft der Länder. Dies ist rechnerisch zunächst einmal einleuchtend, da die berichteten Bedeutungsmaße durch eine Normierung im Hinblick auf verschiedene gesamtwirtschaftliche Daten definiert sind. Steigt die Wirtschaftskraft eines Landes, während die Umsätze, Personalkosten, Investitionen etc. der Kommunalwirtschaft stabil bleiben, sinkt das so errechnete Bedeutungsmaß ab (und vice versa). Unterschiede der Bedeutung der Kommunalwirtschaft resultieren dann also aus Unterschieden der Gesamtwirtschaftskraft.

Zusätzlich ist der Einfluss der in diesem Projekt berücksichtigten, stärker inhaltlichen und strukturellen Faktoren zu diskutieren:

- Ost-West (alternativ dazu ist die Nord-Süd-Unterscheidung zu prüfen)
- Industriedichte

Um einen ersten Eindruck von den Wirkungen dieser Faktoren zu erlangen, wurden sekundäre statistische Auswertungen (lineare Regression auf der Basis einer Faktorenanalyse) gerechnet.<sup>59</sup> Dazu wurden die beschriebenen Unterschiede der Kommunalwirtschaft insgesamt (Kapitel 4: Kommunale Wirtschaft im regionalen Vergleich) im Hinblick auf alle Bundesländer ausgewertet.

Zunächst soll geprüft werden, ob sich die vielfältigen Bedeutungsmaße auf wenige Variablen reduzieren lassen und so die vielfältigen Unterschiede auf wenige hypothetische Variablen (so genannte Faktoren) zurückgeführt werden können.

---

<sup>59</sup> Grundsätzlich können durch die begrenzte Fragestellung des Projektes und in der Folge der lediglich geringen Berücksichtigung relevanter, ursächlich wirkender Faktoren nur sehr behutsame Aussagen zu kausal interpretierbaren Ursachen der beschriebenen Bedeutungsunterschiede gemacht werden.

Faktor
Arbeitnehmer ( .986, .954)
Personalaufwand ( .994, .990, .955)
Umsatz ( .959)
Investitionen (Zugang an Sachanlagen) ( .837)

Tabelle 18: Reduktion des Merkmalsraumes (Quelle: eigene Berechnungen<sup>60</sup>)

Alle in der bisherigen Analyse verwendeten Bedeutungsmaße (Umsatz, Arbeitnehmer, Personalaufwand, Investitionen) bilden einen Faktor. Das Investitionsmaß Nettoinvestitionen lädt unspezifisch, so dass es aus dieser Auswertung eliminiert wurde. Der Faktor erklärt insgesamt 91,1% der Gesamtvarianz der Einzelvariablen. Für unsere Zwecke kann im Folgenden somit vereinfachend vom Faktor als Gesamtvariable Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz, Investitionen ausgegangen werden.

Ein weiterer wesentlicher Befund dieser Auswertung besteht darin, dass die anfänglich angenommene Gleichartigkeit aller auf Wirtschaftskraft abzielenden Normierungen (Method) hier hinreichend belegt werden kann. Alle Normierungsvarianten eines Bedeutungsmaßes laden auf den gleichen Faktor und dies auch noch in nahezu gleicher Stärke. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die anfängliche Hypothese als gesichert gelten kann. Somit kann aus den Normierungsoptionen immer diejenige gewählt werden, die im Hinblick auf die Interpretierbarkeit günstig erscheint.

In einem zweiten Schritt soll nun geprüft werden, welche der oben vorgeschlagenen Deutungsalternativen in Bezug auf die berichteten Bedeutungsunterschiede aufrechterhalten bzw. verworfen werden können. Dazu wird die Vorhersagekraft der Ursachenalternativen für den Faktor (als Gesamtvariable Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz, Investitionen) statistisch geprüft.

Zunächst wird der Einfluss der Wirtschaftskraft geklärt. Das Bruttoinlandsprodukt hat keinen signifikanten Einfluss auf die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft im Hinblick auf Umsatz, Arbeitnehmer, Investitionen und Personalaufwand. Diese fehlende Signifikanz bedeutet aber noch nicht, dass der geringe, negative Zusammenhang (- .350) nicht vorhanden ist, sondern lediglich, dass die statistische Analyse die Existenz dieses Einflusses nicht hinreichend

<sup>60</sup> Die Faktorenanalyse wurde gerechnet als Hauptkomponentenanalyse. Nach dem Kaiser-Kriterium wurde ein Faktor extrahiert. In Klammern weist die Tabelle die Ladungen der Einzelvariablen (mit verschiedenen Normierungen) auf den Faktor aus. Eine Ladung von (max.) 1 weist somit auf einen vollständigen statistischen Zusammenhang hin. Ladungen von (min.) 0 bedeuten somit: kein Zusammenhang. Zur Faktorenanalyse siehe Überla (1968), Backhaus et al. (2000) oder Bortz (1993).

sicher<sup>61</sup> belegen kann (Signifikanz .121). Der Anteil der erklärten Varianz läge aber auch für den Fall der Existenz des Einflusses bei gerade einmal 12%. Die Analyse ergibt also einen kleinen, aber nicht hinreichend sicheren Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und der Gesamtvariable.

Nunmehr werden die anderen ursächlichen Faktoren geprüft.

Variable	Effekt	Signifikanz	Interpretation
Ost-West	-.848	.000	sicherer, starker Zusammenhang
Nord-Süd	-.442	.065	unsicherer, schwacher Zusammenhang
Industriedichte. Produzierendes Gewerbe	-.300	.159	unsicherer, schwacher Zusammenhang
Industriedichte. Verarbeitendes Gewerbe <sup>62</sup>	-.653	.008	sicherer, mittelstarker Zusammenhang

Tabelle 19: Einflussfaktoren auf Gesamtvariable Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz, Investitionen (Quelle: eigene Berechnungen)

Industriedichte<sup>63</sup>, gemessen als Anzahl der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes pro Tsd. Einwohner, hat einen messbaren Einfluss auf die Gesamtvariable. Die so errechnete Industriedichte erklärt dann etwa 43% der Varianz der Gesamtvariable (Umsatz, Investitionen, Arbeitnehmer, Personalaufwand).

Darüber hinaus hat die Ost-West-Unterscheidung einen sicheren Einfluss (Anteil erklärter Varianz: 72%) auf die Ausprägung der Bedeutungsmaße. Nun kann aus theoretischen Überlegungen davon ausgegangen werden, dass die Variable Ost-West den Charakter eines Platzhalters für andere Unterschiede hat. Lassen sich also Ost-West-Unterschiede zeigen, so lässt sich dies nicht einfach als ursächlicher Einfluss interpretieren, sondern es muss in weiteren Analysen versucht werden, diejenigen Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern zu extrahieren, die hier nur mit dem Gesamlabel Ost/ West versehen sind.

Die neuen und alten Bundesländer unterscheiden sich bezüglich ihrer Industriedichte. Ist der Ost-West-Unterschied also auf den Unterschied hinsichtlich der Industriedichte zurückzuführen? Wir prüfen nun in einem zweiten Schritt, ob sich der Anteil erklärter Varianz

<sup>61</sup> Das Sicherheitsniveau beträgt in den Sozialwissenschaften konsensuell 95%, ein Signifikanzwert von max. .05 zeigt also einen hinreichend sicheren Zusammenhang. Siehe Sahner (1997).

<sup>62</sup> Das verarbeitende Gewerbe ist ein Teilbereich des produzierenden Gewerbes. Das produzierende Gewerbe umfasst darüber hinaus die Bereiche Bergbau, Energie- und Wasserversorgung und Baugewerbe.

<sup>63</sup> Die Variable Industriedichte ist in der Fachdebatte nicht einheitlich definiert, so dass im Projekt verschiedene Varianten verwendet wurden. Hingewiesen sei darauf, dass das in den inhaltlichen Kapiteln verwendete Vergleichspaar Sachsen-Anhalt vs. Bayern auf der Grundlage einer Definition von Industriedichte nach dem Anteil des produzierenden Gewerbes extrahiert wurde. In den hier berichteten vertiefenden Auswertungen stellte sich überraschend heraus, dass eine alternative Variante der Errechnung eines Industriedichtemaßes andere Einflüsse auf die untersuchte Gesamtvariable hat.

des Regressionsmodells verändert, wenn zunächst Industriedichte und dann in einem zweiten Schritt die Ost-West-Variable in das Modell eingeführt wird.

			Veränderung in R <sup>2</sup>	Korrelation	Signifikanz
<b>Modell 1</b>	1.	Industriedichte. Verarbeitendes Gewerbe	.427	- .653	.015
	2.	Ost-West	.294	- .848	.002

Tabelle 20: Verhältnis von Industriedichte und Ost-West (eigene Berechnungen)

Das zweistufige Regressionsmodell<sup>64</sup> belegt, dass der Einfluss der Ost-West-Variable sich nicht auf den Einfluss der unterschiedlichen Industriedichten in den neuen und alten Bundesländern beschränkt.

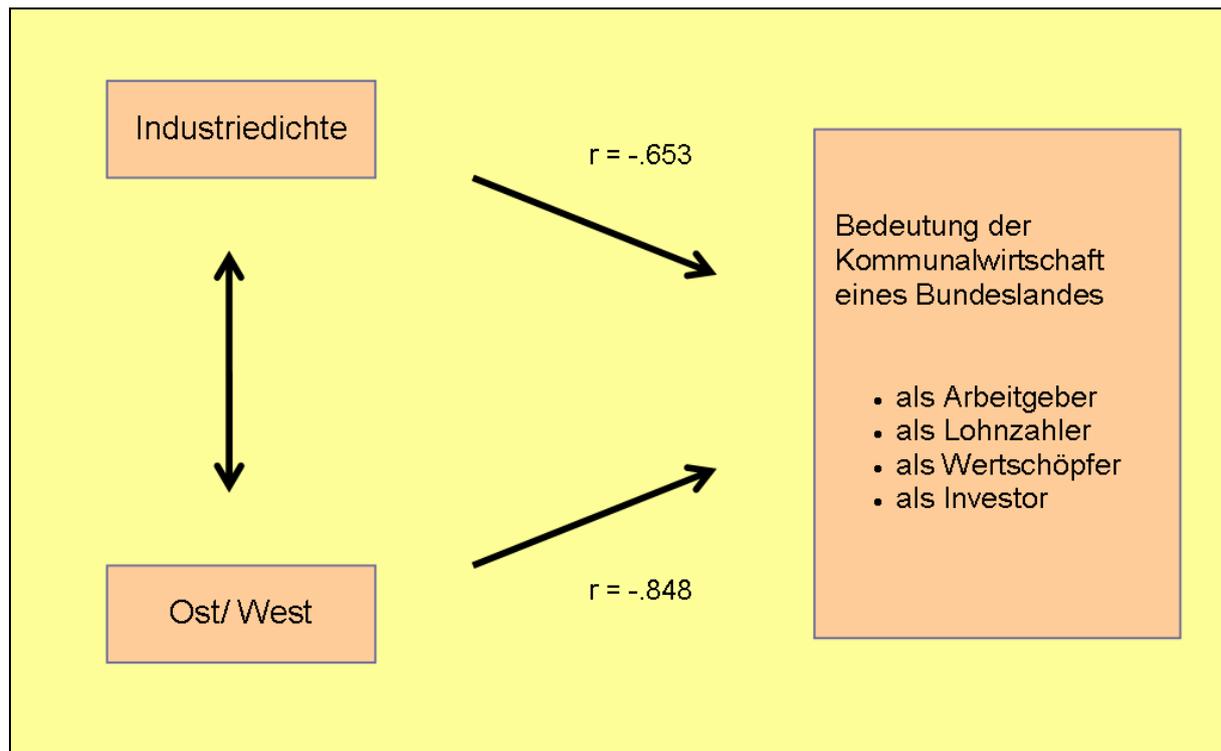


Abbildung 107: Erklärende Faktoren der Unterschiede der kommunalwirtschaftlichen Bedeutung

Zunächst hat Industriedichte einen negativen Einfluss auf die Gesamtvariable: Je höher die Industriedichte in einem Bundesland, desto geringer die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der kommunalen Wirtschaft in Bezug auf Arbeitnehmer, Personalaufwand, Umsatz und

<sup>64</sup> Das zweistufige Modell erklärt 72% der Varianz (R<sup>2</sup>) des als Gesamtvariable bezeichneten Faktors.

Investitionen. Jedoch erklärt die Ost-West-Variable darüber hinaus einen wesentlichen Teil der Unterschiede der Bedeutung der Kommunalwirtschaft. Der negative Korrelationskoeffizient verweist auf eine höhere Bedeutung der Kommunalwirtschaft in den neuen Ländern. Hinter dem Platzhalter „Ost/ West“ verbirgt sich also zunächst Industriedichte (Verarbeitendes Gewerbe) aber eben auch weitere Einflussfaktoren. Wichtig bleibt aber festzustellen:

1. Die Wirtschaftskraft (BIP) hat keinen statistisch hinreichend sicheren Einfluss auf die Bedeutung der Kommunalwirtschaft.
2. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Kommunalwirtschaft hängt wesentlich mit der Industriedichte, verstanden als Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes je Tausend Einwohner, zusammen. Je geringer die Industriedichte, desto größer die Bedeutung der Kommunalwirtschaft.
3. Die Unterschiede der Bedeutung der Kommunalwirtschaft lassen sich statistisch darüber hinaus auf Ost-West-Unterschiede zurückführen.
4. Die Ost-West-Unterschiede beinhalten zwar Unterschiede der Industriedichte, fungieren aber darüber hinaus als „Platzhalter“ für weitere strukturelle Unterschiede, die künftig näher zu untersuchen wären.

Solche strukturellen Ost-West-Unterschiede könnten bspw. in Folgendem zu sehen sein:

- In der ostdeutschen Kommunalwirtschaft setzen sich gewisse „Legacies“ der Zentralverwaltungswirtschaft der früheren DDR fort. Die Staatswirtschaft in der DDR hatte eine ausschlaggebende Rolle, schon alleine deswegen, weil es in der Ver- und Entsorgung keine privaten Dienstleister als Alternative gab. Die heutigen Kommunalunternehmen sind ja großteils aus den früheren DDR-Staatsbetrieben übergeleitet worden und können sich daher auf gewissermaßen tradierte Versorgungsstrukturen stützen.
- In der früheren DDR hat es vom Westen abweichende Siedlungsstrukturen gegeben (z.B. Trabantenstädte und andere Formen von Großsiedlungen). Diese Siedlungen sind bevorzugt mit dazu passenden Versorgungstechnologien ausgestattet worden; beispielhaft sei auf die in Ostdeutschland besonders weit verbreitete Fernwärme-Versorgung verwiesen.
- Bei den personalbezogenen Kennziffern ist zu bedenken, dass es in der ostdeutschen Kommunalverwaltung immer noch eine, im Vergleich zu westlichen Flächenstaaten

beachtliche, personelle Überbesetzung gibt, obwohl es seit der Vereinigung zu umfangreichem Personalabbau gekommen ist (vgl. Berg 2002, S. 84ff.).

Will man nach konkreten Ursachen für die hier beschriebenen Ost-West-Unterschiede in der Kommunalwirtschaft forschen, dann wird man nicht umhin kommen, sich mit den einzelnen Branchen und den dort geltenden Bedingungen (z.B. Ausstattungsstandards bei Krankenhäusern, Verhältnis von staatlichen und kommunalen Krankenhäusern in einem Land u.v.a.m.) auseinandersetzen zu müssen. Auch eine historische Längsschnittanalyse dürfte unvermeidbar sein. Hierauf kann jedoch in dieser Studie nicht vertiefend eingegangen werden. Es bleibt vielmehr eine Reihe inhaltlicher wie methodischer Fragen, die der weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung harren:

- Welche strukturellen Einflüsse verbergen sich hinter den statistisch beschriebenen Ost-West-Unterschieden?
- Wie können Ost-West-Unterschiede aufgrund von historischen, politisch-gesellschaftlichen, technologischen, branchenspezifischen (usw.) Faktoren plausibel erklärt werden?
- Wie lassen sich alternative Bedeutungsmaße stärker regionaler Art (Anteil der in der Region verbleibenden Investitionen) methodisch angemessen operationalisieren und Maße wie Gewinne oder Steuern in die Analysen einbeziehen?
- Wie lässt sich der direkte Vergleich der Kommunalwirtschaft mit dem privaten Sektor erfassen?
- Wie lässt sich die Zuordnung von Arbeitnehmern, Umsätzen, Investitionen etc. zu den Einzelbranchen (vgl. das Problem der Verbundunternehmen) statistisch angemessener lösen?
- Welche Bedeutung hat die Kommunalwirtschaft in anderen als den vier hier konkret untersuchten Bundesländern?

Insbesondere zur letzten Frage lassen sich sowohl aus den hier präsentierten Daten wie aus dem entwickelten und ausführlich dargestellten methodischen Vorgehen heraus eine Fülle weiterer Analysen anschließen. Auch hierin liegt eine wesentliche Leistung des Modellprojektes, einen Weg aufgezeigt und probeweise beschritten zu haben, wie sich regional vergleichende kommunalwirtschaftliche Fragen wissenschaftlich bearbeiten lassen.

## 6.7 Ausblick

In dieser Studie ist herausgearbeitet worden, dass die Kommunalwirtschaft in Brandenburg, wie auch generell in den neuen Bundesländern, eine vergleichsweise herausgehobene Rolle einnimmt. Nun ist dies – 16 Jahre nach der Vereinigung – allerdings eine Momentaufnahme, die nicht viel über vergangene Entwicklungen und erst recht nichts über zukünftige Trends aussagen kann.

Für die zurückliegende Zeit kann man annehmen, dass es seit der Vereinigung einen deutlichen Anpassungs- und Umwandlungsprozess gegeben hat, der sich per Saldo in den verschiedenen kommunalen Aufgabenfeldern in einem Rückgang der Kommunalwirtschaft niedergeschlagen hat. Dies liegt vor allem daran, dass eine Reihe von Kommunalunternehmen privatisiert worden sind und dass in den verbleibenden Einrichtungen ein erheblicher Personalabbau durchgeführt worden ist. Wie könnte sich dieser Trend in der Zukunft fortentwickeln?

Eine schlichte Trendextrapolation erscheint unrealistisch. Um Zukunftstrends bei aller Ungewissheit ein wenig abschätzen zu können, muss man sich zunächst einmal einige generelle Tendenzen in Deutschland und insbesondere in den neuen Ländern vor Augen führen, um sodann deren Auswirkungen auf die Kommunalwirtschaft abschätzen zu können. Folgende Einflussfaktoren erscheinen für eine Abschätzung der künftigen Rolle der Kommunalwirtschaft vor allem relevant:

- (1) Der demographische Wandel wirkt sich erheblich auf die neuen Länder und damit auch auf deren Kommunalwirtschaft aus: Aktuelle Bevölkerungsprognosen deuten auf einen erheblichen Bevölkerungsschwund in Ostdeutschland in den kommenden Jahrzehnten hin und lassen zugleich eine Änderung in der Bevölkerungsstruktur erkennen (drastische Abnahme von Kindern und Jugendlichen, dafür erhebliche Zunahme der älteren Bevölkerung). Dieser Wandel wirkt sich in Form von Nachfragerückgang und -wandel auch auf die kommunalen Betriebe aus. Der Nachfragerückgang dürfte bei kommunalen Ver- und Entsorgungsleistungen besonders markant sein. Beispielsweise wird sich der ohnehin seit 1990 in den neuen Ländern beobachtbare Trend der sinkenden Nachfrage nach Trinkwasser sowie nach gewerblichem Wasser weiter verstärken. Dies führt zur Unterauslastung der Netze und kann unangenehme Nebenwirkungen haben (z.B. Verkeimung). Auch der Abwassersektor wird davon tangiert: Der Abwasserrückgang kann zu Ablagerungen, Korrosion, Geruchsbelästigungen usw. führen. Analoge Entwicklungen sind im Energiesektor, bei der Fernwärme, bei Krankenhäusern sowie in der Abfallwirtschaft zu erwarten. Auslastungsprobleme stellen sich schließlich auch im ÖPNV, vor allem beim schienengebundenen Verkehr. Hier dürfte der erwartete Rückgang der

Schülerzahlen einen besonders empfindlichen Effekt haben. Mangelnde Kapazitätsnutzung kann hier gegebenenfalls zur Stilllegung von Verkehrslinien führen. Abgesehen vom direkten Nachfragerückgang infolge der in geringerer Zahl vorhandenen Bürger sind auch indirekte Effekte zu erwarten: Weniger Bürger haben einen Rückgang der lokalen Wirtschaft (Einzelhandel, Dienstleistungen usw.) zur Folge. Damit kommt es zu einem zusätzlichen Nachfragerückgang nach kommunalen Dienstleistungen seitens dieser Unternehmen (z.B. Energie, Abfall). Fazit: Kommunale Dienstleistungen gehen zurück, Infrastrukturkapazitäten müssen zurückgebaut resp. geschlossen werden. Insgesamt ist als Folge eine Schrumpfung der kommunalen Unternehmen zu erwarten. Es ist allenfalls denkbar, dass sich in manchen peripheren Räumen bisher dort tätige private Anbieter kommunaler Dienste aus Verlustgründen zurückziehen und dass kommunale Unternehmen sich veranlasst sehen, diese Versorgungslücke zu schließen. Dies kann in Einzelfällen auch Wachstumsimpulse für die Kommunalwirtschaft nach sich ziehen.

- (2) Der Verselbständigungstrend in der (ost-)deutschen Kommunalverwaltung dürfte sich fortsetzen. Diese Studie wie auch andere Arbeiten der Autoren (vgl. z.B. Killian/ Richter/ Trapp 2006) haben nachgewiesen, dass sich ein erheblicher Teil der kommunalen Aktivitäten bereits in verselbständigten Einrichtungen – vor allem in eigenen Unternehmen – abspielt. Da es sich hier um einen universellen Trend handelt und die Tendenz trotz einiger negativer Begleiteffekte bislang ungebrochen ist, dürfte sich der Prozess der Verselbständigung und Ausgliederung kommunaler Einheiten weiter fortsetzen. Dies dürfte im Prinzip zu einem Anwachsen der Kommunalwirtschaft führen, da etliche Einheiten, die bislang zur kommunalen Kernverwaltung gehörten, sich nunmehr der Kommunalwirtschaft – zumindest in einem weiteren Verständnis – zurechnen.
- (3) Der bemerkenswerte Trend zur Einbeziehung privater Partner dürfte ebenfalls weiter Konjunktur haben. Die derzeitige Beteiligungsquote Privater an kommunalen Betrieben von etwa 40% (vgl. Edeling u.a. 2004) dürfte aufgrund von öffentlicher Kapitalknappheit und einer generell positiven Einstellung gegenüber der Modeerscheinung „PPP“ künftig ansteigen. Allerdings muss die EuGH-Rechtsprechung im Blick behalten werden, nach der künftig möglicherweise die Beteiligung Privater öffentlich ausgeschrieben werden muss, was die Bereitschaft zu PPPs eher dämpfen dürfte (vgl. das „Halle-Urteil“ von 2005). Für die Kommunalwirtschaft heißt eine hohe und ansteigende PPP-Bereitschaft, dass ihre wirtschaftliche Lage dadurch stabilisiert werden dürfte, dass andererseits aber kommunale Unternehmen durch die privaten Anteilseigner verstärkt aus dem

kommunalen Besitz „herausgekauft“ werden können und sich insofern aus der Kommunalwirtschaft verabschieden.

- (4) Die vor allem in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren durchaus hohe Neigung zur (materiellen) Privatisierung kommunaler Betriebe wird vermutlich auch zukünftig bestehen bleiben. Die Finanzengpässe der Kommunen sind auch mittelfristig beängstigend und viele Kommunen sehen keinen anderen Ausweg als ihr kommunales Eigentum zu veräußern. Insbesondere im Energiesektor und in der Wohnungswirtschaft sind hier erhebliche Wandlungsprozesse zu erwarten. Im ersten Fall dürften sich die großen Stromerzeuger-Oligopolisten künftig vermehrt über die regionalen und lokalen Stromverteiler hermachen und versuchen, diese aufzukaufen. Im zweiten Fall ist zu erwarten, dass sich die internationalen Finanzinvestoren dem umfangreichen ostdeutschen kommunalen Wohnungsbestand zuwenden und ihn zu erwerben trachten (das aktuelle Beispiel von Dresden zeigt die Richtung an). Aber auch in der Wasserwirtschaft, im Krankenhaussektor oder im ÖPNV sind ähnliche Privatisierungstendenzen eher wahrscheinlich. All dies bedeutet, dass die Kommunalwirtschaft weiter schrumpfen dürfte.
- (5) Schließlich ist auf die großen europäischen Trends der Marktöffnung und Liberalisierung zu verweisen. Die EU-Kommission ist seit Jahren bestrebt, möglichst weite Bereiche der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ dem Marktwettbewerb auszusetzen. Sie zwingt daher ihre Mitgliedsstaaten energisch, einen Sektor nach dem anderen für private Anbieter zu öffnen, regionale Monopole zu beenden, die Vergabe öffentlicher Leistungen auszuschreiben und unerlaubte Beihilfen an öffentliche Einrichtungen einzustellen. Während dies im Energiesektor bereits passiert ist, steht ein ähnlicher Wandel im Verkehrs-, Wasser-, Abfall- und generell im Dienstleistungssektor noch bevor. Wenn die Liberalisierung angestoßen worden ist, dürften sich infolge große internationale Anbieter wie etwa französische Wasserkonzerne auch stärker in (Ost-)Deutschland betätigen. Insgesamt wird sich zweifellos der Wettbewerbsdruck auf die Kommunalwirtschaft künftig erheblich verstärken – und dies dürfte wiederum einen Schrumpfungseffekt nach sich ziehen.

Wenn wir zusammenfassend die verschiedenen Trends und ihre Auswirkungen auf die ostdeutsche Kommunalwirtschaft abschätzen, so zeigt sich eine klare Schrumpfungstendenz, deren Größenordnung allerdings kaum quantifiziert werden kann. Es fragt sich, ob Kommunalunternehmen in Ost wie West in gleicher Intensität dieser Schrumpfung ausgesetzt sein werden oder ob es im Osten hier eine „nachholende

Schrumpfung“ geben wird, so dass sich die Kommunalwirtschaft in Ost und West – bei sinkender Gesamttendenz – einander annähert.

Insgesamt zeigen unsere Analysen, dass wir mit der Kommunalwirtschaft in den neuen Bundesländern einen besonderen „Schatz“ besitzen, den es pfleglich zu behandeln gilt. Es wird zwar unvermeidbar sein, dass er sich den generellen Herausforderungen und Trends anpassen muss, aber es sollte doch (kommunal-)politisch möglichst viel unternommen werden, um die kommunalen Betriebe zu erhalten – vor allem, um die nötige Versorgungssicherheit und -gerechtigkeit der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen auch künftig sicherzustellen.

## 7. Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun 1985: Öffentlicher Zweck und öffentliche Kontrolle. Ansätze zu einer politischen Theorie der öffentlichen Unternehmung. In: PVS 26 (1985), S. 287-305
- Ambrosius, Gerold 1984: Der Staat als Unternehmer. Öffentliche Wirtschaft und Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert. Göttingen
- Ambrosius, Gerold 1994: Die historisch wirksamen Kräfte bei der Entwicklung öffentlicher Unternehmen. Deutschland im internationalen Vergleich. In: Eichhorn, Peter/ Engelhardt, Werner Wilhelm (Hg.) 1994: Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Gedenkschrift für Theo Thiemeyer. Baden-Baden, S. 199-216
- Arnim, Hans Herbert von 1995: Rechtsfragen der Privatisierung. Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit und Privatisierungsgebote. Wiesbaden
- Backhaus, Klaus/ Erichson, Bernd/ Plinke, Wulff/ Weiber, Rolf 2000: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin u.a.
- Berg, Frank 2002: Verwaltungsreform und Personal im Land Brandenburg. KWI-Arbeitshefte 5. Potsdam
- Blankart, Charles Beat 1980: Ökonomie der öffentlichen Unternehmen. Eine institutionelle Analyse der Staatswirtschaft. München
- Bleicher, Ralf/ Recker, Engelbert 2005: Auswirkungen der Rechtsprechung des EuGH auf die Vergabepflichtigkeit interkommunaler und gemischtwirtschaftlicher Zusammenarbeit. In: Der Landkreis 75 (2005.7), S. 473-477
- Blum, Karl/ Schilz, Patricia 2005: Krankenhaus Barometer. Umfrage 2005. In: [http://www.publicgovernance.de/pdf/Krankenhausbarometer\\_2005.pdf](http://www.publicgovernance.de/pdf/Krankenhausbarometer_2005.pdf) [Zugriff am 15.03.2006]
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2002: Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgaben. Auswirkungen auf das kommunale Entscheidungssystem. In: Libbe, Jens/ Tomerius, Stephan/ Trapp, Jan-Hendrick (Hg.) 2002: Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Aufgabenerfüllung – Soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs. Berlin, S. 71-91
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2004: Privatisierung der Daseinsvorsorge. Gegenstrategien für Politik und Bürger. In: Demokratische Gemeinde 56 (2004.3), S. 10-11
- Bogumil, Jörg/ Kißler, Leo 1997: Der Staat in Augenhöhe? Durch „Kundenorientierung“ zu einem neuen Verhältnis zwischen Staat und Bürger. In: Alternative Kommunalpolitik 18 (1997.1), S. 55-59
- Bortz, Jürgen 1993: Statistik für Sozialwissenschaftler. Berlin
- Bozeman, Barry 1987: All Organizations Are Public. San Francisco/ London
- Bracher, Tilman/ Trapp, Jan Hendrik 2003: Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck. Sektoranalyse ÖPNV. Berlin
- Braun, Hans-Ulrich/ Leetz, Wolf 2001: Statistik der öffentlichen Unternehmen in Deutschland. In: CEEP (European Centre of Enterprises with Public Participation and of Enterprises of General Economic Interest) 2001: Die öffentliche Wirtschaft in Deutschland. Bestandsaufnahme zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, S. 65-72
- Brede, Helmut 1994: Öffentliche und private Unternehmen im Wettbewerb und in wettbewerblichen Ausnahmebereichen. In: Eichhorn, Peter/ Engelhardt, Werner Wilhelm (Hg.) 1994: Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Gedenkschrift für Theo Thiemeyer. Baden-Baden, S. 67-80
- Brosius, Felix 2004: SPSS 12. Bonn
- Büchner, Christiane/ Franzke, Jochen 1997: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde. Potsdam
- Budäus, Dieter (Hg.) 2005: Public Private Partnership. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen. Baden-Baden
- Budäus, Dietrich 1995: Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen für die Produktivität privater Wirtschaftsprozesse. In: Bullinger, Hans Jörg (Hg.) 1995: Dienstleistung der Zukunft. Märkte, Unternehmen und Infrastrukturen im Wandel. Wiesbaden, S. 136-147
- Budäus, Dietrich 1996: Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel. Probleme und neue Formen der Verwaltung von Metropolen. In: Budäus, Dietrich/ Engelhardt, Gunther (Hg.) 1996: Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel. Baden-Baden, S. 226-250

- Budäus, Dietrich 1998: Privatisierung öffentlich wahrgenommener Aufgaben. Grundlagen, Anforderungen und Probleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. In: Gusy, Christoph (Hg.) 1998: Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien – Grenzen – Folgen. Baden-Baden, S. 13-36
- Budäus, Dietrich 2003: Neue Kooperationsformen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Charakterisierung, Funktionsweise und Systematisierung von Public Private Partnership. In: Harms, Jens/ Reichard Christoph (Hg.) 2003: Die Ökonomisierung des öffentlichen Sektors. Instrumente und Trends. Baden-Baden, S. 213-233
- Budäus, Dietrich/ Engelhardt, Gunther (Hg.) 1996: Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel. Baden-Baden
- Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen 2003: Stellungnahme des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen zum Dritten Konsultationspapier der Europäischen Kommission zur Überprüfung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierhäuser vom 01. Juli 2003. In: [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/bank/docs/regcapital/cp3/contributors-list/bundesverband-deutscher-wohnungsunternehmen\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/internal_market/bank/docs/regcapital/cp3/contributors-list/bundesverband-deutscher-wohnungsunternehmen_de.pdf) [Zugriff am 03.02.2006]
- Buscher, Frederik 2004: 1. Bericht zur Lage der Krankenhäuser in Deutschland bei Einführung der Fallpauschalen 2004. Ergebnis einer Länderumfrage bei den Trägern der Krankenhäuser im Juli/ August 2004. In: [http://www.publicgovernance.de/pdf/Lage\\_der\\_Krankenhauser.pdf](http://www.publicgovernance.de/pdf/Lage_der_Krankenhauser.pdf) [Zugriff am 15.03.2006]
- Buschmann, Ulf 2005: Mieter contra Haushaltsloch. In: DEMO 57 (2005.10), S. 8
- CEEP (Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft) 2000a: Statistik der öffentlichen Unternehmen in Deutschland. In: <http://www.ceep.org> [Zugriff am 08.02.2002]
- CEEP (Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft) 2000b: Die Entwicklung der öffentlichen Unternehmen und der Unternehmen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in Europa seit 1996. Ihr wirtschaftlicher Einfluss in der Europäischen Union. Brüssel
- CEEP (Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft) 2001a: Öffentliche kommunale Dienstleistungen und die Öffnung der Märkte: Die Rolle der öffentlichen kommunalen Unternehmen. In: <http://www.ceep.org> [Zugriff am 08.02.2002]
- CEEP (Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft) 2001b: Erklärung des CEEP zu der Studie „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Europa. Regulierung - Finanzierung - Evaluation - vorbildliche Praktiken“. In: <http://www.ceep.org> [Zugriff am 08.02.2002]
- CEEP (Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft)/ EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) 2000: Vorschlag für eine Charta der Dienste von allgemeinem Interesse. In: <http://www.ceep.org> [Zugriff am 08.02.2002]
- Christmann, Clemens 2004: Liberalisierung von Monopolmärkten. Frankfurt
- Correia, Francisco Nunes/ Kraemer, Andreas 1997: Euowater 1. Institutionen der Wasserwirtschaft in Europa. Länderberichte. Band 1. Berlin/ Heidelberg/ New York
- Cox, Helmut 2001: Zur Organisation der Daseinsvorsorge in Deutschland. In: Schader-Stiftung (Hg.) 2001: Die Zukunft der Daseinsvorsorge. Darmstadt, S. 25-40
- Cronauge, Ulrich 1997: Kommunale Unternehmen. Eigenbetriebe – Kapitalgesellschaften – Zweckverbände. Berlin
- Deutscher Städtetag 2005: Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages für die Jahre 2003 und 2004. Köln/ Berlin
- Diederich, Nils/ Haag, Ingeborg/ Cadel, Georg 1994: Kontrolle öffentlicher Unternehmen. Teilbericht I. Berlin
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hg.) 2005: Public Private Partnership Projekte. Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen. Berlin
- Donner, Christian 1998: Wohnungsgemeinnützigkeit und Marktwirtschaft. In: [http://donner.at/christian/html/d\\_core.html](http://donner.at/christian/html/d_core.html) [Zugriff am 03.02.2006]
- Döring, Patrick 2005: Sicherung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Privatisierungsformen. Beispiel Wasserversorgung. Berlin
- Duvigneau, Hans Jörg 2001: Die neue Rolle der Wohnungsunternehmen. Vom Instrument der Verteilungspolitik zum wirtschaftlich agierenden Dienstleistungsunternehmen mit sozialem Anspruch - kann das gut gehen? In: [http://www.schader-stiftung.de/docs/bearb\\_wohnwandel\\_duvigneau.pdf](http://www.schader-stiftung.de/docs/bearb_wohnwandel_duvigneau.pdf) [Zugriff am 03.02.2006] (Erstabdruck: Programmheft zum Kongress wohn:wandel, 5/2001)
- Edeling, Thomas 1998: Selbst- und Fremdsteuerung öffentlicher Unternehmen. In: Edeling, Thomas/ Jann, Werner/ Wagner, Dieter (Hg.) 1998: Öffentliches und privates Management. Fundamentally Alike in All Unimportant Respects? Opladen, S. 135-145
- Edeling, Thomas/ Jann, Werner/ Wagner, Dieter/ Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Öffentliche Unternehmen. Entstaatlichung und Privatisierung? Opladen

- Edeling, Thomas/ Lieske, Sören/ Rogas, Karsten/ Sitter, Roger/ Stölting, Erhard/ Wagner, Dieter 2001: Öffentliche Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Forschungsbericht im DFG-Schwerpunkt: Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung. Potsdam
- Edeling, Thomas/ Reichard, Christoph 2003: Auswertungsbericht. Kommunale Betriebe in Deutschland. Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte der GK 1-4. Potsdam
- Edeling, Thomas/ Reichard, Christoph/ Richter, Peter/ Brandt, Steven 2004: Kommunale Betriebe in Deutschland. Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte der GK1-4. KGSt-Materialien 2/2004. Köln
- Edeling, Thomas/ Sitter, Roger 1999: Privatisierung oder Entbürokratisierung. Öffentliche Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. In: Berliner Debatte INITIAL 10 (1999.3), S. 33-42
- Edeling, Thomas/ Stölting, Erhard/ Wagner, Dieter 2004: Öffentliche Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Eine empirische Studie im Feld kommunaler Versorgungsunternehmen. Wiesbaden
- Eichener, Volker 2005: Wohnungsmärkte haben sich entspannt. In: DEMO 57 (2005.10), S. 15
- Eichhorn, Peter (Hg.) 1995: Perspektiven öffentlicher Unternehmen in der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Europäischen Union. Baden-Baden
- Eichhorn, Peter 1966: Zum Begriff der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung. In: BfuP 18 (1966), S. 609-619
- Eichhorn, Peter 1987: Gemischtwirtschaftlichkeit. In: BFuP 39 (1987), S. 450-459
- Eichhorn, Peter 2000: Gemeinwohlorientierung unter Wettbewerbsdruck. Thesen zur zukünftigen Entwicklung der kommunalen Wirtschaft. In: Eichhorn, Peter/ Reichard, Christoph/ Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2000: Kommunale Wirtschaft im Wandel. Chancen und Risiken. Baden-Baden, S. 171-175
- Eichhorn, Peter/ Engelhardt, Werner Wilhelm (Hg.) 1994: Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Gedenkschrift für Theo Thiemeyer. Baden-Baden
- Eichhorn, Peter/ Reichard, Christoph/ Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2000: Kommunale Wirtschaft im Wandel. Chancen und Risiken. Baden-Baden
- Emmerich, Peter 2006: Personal und Finanzen der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) in privater Rechtsform im Jahr 2003. In: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hg.) 2006: Statistische Analysen und Studien NRW. Band 28. Düsseldorf, S. 38-43
- Europäische Kommission 2004: Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vom 12.5.2004 – KOM(2004) 374. In: [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wpr/2004/com2004\\_0374de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wpr/2004/com2004_0374de01.pdf) [Zugriff am 10.05.2006]
- Fabry, Beatrice/ Augsten, Ursula (Hg.) 2002: Handbuch der Unternehmen der öffentlichen Hand. Baden-Baden
- Fettig, Wolfgang/ Späth, Lothar (Hg.) 1997: Privatisierung kommunaler Aufgaben. Baden-Baden
- Freitag, Lutz 2005: Partner beim Umbau. In: DEMO 57 (2005.10), S. 11
- Freter, Hermann/ Wiesel, Jochen H. 1995: Studie zum Stand der Privatisierungsmaßnahmen in Kreisen und Städten. Siegen
- Fuchs, Anke 2005: Wohnungspolitik zwischen Umbau und Ausverkauf. In: DEMO (57) 2005.10, S. 12
- Gegner, Martin 2002: Die Wege des urbanen Verkehrs zur Daseinsvorsorge. Staatsinterventionen an der Schnittstelle von Sozial- und Verkehrspolitik, Discussion Paper FS II 02-106, Berlin: WZB 2002. In: <http://wz-berlin.de/ow/inno/pdf/fsii-02-106.pdf> [Zugriff am 07.03.2006]
- Gerstberger, Wolfgang 1999: Public-Private-Partnerships und Stadtentwicklung. Öffentlich-private Projektgesellschaften zwischen Erweiterung und Aushöhlung kommunaler Handlungsfähigkeit. München/ Mehring
- Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hg.) 2004: Public Private Partnership. Formen – Risiken – Chancen. Berlin
- Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft 1994: Privatisierungsdogma widerspricht Sozialer Marktwirtschaft. Öffentliche Unternehmen sind unverzichtbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 17 (1994.2), S. 195-215
- Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforshung mbH und Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2005: Bundesländerranking – Wer wirtschaftet am besten? In: [http://www.insm.de/Interaktiv/Bundeslaenderranking\\_2005.html](http://www.insm.de/Interaktiv/Bundeslaenderranking_2005.html). [Zugriff am 17.02.2006]
- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (KrW-/AbfG). Fassung vom 27.09.1994. In: [http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/krw-\\_abfg/gesamt.pdf](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/krw-_abfg/gesamt.pdf) [Zugriff am 17.02.2006]

- Gorrissen, Georg 1996: Steuerungs- und Organisationsprobleme am Beispiel des Aufgabenfeldes Umweltschutz und Abfallwirtschaft im Kreis Bad Segeberg. In: Budäus, Dietrich/ Engelhardt, Gunther (Hg.) 1996: Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel. Baden-Baden, S. 207-217
- Gottschalk, Wolf 1994: Kommunale Unternehmen als Instrumente der Selbstverwaltung. In: Eichhorn, Peter/ Engelhardt, Werner Wilhelm (Hg.) 1994: Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Gedenkschrift für Theo Thiemeyer. Baden-Baden, S. 217-226
- Gottschalk, Wolf 2004: Das derzeitige Ausmaß von PPP in der kommunalen Wirtschaft. In: GÖW (Hg.) 2004: Public Private Partnership. Formen – Risiken – Chancen. Berlin, S. 34-39
- Grande, Edgar 1998: Privatisierung und Regulierung aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: Gusy, Christoph (Hg.) 1998. Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien – Grenzen – Folgen. Baden-Baden, S. 37-56
- Grawert, Rolf 2001: Kommunale Wirtschaftsbeschäftigung im System des unverfälschten Wettbewerbs. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Beschäftigung von Kommunen. Berlin, S. 9-44
- Greiling, Dorothea 1996: Öffentliche Trägerschaft oder öffentliche Bindung von Unternehmen? Eine teleologische Betrachtung am Beispiel der Kredit-, Verkehrs- und Versorgungswirtschaft. Baden-Baden
- Grönebaum, Stefan 2005a: Die Stunde der Heuschrecken. In: DEMO 57 (2005.10), S. 6-7
- Grönebaum, Stefan 2005b: Öffentliche Kliniken zwischen Schließung, Privatisierung und Fusion. In: Demo. Monatszeitschrift für Kommunalpolitik 57 (2005.12), S. 6-7
- Großmann, Achim 2005: Herausforderungen und Lösungen für die Wohnungspolitik. In: DEMO 57 (2005.10), S. 10
- Gusy, Christoph (Hg.) 1998: Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien – Grenzen – Folgen. Baden-Baden
- Hames, Hanno/ Krüger, Hans-Werner 1999: Aktuelle Diskussion um Wettbewerb und Privatisierung in der Wasserversorgung. In: GWF Wasser – Abwasser 140 (1999), S. 604-612
- Haug, Peter 2003: Kommunale Unternehmen in Deutschland. Umsatz, Beschäftigung, Tätigkeitsfelder. In: Wirtschaft im Wandel 9 (2003), S. 362-368
- Hein, Andreas 2003: Trinkwasserversorgung und Wettbewerb. Zur aktuellen Liberalisierungs- und Modernisierungsdiskussion. In: Kirchhoff, Ulrich/ Trilling, Gerhardt (Hg.) 2003: Öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Daseinsvorsorge im Wandel. Festschrift für Helmut Cox. Regensburg, S. 195-209
- Hellermann, Johannes 2000: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstversorgung. Zum kommunalen Betätigungs- und Gestaltungsspielraum unter den Bedingungen europäischer und staatlicher Privatisierungs- und Deregulierungspolitik. Tübingen
- Hendler, Reinhard et al. (Hg.) 2001: Abfallentsorgung zwischen Wettbewerb und hoheitlicher Lenkung. Berlin
- Hill, Hermann 1998: Kommunalwirtschaft. Speyer
- Hille, Dietmar 2002: Konkurrieren statt Privatisieren. Kommunale Einrichtungen im Wettbewerb. Potsdam
- Hille, Dietmar 2003: Grundlagen des kommunalen Beteiligungsmanagement. Kommunale Unternehmen gründen, steuern und überwachen. München
- Hösch, Ulrich 2000: Die kommunale Wirtschaftstätigkeit. Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb oder Daseinsvorsorge. Tübingen
- Jarass, Hans D. 2002: Kommunale Wirtschaftsunternehmen im Wettbewerb. Eine Analyse aktueller verfassungsrechtlicher, EG-rechtlicher und kommunalrechtlicher Probleme sowie ein Reformvorschlag. Stuttgart
- Karl, Astrid 2002: Öffentlicher Verkehr im künftigen Wettbewerb. Wie ein inkonsequenter Ordnungsrahmen und überholte Finanzierungsstrukturen attraktive öffentliche Angebote verhindern, WZB-FS II 02-111. In: <http://skylia.wz-berlin.de/pdf/2002/ii02-111.pdf> [Zugriff am 07.03.2006]
- Keil, Kerstin 1996: Der soziale Mietwohnungsbau. Mängel und Alternativen. Frankfurt am Main
- Keßler, Jürgen 2001: Die GmbH als Rechtsform kommunaler Unternehmen. Zu den Kompetenzkonflikten zwischen Kommunalverfassungs- und Gesellschaftsrecht. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Beschäftigung von Kommunen. Berlin, S. 101-117
- Killian, Werner/ Richter, Peter/ Trapp, Jan Hendrik (Hg.) 2006a: Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung. Berlin
- Killian, Werner/ Richter, Peter/ Trapp, Jan Hendrik 2006b: Einleitung. In: Killian, Werner/ Richter, Peter/ Trapp, Jan Hendrik (Hg.) 2006: Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung. Berlin, S. 9-24

- Kißler, Leo 1998: Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien und Grenzen aus sozialwissenschaftlicher Sicht. In: Gusy, Christoph (Hg.) 1998: Privatisierung von Staatsaufgaben. Kriterien – Grenzen – Folgen. Baden-Baden, S. 57-71
- Kloepfer, Michael 2003: Abfallwirtschaft in Bund und Ländern. Berlin
- Kluge, Thomas/ Libbe, Jens/ Scheele, Ulrich 2005: Kommunales Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. In: ZögU 28 (2005.3), S. 283-299
- Kluge, Thomas/ Lux, Alexandra/ Schramm, Engelbert/ Koziol, Matthias/ Veit, Antje. 2003 : Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck. Sektoranalyse Wasser. netWORKS-Papers 2. Berlin
- Koch, Manfred 1992: Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Ein Beitrag zur finanzwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Berlin
- König, Klaus 1996: Aufgaben- und Vermögenstransformation in den neuen Bundesländern. Baden-Baden
- Kröger, Detlef/ Klauß, Ingo 2001: Umweltrecht – schnell erfasst. Berlin
- Krüger, Berend 1996: Steuerungs- und Organisationsprobleme am Beispiel des Aufgabenfeldes Umweltschutz und Abfallwirtschaft in Hamburg. In: Budäus, Dietrich/ Engelhardt, Gunther (Hg.) 1996: Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel. Baden-Baden, S. 191-206
- Kulenkampff, Christoph 1998: Öffentliche Wohnungsbestände im Widerstreit der Interessen. Markt – Stadtplanung – Sozialpolitik. Werkstattbericht zum wohnungspolitischen Kolloquium. Darmstadt. In: [http://www.schader-stiftung.de/docs/wb\\_oeff\\_wohnungsbestaende\\_ok.pdf](http://www.schader-stiftung.de/docs/wb_oeff_wohnungsbestaende_ok.pdf) [Zugriff am 03.02.2006]
- Kusenbach, Heidrun 2002: Kommunale Abfallentsorgung im Wandel. Hagen
- KWI (Kommunalwissenschaftliches Institut Potsdam) 2003: Kommunale Betriebe in Deutschland. Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte der Größenklasse 1-4. Potsdam
- Landsberg, Gerd 1997: Rechtliche und politische Probleme der Privatisierung in der Abwasser- und Entsorgungswirtschaft – aus kommunaler Perspektive. In: Fettig, Wolfgang/ Späth, Lothar (Hg.) 1997: Privatisierung kommunaler Aufgaben. Baden-Baden, S. 29-43
- Landsberg, Gerd 2001: Wirtschaftliche Betätigung von Städten und Gemeinden. Grenzen und Möglichkeiten angesichts steigenden Wettbewerbs sowie zunehmender Finanzkrise. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Berlin, S. 45-51
- Libbe, Jens/ Tomerius, Stephan/ Trapp, Jan Hendrik (Hg.) 2002: Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Aufgabenbereiche in Kommunen. Sozial-ökologische Problemlagen und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung. In: [http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1\\_02/artikel03.shtml](http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1_02/artikel03.shtml) [Zugriff am 08.05.2002]
- Libbe, Jens/ Tomerius, Stephan/ Trapp, Jan Hendrik 2000: Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgaben. Sozialökologische Problemlagen und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung. In: [http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4\\_00/artikel13.shtml](http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/4_00/artikel13.shtml) [Zugriff am 08.05.2002]
- Libbe, Jens/ Trapp, Jan Hendrik/ Tomerius, Stephan 2004: Gemeinwohlsicherung als Herausforderung. Umweltpolitisches Handeln in der Gewährleistungskommune. Berlin
- Machura, Stefan 1993: Die Kontrolle öffentlicher Unternehmen. Für eine mehrdimensionale Strategie zur Instrumentalisierung öffentlicher Unternehmen. Wiesbaden
- Machura, Stefan 2001: „Was begrenzt, begründet auch“. Bedarfswirtschaftlichkeit und Ziele kommunaler Unternehmen. In: Edeling, Thomas/ Jann, Werner/ Wagner, Dieter/ Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Öffentliche Unternehmen. Entstaatlichung und Privatisierung? Opladen, S. 95-112
- Matthes, Felix Christian 1999: Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ostdeutschland. Berlin
- Merkel, Wolfgang 1998: Geht der Wettbewerb in der Wasserwirtschaft auf Kosten der Wassergüte? In: GWF Wasser – Abwasser 139 (1998), S. 761-766
- Monstadt, Jochen 2003: Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck. Sektoranalyse Stromversorgung. netWORKS-Papers 5. Berlin
- Naschold, Frieder 1993: Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors. Berlin
- Naßmacher, Hiltrud/ Naßmacher, Karl-Heinz 1999: Kommunalpolitik in Deutschland. Opladen
- Oettle, Karl 1995: Das Wettbewerbskonzept der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Union) hinsichtlich der wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung. In: Eichhorn, Peter (Hg.) 1995: Perspektiven öffentlicher Unternehmen in der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Europäischen Union. Baden-Baden, S. 45-66
- Ortlieb, Birgit 2005a: Das neue Energiewirtschaftsgesetz. Markt für Strom und Gas wird neu geregelt. In: Kommunalpolitische Blätter 57 (2005.1-2), S. 6-10

- Ortlieb, Birgit 2005b: Inhouse-Geschäfte: Städte und Gemeinden im Würgegriff der EU-Bürokratie? In: Kommunalpolitische Blätter 57 (2005.4), S. 22-24
- Otto, Raimund (Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig) 2002: Beteiligungsmanagement in Kommunen. Leipzig
- Otto, Raimund et al. 2002: Beteiligungsmanagement in Kommunen. Sparkassen-Finanzgruppe als Partner der Kommunen. Stuttgart
- Picot, Arnold/ Wolff, Brigitta 1994: Zur ökonomischen Organisation öffentlicher Leistungen. In: Naschold, Frieder/ Pröhl, Marga (Hg.) 1994: Produktivität öffentlicher Dienstleistungen. Gütersloh, S. 51-120
- Plesse, Holger 1999: Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern. Berlin
- Pollähne, Lothar 2005: Konsolidierung auf Kosten der Zukunft. In: DEMO 57 (2005.10), S. 9
- Potthoff, Erich 1994: Aufgabenorientierte Überwachung öffentlicher Unternehmen durch Aufsichtsräte. In: Eichhorn, Peter/ Engelhardt, Werner Wilhelm (Hg.) 1994: Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Gedenkschrift für Theo Thiemeyer. Baden-Baden, S. 311-324
- Präsident des Hessischen Rechnungshofes 2004: Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – Dreizehnter Zusammenfassender Bericht. Sechsendachtzigste Vergleichende Prüfung „Betätigung der Sonderstatusstädte“ bei sieben Städten. Darmstadt
- Püttner, Günter 1985: Die öffentlichen Unternehmen. Ein Handbuch zu Verfassungs- und Rechtsfragen der öffentlichen Wirtschaft. Stuttgart/ München/ Hannover
- Püttner, Günter 1994: Kommunale Betriebe und Mixed Economy. In: Wollmann, Hellmut/ Roth, Roland (Hg.) 1994: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, S. 211-221
- Püttner, Günter 1995: Öffentliche Unternehmen im europäischen Gemeinschaftsrecht. Das Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsregeln und „allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (Art. 90 Abs. 2 EWGV). In: Eichhorn, Peter (Hg.) 1995: Perspektiven öffentlicher Unternehmen in der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Europäischen Union. Baden-Baden, S. 13-24
- Püttner, Günter 2002: Verdrängung der kommunalen Unternehmen auf liberalisierten Märkten durch Örtlichkeitsprinzip und Subsidiaritätsklausel. Zur Notwendigkeit der Reform des Gemeindefinanzrechts. In: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hg.) 2002: Rollenwechsel kommunaler Unternehmen. Berlin, S. 18-23
- PWC (PriceWaterhouseCoopers) 2002: Deutsche Städte auf dem Weg zum modernen Dienstleister. Kommunalstudie 2002. Frankfurt/ M.
- Rahmeyer, Fritz 2004: Abfallwirtschaft zwischen Entsorgungsnotstand und Überkapazitäten. Augsburg. In: <http://www.wiwi.uni-augsburg.de/vwl/institut/paper/266.pdf> [Zugriff am 17.02.2006]
- Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Berlin
- Reichard, Christoph 2000: Kommunale Wirtschaft unter Anpassungsdruck. In: Eichhorn, Peter/ Reichard, Christoph/ Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2000: Kommunale Wirtschaft im Wandel. Chancen und Risiken. Baden-Baden, S. 15-24
- Reichard, Christoph 2001: Gemeinden als Marktteilnehmer. Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Berlin, S. 61-79
- Reichard, Christoph 2005: Organisations-PPP. Typologie und praktische Ausprägungen. In: Budäus, Dietrich (Hg.) 2005: Public Private Partnership. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen. Baden-Baden, S. 77-94
- Reichard, Christoph/ Wollmann, Helmut (Hg.) 1996: Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub? Basel/ Boston/ Berlin
- Reidenbach, Michael 2006: Die Sachinvestitionen der Kommunen und ihrer Unternehmen. Eine Bestandsaufnahme (Aktuelle Information des Deutschen Instituts für Urbanistik). Berlin
- Reidenbach, Michael u.a. 2002: Der kommunale Investitionsbedarf. Eine Schätzung für die Jahre 2000 bis 2009. Berlin
- Richter, Peter/ Edeling, Thomas/ Reichard, Christoph 2006: Kommunale Betriebe in größeren Städten. Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte über 50.000 Einwohner. In: Killian, Werner/ Trapp, Jan Hendrik/ Richter, Peter (Hg.) 2006: Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung. Berlin, S. 55-84
- Richter, Peter/ Killian, Werner/ Trapp, Jan Hendrik 2006: Verselbständigung kommunaler Aufgabenerbringung und die Folgen. In: Killian, Werner/ Richter, Peter/ Trapp, Jan Hendrik (Hg.) 2006: Ausgliederung und Privatisierung in Kommunen. Empirische Befunde zur Struktur kommunaler Aufgabenwahrnehmung. Berlin, S. 111-130

- Ronellenfisch, Michael 2004: Voraussetzungen und historische Entwicklung privatwirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden. In: Hoppe, Werner/ Uechritz, Michael (Hg.) 2004: Handbuch Kommunale Unternehmen. Köln, S. 2-15
- Sack, Detlef 2003: Gratwanderung zwischen Partizipation und Finanzengpässen. Ein Überblick über die deutsche Public Private Partnership-Entwicklung. In: ZögU 26 (2003), S. 353-370
- Sahner, Heinz 1997: Schließende Statistik. Stuttgart
- Scheele, Ulrich 1993: Privatisierung von Infrastruktur. Möglichkeiten und Alternativen. Köln
- Schmahl, Stefanie 2001: Organisationsformen wirtschaftlicher Betätigung brandenburgischer Kommunen. Ein Überblick. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Berlin, S. 91-99
- Schneider, Ernst 2001: Erfahrungen mit der Verselbständigung kommunaler Betriebe und ihrer Steuerung aus Sicht des Finanzressorts der Stadtverwaltung Solingen. In: Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Kommunen am Markt. Aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Berlin, S. 119-125
- Schneider, Volker/ Tenbücken, Marc 2004: Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen. Frankfurt/ New York
- Schoch, Friedrich 1999: Public Private Partnership. In: Erichsen, Hans-Uwe (Hg.) 1999: Kommunale Verwaltung im Wandel. Köln u.a., S. 101-116
- Schöneich, Michael 2001: Das Beispiel der Wasserversorgung in der Diskussion um Daseinsvorsorge. In: Schader-Stiftung (Hg.) 2001: Die Zukunft der Daseinsvorsorge. Darmstadt, S. 143-157
- Schultz, Christian 2005: Vergaberecht. EuGH-Urteile contra effiziente Verwaltung? In: Der Städtetag 58 (2005.3), S. 35-38
- Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2005: Der Gewährleistungsstaat. Ein Leitbild auf dem Prüfstand. Baden-Baden
- Schütz, Martina 2005: Ein Gespenst geht um. In: DEMO 57 (2005.10), S. 13
- Statistische Ämter der Länder 2005: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse. Stuttgart. In: [http://www.statistik-portal.de/Arbeitskreis\\_VGR/brochure.pdf](http://www.statistik-portal.de/Arbeitskreis_VGR/brochure.pdf) [Zugriff am 10.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2002a: Abfallentsorgung. Fachserie 19. Reihe 1. In: <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1014130> [Zugriff am 10.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2002b: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Fachserie 12. Reihe 6.1. In: <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1015135> [Zugriff am 10.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2002c: Bestand an Wohnungen. Fachserie 5. Reihe 3. In: <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1013082> [Zugriff am 10.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2003: 11% des BIP für Gesundheit. Jeder Zehnte arbeitet im Gesundheitswesen. Pressemitteilung. In: <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/p1610095.htm> [Zugriff am 15.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2004: Verkehr 2003. Fachserie 8. Reihe 3. In: <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1014127> [Zugriff am 10.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2006a: Grunddaten der Krankenhäuser 2004. Fachserie 12 Reihe 6.1.1. In: <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1017782> [Zugriff am 15.03.2006]
- Statistisches Bundesamt 2006b: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick. Wiesbaden. In: [http://www.destatis.de/download/d/vgr/wichtige\\_zusammenhaenge.pdf](http://www.destatis.de/download/d/vgr/wichtige_zusammenhaenge.pdf) [Zugriff am 10.03.2006]
- Steckert, Uwe 2002: Kommunalwirtschaft im Wettbewerb. Durch Liberalisierung zur Sinnkrise? Eine Streitschrift. Baden-Baden
- Stöltzing, Erhard 2001: Das Öffentliche an öffentlichen Unternehmen. In: Edeling, Thomas/ Jann, Werner/ Wagner, Dieter/ Reichard, Christoph (Hg.) 2001: Öffentliche Unternehmen. Entstaatlichung und Privatisierung? Opladen, S. 17-33
- Thiemeyer, Theo 1975: Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe. Reinbek bei Hamburg
- Thiemeyer, Theo 1989: Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen. In: Chmielewicz, Klaus/ Eichhorn, Peter (Hg.) 1989: Handwörterbuch der Öffentlichen Betriebswirtschaft. Stuttgart, Sp. 672-683

- Tomerius, Stephan 1999: Zwischen Pflichtaufgaben und wirtschaftlicher Betätigung. Kommunale Abfallentsorgung in der Kreislaufwirtschaft. Berlin
- Tomerius, Stephan 2004: Örtliche und überörtliche wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen. Zum aktuellen Diskussionsstand über die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen in Literatur und Rechtsprechung. Berlin
- Trapp, Jan Hendrick/ Bolay, Sebastian 2003: Privatisierung in Kommunen. Eine Auswertung kommunaler Beteiligungsberichte. Berlin
- Überla, Karl 1968: Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Berlin/ Heidelberg/ New York
- Visser, Alexander 2005: Höllenhunde beißen nicht. In: DEMO 57 (2005.10), S. 14
- VKU (Verband kommunaler Unternehmen) 2003: Kommunale Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft. Kooperation, Kundenbindung, Kostensenkung. Köln
- VKU (Verband kommunaler Unternehmen) 2005a: Modernisierung statt Liberalisierung. 10 Grundsätze zur Zukunft der öffentlichen Wasser- und Abwasserwirtschaft. In: [http://www.vku.de/vku/themen/wasser/wasser\\_15.pdf](http://www.vku.de/vku/themen/wasser/wasser_15.pdf) [Zugriff am 08.02.2006]
- VKU (Verband kommunaler Unternehmen) 2005b: Wasser- und Abwasserwirtschaft als Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge auch in Zukunft erhalten. Kommunalunternehmerisch geprägte Struktur fortführen und Modernisierungspotentiale ausschöpfen. In: [http://www.vku.de/vku/themen/wasser/wasser\\_26.pdf](http://www.vku.de/vku/themen/wasser/wasser_26.pdf) [Zugriff am 08.02.2006]
- Vosskuhle, Andreas 2001: Der Dienstleistungsstaat. Über Nutzen und Gefahren von Staatsbildern. In: Der Staat 40 (2001), S. 495- 523
- Wohlfahrt, Norbert/ Zühlke, Werner 1999: Von der Gemeinde zum Konzern Stadt. Auswirkungen von Ausgliederung und Privatisierung für die politische Steuerung auf kommunaler Ebene. Dortmund
- Wollmann, Hellmut 1996: Verwaltungsmodernisierung. Ausgangsbedingungen, Reformanläufe und aktuelle Modernisierungsdiskurse. In: Reichard, Christoph/ Wollmann, Helmut (Hg.) 1996: Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub? Basel/ Boston/ Berlin, S. 1-49
- Wollmann, Hellmut 1998: Modernisierung der kommunalen Politik- und Verwaltungswelt. Zwischen Demokratie und Managementschub. In: Grunow, Dieter/ Wollmann, Hellmut (Hg.) 1998: Lokale Verwaltungsreformen in Aktion. Fortschritte und Fallstricke. Basel/ Boston/ Berlin, S. 400-438
- Wollmann, Hellmut/ Roth, Roland (Hg.) 1994: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen
- Zielinski, Heinz 1997: Kommunale Selbstverwaltung im modernen Staat. Bedeutung der lokalen Politikebene im Wohlfahrtsstaat. Opladen

# Anhang

## A.1 Fragebogen

### I. Rechtsform kommunaler Beteiligungen nach Sektoren

Bitte geben Sie an, in welcher Rechtsform und in welchem Beteiligungsverhältnis die Unternehmen Ihrer Kommune in den folgenden Sektoren existieren. (Mehrfachantworten sind möglich.)

#### I.1 Gas

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

#### I.2 Strom

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

#### I.3 Wärme

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

#### I.4 Wasser

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

**I.5 Abwasser**

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

**I.6 Abfall und Entsorgung**

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

**I.7 ÖPNV**

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

**I.8 Wohnungsbau und -verwaltung**

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

**I.9. Krankenhäuser**

- Kernverwaltung (inkl. Regiebetriebe)
- Öffentl.-rechtlicher Betrieb (Eigenbetrieb, Anstalt, Zweckverband)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung (über 50% - 100%)
- Privatrechtliches Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)
- keine kommunale Beteiligung

## II. Verbundunternehmen

Der folgende Fragenkomplex betrifft Verbundunternehmen (z.B. Stadtwerke für Energie- und Wasserversorgung), an denen Ihre Kommune beteiligt ist. Sollte Ihre Kommune an keinem Verbundunternehmen beteiligt sein, beantworten Sie bitte die Frage II. 1 und fahren dann mit dem Fragenkomplex III fort.

### II.1 Existiert in Ihrer Kommune ein Verbundunternehmen, an dem die Kommune beteiligt ist?

Bei „Nein“ setzen Sie den Fragebogen bitte bei III. fort

- Ja    Nein

### II.2 Bitte geben Sie den Namen des Verbundunternehmens an.

---

### II.3 In welchem Umfang ist Ihre Kommune am Verbundunternehmen beteiligt?

- Mehrheits- oder Alleinbeteiligung (über 50%-100%)  
 Minderheitsbeteiligung (50% und weniger)

### II.4 In welchen Aufgabenbereichen ist Ihr Verbundunternehmen tätig.

(Mehrfachantworten sind möglich.)

- Gas  
 Wasser  
 Wohnungsbau und -verwaltung  
 Strom  
 Abwasser  
 Abfall und Entsorgung  
 Krankenhäuser  
 Wärme  
 ÖPNV

### II. 5 Weitere Angaben zum Verbundunternehmen

Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_

Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_

Jahresumsatz: \_\_\_\_\_

Jahresgewinn: \_\_\_\_\_

Investitionen: \_\_\_\_\_

## **Allein- und Mehrheitsbeteiligungen Ihrer Kommune außerhalb von Verbundunternehmen (nur direkte Beteiligungen)**

*In diesem Teil des Fragebogens bitten wir Sie, Angaben zu Unternehmen mit kommunalen Allein- und Mehrheitsbeteiligungen (über 50%) zu machen. Sollten mehrere Unternehmen im jeweiligen Aufgabenbereich existieren, tragen Sie die Daten bitte addiert ein.*

### **III.1 Strom**

**Existieren für den Aufgabenbereich „Strom“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (Setzen Sie bitte bei III.2 fort.)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (Setzen Sie bitte bei III.2 fort.)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Strom“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_

Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_

Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_

Jahresumsatz: \_\_\_\_\_

Jahresgewinn: \_\_\_\_\_

Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.2 Gas

**Existieren für den Aufgabenbereich „Gas“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei III.3 fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei III.3 fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Gas“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.3 Wärme

**Existieren für den Aufgabenbereich „Wärme“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei III.4 fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei III.4 fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Wärme“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.4 Wasser

**Existieren für den Aufgabenbereich „Wasser“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei III.5 fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei III.5 fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Wasser“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.5 Abwasser

**Existieren für den Aufgabenbereich „Abwasser“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei III.6 fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei III.6 fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Abwasser“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.6 Abfall und Entsorgung

**Existieren für den Aufgabenbereich „Abfall und Entsorgung“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (Setzen Sie bitte bei III.7 fort.)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (Setzen Sie bitte bei III.7 fort.)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Abwasser“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.7 ÖPNV

**Existieren für den Aufgabenbereich „ÖPNV“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (Setzen Sie bitte bei III.8 fort.)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (Setzen Sie bitte bei III.8 fort.)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „ÖPNV“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.8 Wohnungsbau und -verwaltung

**Existieren für den Aufgabenbereich „Wohnungsbau und -verwaltung“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei III.9 fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei III.9 fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen im Aufgabenbereich „Wohnungsbau und -verwaltung“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

### III.9 Krankenhäuser

**Existieren im Bereich „Krankenhäuser“ kommunale Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen?**

- Nein (*Setzen Sie bitte bei IV fort.*)
- Ausschließlich im Verbundunternehmen (*Setzen Sie bitte bei IV fort.*)
- Ja

**Bitte machen Sie weitere Angaben zu Ihren kommunalen Allein- oder Mehrheitsbeteiligungen in im Bereich „Krankenhäuser“.**

Anzahl der Betriebe: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Beschäftigten: \_\_\_\_\_  
Anzahl der Auszubildenden: \_\_\_\_\_  
Jahresumsatz: \_\_\_\_\_  
Jahresgewinn: \_\_\_\_\_  
Investitionen: \_\_\_\_\_

## IV. Größte Arbeitgeber und Unternehmen der Kommune

### IV.1 Bitte geben Sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Arbeitgeber (gemessen an der Beschäftigtenzahl) in Ihrer Gemeinde an.

*Als Arbeitgeber sollen hier auch öffentliche Arbeitgeber wie Verwaltungen, Universitäten, Bundeswehr etc. einbezogen werden.*

	Name des Arbeitgebers	Organisationsform
1		<input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich öffentliches Unternehmen <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich privates Unternehmen <input type="checkbox"/> Andere
2		<input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich öffentliches Unternehmen <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich privates Unternehmen <input type="checkbox"/> Andere
3		<input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich öffentliches Unternehmen <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich privates Unternehmen <input type="checkbox"/> Andere
4		<input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich öffentliches Unternehmen <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich privates Unternehmen <input type="checkbox"/> Andere
5		<input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich öffentliches Unternehmen <input type="checkbox"/> Ganz oder mehrheitlich privates Unternehmen <input type="checkbox"/> Andere

**IV.2 Bitte geben Sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Wirtschaftsunternehmen Ihrer Gemeinde an.**

*Bitte geben Sie hier ausschließlich Unternehmen in privater Rechtsform, unabhängig vom kommunalen Beteiligungsverhältnis an.*

	Name des Unternehmens	Organisationsform
1		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
2		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
3		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
4		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
5		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere

**IV.3 Bitte geben Sie die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe (einschl. Stadtwerke) Ihrer Gemeinde an.**

*Bitte geben Sie hier ausschließlich Unternehmen in privater Rechtsform, unabhängig vom kommunalen Beteiligungsverhältnis an.*

	Name des Unternehmens	Organisationsform
1		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
2		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
3		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
4		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
5		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere

## V. Wettbewerb

*Viele kommunale Unternehmen stehen mittlerweile im Wettbewerb. Wie schätzen Sie die Wettbewerbssituation Ihrer eigenen Unternehmen ein? (Mehrfachantworten sind möglich.)*

### V.1 Strom

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

### V.2 Gas

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

### V.3 Wärme

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

### V.4 Wasser

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

### V.5 Abwasser

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

**V.6 Abfall und Entsorgung**

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

**V.7 ÖPNV**

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

**V.8 Wohnungsbau und -verwaltung**

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

**V.9 Krankenhäuser**

- es besteht Wettbewerb mit überregionalen privaten Unternehmen
- es besteht Wettbewerb mit privaten Unternehmen vor Ort
- es besteht Wettbewerb mit andern kommunalen Unternehmen
- kein nennenswerter Wettbewerb mit anderen Unternehmen

## VI. Erfolge

Beurteilen Sie bitte, wo Sie mittels Ihrer kommunalen Beteiligungen besonders erfolgreich sind.

### Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Effizienz

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Schaffung von Arbeitsplätzen

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Erhaltung von Arbeitsplätzen

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Verfolgung ökologischer Ziele

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Erhaltung von technischem Know-how

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Hervorbringen technischer Innovationen

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Verbesserung der Standortqualität für Investoren

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Schutz vor Abhängigkeiten von überregionalen Unternehmen

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Erschließung neuer Geschäftsfelder

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Einbindung der Beteiligungen in die Stadt- und Regionalplanung

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Erhaltung von politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

### Investitionen vor Ort

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

**Schaffung von Ausbildungsplätzen**

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

**Stärkung der örtlichen Wirtschaftskraft durch kommunale Unternehmen als Auftraggeber**

erfolgreich       hin und wieder       weniger/nicht

**VII. Sponsoren**

*Geben Sie bitte die Ihrer Einschätzung nach fünf größten Sponsoren für die Erfüllung freiwilliger kommunaler und gemeinnütziger Aufgaben in Ihrer Kommune an, unabhängig davon, ob diese durch freie oder kommunale Träger erbracht werden.*

	<b>Name des Sponsors</b>	<b>Organisationsform</b>
<b>1</b>		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
<b>2</b>		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
<b>3</b>		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
<b>4</b>		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere
<b>5</b>		<input type="checkbox"/> ganz oder mehrheitlich kommunal <input type="checkbox"/> Privatunternehmen als Teil eines überreg. Konzerns <input type="checkbox"/> Privatunternehmen mit Hauptsitz am Ort <input type="checkbox"/> andere

### VIII. Allgemeine Angaben

Zum Abschluss möchten wir Sie bitten, einige Angaben zu Ihrer Gemeinde zu machen.

#### Gebietskörperschaft:

Amtsfreie Gemeinde       Amt/ Verbandsgemeinde       Amtsangehörige Gemeinde

#### Einwohnerzahl:

\_\_\_\_\_

#### Bundesland:

\_\_\_\_\_

### Rücksendebogen

#### An:

Prof. Dr. Thomas Edeling  
Universität Potsdam  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Postfach 900 327

14439 Potsdam

#### Ansprechpartner für eventuelle Rückfragen:

Frau/Herr .....

Tel.: .....

e-Mail: .....

Anschrift: .....

.....

.....

## A.2 Zusammenfassung Fachserie "Krankenhaus"

Die Prozentwerte in der folgenden Tabelle ergeben in der Summierung der je gleichen Zellen in den drei Teiltabellen 100%. Beispielsweise verteilt sich die Anzahl der Krankenhäuser in der Bundesrepublik zu 36% auf öffentliche, 38% auf freigemeinnützige und zu 26% auf private Eigner.

### öffentliche Krankenhäuser

	Anzahl		Betten		Personal		Azubis	
BRD gesamt	780	36%	53%	481.672	60%	61.938	61%	
ABL (ohne Stadtstaaten)	649	37%	53%	363.411	60%	48.246	60%	
NBL (ohne Berlin)	113	42%	57%	78.754	61%	8.650	68%	
Brandenburg	22	47%	63%	13.539	64%	1.535	66%	
Schleswig - Holstein	32	30%	58%	15.684	64%	2.077	69%	
Sachsen-Anhalt	24	47%	66%	18.757	71%	1.387	70%	
Bayern	221	57%	77%	98.618	80%	11.669	83%	

### freigemeinnützige Krankenhäuser

	Anzahl		Betten		Personal		Azubis	
BRD gesamt	831	38%	36%	245.158	30%	34.329	34%	
ABL (ohne Stadtstaaten)	691	39%	39%	202.290	33%	29.449	37%	
NBL (ohne Berlin)	78	29%	18%	20.071	16%	2.170	17%	
Brandenburg	18	38%	22%	4.465	21%	351	15%	
Schleswig - Holstein	32	30%	19%	4.262	17%	411	14%	
Sachsen-Anhalt	15	29%	20%	4.177	16%	448	22%	
Bayern	53	14%	12%	13.360	11%	2.075	15%	

### private Krankenhäuser

	Anzahl		Betten		Personal		Azubis	
BRD gesamt	555	26%	12%	79.158	10%	4.939	5%	
ABL (ohne Stadtstaaten)	426	24%	9%	38.941	7%	2.765	3%	
NBL (ohne Berlin)	77	29%	25%	29.930	23%	1.860	15%	
Brandenburg	7	15%	15%	3.209	15%	433	19%	
Schleswig - Holstein	41	39%	23%	4.414	18%	517	17%	
Sachsen-Anhalt	12	24%	14%	3.597	14%	158	8%	
Bayern	113	29%	11%	10.592	9%	237	2%	

Tabelle 21: Krankenhauswesen. Zusammenfassung Fachserie

### A.3 Verwendete Variablen der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Unternehmen

Variable	Merkmal
EF5	Landnummer
EF6	Berichtsjahr
EF7	Rechtsform und Sonderschlüssel Krankenhäuser
EF18U1	Tätigkeit der Einheit nach WZ1993
EF101	Umsatzerlöse insgesamt (Code 0401)
EF105	Personalaufwand insgesamt (Code 0429)
EF106	Zahl der Arbeitnehmer (Code 0180)
EF113	Umlaufvermögen zusammen (Code 0257)
EF115	Zugang an Sachanlagen zusammen (Code 8702)
EF116	Abgang an Sachanlagen zusammen (Code 8703)
EF118	Sachanlagen zusammen: Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres (Code 8712)
EF130	Anlagevermögen insgesamt (Summe aus immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen): Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres (Code 9912)
EF131	Anlagevermögen insgesamt (Summe aus immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen): Anfangsbestand (Code 9901)
EF132	Anlagevermögen insgesamt (Summe aus immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen): Zugang (Code 9902)
EF133	Anlagevermögen insgesamt (Summe aus immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen): Abgang (Code 9903)
EF313	Anzahl der Eigner
EF314U1.1	EF314U1.1: Eignerstatus des größten Eigners
EF314U1.2	EF314U1.2: Eignerstatus des 2.-größten Eigners
EF314U1.3	EF314U1.3: Eignerstatus des 3.-größten Eigners

## A.4 Syntax zur Aufarbeitung des Datensatzes

Dieser Abschnitt dient der Möglichkeit zur Reproduktion der Analyse, indem dargestellt wird, wie der JÖU-Datensatz für die Auswertungen per SPSS-Syntax angepasst wurde. Diese Anpassung bestand vorwiegend darin, die Variablen mit Labeln für die möglichen Ausprägungen zu versehen aber auch neue Variablen zu berechnen. Dazu sind im Folgenden die Einzelschritte kurz beschrieben und die entsprechende Syntax im grauen Kasten dargestellt.

- Variable 'EF5' (Landnummer) mit Labeln versehen:

```
VALUE LABELS EF5
01 'Schleswig-Holstein'
03 'Niedersachsen'
05 'NRW'
06 'Hessen'
07 'Rheinland-Pfalz'
08 'Baden-Württemberg'
09 'Bayern'
10 'Saarland'
12 'Brandenburg'
13 'Mecklenburg-Vorpommern'
14 'Sachsen'
15 'Sachsen-Anhalt'
16 'Thüringen'
```

- Erzeugung der neuen Variable 'Branche\_fein' zur Zusammenfassung der Ausprägungen der Variable 'EF18U1' (Wirtschaftszweige der im Datensatz erfassten Unternehmen nach WZ-Systematik) und Beschränkung auf für die Untersuchung relevante Branchen:

```
RECODE
EF18U1
(40000 thru 40108=11) (40109 thru 40200=12)
(40201 thru 40202=21) (40203 thru 40299=22)
(40301 thru 40304=31) (40305 thru 40999=32)
(41001 thru 41002=41) (41003 thru 44999=42)
(60102 =51) (60211 thru 60213=52) (60231 thru 60232=52)
(61201 =52) (70100 thru 70122=61) (70200 thru 70202=62)
(70300 thru 70320=63) (85110 thru 85113=71)
(90001 thru 90002=81) (90003 thru 90007=91)
INTO Branche_fein.
```

- Die zuvor erzeugte Variable 'Branche\_fein' mit Labeln versehen:

```
VALUE LABELS Branche fein
11 'Stromerzeugung und Verteilung'
12 'Strom (nur Verteilung)'
21 'Gas (Gewinnung, Erzeugung und Verteilung)'
22 'Gas (nur Verteilung)'
31 'Fernwärme (Erzeugung und Verteilung)'
32 'Fernwärme (nur Verteilung)'
41 'Wasser'
42 'Wasser (nur Verteilung)'
51 'Verkehr (Privatbahnen)'
52 'Verkehr (Personenbeförderung)'
61 'Wohnungswesen (Erschließung, Kauf, Bauträger)'
62 'Wohnungswesen (Vermietung und Verpachtung)'
63 'Wohnungswesen (Vermittlung und Verwaltung)'
71 'Krankenhäuser'
81 'Abwasser'
91 'Abfall'.
```

- Zusammenfassung der Ausprägungen der Variable 'Branche\_fein' in die neu angelegte Variable 'Branche\_grob':

```
RECODE
  Branche fein
  (11=1) (12=1) (21=2) (22=2) (31=3) (32=3)
  (41=4) (42=4) (51=5) (52=5) (61=6) (62=6)
  (63=6) (71=7) (81=8) (91=9)
INTO Branche_grob .
VARIABLE LABELS Branche_grob 'Branche_grob'
```

- Die zuvor erzeugte Variable 'Branche\_grob' mit Labeln versehen:

```
VALUE LABELS Branche_grob
  1 'Strom'
  2 'Gas'
  3 'Fernwärme'
  4 'Wasser'
  5 'Verkehr'
  6 'Wohnungswesen'
  7 'Krankenhäuser'
  8 'Abwasser'
  9 'Abfall'.
```

- Erzeugung der Variable 'Nettoinvestitionen' und deren Berechnung aus den Variablen 'EF132' und 'EF133':

```
COMPUTE Nettoinvestitionen = EF132 - EF133.
VARIABLE LABELS Nettoinvestitionen '
```

- Erzeugung der Variable 'Steuern\_gesamt' und deren Berechnung aus den Variablen 'EF107' und 'EF108':

```
COMPUTE Steuern_gesamt = EF107 + EF108 .
VARIABLE LABELS Steuern_gesamt
```

- Variable 'EF7' (Rechtsform) mit Labeln versehen:

```
VALUE LABELS EF7
  21 'Eigenbetrieb'
  29 'sonstiges Sondervermögen mit Sonderrechnung'
  30 'Zweckverband'
  31 'sonstige Körperschaften dÖR'
  32 'Anstalt dÖR'
  33 'Stiftung dÖR'
  39 'sonstiger öffentlich-rechtliche Form'
  41 'Krankenhaus als Eigenbetrieb'
  42 'Krankenhaus als Zweckverband'
  43 'Krankenhaus als sonstige Körperschaft dÖR'
  44 'Krankenhaus als Anstalt dÖR'
  45 'Krankenhaus als Stiftung dÖR'
  46 'Krankenhaus als AG'
  47 'Krankenhaus als GmbH'
  51 'AG'
  52 'GmbH'
  53 'OHG, KG (auch GmbH & Co KG)'
  59 'sonstige privatrechtliche Formen'
```

- Erzeugung und Labelung der Variable 'Rechtsform\_neu' und deren Zusammenfassung aus den Ausprägungen der Variable 'EF7':

```

RECODE
EF7 (21=1) (41=1) (29=2) (30=3) (42=3) (31=4) (43=4)
(32=5) (44=5) (33=6) (45=6) (39=7) (51=8) (46=8) (52=9)
(47=9) (53=10) (59=11)
INTO Rechtsform neu .
VARIABLE LABELS Rechtsform neu 'Rechtsform neu'.

VALUE LABELS Rechtsform neu
1 'Eigenbetrieb'
2 'sonstiges Sondervermögen mit Sonderrechnung'
3 'Zweckverband'
4 'sonstige Körperschaften dÖR'
5 'Anstalt dÖR'
6 'Stiftung dÖR'
7 'sonstiger öffentlich-rechtliche Form'
8 'AG'
9 'GmbH'
10 'OHG, KG (auch GmbH & Co KG)'
11 'sonstige privatrechtliche Formen'.

```

- Labelung der Variable 'EF314U1.1' (Eigner):

```

VALUE LABELS EF314U1.1
0 'Bund'
1 'Land'
2 'Kreisfreie Stadt'
3 'Landkreis'
4 'Kreissangehörige Gemeinde'
5 'Verbandsgemeinde'
6 'Verbandsangehörige Gemeinde'
7 'Bezirksverbände'
8 'Zweckverbände und dergleichen'
9 'mittelbare öffentliche Beteiligungen'
'N' 'sonstige Beteiligungen (nicht öffentlich)'.

```

- Erzeugung und Labelung der Variable 'Eignerstaus1\_neu' und deren Zusammenfassung aus den Ausprägungen der Variable 'EF314U1.1':

```

RECODE
EF314U1.1
('0'=0) ('1'=1) ('2'=2) ('4'=2) ('5'=2) ('6'=2) ('3'=3)
('7'=3) ('8'=4
) ('9'=5) ('N'=6) INTO Eignerstatus1 neu .
VARIABLE LABELS Eignerstatus1 neu 'Eignerstatus1 neu'.
.
VALUE LABELS Eignerstatus1 neu
0 'Bund'
1 'Land'
2 'kommunale Beteiligung (Kommune)'
3 'kommunale Beteiligung (Landkreis)'
4 'Zweckverbände und dergleichen'
5 'mittelbare öffentliche Beteiligungen'
6 'sonstige Beteiligungen (nicht öffentlich)'.

```

- Datensatz auf kommunale Beteiligungen einschränken:

```
USE ALL.
COMPUTE filter $=(Eignerstatus1 neu  ~= 00 &
  Eignerstatus1 neu  ~= 01 &
  Eignerstatus1 neu  ~= 05 &
  Eignerstatus1 neu  ~= 06).
VARIABLE LABEL filter $ 'Eignerstatus1 neu  ~= 00 &
  Eignerstatus1 neu  ~= 01 &
  Eignerstatus1 neu  ~= 05 &
  Eigner'+ 'status1 neu.
(FILTER)'.
VALUE LABELS filter $ 0 'Nicht ausgewählt' 1
'Ausgewählt'.
FORMAT filter $ (f1.0).
FILTER BY filter $.
```

## A.5 Syntax der Auswertungen „Amtliche Statistik“

<b>I. Häufigkeiten</b>	
Rechtsformen	<pre>FREQUENCIES VARIABLES=RechtsformEF7neu /ORDER= ANALYSIS .</pre>
Verteilung Branche_grob	<pre>FREQUENCIES VARIABLES=Branche_grob /ORDER= ANALYSIS .</pre>
Verteilung Branche_fein	<pre>FREQUENCIES VARIABLES=GruppierungEF18U1neu /ORDER= ANALYSIS .</pre>
Verteilung Eignerstatus 1. Eigner (Eignerstatus des Haupteigners)	<pre>FREQUENCIES VARIABLES=EF314U1.1 /ORDER= ANALYSIS .</pre>
Verteilung Eignerstatus 1_neu (Eignerstatus des Haupteigners)	<pre>FREQUENCIES VARIABLES=Eignerstatus1_neu /ORDER= ANALYSIS .</pre>

<b>II. Eigentümer</b>	
Eignerstatus1_neu und Eignerstatus2_neu	<pre>CROSSTABS /TABLES=Eignerstatus1_neu BY Eignerstatus2_neu /FORMAT= AVALUE TABLES /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL /COUNT ROUND CELL .</pre>
Eignerstatus1_neu nach Branche_grob und BL	<pre>CROSSTABS /TABLES=EF5 BY Eignerstatus1_neu BY Branche_grob /FORMAT= AVALUE TABLES /CELLS= COUNT ROW TOTAL /COUNT ROUND CELL .</pre>
Eignerstatus1_neu nach Branche_fein und BL	<pre>CROSSTABS /TABLES=EF5 BY Eignerstatus1_neu BY GruppierungEF18U1neu /FORMAT= AVALUE TABLES /CELLS= COUNT ROW TOTAL /COUNT ROUND CELL .</pre>

### III. Branchen

<b>Branche_fein nach BL (Anzahl der Betriebe in Branche nach Bundesland)</b>	<pre> CROSSTABS   /TABLES=EF5  BY GruppierungEF18U1neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
<b>Branche_fein nach Ost_West (Anzahl der Betriebe in Branche nach Ost / West)</b>	<pre> CROSSTABS   /TABLES=RegionOW  BY GruppierungEF18U1neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
<b>Branche_grob nach BL (Anzahl der Betriebe in Branche nach Bundesland)</b>	<pre> CROSSTABS   /TABLES=EF5  BY Branche_grob   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
<b>Branche_grob nach Ost_West (Anzahl der Betriebe in Branche nach Ost / West)</b>	<pre> CROSSTABS   /TABLES=RegionOW  BY Branche_grob   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>

## IV. Rechtsformen

Rechtsform nach BL	<pre> CROSSTABS   /TABLES=EF5  BY RechtsformEF7neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Branche_grob	<pre> CROSSTABS   /TABLES=Branche_grob BY RechtsformEF7neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . CROSSTABS   /TABLES=Branche_grob BY RechtsformEF7neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Branche_grob und BL	<pre> CROSSTABS   /TABLES=EF5  BY RechtsformEF7neu  BY Branche_grob   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Ost_West und Branche_grob	<pre> CROSSTABS   /TABLES=Branche_grob BY RechtsformEF7neu  BY RegionOW   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Branche_fein	<pre> CROSSTABS   /TABLES=GruppierungEF18U1neu  BY RechtsformEF7neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Branche_fein und BL	<pre> CROSSTABS   /TABLES=EF5  BY RechtsformEF7neu  BY GruppierungEF18U1neu   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>
Rechtsform nach Ost_West und Branche_fein	<pre> CROSSTABS   /TABLES=GruppierungEF18U1neu  BY  RechtsformEF7neu  BY   RegionOW   /FORMAT= AVALUE TABLES   /STATISTIC=CHISQ   /CELLS= COUNT ROW COLUMN TOTAL   /COUNT ROUND CELL . </pre>

## V. Bedeutungskriterien

<p>Kriterien nach BL (Summierungen von AN, Personalaufwand, Umsatz, Anlagevermögen, Nettoinvestitionen, Steuern je BL)</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY EF5 /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_fein und BL</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY EF5 BY GruppierungEF18U1neu /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT COUNT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_fein und Ost_West</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY GruppierungEF18U1neu BY RegionOW /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT COUNT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_fein und I_dichte</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY GruppierungEF18U1neu BY BL_Idichte /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT COUNT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_grob und BL</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY Branche_grob BY EF5 /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT COUNT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_grob und I_dichte</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY BL_Idichte BY Branche_grob /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=SUM SPCT COUNT .</pre>
<p>Kriterien nach Branche_fein, BL und Eignerstatus</p>	<pre>SUMMARIZE /TABLES=EF106 EF105 EF101 EF130 Nettoinvestitionen Steuern_gesamt BY GruppierungEF18U1neu BY EF5 BY Eignerstatus1_neu /FORMAT=NOLIST TOTAL /TITLE='Zusammenfassung von Fällen' /MISSING=VARIABLE /CELLS=COUNT SUM SPCT .</pre>

## A.6 Normierungstabellen

Interpretiert werden kann in der Regel nicht die Höhe der Prozentwerte, sondern die Relationen zwischen verschiedenen Ländern bzw. Regionen.

In den jeweils ersten Spalten nach dem Doppelstrich finden sich bundeslandspezifisch summierte Kennzahlen der kommunalen Wirtschaft (bspw. die Anzahl der Arbeitnehmer in der Kommunalwirtschaft im Land Schleswig-Holstein). Diese absoluten Kennzahlen lassen sich aber nicht sinnvoll über verschiedene Bundesländer hinweg vergleichen. Es macht dann wenig Sinn, die absolute Anzahl der Arbeitnehmer in der Kommunalwirtschaft im Saarland mit der in bspw. NRW zu vergleichen, da sich die Bundesländer in ihrer Wirtschaftsstärke erheblich unterscheiden. Diese Unterschiede in den Wirtschaftsvolumina der Bundesländer versucht nun diese Tabelle durch verschiedene Normierungen zu kontrollieren. Die Grundidee der Auswertung besteht darin, die Absolutkennzahlen der Kommunalwirtschaft durch geeignete Normierungen, mit deren Hilfe die wirtschaftsstrukturellen Unterschiede der Bundesländer kontrolliert werden, vergleichbar zu machen. Im Idealfalle können dann Aussagen der Art gemacht werden, dass bspw. in Brandenburg der Anteil der Kommunalwirtschaft an der Gesamterwerbstätigkeit  $x$  % gegenüber  $y$  % in Schleswig-Holstein beträgt. So lassen sich Unterschiede im Stellenwert der Kommunalwirtschaft an der bundeslandspezifischen Gesamtwirtschaft operationalisieren.

Jedoch ist zu beachten, dass diese klare Interpretierbarkeit der relativen Werte (in den farbig unterlegten Spalten) nicht in jedem Fall gegeben ist. So lassen sich Umsatzvolumina kommunaler Betriebe nicht einfach als Teil des Bruttoinlandsproduktes verstehen. Die systematische Ursache dieser Schwierigkeit liegt darin begründet, dass die Daten der JöU und der VGR kategorial nicht vollständig kompatibel sind. Im Bereich der JöU werden bspw. Nettoinvestitionen berechnet, während in der VGR Bruttoanlageinvestitionen ausgewiesen werden. Dieser kategoriale Unterschied führt dann dazu, dass sich die einzelnen Prozentwerte nicht sinnvoll als Anteile der Kommunalwirtschaft an einem gesamtwirtschaftlichen „Kuchen“ (in unserem Falle bspw. Investitionen) interpretieren lassen, sondern lediglich die Verhältnisse der Prozentwerte im Bundeslandvergleich derart interpretiert werden können, dass sie Unterschiede zwischen den Bundesländern sichtbar machen. Diese interpretative Schwierigkeit betrifft alle Normierungen außer denen im Bereich Arbeitnehmer.

Unser Vorgehen lässt sich aber dennoch aufrechterhalten und rechtfertigen dadurch, dass die Normierungen alle dem Zweck dienen, wirtschaftsstrukturelle Unterschiede zu kontrollieren. Dazu lassen sich verschiedene Maße verwenden (BIP, Bruttoanlageinvestitionen, Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige, AN etc.).

Bundesland		Arbeitnehmer in kommunaler Wirtschaft (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer kommunaler Wirtschaft (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand in kommunaler Wirtschaft in €(JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes kommunaler Wirtschaft (JöU) an Bruttolöhnen/-gehältern in GW (VGR)	Umsatz kommunaler Wirtschaft in €(JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz kommunaler Wirtschaft (JöU) am BIP (VGR)	Nettoinvestitionen kommunaler Wirtschaft in €(JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen kommunaler Wirtschaft (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunaler Wirtschaft in €(JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunaler Wirtschaft (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	16.045	1.166.900		2.810.100		659.197.315	27.034.000.000		1.816.292.589	64.593.000.000		213.326.947	12.389.000.000		309.726.254	
	% der Gesamtsumme	2,12%	3,62%	1,38%	3,66%	0,57%	2,27%	3,23%	2,44%	2,35%	3,34%	2,81%	1,79%	3,41%	1,72%	2,20%	2,500%
Niedersachsen	Summe	71.205	3.266.700		7.969.600		2.748.672.661	80.578.000.000		6.585.015.107	179.322.000.000		335.105.534	35.658.000.000		983.958.549	
	% der Gesamtsumme	9,42%	10,12%	2,18%	10,39%	0,89%	9,45%	9,61%	3,41%	8,54%	9,28%	3,67%	2,82%	9,81%	0,94%	6,99%	2,759%
NRW	Summe	143.830	7.447.300		18.062.900		6.007.644.386	204.554.000.000		16.014.409.842	466.303.000.000		2.293.042.904	75.349.000.000		2.852.545.412	
	% der Gesamtsumme	19,02%	23,08%	1,93%	23,55%	0,80%	20,64%	24,41%	2,94%	20,76%	24,14%	3,43%	19,29%	20,73%	3,04%	20,26%	3,786%
Hessen	Summe	65.913	2.567.000		6.084.900		2.564.018.311	77.097.000.000		6.498.843.608	188.763.000.000		248.377.787	28.766.000.000		926.174.486	
	% der Gesamtsumme	8,72%	7,95%	2,57%	7,93%	1,08%	8,81%	9,20%	3,33%	8,42%	9,77%	3,44%	2,09%	7,91%	0,86%	6,58%	3,220%
Rheinland-Pfalz	Summe	29.137	1.698.000		4.051.600		1.223.767.576	40.250.000.000		4.287.835.822	91.965.000.000		872.406.405	19.470.000.000		1.010.983.695	
	% der Gesamtsumme	3,85%	5,26%	1,72%	5,28%	0,72%	4,21%	4,80%	3,04%	5,56%	4,76%	4,66%	7,34%	5,36%	4,48%	7,18%	5,193%
Baden-Württemberg	Summe	100.711	4.686.700		10.631.000		3.916.875.300	136.169.000.000		11.782.619.550	309.110.000.000		3.847.253.324	52.135.000.000		1.901.000.163	
	% der Gesamtsumme	13,32%	14,52%	2,15%	13,86%	0,95%	13,46%	16,25%	2,88%	15,27%	16,00%	3,81%	32,37%	14,34%	7,38%	13,50%	3,646%
Bayern	Summe	146.567	5.384.400		12.358.100		5.845.785.316	150.237.000.000		14.119.172.295	371.361.000.000		1.397.269.305	72.180.000.000		2.013.476.895	
	% der Gesamtsumme	19,39%	16,68%	2,72%	16,11%	1,19%	20,09%	17,93%	3,89%	18,30%	19,23%	3,80%	11,75%	19,86%	1,94%	14,30%	2,790%
Saarland	Summe	5.413	446.800		1.065.400		242.242.726	11.842.000.000		841.349.324	25.321.000.000		141.170.973	5.423.000.000		221.171.456	
	% der Gesamtsumme	0,72%	1,38%	1,21%	1,39%	0,51%	0,83%	1,41%	2,05%	1,09%	1,31%	3,32%	1,19%	1,49%	2,60%	1,57%	4,078%
Brandenburg	Summe	31.058	1.046.100		2.586.400		1.095.867.581	19.901.000.000		2.999.375.503	43.989.000.000		591.089.803	13.472.000.000		863.135.487	
	% der Gesamtsumme	4,11%	3,24%	2,97%	3,37%	1,20%	3,77%	2,37%	5,51%	3,89%	2,28%	6,82%	4,97%	3,71%	4,39%	6,13%	6,407%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	23.398	713.800		1.752.000		766.605.279	13.815.000.000		2.192.854.012	29.337.000.000		410.930.001	8.037.000.000		614.681.853	
	% der Gesamtsumme	3,09%	2,21%	3,28%	2,28%	1,34%	2,63%	1,65%	5,55%	2,84%	1,52%	7,47%	3,46%	2,21%	5,11%	4,37%	7,648%
Sachsen	Summe	57.514	1.797.700		4.365.800		1.911.594.979	36.863.000.000		4.481.948.641	76.300.000.000		697.972.605	19.012.000.000		1.039.527.645	
	% der Gesamtsumme	7,61%	5,57%	3,20%	5,69%	1,32%	6,57%	4,40%	5,19%	5,81%	3,95%	5,87%	5,87%	5,23%	3,67%	7,38%	5,468%
Sachsen-Anhalt	Summe	42.591	1.020.200		2.564.800		1.367.793.859	19.827.000.000		3.448.005.671	44.191.000.000		410.712.618	11.157.000.000		785.883.313	
	% der Gesamtsumme	5,63%	3,16%	4,17%	3,34%	1,66%	4,70%	2,37%	6,90%	4,47%	2,29%	7,80%	3,46%	3,07%	3,68%	5,58%	7,044%
Thüringen	Summe	22.691	1.031.200		2.401.800		749.707.230	19.882.000.000		2.082.554.324	40.824.000.000		428.214.601	10.467.000.000		557.843.951	
	% der Gesamtsumme	3,00%	3,20%	2,20%	3,13%	0,94%	2,58%	2,37%	3,77%	2,70%	2,11%	5,10%	3,60%	2,88%	4,09%	3,96%	5,330%
Insgesamt	Summe	756.073	32.272.800		76.704.400		29.099.772.519	838.049.000.000		77.150.276.088	1.931.379.000.000		11.886.872.807	363.515.000.000		14.080.109.159	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	2,34%	100,00%	0,99%	100,00%	100,00%	3,47%	100,00%	100,00%	3,99%	100,00%	100,00%	3,27%	100,00%	3,873%
Alte BL	Summe	578.821	26.663.800		63.033.600		23.208.203.591	727.761.000.000		61.945.537.937	1.696.738.000.000		9.347.953.179	301.370.000.000		10.219.036.910	
	% der Gesamtsumme	76,56%	82,62%	2,17%	82,18%	0,92%	79,75%	86,84%	3,19%	80,29%	87,85%	3,65%	78,64%	82,90%	3,10%	72,58%	3,391%
Neue BL	Summe	177.252	5.609.000		13.670.800		5.891.568.928	110.288.000.000		15.204.738.151	234.641.000.000		2.538.919.628	62.145.000.000		3.861.072.249	
	% der Gesamtsumme	23,44%	17,38%	3,16%	17,82%	1,30%	20,25%	13,16%	5,34%	19,71%	12,15%	6,48%	21,36%	17,10%	4,09%	27,42%	6,213%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\_VGR/ergebnisse.asp]  
StJB - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 22: Gewicht der kommunalen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern

Bundesland		Arbeiter in Abwasser kommunal (JöU)	Arbeiter in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Abwasser kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Abwasser kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Abwasser kommunal in € (JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Abwasser kommunal (JöU) an Bruttolöhnen/-gehältern in GW (VGR)	Umsatz Abwasser kommunal in € (JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Abwasser kommunal (JöU) am BIP (VGR)	Nettoinvestitionen Abwasser kommunal in € (JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Abwasser kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunal in € (JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	859	1.166.900		2.810.100		34.466.258	27.034.000.000		143.657.918	64.593.000.000		11.729.878	12.389.000.000		62.263.579	
	% der Gesamtsumme	3,42%	3,62%	0,074%	3,66%	0,031%	3,14%	3,23%	0,127%	2,06%	3,34%	0,22%	0,48%	3,41%	0,09%	1,92%	0,50%
Niedersachsen	Summe	1570	3.266.700		7.969.600		68.504.995	80.578.000.000		396.472.445	179.322.000.000		110.113.204	35.658.000.000		140.147.739	
	% der Gesamtsumme	6,26%	10,12%	0,048%	10,39%	0,020%	6,24%	9,61%	0,085%	5,68%	9,28%	0,22%	4,50%	9,81%	0,31%	4,31%	0,39%
NRW	Summe	9023	7.447.300		18.062.900		434.931.784	204.554.000.000		2.484.630.137	466.303.000.000		680.787.047	75.349.000.000		1.027.619.790	
	% der Gesamtsumme	35,97%	23,08%	0,121%	23,55%	0,050%	39,64%	24,41%	0,213%	35,59%	24,14%	0,53%	27,82%	20,73%	0,90%	31,62%	1,36%
Hessen	Summe	1689	2.567.000		6.084.900		65.943.412	77.097.000.000		409.685.886	188.763.000.000		100.182.025	28.766.000.000		158.809.005	
	% der Gesamtsumme	6,73%	7,95%	0,066%	7,93%	0,028%	6,01%	9,20%	0,086%	5,87%	9,77%	0,22%	4,09%	7,91%	0,35%	4,89%	0,55%
Rheinland-Pfalz	Summe	3143	1.698.000		4.051.600		128.352.873	40.250.000.000		814.339.514	91.965.000.000		448.711.205	19.470.000.000		480.361.274	
	% der Gesamtsumme	12,53%	5,26%	0,185%	5,28%	0,078%	11,70%	4,80%	0,319%	11,67%	4,76%	0,89%	18,34%	5,36%	2,30%	14,78%	2,47%
Baden-Württemberg	Summe	2142	4.686.700		10.631.000		90.529.139	136.169.000.000		748.978.038	309.110.000.000		235.134.581	52.135.000.000		340.152.416	
	% der Gesamtsumme	8,54%	14,52%	0,046%	13,86%	0,020%	8,25%	16,25%	0,066%	10,73%	16,00%	0,24%	9,61%	14,34%	0,45%	10,47%	0,65%
Bayern	Summe	2407	5.384.400		12.358.100		116.718.407	150.237.000.000		575.680.770	371.361.000.000		140.192.032	72.180.000.000		177.065.088	
	% der Gesamtsumme	9,59%	16,68%	0,045%	16,11%	0,019%	10,64%	17,93%	0,078%	8,25%	19,23%	0,16%	5,73%	19,86%	0,19%	5,45%	0,25%
Saarland	Summe	943	446.800		1.065.400		39.785.803	11.842.000.000		355.785.727	25.321.000.000		85.891.681	5.423.000.000		125.031.645	
	% der Gesamtsumme	3,76%	1,38%	0,211%	1,39%	0,089%	3,63%	1,41%	0,336%	5,10%	1,31%	1,41%	3,51%	1,49%	1,58%	3,85%	2,31%
Brandenburg	Summe	986	1.046.100		2.586.400		38.676.038	19.901.000.000		335.034.840	43.989.000.000		185.263.805	13.472.000.000		213.636.711	
	% der Gesamtsumme	3,93%	3,24%	0,094%	3,37%	0,038%	3,53%	2,37%	0,194%	4,80%	2,28%	0,76%	7,57%	3,71%	1,38%	6,57%	1,59%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	505	713.800		1.752.000		18.518.002	13.815.000.000		196.398.373	29.337.000.000		70.892.791	8.037.000.000		79.096.340	
	% der Gesamtsumme	2,01%	2,21%	0,071%	2,28%	0,029%	1,69%	1,65%	0,134%	2,81%	1,52%	0,67%	2,90%	2,21%	0,88%	2,43%	0,98%
Sachsen	Summe	938	1.797.700		4.365.800		31.316.818	36.863.000.000		204.119.297	76.300.000.000		188.650.712	19.012.000.000		222.225.814	
	% der Gesamtsumme	3,74%	5,57%	0,052%	5,69%	0,021%	2,85%	4,40%	0,085%	2,92%	3,95%	0,27%	7,71%	5,23%	0,99%	6,84%	1,17%
Sachsen-Anhalt	Summe	648	1.020.200		2.564.800		21.252.640	19.827.000.000		217.710.981	44.191.000.000		140.617.969	11.157.000.000		173.552.277	
	% der Gesamtsumme	2,58%	3,16%	0,064%	3,34%	0,025%	1,94%	2,37%	0,107%	3,12%	2,29%	0,49%	5,75%	3,07%	1,26%	5,34%	1,56%
Thüringen	Summe	235	1.031.200		2.401.800		8.159.978	19.882.000.000		98.193.215	40.824.000.000		48.738.542	10.467.000.000		50.089.758	
	% der Gesamtsumme	0,94%	3,20%	0,023%	3,13%	0,010%	0,74%	2,37%	0,041%	1,41%	2,11%	0,24%	1,99%	2,88%	0,47%	1,54%	0,48%
Insgesamt	Summe	25.088	32.272.800		76.704.400		1.097.156.147	838.049.000.000		6.980.687.141	1.931.379.000.000		2.446.905.472	363.515.000.000		3.250.051.436	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,078%	100,00%	0,033%	100,00%	100,00%	0,131%	100,00%	100,00%	0,36%	100,00%	100,00%	0,67%	100,00%	0,89%
ABL	Summe	21.776	26.663.800		63.033.600		979.232.671	727.761.000.000		5.929.230.435	1.696.738.000.000		1.812.741.653	301.370.000.000		2.511.450.536	
	% der Gesamtsumme	86,80%	82,62%	0,082%	82,18%	0,035%	89,25%	86,84%	0,135%	84,94%	87,85%	0,35%	74,08%	82,90%	0,60%	77,27%	0,83%
NBL	Summe	3.312	5.609.000		13.670.800		117.923.476	110.288.000.000		1.051.456.706	234.641.000.000		634.163.819	62.145.000.000		738.600.900	
	% der Gesamtsumme	13,20%	17,38%	0,059%	17,82%	0,024%	10,75%	13,16%	0,107%	15,06%	12,15%	0,45%	25,92%	17,10%	1,02%	22,73%	1,19%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJb - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 23: Abwasser. Gewicht der kommunalen Abwasserwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern

Bundesland		Arbeiter Wasser kommunal (JöU)	Arbeiter in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeiter Wasser kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeiter Wasser kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Wasser kommunal in € (JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Wasser kommunal (JöU) an Brütolöhnen/-gehältern in GW (VGR)	Umsatz Wasser kommunal in € (JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Wasser kommunal (JöU) am BIP (VGR)	Nettoinvestitionen Wasser kommunal in € (JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Wasser kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunal in € (JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	
Schleswig-Holstein	Summe	215	1.166.900	0,018%	2.810.100	0,008%	8.686.705	27.034.000.000	0,032%	32.038.465	64.593.000.000	0,05%	9.545.399	12.389.000.000	0,08%	10.650.440,00	0,72%	0,09%
	% der Gesamtsumme	1,05%	3,62%	0,018%	3,66%	0,008%	1,07%	3,23%	0,032%	0,77%	3,34%	0,05%	0,94%	3,41%	0,08%	0,72%	0,09%	
Niedersachsen	Summe	2.147	3.266.700	0,066%	7.969.600	0,027%	90.045.014	80.578.000.000	0,112%	422.243.488	179.322.000.000	0,24%	120.307.687	35.658.000.000	0,34%	140.868.339,00	0,40%	0,40%
	% der Gesamtsumme	10,53%	10,12%	0,066%	10,39%	0,027%	11,10%	9,61%	0,112%	10,15%	9,28%	0,24%	11,82%	9,81%	0,34%	9,46%	0,40%	
NRW	Summe	2.637	7.447.300	0,035%	18.062.900	0,015%	103.993.175	204.554.000.000	0,051%	530.257.509	466.303.000.000	0,11%	92.884.306	75.349.000.000	0,12%	116.598.938,00	0,15%	0,15%
	% der Gesamtsumme	12,94%	23,08%	0,035%	23,55%	0,015%	12,82%	24,41%	0,051%	12,74%	24,14%	0,11%	9,13%	20,73%	0,12%	7,83%	0,15%	
Hessen	Summe	2.703	2.567.000	0,105%	6.084.900	0,044%	113.322.378	77.097.000.000	0,147%	645.822.040	188.763.000.000	0,34%	113.589.337	28.766.000.000	0,39%	148.217.850,00	0,52%	0,52%
	% der Gesamtsumme	13,26%	7,95%	0,105%	7,93%	0,044%	13,97%	9,20%	0,147%	15,52%	9,77%	0,34%	11,16%	7,91%	0,39%	9,96%	0,52%	
Rheinland-Pfalz	Summe	1.609	1.698.000	0,095%	4.051.600	0,040%	60.517.315	40.250.000.000	0,150%	270.856.321	91.965.000.000	0,29%	104.880.044	19.470.000.000	0,54%	127.256.119,00	0,65%	0,65%
	% der Gesamtsumme	7,89%	5,26%	0,095%	5,28%	0,040%	7,46%	4,80%	0,150%	6,51%	4,76%	0,29%	10,31%	5,36%	0,54%	8,55%	0,65%	
Baden-Württemberg	Summe	2.919	4.686.700	0,062%	10.631.000	0,027%	117.089.486	136.169.000.000	0,086%	773.980.929	309.110.000.000	0,25%	-6.580.218	52.135.000.000	-0,01%	253.215.189,00	0,49%	0,49%
	% der Gesamtsumme	14,32%	14,52%	0,062%	13,86%	0,027%	14,43%	16,25%	0,086%	18,60%	16,00%	0,25%	-0,65%	14,34%	-0,01%	17,01%	0,49%	
Bayern	Summe	3.038	5.384.400	0,056%	12.358.100	0,025%	128.064.619	150.237.000.000	0,085%	549.477.809	371.361.000.000	0,15%	143.935.316	72.180.000.000	0,20%	151.755.388,00	0,21%	0,21%
	% der Gesamtsumme	14,90%	16,68%	0,056%	16,11%	0,025%	15,79%	17,93%	0,085%	13,21%	19,23%	0,15%	14,15%	19,86%	0,20%	10,20%	0,21%	
Saarland	Summe	238	446.800	0,053%	1.065.400	0,022%	10.149.463	11.842.000.000	0,086%	38.756.707	25.321.000.000	0,15%	14.960.326	5.423.000.000	0,28%	13.542.606,00	0,25%	0,25%
	% der Gesamtsumme	1,17%	1,38%	0,053%	1,39%	0,022%	1,25%	1,41%	0,086%	0,93%	1,31%	0,15%	1,47%	1,49%	0,28%	0,91%	0,25%	
Brandenburg	Summe	1.469	1.046.100	0,140%	2.586.400	0,057%	56.138.816	19.901.000.000	0,282%	227.226.733	43.989.000.000	0,52%	61.502.746	13.472.000.000	0,46%	73.662.290,00	0,55%	0,55%
	% der Gesamtsumme	7,21%	3,24%	0,140%	3,37%	0,057%	6,92%	2,37%	0,282%	5,46%	2,28%	0,52%	6,04%	3,71%	0,46%	4,95%	0,55%	
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	545	713.800	0,076%	1.752.000	0,031%	19.599.348	13.815.000.000	0,142%	107.096.843	29.337.000.000	0,37%	33.562.982	8.037.000.000	0,42%	86.866.712,00	1,08%	1,08%
	% der Gesamtsumme	2,67%	2,21%	0,076%	2,28%	0,031%	2,42%	1,65%	0,142%	2,57%	1,52%	0,37%	3,30%	2,21%	0,42%	5,84%	1,08%	
Sachsen	Summe	967	1.797.700	0,054%	4.365.800	0,022%	34.639.006	36.863.000.000	0,094%	219.953.635	76.300.000.000	0,29%	120.902.221	19.012.000.000	0,64%	126.054.182,00	0,66%	0,66%
	% der Gesamtsumme	4,74%	5,57%	0,054%	5,69%	0,022%	4,27%	4,40%	0,094%	5,29%	3,95%	0,29%	11,88%	5,23%	0,64%	8,47%	0,66%	
Sachsen-Anhalt	Summe	842	1.020.200	0,083%	2.564.800	0,033%	28.594.276	19.827.000.000	0,144%	160.493.560	44.191.000.000	0,36%	70.209.203	11.157.000.000	0,63%	89.993.890,00	0,81%	0,81%
	% der Gesamtsumme	4,13%	3,16%	0,083%	3,34%	0,033%	3,52%	2,37%	0,144%	3,86%	2,29%	0,36%	6,90%	3,07%	0,63%	6,05%	0,81%	
Thüringen	Summe	1.055	1.031.200	0,102%	2.401.800	0,044%	40.403.893	19.882.000.000	0,203%	182.652.529	40.824.000.000	0,45%	137.771.327	10.467.000.000	1,32%	149.823.001,00	1,43%	1,43%
	% der Gesamtsumme	5,18%	3,20%	0,102%	3,13%	0,044%	4,98%	2,37%	0,203%	4,39%	2,11%	0,45%	13,54%	2,88%	1,32%	10,07%	1,43%	
Insgesamt	Summe	20.384	32.272.800	0,063%	76.704.400	0,027%	811.243.494	838.049.000.000	0,097%	4.160.856.568	1.931.379.000.000	0,22%	1.017.470.676	363.515.000.000	0,28%	1.488.504.944	0,41%	0,41%
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,063%	100,00%	0,027%	100,00%	100,00%	0,097%	100,00%	100,00%	0,22%	100,00%	100,00%	0,28%	100,00%	0,41%	
Alte BL	Summe	15.506	26.663.800	0,058%	63.033.600	0,025%	631.868.155	727.761.000.000	0,087%	3.263.433.268	1.696.738.000.000	0,19%	593.522.197	301.370.000.000	0,20%	962.104.869	0,32%	0,32%
	% der Gesamtsumme	76,07%	82,62%	0,058%	82,18%	0,025%	77,89%	86,84%	0,087%	78,43%	87,85%	0,19%	58,33%	82,90%	0,20%	64,64%	0,32%	
Neue BL	Summe	4.878	5.609.000	0,087%	13.670.800	0,036%	179.375.339	110.288.000.000	0,163%	897.423.300	234.641.000.000	0,38%	423.948.479	62.145.000.000	0,68%	526.400.075	0,85%	0,85%
	% der Gesamtsumme	23,93%	17,38%	0,087%	17,82%	0,036%	22,11%	13,16%	0,163%	21,57%	12,15%	0,38%	41,67%	17,10%	0,68%	35,36%	0,85%	

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJB - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 24: Wasser. Gewicht der kommunalen Wasserwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern

Bundesland		Arbeitnehmer Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Energie- und Wasserversorgung kommunal in € (JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttoeinkommen-gehältern in GW (VGR)	Umsatz Energie- und Wasserversorgung kommunal in € (JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) am BIP (VGR)	Nettoinvestitionen Energie- und Wasserversorgung kommunal in € (JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	3.193	1.166.900		2.810.100		137.513.610	27.034.000.000		775.990.679	64.593.000.000		73.772.457	12.389.000.000	
	% der Gesamtsumme	4,07%	3,62%	0,27%	3,66%	0,11%	3,76%	3,23%	0,5087%	3,52%	3,34%	1,20%	3,71%	3,41%	0,60%
Niedersachsen	Summe	7.509	3.266.700		7.969.600		341.877.131	80.578.000.000		1.884.726.353	179.322.000.000		72.130.333	35.658.000.000	
	% der Gesamtsumme	9,57%	10,12%	0,23%	10,39%	0,09%	9,35%	9,61%	0,4243%	8,56%	9,28%	1,05%	3,63%	9,81%	0,20%
NRW	Summe	15.246	7.447.300		18.062.900		718.453.460	204.554.000.000		3.899.410.929	466.303.000.000		462.047.054	75.349.000.000	
	% der Gesamtsumme	19,43%	23,08%	0,20%	23,55%	0,08%	19,64%	24,41%	0,3512%	17,71%	24,14%	0,84%	23,26%	20,73%	0,61%
Hessen	Summe	5.769	2.567.000		6.084.900		285.296.216	77.097.000.000		1.841.136.387	188.763.000.000		186.617.819	28.766.000.000	
	% der Gesamtsumme	7,35%	7,95%	0,22%	7,93%	0,09%	7,80%	9,20%	0,3700%	8,36%	9,77%	0,98%	9,39%	7,91%	0,65%
Rheinland-Pfalz	Summe	5.626	1.698.000		4.051.600		297.371.268	40.250.000.000		1.690.363.519	91.965.000.000		112.572.654	19.470.000.000	
	% der Gesamtsumme	7,17%	5,26%	0,33%	5,28%	0,14%	8,13%	4,80%	0,7388%	7,68%	4,76%	1,84%	5,67%	5,36%	0,58%
Baden-Württemberg	Summe	9.511	4.686.700		10.631.000		395.143.097	136.169.000.000		2.834.015.098	309.110.000.000		105.025.002	52.135.000.000	
	% der Gesamtsumme	12,12%	14,52%	0,20%	13,86%	0,09%	10,80%	16,25%	0,2902%	12,87%	16,00%	0,92%	5,29%	14,34%	0,20%
Bayern	Summe	17.541	5.384.400		12.358.100		938.557.387	150.237.000.000		5.644.596.121	371.361.000.000		458.068.813	72.180.000.000	
	% der Gesamtsumme	22,36%	16,68%	0,33%	16,11%	0,14%	25,66%	17,93%	0,6247%	25,63%	19,23%	1,52%	23,06%	19,86%	0,63%
Saarland	Summe	528	446.800		1.065.400		22.803.186	11.842.000.000		147.021.500	25.321.000.000		25.122.997	5.423.000.000	
	% der Gesamtsumme	0,67%	1,38%	0,12%	1,39%	0,05%	0,62%	1,41%	0,1926%	0,67%	1,31%	0,58%	1,26%	1,49%	0,46%
Brandenburg	Summe	2.586	1.046.100		2.586.400		100.956.941	19.901.000.000		522.396.982	43.989.000.000		86.998.178	13.472.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,30%	3,24%	0,25%	3,37%	0,10%	2,76%	2,37%	0,5073%	2,37%	2,28%	1,19%	4,38%	3,71%	0,65%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	2.319	713.800		1.752.000		90.255.524	13.815.000.000		533.762.779	29.337.000.000		31.972.801	8.037.000.000	
	% der Gesamtsumme	2,96%	2,21%	0,32%	2,28%	0,13%	2,47%	1,65%	0,6533%	2,42%	1,52%	1,82%	1,61%	2,21%	0,40%
Sachsen	Summe	2.398	1.797.700		4.365.800		89.034.393	36.863.000.000		603.743.689	76.300.000.000		157.079.145	19.012.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,06%	5,57%	0,13%	5,69%	0,05%	2,43%	4,40%	0,2415%	2,74%	3,95%	0,79%	7,91%	5,23%	0,83%
Sachsen-Anhalt	Summe	4.262	1.020.200		2.564.800		162.958.818	19.827.000.000		1.085.325.797	44.191.000.000		47.949.406	11.157.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,43%	3,16%	0,42%	3,34%	0,17%	4,46%	2,37%	0,8219%	4,93%	2,29%	2,46%	2,41%	3,07%	0,43%
Thüringen	Summe	1.967	1.031.200		2.401.800		77.479.426	19.882.000.000		560.689.141	40.824.000.000		167.380.709	10.467.000.000	
	% der Gesamtsumme	2,51%	3,20%	0,19%	3,13%	0,08%	2,12%	2,37%	0,3897%	2,55%	2,11%	1,37%	8,42%	2,88%	1,60%
Insgesamt	Summe	78.455	32.272.800		76.704.400		3.657.700.457	838.049.000.000		22.023.178.974	1.931.379.000.000		1.986.737.368	363.515.000.000	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,24%	100,00%	0,10%	100,00%	100,00%	0,4365%	100,00%	100,00%	1,14%	100,00%	100,00%	0,55%
ABL	Summe	64.923	26.663.800		63.033.600		3.137.015.355	727.761.000.000		18.717.260.586	1.696.738.000.000		1.495.357.129	301.370.000.000	
	% der Gesamtsumme	82,75%	82,62%	0,24%	82,18%	0,10%	85,76%	86,84%	0,4311%	84,99%	87,85%	1,10%	75,27%	82,90%	0,50%
NBL	Summe	13.532	5.609.000		13.670.800		520.685.102	110.288.000.000		3.305.918.388	234.641.000.000		491.380.239	62.145.000.000	
	% der Gesamtsumme	17,25%	17,38%	0,24%	17,82%	0,10%	14,24%	13,16%	0,4721%	15,01%	12,15%	1,41%	24,73%	17,10%	0,79%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\_VGR/ergebnisse.asp]  
StJB - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 25: Energie- und Wasserversorgung. Gewicht der kommunalen Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1)

Bundesland		Zugang an Sachanlagen kommunal in €(JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Erwerbstätige gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Anteil der Erwerbstätigen Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Arbeitnehmer gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Bruttolöhne gesamt in Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Gewicht Personalaufwand Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttolöhnen gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Bruttwertschöpfung gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Gewicht Umsatz Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)	Gewicht Zugang Sachanlagen Energie- und Wasserversorgung kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Energie- und Wasserversorgung je BL (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	86.804.606		9.782		375.132.000		1.079.859.000			
	% der Gesamtsumme	2,62%	0,70%	3,62%	32,64%	3,48%	36,66%	3,32%	71,86%		8,04%
Niedersachsen	Summe	322.585.844		21.855		884.193.000		2.755.744.000			
	% der Gesamtsumme	9,72%	0,90%	8,09%	34,36%	8,20%	38,67%	8,48%	68,39%		2,62%
NRW	Summe	503.709.492		79.771		3.524.258.000		8.892.629.000			
	% der Gesamtsumme	15,18%	0,67%	29,53%	19,11%	32,69%	20,39%	27,36%	43,85%		5,66%
Hessen	Summe	232.461.775		20.037		835.732.000		3.135.412.000			
	% der Gesamtsumme	7,00%	0,81%	7,42%	28,79%	7,75%	34,14%	9,65%	58,72%		7,41%
Rheinland-Pfalz	Summe	246.461.552		12.168		468.927.000		1.486.728.000			
	% der Gesamtsumme	7,43%	1,27%	4,50%	46,24%	4,35%	63,42%	4,57%	113,70%		16,58%
Baden-Württemberg	Summe	529.869.008		33.782		1.387.411.000		3.783.676.000			
	% der Gesamtsumme	15,96%	1,02%	12,51%	28,15%	12,87%	28,48%	11,64%	74,90%		2,78%
Bayern	Summe	617.383.781		32.862		1.337.328.000		4.632.302.000			
	% der Gesamtsumme	18,60%	0,86%	12,17%	53,38%	12,40%	70,18%	14,25%	121,85%		13,33%
Saarland	Summe	25.189.760		4.332		179.882.000		380.197.000			
	% der Gesamtsumme	0,76%	0,46%	1,60%	12,19%	1,67%	12,68%	1,17%	38,67%		6,63%
Brandenburg	Summe	104.060.565		10.770		354.522.000		1.503.944.000			
	% der Gesamtsumme	3,14%	0,77%	3,99%	24,01%	3,29%	28,48%	4,63%	34,74%		6,92%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	121.797.023		6.583		207.597.000		615.101.000			
	% der Gesamtsumme	3,67%	1,52%	2,44%	35,23%	1,93%	43,48%	1,89%	86,78%		19,80%
Sachsen	Summe	166.832.447		18.693		610.513.000		2.085.616.000			
	% der Gesamtsumme	5,03%	0,88%	6,92%	12,83%	5,66%	14,58%	6,42%	28,95%		8,00%
Sachsen-Anhalt	Summe	176.044.629		10.556		340.791.000		1.204.431.000			
	% der Gesamtsumme	5,30%	1,58%	3,91%	40,38%	3,16%	47,82%	3,71%	90,11%		3,98%
Thüringen	Summe	185.751.745		8.924		275.364.000		943.119.000			
	% der Gesamtsumme	5,60%	1,77%	3,30%	22,04%	2,55%	28,14%	2,90%	59,45%		17,75%
Insgesamt	Summe	3.318.952.227		270.115		10.781.650.000		32.498.758.000			
	% der Gesamtsumme	100,00%	0,91%	100,00%	29,05%	100,00%	33,93%	100,00%	67,77%		10,21%
ABL	Summe	2.564.465.818		214.589		8.992.863.000		26.146.547.000			
	% der Gesamtsumme	77,27%	0,85%	79,44%	30,25%	83,41%	34,88%	80,45%	71,59%		9,81%
NBL	Summe	754.486.409		55.526		1.788.787.000		6.352.211.000			
	% der Gesamtsumme	22,73%	1,21%	20,56%	24,37%	16,59%	29,11%	19,55%	52,04%		11,88%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\_VGR/ergebnisse.asp]  
StJB - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 26: Energie- und Wasserversorgung. Gewicht der kommunalen Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2)

Bundesland		Arbeitnehmer Verkehr kommunal (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Verkehr kommunal (JöU) an Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Verkehr kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Verkehr kommunal in €(JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Verkehr kommunal (JöU) an Bruttolöhnen/-gehälter (VGR)	Umsatz Verkehr kommunal in €(JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Verkehr kommunal (JöU) am BIP (VGR)	Nettoinvestitionen Verkehr kommunal in €(JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in €(VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Verkehr kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	309	1.166.900		2.810.100		14.633.862	27.034.000.000		22.679.232	64.593.000.000		1.701.649	12.389.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,32%	3,62%	0,026%	3,66%	0,011%	1,67%	3,23%	0,054%	1,66%	3,34%	0,035%	0,72%	3,41%	0,014%
Niedersachsen	Summe	759	3.266.700		7.969.600		24.931.503	80.578.000.000		66.486.931	179.322.000.000		3.178.765	35.658.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,24%	10,12%	0,023%	10,39%	0,010%	2,85%	9,61%	0,031%	4,88%	9,28%	0,037%	1,34%	9,81%	0,009%
NRW (Personalaufwand und AN summiert mit Saarland)	Summe	6.243	7.447.300	Summiert mit Saarland	18.062.900	Summiert mit Saarland	286.519.339	204.554.000.000	Summiert mit Saarland	398.019.462	466.303.000.000		22.593.511	75.349.000.000	
	% der Gesamtsumme	26,65%	23,08%	0,079%	23,55%	0,033%	32,75%	24,41%	0,132%	29,21%	24,14%	0,085%	9,55%	20,73%	0,030%
Hessen	Summe	395	2.567.000		6.084.900		16.478.570	77.097.000.000		38.722.327	188.763.000.000		355.635	28.766.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,69%	7,95%	0,015%	7,93%	0,006%	1,88%	9,20%	0,021%	2,84%	9,77%	0,021%	0,15%	7,91%	0,001%
Rheinland-Pfalz	Summe	664	1.698.000		4.051.600		29.217.127	40.250.000.000		60.535.517	91.965.000.000		-16.896.520	19.470.000.000	
	% der Gesamtsumme	2,83%	5,26%	0,039%	5,28%	0,016%	3,34%	4,80%	0,073%	4,44%	4,76%	0,066%	-7,14%	5,36%	-0,087%
Baden-Württemberg	Summe	1.631	4.686.700		10.631.000		73.574.852	136.169.000.000		152.081.455	309.110.000.000		86.445.959	52.135.000.000	
	% der Gesamtsumme	6,96%	14,52%	0,035%	13,86%	0,015%	8,41%	16,25%	0,054%	11,16%	16,00%	0,049%	36,55%	14,34%	0,166%
Bayern	Summe	1.143	5.384.400		12.358.100		50.843.531	150.237.000.000		71.891.073	371.361.000.000		51.723.409	72.180.000.000	
	% der Gesamtsumme	4,88%	16,68%	0,021%	16,11%	0,009%	5,81%	17,93%	0,034%	5,28%	19,23%	0,019%	21,87%	19,86%	0,072%
Saarland (Personalaufwand und AN summiert mit NRW)	Summe	446.800		Summiert mit NRW	1.065.400	Summiert mit NRW	11.842.000.000		Summiert mit NRW	556.243	25.321.000.000		8.947	5.423.000.000	
	% der Gesamtsumme	Summiert mit NRW	1,38%	Summiert mit NRW	1,39%	Summiert mit NRW	1,41%	Summiert mit NRW	0,04%	1,31%	0,002%	0,00%	1,49%	0,000%	
Brandenburg	Summe	2.219	1.046.100		2.586.400		74.872.432	19.901.000.000		109.004.583	43.989.000.000		10.541.987	13.472.000.000	
	% der Gesamtsumme	9,47%	3,24%	0,212%	3,37%	0,086%	8,56%	2,37%	0,376%	8,00%	2,28%	0,248%	4,46%	3,71%	0,078%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	1.293	713.800		1.752.000		41.758.382	13.815.000.000		74.094.250	29.337.000.000		7.082.462	8.037.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,52%	2,21%	0,181%	2,28%	0,074%	4,77%	1,65%	0,302%	5,44%	1,52%	0,253%	2,99%	2,21%	0,088%
Sachsen	Summe	3.079	1.797.700		4.365.800		85.458.804	36.863.000.000		138.887.833	76.300.000.000		12.935.247	19.012.000.000	
	% der Gesamtsumme	13,14%	5,57%	0,171%	5,69%	0,071%	9,77%	4,40%	0,232%	10,19%	3,95%	0,182%	5,47%	5,23%	0,068%
Sachsen-Anhalt	Summe	4.212	1.020.200		2.564.800		133.994.180	19.827.000.000		164.093.296	44.191.000.000		49.948.361	11.157.000.000	
	% der Gesamtsumme	17,98%	3,16%	0,413%	3,34%	0,164%	15,32%	2,37%	0,676%	12,04%	2,29%	0,371%	21,12%	3,07%	0,448%
Thüringen	Summe	1.483	1.031.200		2.401.800		42.632.164	19.882.000.000		65.678.704	40.824.000.000		6.883.582	10.467.000.000	
	% der Gesamtsumme	6,33%	3,20%	0,144%	3,13%	0,062%	4,87%	2,37%	0,214%	4,82%	2,11%	0,161%	2,91%	2,88%	0,066%
Insgesamt	Summe	23.430	32.272.800		76.704.400		874.914.746	838.049.000.000		1.362.730.906	1.931.379.000.000		236.502.994	363.515.000.000	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,073%	100,00%	0,031%	100,00%	100,00%	0,104%	100,00%	100,00%	0,071%	100,00%	100,00%	0,065%
Alte BL	Summe	11.144	26.663.800		63.033.600		496.198.784	727.761.000.000		810.972.240	1.696.738.000.000		149.111.355	301.370.000.000	
	% der Gesamtsumme	47,56%	82,62%	0,042%	82,18%	0,018%	56,71%	86,84%	0,068%	59,51%	87,85%	0,048%	63,05%	82,90%	0,049%
Neue BL	Summe	12.286	5.609.000		13.670.800		378.715.962	110.288.000.000		551.758.666	234.641.000.000		87.391.639	62.145.000.000	
	% der Gesamtsumme	52,44%	17,38%	0,219%	17,82%	0,090%	43,29%	13,16%	0,343%	40,49%	12,15%	0,235%	36,95%	17,10%	0,141%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJB - Statistisches Jahrbuch

Tabelle 27: ÖPNV. Gewicht der kommunalen Verkehrswirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1)

Bundesland		Zugang an Sachanlagen kommunal in €(JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Arbeiternehmer gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Anteil der Arbeitnehmer Verkehr kommunal (JöU) an Arbeitnehmer gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Bruttolöhne gesamt in Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Gewicht Personalkosten Verkehr kommunal (JöU) an Bruttolöhnen gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Bruttowertschöpfung gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Gewicht Umsatz Verkehr kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Verkehr kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)	Gewicht Zugang Sachanlagen Verkehr kommunal (JöU) an Bruttowertschöpfung gesamt Verkehr und Nachrichtenübermittlung je BL (VGR)
	Summe	3.407.805	0,028%	63.300	0,49%	1.690.000.000	0,87%	4.389.000.000	0,52%	0,04%	0,08%
Schleswig-Holstein	% der Gesamtsumme	0,89%	0,028%	3,62%	0,49%	3,78%	0,87%	4,12%	0,52%	0,04%	0,08%
	Summe	6.072.626		168.100		4.365.000.000		10.749.000.000			
Niedersachsen	% der Gesamtsumme	1,59%	0,017%	9,62%	0,45%	9,77%	0,57%	10,09%	0,62%	0,03%	0,06%
	Summe	66.885.856		423.000	Summiert mit Saarland	10.995.000.000	Summiert mit Saarland	26.645.000.000			
NRW (Personalaufwand und AN summiert mit Saarland)	% der Gesamtsumme	17,49%	0,089%	24,21%	1,40%	24,62%	2,48%	25,01%	1,49%	0,08%	0,25%
	Summe	2.751.136		196.400		5.717.000.000		13.157.000.000			
Hessen	% der Gesamtsumme	0,72%	0,010%	11,24%	0,20%	12,80%	0,29%	12,35%	0,29%	0,00%	0,02%
	Summe	5.592.291		74.200		1.879.000.000		4.503.000.000			
Rheinland-Pfalz	% der Gesamtsumme	1,46%	0,029%	4,25%	0,89%	4,21%	1,55%	4,23%	1,34%	-0,38%	0,12%
	Summe	103.402.233		220.700		5.712.000.000		13.279.000.000			
Baden-Württemberg	% der Gesamtsumme	27,04%	0,198%	12,63%	0,74%	12,79%	1,29%	12,47%	1,15%	0,65%	0,78%
	Summe	54.174.165		273.500		7.340.000.000		17.631.000.000			
Bayern	% der Gesamtsumme	14,17%	0,075%	15,66%	0,42%	16,44%	0,69%	16,55%	0,41%	0,29%	0,31%
	Summe	17.895		22.100	Summiert mit NRW	542.000.000	Summiert mit NRW	1.185.000.000			
Saarland (Personalaufwand und AN summiert mit NRW)	% der Gesamtsumme	0,00%	0,000%	1,27%		1,21%		1,11%	0,05%	0,00%	0,00%
	Summe	22.982.203		62.500		1.329.000.000		3.688.000.000			
Brandenburg	% der Gesamtsumme	6,01%	0,171%	3,58%	3,55%	2,98%	5,63%	3,46%	2,96%	0,29%	0,62%
	Summe	15.183.658		38.600		797.000.000		2.218.000.000			
Mecklenburg-Vorpommern	% der Gesamtsumme	3,97%	0,189%	2,21%	3,35%	1,78%	5,24%	2,08%	3,34%	0,32%	0,68%
	Summe	28.441.021		96.400		2.009.000.000		4.386.000.000			
Sachsen	% der Gesamtsumme	7,44%	0,150%	5,52%	3,19%	4,50%	4,25%	4,12%	3,17%	0,29%	0,65%
	Summe	59.595.752		61.100		1.288.000.000		2.719.000.000			
Sachsen-Anhalt	% der Gesamtsumme	15,58%	0,534%	3,50%	6,89%	2,88%	10,40%	2,55%	6,04%	1,84%	2,19%
	Summe	13.900.581		47.100		995.000.000		1.976.000.000			
Thüringen	% der Gesamtsumme	3,64%	0,133%	2,70%	3,15%	2,23%	4,28%	1,85%	3,32%	0,35%	0,70%
	Summe	382.407.222		1.747.000		44.658.000.000		106.525.000.000			
Insgesamt	% der Gesamtsumme	100,00%	0,105%	100,00%	1,34%	100,00%	1,96%	100,00%	1,28%	0,22%	0,36%
	Summe	242.304.007		1.441.300		38.240.000.000		91.538.000.000			
Alte BL	% der Gesamtsumme	63,36%	0,080%	82,50%	0,77%	85,63%	1,30%	85,93%	0,89%	0,16%	0,26%
	Summe	140.103.215		305.700		6.418.000.000		14.987.000.000			
Neue BL	% der Gesamtsumme	36,64%	0,225%	17,50%	4,02%	14,37%	5,90%	14,07%	3,68%	0,58%	0,93%
<b>JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen</b> <b>VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp]</b> <b>StJB - Statistisches Jahrbuch</b>											

Tabelle 28: ÖPNV. Gewicht der kommunalen Verkehrswirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2)

Bundesland		Arbeitnehmer Abfall kommunal (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Abfall kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Abfall kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Abfall kommunal in € (JöU)	Bruttolöhne und -gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Abfall kommunal (JöU) an Bruttolöhnen/-gehältern in GW (VGR)	Umsatz Abfall kommunal in € (JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Abfall kommunal (JöU) am BIP (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	620	1.166.900		2.810.100		23.433.659	27.034.000.000		130.423.587	64.593.000.000	
	% der Gesamtsumme	2,09%	3,62%	0,053%	3,66%	0,022%	1,95%	3,23%	0,087%	2,36%	3,34%	0,202%
Niedersachsen	Summe	4.249	3.266.700		7.969.600		168.738.108	80.578.000.000		623.987.994	179.322.000.000	
	% der Gesamtsumme	14,35%	10,12%	0,130%	10,39%	0,053%	14,01%	9,61%	0,209%	11,27%	9,28%	0,348%
NRW (Personalaufwand und AN summiert mit Saarland)	Summe	8.597	7.447.300	Summiert mit Saarland	18.062.900	Summiert mit Saarland	368.788.455	204.554.000.000	Summiert mit Saarland	1.551.629.235	466.303.000.000	
	% der Gesamtsumme	29,04%	23,08%	0,109%	23,55%	0,045%	30,61%	24,41%	0,170%	28,03%	24,14%	0,333%
Hessen	Summe	3.947	2.567.000		6.084.900		162.936.690	77.097.000.000		668.004.841	188.763.000.000	
	% der Gesamtsumme	13,33%	7,95%	0,154%	7,93%	0,065%	13,52%	9,20%	0,211%	12,07%	9,77%	0,354%
Rheinland-Pfalz	Summe	1.513	1.698.000		4.051.600		62.066.984	40.250.000.000		458.736.376	91.965.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,11%	5,26%	0,089%	5,28%	0,037%	5,15%	4,80%	0,154%	8,29%	4,76%	0,499%
Baden-Württemberg	Summe	2.963	4.686.700		10.631.000		128.151.990	136.169.000.000		845.653.906	309.110.000.000	
	% der Gesamtsumme	10,01%	14,52%	0,063%	13,86%	0,028%	10,64%	16,25%	0,094%	15,27%	16,00%	0,274%
Bayern	Summe	4.249	5.384.400		12.358.100		185.753.870	150.237.000.000		845.204.601	371.361.000.000	
	% der Gesamtsumme	14,35%	16,68%	0,079%	16,11%	0,034%	15,42%	17,93%	0,124%	15,27%	19,23%	0,228%
Saarland (Personalaufwand und AN summiert mit NRW)	Summe	Summiert mit NRW	446.800	Summiert mit NRW	1.065.400	Summiert mit NRW	Summiert mit NRW	11.842.000.000	Summiert mit NRW	14.907.178	25.321.000.000	
	% der Gesamtsumme		1,38%		1,39%			1,41%		0,27%	1,31%	0,059%
Brandenburg	Summe	404	1.046.100		2.586.400		12.324.331	19.901.000.000		61.734.267	43.989.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,36%	3,24%	0,039%	3,37%	0,016%	1,02%	2,37%	0,062%	1,12%	2,28%	0,140%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	285	713.800		1.752.000		9.405.171	13.815.000.000		43.076.644	29.337.000.000	
	% der Gesamtsumme	0,96%	2,21%	0,040%	2,28%	0,016%	0,78%	1,65%	0,068%	0,78%	1,52%	0,147%
Sachsen	Summe	388	1.797.700		4.365.800		11.991.593	36.863.000.000		44.138.583	76.300.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,31%	5,57%	0,022%	5,69%	0,009%	1,00%	4,40%	0,033%	0,80%	3,95%	0,058%
Sachsen-Anhalt	Summe	1.947	1.020.200		2.564.800		56.368.143	19.827.000.000		170.387.882	44.191.000.000	
	% der Gesamtsumme	6,58%	3,16%	0,191%	3,34%	0,076%	4,68%	2,37%	0,284%	3,08%	2,29%	0,386%
Thüringen	Summe	446	1.031.200		2.401.800		14.803.319	19.882.000.000		78.572.635	40.824.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,51%	3,20%	0,043%	3,13%	0,019%	1,23%	2,37%	0,074%	1,42%	2,11%	0,192%
Insgesamt	Summe	29.608	32.272.800		76.704.400		1.204.762.313	838.049.000.000		5.536.457.729	1.931.379.000.000	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,092%	100,00%	0,039%	100,00%	100,00%	0,144%	100,00%	100,00%	0,287%
Alte BL	Summe	26.138	26.663.800		63.033.600		1.099.869.756	727.761.000.000		5.138.547.718	1.696.738.000.000	
	% der Gesamtsumme	88,28%	82,62%	0,098%	82,18%	0,041%	91,29%	86,84%	0,151%	92,81%	87,85%	0,303%
Neue BL	Summe	3.470	5.609.000		13.670.800		104.892.557	110.288.000.000		397.910.011	234.641.000.000	
	% der Gesamtsumme	11,72%	17,38%	0,062%	17,82%	0,025%	8,71%	13,16%	0,095%	7,19%	12,15%	0,170%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
St.JB - Statistisches Jahrbuch  
FS 19 - Fachserie 19. Reihe 1 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1014130>]

Tabelle 29: Abfallentsorgung. Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1)

Bundesland		Nettoinvestitionen Abfall kommunal in € (JöU)	Bruttoanlageninvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Abfall kommunal (JöU) an Bruttoanlageninvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunal in € (JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoanlageninvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Abfallmenge insgesamt in Tonnen (FS 19)	Arbeiter Abfall kommunal (JöU) normiert mit Abfallmenge (FS 19)	Personalaufwand Abfall kommunal (JöU) normiert mit Abfallmenge (FS 19)	Umsatz Abfall kommunal (JöU) normiert an Abfallmenge (FS 19)	Nettoinvestitionen Abfall kommunal (JöU) normiert mit Abfallmenge (FS 19)	Gewicht Zugang Sachanlagen Abfall kommunal (JöU) normiert mit Abfallmenge (FS 19)
Schleswig-Holstein	Summe	19.973.545	12.389.000.000		17.826.394		2.306,40	0,27	10.160,28	56.548,55	8.660,05	7.729,10
	% der Gesamtsumme	4,28%	3,41%	0,161%	3,72%	0,144%	2,65%					
Niedersachsen	Summe	40.801.302	35.658.000.000		53.904.042		8.097,00	0,52	20.839,58	77.064,10	5.039,06	6.657,29
	% der Gesamtsumme	8,74%	9,81%	0,114%	11,26%	0,151%	9,30%					
NRW (Personalaufwand und AN summiert mit Saarland)	Summe	241.849.690	75.349.000.000		139.900.177		24.182,60	0,33	14.364,39	64.163,04	10.000,98	5.785,16
	% der Gesamtsumme	51,79%	20,73%	0,321%	29,22%	0,186%	27,77%	Summiert mit Saarland	Summiert mit Saarland			
Hessen	Summe	47.058.947	28.766.000.000		68.481.839		3.806,70	1,04	42.802,61	175.481,35	12.362,14	17.989,82
	% der Gesamtsumme	10,08%	7,91%	0,164%	14,30%	0,238%	4,37%					
Rheinland-Pfalz	Summe	24.127.518	19.470.000.000		31.340.681		2.733,30	0,55	22.707,71	167.832,43	8.827,25	11.466,24
	% der Gesamtsumme	5,17%	5,36%	0,124%	6,55%	0,161%	3,14%					
Baden-Württemberg	Summe	33.082.042	52.135.000.000		41.648.177		11.806,60	0,25	10.854,27	71.625,52	2.802,00	3.527,53
	% der Gesamtsumme	7,08%	14,34%	0,063%	8,70%	0,080%	13,56%					
Bayern	Summe	34.150.343	72.180.000.000		78.626.112		14.065,20	0,30	13.206,63	60.091,90	2.428,00	5.590,12
	% der Gesamtsumme	7,31%	19,86%	0,047%	16,42%	0,109%	16,15%					
Saarland (Personalaufwand und AN summiert mit NRW)	Summe	162.063	5.423.000.000		155.818		1.491,20			9.996,77	108,68	104,49
	% der Gesamtsumme	0,03%	1,49%	0,003%	0,03%	0,003%	1,71%	Summiert mit NRW	Summiert mit NRW			
Brandenburg	Summe	6.122.665	13.472.000.000		8.251.548		4.746,10	0,09	2.596,73	13.007,37	1.290,04	1.738,60
	% der Gesamtsumme	1,31%	3,71%	0,045%	1,72%	0,061%	5,45%					
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	8.481.012	8.037.000.000		8.270.408		1.855,20	0,15	5.069,63	23.219,41	4.571,48	4.457,96
	% der Gesamtsumme	1,82%	2,21%	0,106%	1,73%	0,103%	2,13%					
Sachsen	Summe	600.639	19.012.000.000		4.345.979		4.124,20	0,09	2.907,62	10.702,34	145,64	1.053,78
	% der Gesamtsumme	0,13%	5,23%	0,003%	0,91%	0,023%	4,74%					
Sachsen-Anhalt	Summe	17.107.617	11.157.000.000		19.556.699		5.239,90	0,37	10.757,48	32.517,39	3.264,87	3.732,27
	% der Gesamtsumme	3,66%	3,07%	0,153%	4,08%	0,175%	6,02%					
Thüringen	Summe	-6.573.068	10.467.000.000		6.468.592		2.626,10	0,17	5.637,00	29.919,89	-2.502,98	2.463,19
	% der Gesamtsumme	-1,41%	2,88%	-0,063%	1,35%	0,062%	3,02%					
Insgesamt	Summe	466.944.315	363.515.000.000		478.776.466		87.080,50	0,34	13.835,04	63.578,62	5.362,21	5.498,09
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,128%	100,00%	0,132%	100,00%					
Alte BL	Summe	441.205.450	301.370.000.000		431.883.240		68.489,00	0,38	16.059,07	75.027,34	6.441,99	6.305,88
	% der Gesamtsumme	94,49%	82,90%	0,146%	90,21%	0,143%	78,65%					
Neue BL	Summe	25.738.865	62.145.000.000		46.893.226		18.591,50	0,19	5.641,96	21.402,79	1.384,44	2.522,29
	% der Gesamtsumme	5,51%	17,10%	0,041%	9,79%	0,075%	21,35%					

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
St.JB - Statistisches Jahrbuch  
FS 19 - Fachserie 19. Reihe 1 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1014130>]

Tabelle 30: Abfallentsorgung. Gewicht der kommunalen Abfallwirtschaft an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2)

Bundesland		Arbeitnehmer Krankenhaus kommunal (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Krankenhaus kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Krankenhaus kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Krankenhaus kommunal in €(JöU)	Bruttolöhne und - gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Krankenhaus kommunal (JöU) an Bruttolöhnen/-gehältern in GW (VGR)	Umsatz Krankenhaus kommunal in €(JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Krankenhaus kommunal (JöU) am BIP (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	7.492	1.166.900		2.810.100		321.416.636	27.034.000.000		445.824.947	64.593.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,90%	3,62%	0,64%	3,66%	0,27%	2,06%	3,23%	1,19%	2,08%	3,34%	0,69%
Niedersachsen	Summe	42.699	3.266.700		7.969.600		1.671.445.200	80.578.000.000		2.245.535.285	179.322.000.000	
	% der Gesamtsumme	10,81%	10,12%	1,31%	10,39%	0,54%	10,71%	9,61%	2,07%	10,50%	9,28%	1,25%
NRW	Summe	57.750	7.447.300		18.062.900		2.415.337.178	204.554.000.000		3.259.259.675	466.303.000.000	
	% der Gesamtsumme	14,62%	23,08%	0,78%	23,55%	0,32%	15,48%	24,41%	1,18%	15,24%	24,14%	0,70%
Hessen	Summe	37.856	2.567.000		6.084.900		1.471.841.919	77.097.000.000		2.011.114.793	188.763.000.000	
	% der Gesamtsumme	9,59%	7,95%	1,47%	7,93%	0,62%	9,43%	9,20%	1,91%	9,40%	9,77%	1,07%
Rheinland-Pfalz	Summe	11.992	1.698.000		4.051.600		475.406.223	40.250.000.000		668.524.963	91.965.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,04%	5,26%	0,71%	5,28%	0,30%	3,05%	4,80%	1,18%	3,13%	4,76%	0,73%
Baden-Württemberg	Summe	62.550	4.686.700		10.631.000		2.554.586.088	136.169.000.000		3.451.158.548	309.110.000.000	
	% der Gesamtsumme	15,84%	14,52%	1,33%	13,86%	0,59%	16,37%	16,25%	1,88%	16,14%	16,00%	1,12%
Bayern	Summe	104.825	5.384.400		12.358.100		3.982.247.025	150.237.000.000		5.288.396.569	371.361.000.000	
	% der Gesamtsumme	26,54%	16,68%	1,95%	16,11%	0,85%	25,52%	17,93%	2,65%	24,73%	19,23%	1,42%
Saarland	Summe	2.604	446.800		1.065.400		130.825.215	11.842.000.000		189.275.129	25.321.000.000	
	% der Gesamtsumme	0,66%	1,38%	0,58%	1,39%	0,24%	0,84%	1,41%	1,10%	0,89%	1,31%	0,75%
Brandenburg	Summe	14.213	1.046.100		2.586.400		540.318.255	19.901.000.000		801.645.659	43.989.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,60%	3,24%	1,36%	3,37%	0,55%	3,46%	2,37%	2,72%	3,75%	2,28%	1,82%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	6.836	713.800		1.752.000		267.401.784	13.815.000.000		375.254.218	29.337.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,73%	2,21%	0,96%	2,28%	0,39%	1,71%	1,65%	1,94%	1,75%	1,52%	1,28%
Sachsen	Summe	22.770	1.797.700		4.365.800		875.921.424	36.863.000.000		1.336.972.223	76.300.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,77%	5,57%	1,27%	5,69%	0,52%	5,61%	4,40%	2,38%	6,25%	3,95%	1,75%
Sachsen-Anhalt	Summe	15.598	1.020.200		2.564.800		598.930.529	19.827.000.000		874.928.132	44.191.000.000	
	% der Gesamtsumme	3,95%	3,16%	1,53%	3,34%	0,61%	3,84%	2,37%	3,02%	4,09%	2,29%	1,98%
Thüringen	Summe	7.726	1.031.200		2.401.800		299.695.545	19.882.000.000		438.630.162	40.824.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,96%	3,20%	0,75%	3,13%	0,32%	1,92%	2,37%	1,51%	2,05%	2,11%	1,07%
Insgesamt	Summe	394.911	32.272.800		76.704.400		15.605.373.021	838.049.000.000		21.386.520.303	1.931.379.000.000	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	1,22%	100,00%	0,51%	100,00%	100,00%	1,86%	100,00%	100,00%	1,11%
Alte BL	Summe	327.768	26.663.800		63.033.600		13.023.105.484	727.761.000.000		17.559.089.909	1.696.738.000.000	
	% der Gesamtsumme	83,00%	82,62%	1,23%	82,18%	0,52%	83,45%	86,84%	1,79%	82,10%	87,85%	1,03%
Neue BL	Summe	67.143	5.609.000		13.670.800		2.582.267.537	110.288.000.000		3.827.430.394	234.641.000.000	
	% der Gesamtsumme	17,00%	17,38%	1,20%	17,82%	0,49%	16,55%	13,16%	2,34%	17,90%	12,15%	1,63%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJB - Statistisches Jahrbuch  
FS 12 - Fachserie 12. Reihe 6.1 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1015135>]

Tabelle 31: Krankenhaus. Gewicht des kommunalen Krankenhauswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1)

Bundesland		Nettoinvestitionen Krankenhaus kommunal in € (JöU)	Bruttoanlageinvesti- onen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Krankenhaus kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvesti- onen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunal in €(JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvesti- onen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Personal Krankenhaus insgesamt (FS 12)	Arbeitnehmer Krankenhaus kommunal (JöU) normiert mit Personal insgesamt (FS 12)	Anzahl der Betten Krankenhaus insgesamt (FS 12)	Umsatz Krankenhaus kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Betten (FS 12)	Nettoinvestitionen Krankenhaus kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Betten (FS 12)	Gewicht Zugang Sachanlagen Krankenhaus kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Betten (FS 12)
Schleswig-Holstein	Summe	42.175.511	12.389.000.000		47.151.751		26.229		16.446	27.108	2.564	2.867
	% der Gesamtsumme	3,28%	3,41%	0,34%	1,93%	0,38%	3,44%	28,56%	3,24%			
Niedersachsen	Summe	100.801.038	35.658.000.000		138.111.289		71.609		47.528	47.247	2.121	2.906
	% der Gesamtsumme	7,84%	9,81%	0,28%	5,66%	0,39%	9,40%	59,63%	9,37%			
NRW	Summe	170.123.401	75.349.000.000		241.336.382		185.385		134.071	24.310	1.269	1.800
	% der Gesamtsumme	13,23%	20,73%	0,23%	9,89%	0,32%	24,32%	31,15%	26,42%			
Hessen	Summe	-205.891.047	28.766.000.000		153.898.853		59.042		38.267	52.555	-5.380	4.022
	% der Gesamtsumme	-16,01%	7,91%	-0,72%	6,31%	0,54%	7,75%	64,12%	7,54%			
Rheinland-Pfalz	Summe	50.412.772	19.470.000.000		68.512.486		39.238		26.387	25.335	1.911	2.596
	% der Gesamtsumme	3,92%	5,36%	0,26%	2,81%	0,35%	5,15%	30,56%	5,20%			
Baden-Württemberg	Summe	277.603.218	52.135.000.000		414.109.074		107.130		63.677	54.198	4.360	6.503
	% der Gesamtsumme	21,59%	14,34%	0,53%	16,98%	0,79%	14,06%	58,39%	12,55%			
Bayern	Summe	235.215.611	72.180.000.000		626.846.357		128.101		82.540	64.071	2.850	7.594
	% der Gesamtsumme	18,29%	19,86%	0,33%	25,70%	0,87%	16,81%	81,83%	16,27%			
Saarland	Summe	9.988.997	5.423.000.000		18.945.426		13.064		7.497	25.247	1.332	2.527
	% der Gesamtsumme	0,78%	1,49%	0,18%	0,78%	0,35%	1,71%	19,93%	1,48%			
Brandenburg	Summe	173.374.626	13.472.000.000		195.107.495		21.323		16.058	49.922	10.797	12.150
	% der Gesamtsumme	13,48%	3,71%	1,29%	8,00%	1,45%	2,80%	66,66%	3,16%			
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	66.067.917	8.037.000.000		84.103.189		17.767		10.859	34.557	6.084	7.745
	% der Gesamtsumme	5,14%	2,21%	0,82%	3,45%	1,05%	2,33%	38,48%	2,14%			
Sachsen	Summe	195.533.745	19.012.000.000		212.903.358		42.065		29.291	45.644	6.676	7.269
	% der Gesamtsumme	15,20%	5,23%	1,03%	8,73%	1,12%	5,52%	54,13%	5,77%			
Sachsen-Anhalt	Summe	82.012.804	11.157.000.000		144.211.619		27.231		17.765	49.250	4.617	8.118
	% der Gesamtsumme	6,38%	3,07%	0,74%	5,91%	1,29%	3,57%	57,28%	3,50%			
Thüringen	Summe	88.586.750	10.467.000.000		93.939.870		23.956		16.979	25.834	5.217	5.533
	% der Gesamtsumme	6,89%	2,88%	0,85%	3,85%	0,90%	3,14%	32,25%	3,35%			
Insgesamt	Summe	1.286.005.343	363.515.000.000		2.439.177.149		762.140		507.365	42.152	2.535	4.808
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,35%	100,00%	0,67%	100,00%	51,82%	100,00%			
Alte BL	Summe	680.429.501	301.370.000.000		1.708.911.618		629.798		416.413	42.167	1.634	4.104
	% der Gesamtsumme	52,91%	82,90%	0,23%	70,06%	0,57%	82,64%	52,04%	82,07%			
Neue BL	Summe	605.575.842	62.145.000.000		730.265.531		132.342		90.952	42.082	6.658	8.029
	% der Gesamtsumme	47,09%	17,10%	0,97%	29,94%	1,18%	17,36%	50,73%	17,93%			

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
St.JB - Statistisches Jahrbuch  
FS 12 - Fachserie 12. Reihe 6.1 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1015135>]

Tabelle 32: Krankenhaus. Gewicht des kommunalen Krankenhauswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2)

Bundesland		Arbeitnehmer Wohnung kommunal (JöU)	Arbeitnehmer in Gesamtwirtschaft (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Wohnung kommunal (JöU) an Arbeitnehmern in Gesamtwirtschaft (VGR)	Einwohner (VGR)	Anteil Arbeitnehmer Wohnung kommunal (JöU) an Einwohnern (VGR)	Personalaufwand Wohnung kommunal in € (JöU)	Bruttolöhne und - gehälter (VGR)	Anteil des Personalaufwandes Wohnung kommunal (JöU) an Bruttolöhnen/ gehältern in GW (VGR)	Umsatz Wohnung kommunal in € (JöU)	Bruttoinlandsprodukt BIP (VGR)	Gewicht Umsatz Wohnung kommunal (JöU) am BIP (VGR)
Schleswig-Holstein	Summe	230	1.166.900		2.810.100		9.217.691	27.034.000.000		91.997.859	64.593.000.000	
	% der Gesamtsumme	0,75%	3,62%	0,020%	3,66%	0,008%	0,78%	3,23%	0,034%	1,01%	3,34%	0,142%
Niedersachsen	Summe	1.692	3.266.700		7.969.600		70.009.650	80.578.000.000		687.567.167	179.322.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,54%	10,12%	0,052%	10,39%	0,021%	5,90%	9,61%	0,087%	7,55%	9,28%	0,383%
NRW	Summe	7.767	7.447.300		18.062.900		290.542.919	204.554.000.000		1.977.128.983	466.303.000.000	
	% der Gesamtsumme	25,44%	23,08%	0,104%	23,55%	0,043%	24,49%	24,41%	0,142%	21,72%	24,14%	0,424%
Hessen	Summe	2.147	2.567.000		6.084.900		74.521.794	77.097.000.000		495.840.398	188.763.000.000	
	% der Gesamtsumme	7,03%	7,95%	0,084%	7,93%	0,035%	6,28%	9,20%	0,097%	5,45%	9,77%	0,263%
Rheinland-Pfalz	Summe	752	1.698.000		4.051.600		29.077.474	40.250.000.000		168.603.853	91.965.000.000	
	% der Gesamtsumme	2,46%	5,26%	0,044%	5,28%	0,019%	2,45%	4,80%	0,072%	1,85%	4,76%	0,183%
Baden-Württemberg	Summe	2.076	4.686.700		10.631.000		82.496.673	136.169.000.000		797.809.101	309.110.000.000	
	% der Gesamtsumme	6,80%	14,52%	0,044%	13,86%	0,020%	6,96%	16,25%	0,061%	8,76%	16,00%	0,258%
Bayern	Summe	2.790	5.384.400		12.358.100		107.998.655	150.237.000.000		830.170.441	371.361.000.000	
	% der Gesamtsumme	9,14%	16,68%	0,052%	16,11%	0,023%	9,11%	17,93%	0,072%	9,12%	19,23%	0,224%
Saarland	Summe	468	446.800		1.065.400		17.660.100	11.842.000.000		79.167.107	25.321.000.000	
	% der Gesamtsumme	1,53%	1,38%	0,105%	1,39%	0,044%	1,49%	1,41%	0,149%	0,87%	1,31%	0,313%
Brandenburg	Summe	2.333	1.046.100		2.586.400		96.808.534	19.901.000.000		833.587.847	43.989.000.000	
	% der Gesamtsumme	7,64%	3,24%	0,223%	3,37%	0,090%	8,16%	2,37%	0,486%	9,16%	2,28%	1,895%
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	2.237	713.800		1.752.000		88.442.800	13.815.000.000		713.356.048	29.337.000.000	
	% der Gesamtsumme	7,33%	2,21%	0,313%	2,28%	0,128%	7,46%	1,65%	0,640%	7,84%	1,52%	2,432%
Sachsen	Summe	3.752	1.797.700		4.365.800		145.484.756	36.863.000.000		1.213.216.345	76.300.000.000	
	% der Gesamtsumme	12,29%	5,57%	0,209%	5,69%	0,086%	12,27%	4,40%	0,395%	13,33%	3,95%	1,590%
Sachsen-Anhalt	Summe	2.476	1.020.200		2.564.800		101.694.970	19.827.000.000		700.747.718	44.191.000.000	
	% der Gesamtsumme	8,11%	3,16%	0,243%	3,34%	0,097%	8,57%	2,37%	0,513%	7,70%	2,29%	1,586%
Thüringen	Summe	1.807	1.031.200		2.401.800		72.190.566	19.882.000.000		513.514.703	40.824.000.000	
	% der Gesamtsumme	5,92%	3,20%	0,175%	3,13%	0,075%	6,09%	2,37%	0,363%	5,64%	2,11%	1,258%
Insgesamt	Summe	30.527	32.272.800		76.704.400		1.186.146.582	838.049.000.000		9.102.707.570	1.931.379.000.000	
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,095%	100,00%	0,040%	100,00%	100,00%	0,142%	100,00%	100,00%	0,471%
Alte BL	Summe	17.922	26.663.800		63.033.600		681.524.956	727.761.000.000		5.128.284.909	1.696.738.000.000	
	% der Gesamtsumme	58,71%	82,62%	0,067%	82,18%	0,028%	57,46%	86,84%	0,094%	56,34%	87,85%	0,302%
Neue BL	Summe	12.605	5.609.000		13.670.800		504.621.626	110.288.000.000		3.974.422.661	234.641.000.000	
	% der Gesamtsumme	41,29%	17,38%	0,225%	17,82%	0,092%	42,54%	13,16%	0,458%	43,66%	12,15%	1,694%

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJB - Statistisches Jahrbuch  
FS 5 - Fachserie 5. Reihe 3 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1013082>]

Tabelle 33: Wohnungswesen. Gewicht des kommunalen Wohnungswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 1)

Bundesland		Nettoinvestitionen Wohnung kommunal in €(JöU)	Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen der Gesamtwirtschaft in € (VGR)	Gewicht Nettoinvestitionen Wohnung kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Zugang an Sachanlagen kommunal in €(JöU)	Gewicht Zugang an Sachanlagen kommunal (JöU) an Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (VGR)	Anzahl der Wohnungen (FS 5)	Arbeitnehmer Wohnung kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Wohnungen (FS 5)	Personalaufwand Wohnung kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Wohnungen (FS 5)	Umsatz Wohnung kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Wohnungen (FS 5)	Nettoinvestitionen Wohnung kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Wohnungen (FS 5)	Gewicht Zugang Sachanlagen Wohnung kommunal (JöU) normiert mit Anzahl der Wohnungen (FS 5)
Schleswig-Holstein	Summe	38.847.388	12.389.000.000		49.001.579,00		1.342.447	0,00017	6,87	68,53	28,94	36,50
	% der Gesamtsumme	2,34%	3,41%	0,31%	2,06%	0,40%	3,75%					
Niedersachsen	Summe	107.197.089	35.658.000.000		131.919.621,00		3.634.671	0,00047	19,26	189,17	29,49	36,29
	% der Gesamtsumme	6,46%	9,81%	0,30%	5,55%	0,37%	10,14%					
NRW	Summe	253.003.172	75.349.000.000		455.262.205,00		8.268.701	0,00094	35,14	239,11	30,60	55,06
	% der Gesamtsumme	15,25%	20,73%	0,34%	19,16%	0,60%	23,08%					
Hessen	Summe	106.652.917	28.766.000.000		134.840.152,00		2.774.213	0,00077	26,86	178,73	38,44	48,60
	% der Gesamtsumme	6,43%	7,91%	0,37%	5,67%	0,47%	7,74%					
Rheinland-Pfalz	Summe	60.955.834	19.470.000.000		66.210.669,00		1.853.758	0,00041	15,69	90,95	32,88	35,72
	% der Gesamtsumme	3,67%	5,36%	0,31%	2,79%	0,34%	5,17%					
Baden-Württemberg	Summe	223.820.880	52.135.000.000		266.450.192,00		4.776.057	0,00043	17,27	167,04	46,86	55,79
	% der Gesamtsumme	13,49%	14,34%	0,43%	11,21%	0,51%	13,33%					
Bayern	Summe	382.772.952	72.180.000.000		278.559.178,00		5.686.650	0,00049	18,99	145,99	67,31	48,98
	% der Gesamtsumme	23,07%	19,86%	0,53%	11,72%	0,39%	15,87%					
Saarland	Summe	10.903.607	5.423.000.000		15.948.855,00		499.453	0,00094	35,36	158,51	21,83	31,93
	% der Gesamtsumme	0,66%	1,49%	0,20%	0,67%	0,29%	1,39%					
Brandenburg	Summe	139.134.247	13.472.000.000		244.872.163,00		1.260.766	0,00185	76,79	661,18	110,36	194,22
	% der Gesamtsumme	8,38%	3,71%	1,03%	10,31%	1,82%	3,52%					
Mecklenburg-Vorpommern	Summe	176.195.732	8.037.000.000		231.430.348,00		869.315	0,00257	101,74	820,60	202,68	266,22
	% der Gesamtsumme	10,62%	2,21%	2,19%	9,74%	2,88%	2,43%					
Sachsen	Summe	10.338.025	19.012.000.000		205.248.365,00		2.354.719	0,00159	61,78	515,23	4,39	87,16
	% der Gesamtsumme	0,62%	5,23%	0,05%	8,64%	1,08%	6,57%					
Sachsen-Anhalt	Summe	71.857.018	11.157.000.000		154.268.656,00		1.334.804	0,00185	76,19	524,98	53,83	115,57
	% der Gesamtsumme	4,33%	3,07%	0,64%	6,49%	1,38%	3,73%					
Thüringen	Summe	77.755.333	10.467.000.000		142.228.887,00		1.175.023	0,00154	61,44	437,03	66,17	121,04
	% der Gesamtsumme	4,69%	2,88%	0,74%	5,99%	1,36%	3,28%					
Insgesamt	Summe	1.659.434.194	363.515.000.000		2.376.240.870		35.830.577	0,00085	33,10	254,05	46,31	66,32
	% der Gesamtsumme	100,00%	100,00%	0,46%	100,00%	0,65%	100,00%					
Alte BL	Summe	1.184.153.839	301.370.000.000		1.398.192.451		28.835.950	0,00062	23,63	177,84	41,07	48,49
	% der Gesamtsumme	71,36%	82,90%	0,39%	58,84%	0,46%	80,48%					
Neue BL	Summe	475.280.355	62.145.000.000		978.048.419		6.994.627	0,00180	72,14	568,21	67,95	139,83
	% der Gesamtsumme	28,64%	17,10%	0,76%	41,16%	1,57%	19,52%					

JöU - Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen  
VGR - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [[http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp)]  
StJB - Statistisches Jahrbuch  
FS 5 - Fachserie 5. Reihe 3 (2002), Statistisches Bundesamt [<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1013082>]

Tabelle 34: Wohnungswesen. Gewicht des kommunalen Wohnungswesens an der Gesamtwirtschaft nach Bundesländern (Teil 2)

## A.7 Berechnung der Industriedichte

	Gesamtbruttowertschöpfung (in Mrd. €)	Bruttowertschöpfung produzierendes Gewerbe (in Mrd. €)	Industriedichte als Anteil produzierendes Gewerbe an Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige in BL (in Td.)	Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe (in Td.)	Industriedichte als Anteil produzierendes Gewerbe an Gesamtbeschäftigung	Betrag der Abweichung vom Mittelwert Industriedichte. Wertschöpfung	Betrag der Abweichung vom Mittelwert Industriedichte. Erwerbstätigkeit	Summe Abweichungen	Beschäftigte verarbeitendes Gewerbe und Bergbau	EW in Tausend	Industriedichte in Beschäftigte verarbeitendes Gewerbe pro Tausend EW	Abweichung
Baden-Württemberg	298,02	112,22	37,7%	4.945	1.929	39,0%	7,38	6,8	14,18	1.244.000	10.631,0	117	33
Bayern	359,34	108,75	30,3%	5.827	1.985	34,1%	0,02	1,86	1,88	1.186.000	12.358,1	96	12
Brandenburg	42,00	10,59	25,2%	1.102	283	25,7%	1,96	3,5	5,46	88.000	2.586,4	34	- 10
Hessen	182,08	44,54	24,5%	2.702	754	27,9%	5,82	4,3	10,12	444.000	6.084,9	73	- 11
Mecklenburg-Vorpommern	27,79	5,25	18,9%	701	149	21,3%	8,28	7,92	16,2	48.000	1.752,0	27	- 17
Niedersachsen	172,53	53,18	30,8%	3.325	992	29,8%	0,54	2,38	2,92	542.000	7.969,6	68	- 16
Nordrhein-Westfalen	449,15	127,08	28,3%	7.401	2.256	30,5%	1,99	1,73	3,72	1.352.000	18.062,9	75	- 9
Rheinland-Pfalz	89,00	28,61	32,1%	1.744	549	31,5%	1,87	0,73	2,6	297.000	4.051,6	73	- 11
Saarland	24,31	7,40	30,4%	426	137	32,2%	0,16	0,05	0,21	103.000	1.065,4	97	13
Sachsen	74,49	21,88	29,4%	1.780	565	31,7%	2,2	2,56	4,76	224.000	4.365,8	51	7
Sachsen-Anhalt	42,37	11,65	27,5%	1.018	295	29,0%	0,33	0,2	0,53	107.000	2.564,8	42	- 3
Schleswig-Holstein	62,05	13,77	22,2%	1.216	283	23,3%	8,09	8,64	16,73	135.000	2.810,1	48	- 36
Thüringen	39,44	12,05	30,6%	1.027	350	34,1%	3,38	4,9	8,28	138.000	2.401,8	57	13
Summe NBL (ohne Berlin)	226,09	61,42		5.628	1.642					605.000	13.670,8		
Summe ABL (ohne Stadtstaaten)	1.636,48	495,55		27.586	8.885					5.303.000	63.033,6		
Durchschnitt NBL (ohne Berlin)			27,2%			29,2%						44,25	
Durchschnitt ABL (ohne Stadtstaaten)			30,3%			32,2%						84,13	
Vergleichsland Ost									Sachsen-Anhalt				
Vergleichsland West									Bayern				

Daten aus [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de) (7.11.2005) Bruttowertschöpfung 2004, Erwerbstätigkeit März 2004

Tabelle 35: Tabelle zur Berechnung der Länderauswahl nach Industriedichte

